

21/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 20. Sitzung/ öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

20. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 21., und Donnerstag, 22. März 2007

Gesamtdauer der 20. Sitzung:

13.22 Uhr – 01.12 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 04 02

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

20. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 21., und Donnerstag, 22. März 2007

Gesamtdauer der 20. Sitzung:
13.22 Uhr – 1.12 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 13.22 Uhr

Obmann Mag. Dr. Martin Graf eröffnet – um 13.22 Uhr – die 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe Adria und weitere Finanzdienstleister und weist darauf hin, dass der Wunsch bestehe, dass Herr Mag. Klinger den Zeitpunkt der Einvernahme mit Frau Mag. Kollross tauscht, was auch in der Fraktionsführerbesprechung so festgehalten worden sei.

Der Obmann ersucht sodann darum, als **erste Auskunftsperson** Frau **Mag. Michaela Kollross** in den Sitzungssaal zu bitten, ebenso die Medienvertreter.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Michaela Kollross** wird – in Begleitung ihrer **Vertrauensperson Mag. Elisabeth Florkowski** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Frau **Mag. Michaela Kollross** als **Auskunftsperson**, dankt für ihr Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Mag. Michaela Kollross (Finanzmarktaufsicht): Mein Name ist Michaela Kollross; Geburtsdatum: 13. März 1980; Angestellte der Finanzmarktaufsicht; Anschrift: 2500 Baden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sind öffentlich Bedienstete. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei der Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, die FMA, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält. Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Das gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um die Bekanntgabe der Personalien ersuchen.

Vertrauensperson Mag. Elisabeth Florkowski: Mag. Elisabeth Florkowski; 12.4.1965; 2103 Langenzersdorf; Beamtin in der Finanzmarktaufsicht; Betriebsrat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass die Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nur eine Frage. Ich habe gehört, es war früher eine andere Vertrauensperson vorgesehen. Wer hat die aus welchen Gründen abgelehnt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gab keine Ablehnung, denn das müsste hier im Ausschuss behandelt werden, und das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Darf ich gleich die Auskunftsperson fragen, ob sie früher eine andere Vertrauensperson vorgesehen hätte.

Mag. Michaela Kollross: Ja, es war vorher ... (*Abg. Krainer: Ich glaube, die Befragung der Auskunftsperson hat noch nicht begonnen!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat noch nicht begonnen, nein, aber es geht um die Vertrauensperson, und da ist eine Frage gestellt worden, und da wird Herr Kollege Krainer etwas dazu sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe, wie das meine Art ist, damit es hier nicht irgendwie zu Konflikten kommt, die beiden Auskunftspersonen, die von der FMA heute geladen sind, gefragt, ob die Vertrauenspersonen Vorgesetzte oder direkte Vorgesetzte sind, und in beiden Fällen war das der Fall. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass ich das für unvereinbar halte, und habe auch angeregt, sich zu überlegen, ob man eine andere Person nehmen könnte, habe aber gesagt, niemals ablehnen würde ich zum Beispiel eine Betriebsrätin, weil das meiner Ansicht nach auch dem Gesetz und dem Wunsch des Gesetzgebers entspricht.

Ich habe auch gehört, dass die nunmehr anwesende Vertrauensperson, glaube ich, um 16 Uhr gehen muss, und bin der Meinung, dass wir möglichst in die Befragung eingehen, damit wir nicht wieder in einen Konflikt kommen, sondern dass wir das möglichst auch vorher abschließen können, die Befragung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer hat außerprozessual einen Schritt zur Verfahrensökonomie gesetzt, den wir alle begrüßen, glaube ich, und auch die Auskunftsperson damit einverstanden ist.

Ich darf fortfahren. Gibt es einen Einwand gegen die Vertrauensperson? – Das ist nicht der Fall.

Ich muss noch die Belehrung an die Vertrauensperson vornehmen.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch so im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Ist das für Sie verständlich gewesen? (*Die Vertrauensperson bejaht dies.*) – Dann setze ich fort.

Sehr geehrte Frau Mag. Kollross, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Sie haben aber grundsätzlich die Möglichkeit, eine einleitende Erklärung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsache abzugeben. Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Erster Fragesteller: Herr Abgeordneter Krainer. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Frau Magister, seit wann sind Sie in der FMA? Was ist Ihre Tätigkeit dort?

Mag. Michaela Kollross: Ich bin seit 1. März 2006 in der Finanzmarktaufsicht tätig, und zwar im Bereich der Bankenaufsicht, und hier im Bereich der wirtschaftlichen Analyse.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie häufig fragen Sie in der Großkreditevidenz ab?

Mag. Michaela Kollross: Die Großkreditevidenz gehört zu einem unserer Standardanalyse-Tools, die wir für die wirtschaftliche Analyse und Bankenaufsicht einsetzen. Es ist eigentlich für uns ein Routineinstrument.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie häufig? Verwenden Sie das jeden Tag?

Mag. Michaela Kollross: Ich würde jetzt nicht sagen täglich, aber schon des öfteren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, mehrmals in der Woche? (*Mag. Kollross: Unregelmäßig!*) – Ist es üblich und normal, dass dabei an zwei Tagen ein einziges Kredit-Obligo 258 Mal abgefragt wird von der FMA?

Mag. Michaela Kollross: Es ist üblich, wenn man sich ein Obligo anschaut, dass man dann manchmal den Zeitverlauf anschaut. Wie man auf diese Zahl von 258 kommt, da weiß ich nichts darüber. Ich weiß nicht, wie da die Aufzeichnungen getätigt werden, was als Abfrage gilt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben persönlich diesen SPÖ-Kredit an diesen zwei Tagen, glaube ich, über 200 Mal abgefragt, also 200 Abfragen durchgeführt. Wenn Sie jeden Monat nachschauen, ist das eine Abfrage?

Mag. Michaela Kollross: Da bin ich mir nicht sicher, wie das gewertet wird. Ich nehme an ... – Darüber möchte ich nicht spekulieren, wie da was als Abfrage gewertet wird. Das ist uns nicht zugänglich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Führen Sie oft Abfragen in diesem Umfang bei einem einzelnen Obligo durch?

Mag. Michaela Kollross: Das ist im Rahmen meiner Tätigkeit schon öfters vorgekommen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Neben Ihnen hat Mag. Jürgen Bauer, glaube ich, vier Mal, und Ihre Kollegin Perschy 50 Mal die Großkreditevidenz zum SPÖ-Obligo abgefragt.

Was machen diese Ihre beiden Kollegen in der FMA?

Mag. Michaela Kollross: Herr Mag. Bauer ist Abteilungsleiter-Stellvertreter zu diesem Zeitpunkt gewesen. Frau Perschy – ich weiß jetzt nicht, wie ihr Funktionstyp heißt – ist eine Kollegin. (*Mag. Florkowski: Assistentin!*) – Sekretärin, Assistentin.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von Herrn Bauer? (*Mag. Kollross: Ja!*) Zu dem Zeitpunkt? (*Mag. Florkowski: Von der Abteilung!*)

Mag. Michaela Kollross: Von der Abteilung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist es oft so, dass Sekretärinnen solche Sachen in der Großkreditevidenz abfragen?

Mag. Michaela Kollross: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kennen Sie das Datenschutzgesetz in dieser Frage? (*Mag. Kollross: Bitte?*) – Ob Ihnen im Zusammenhang mit Großkreditevidenzabfragen das Datenschutzgesetz geläufig ist? (*Mag. Florkowski: Ist dir nicht geläufig!*)

Mag. Michaela Kollross: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich darf Ihnen vorhalten: Für Großkreditevidenzabfragen muss gemäß § 14 Abs. 2 Datenschutzgesetz eine Reihe von Maßnahmen erfüllt werden. Der Einfachheit halber sind das: Kompetenzklarheitsprinzip, Auftragsprinzip, Belehrungspflichtprinzip, Schulungsprinzip, Zugriffsbeschränkungsprinzip, Betriebsbeschränkungsprinzip, Protokollprinzip, Dokumentationsprinzip sowie das Angemessenheitsprinzip. Das ist alles im Datenschutzgesetz normiert.

Ich möchte zwei dieser Maßnahmen hinterfragen – jetzt nicht, dass Sie dafür verantwortlich sind, sondern wie Sie selbst die Umsetzung dieser Normen im Rahmen dieses Betriebes erleben. Das Erste ist: Es gibt eine Belehrungspflicht gemäß § 14 Abs. 2 Ziffer 3 Datenschutzgesetz, aus dem hervorgeht, dass Datenschutzmaßnahmen nur dann erfolgreich sind, wenn Mitarbeiter entsprechend informiert und geschult sind.

Haben Sie eine Datenschutzgesetzschulung im Rahmen der FMA absolviert?

(Die Auskunftsperson spricht mir der Vertrauensperson.)

Mag. Michaela Kollross: Im Rahmen zur Großkreditevidenz hat es eine Anwenderschulung gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender! Es ist aus meiner Sicht **nicht** Aufgabe der Vertrauensperson, jede Antwort vorzugeben, denn die Antwort, ob die Auskunftsperson eine solche Schulung mitgemacht hat oder nicht, müsste sie sich aus Eigenem holen können. Das ist meiner Meinung nach eine Verzerrung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Vertrauensperson kann grundsätzlich die Auskunftsperson beraten. Wenn es darum geht, eigene Wahrnehmungen abzufragen, bitte ich die Vertrauensperson, sich so zu beraten, dass wir auch den Eindruck gewinnen, dass uns die Auskunftsperson aus eigenen Wahrnehmungen wiedergibt, was Sache ist.

Der Verfahrensanwalt hat diesbezüglich auch noch einmal mit beiden Damen gesprochen.

Wir setzen mit der Befragung fort. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind, was den Datenschutz betrifft, nie besonders in der Einschulung unterwiesen worden? Sie sind Ihrer Erinnerung nach nie auf datenschutzrechtliche Bestimmungen hingewiesen worden?

Mag. Michaela Kollross: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es irgendwelche FMA-interne Richtlinien bezüglich der Großkreditevidenzabfragen? Liegt das im Ermessen jedes Einzelnen, wann man was abfragen darf oder gibt es da genaue Richtlinien?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, die Frage ist einfacher zu stellen, wenn man fragt: Kennen Sie Richtlinien?

Mag. Michaela Kollross: Also, Richtlinien kenne ich keine.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Etwas Ähnliches?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Arbeitsanweisungen, Dienstanweisungen, et cetera? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Gut, damit ist die Frage beantwortet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nach dem Protokollprinzip, das ist § 14 Abs. 2 Ziffer 7 Datenschutzgesetz, müssen Änderungen, Abfragen und Übermittlungen protokolliert werden. Insoweit müssen hier Mitarbeiter, die mit vertraulichen Daten arbeiten, kontrolliert werden. Inwieweit wurde dieses Protokollprinzip in der FMA erfüllt?

Mag. Michaela Kollross: Dazu weiß ich nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen nicht bekannt, dass in irgendeiner Art und Weise innerhalb der FMA mitprotokolliert wird oder dergleichen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da ja gesagt wurde, dass so und so oft abgefragt wurde, ist das protokolliert!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, das hat die OeNB protokolliert. Die Frage ist, ob die FMA selbst in irgendeiner Form protokolliert oder dergleichen.

Mag. Michaela Kollross: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist schon spannend. Nach dem Dokumentationsprinzip müssen alle Maßnahmen dokumentiert werden. In der Regel soll das in einem Datensicherheitshandbuch erfolgen, um dann die Kontrolle und Beweissicherung zu erleichtern. Das bezieht sich auf § 14 Abs. 2 Ziffer 8 Datenschutzgesetz.

Sind die Vorgänge, über die wir hier sprechen, in der FMA ordnungsgemäß protokolliert worden? Haben Sie diese Abfragen innerhalb der FMA dokumentiert? Gibt es so etwas wie ein Datensicherheitshandbuch, in das Sie derartige Zugriffe eintragen?

Mag. Michaela Kollross: Das ist mir nicht bekannt. Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Laut dem Aktenvermerk, der uns von der OeNB zugestellt wurde, haben Sie am 23. 8. persönlich zwischen 11.04 Uhr und 15.28 Uhr 204 Abfragen der Großkreditevidenz zum SPÖ-Obligo durchgeführt und in Excel-Sheets transportiert. Wieso haben Sie so viele Abfragen durchgeführt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht sollte man zuerst fragen, ob sie sich daran erinnern kann, dass sie diese Abfragen gemacht hat. Können Sie sich daran erinnern, an diesem Tag Abfragen zum SPÖ-Großkreditobligo gemacht zu haben?

Mag. Michaela Kollross: Daran kann ich mich erinnern, ja. (*Abg. Krainer: Bitte?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daran kann sie sich erinnern. Und jetzt ist die Frage, warum ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Warum haben Sie so viele Abfragen durchgeführt?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe einen Auftrag bekommen, mir eine Zeitreihe anzusehen, und dafür ist es notwendig, dass man mehrere Abfragen tätigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Uns ist erklärt worden, quasi jedes Monat einzeln, 12 mal 12 ist 144, aber das waren über 200.

Mag. Michaela Kollross: Wie gesagt, ich weiß nicht, wie das registriert wird, was als Abfrage gewertet wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie vielleicht manche Monate doppelt abgefragt, weil Sie sich nicht sicher waren, dass Sie das schon einmal abgefragt haben?

Mag. Michaela Kollross: Nachdem ich meine Arbeitsweise kenne, kann es ... Also, ist es so, dass ich, wenn ich etwas gemacht habe, dass ich das noch einmal nachkontrolliere. Und da kann ... Da werde ich manche Monate doppelt abgefragt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat Ihnen den Auftrag erteilt, diese Abfragen durchzuführen?

Mag. Michaela Kollross: Das war der Herr Mag. Bauer. Der war zu der damaligen Zeit der Abwesenheits (Mag. **Florkowski:** *Stellvertreter!*) – Der stellvertretende Abteilungsleiter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Ihr Vorgesetzter hat Ihnen den Auftrag erteilt? (Mag. **Kollross:** *Ja!*) – Wie lautete der Auftrag genau?

Mag. Michaela Kollross: Wie er genau heißt ... (Mag. **Florkowski:** *Sinngemäß weiß ich es!*) – Ja, sinngemäß weiß ich ihn. Es war ein mündlicher Auftrag.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein mündlicher Auftrag. Und wie lautete der sinngemäß?

Mag. Michaela Kollross: Mir die (Mag. **Florkowski:** *Entwicklung des ...!*) Entwicklung des Kreditnehmers anzusehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und eine Begründung dazu?

Mag. Michaela Kollross: Begründung gab es keine.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Irgendwelche ergänzenden Bemerkungen, Unterlagen, worauf genau geachtet werden soll? (Mag. **Kollross:** *Nein!*) – Einfach: Schauen Sie sich das an! Und Sie haben dann was gemacht?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe dann diese Abfrage getätigt und das aufbereitet, und ihm dann zur Verfügung gestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was heißt „aufbereitet“?

Mag. Michaela Kollross: In ein Excel-Sheet übertragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und dieses Excel-Sheet schön formatiert. (Mag. **Kollross:** *Genau!*) – Und was war das Ergebnis dessen, was Sie da gesehen haben?

Mag. Michaela Kollross: Wie gesagt, es war eine Obligo-Abfrage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber was war die Aussage von den Abfragen, die Sie durchgeführt haben?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe eigentlich keine Aussage getroffen. Ich habe einfach nur den Auftrag, der mir gegeben wurde, ausgeführt, aufbereitet und an meinen damaligen Vorgesetzten übermittelt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie das übermittelt?

Mag. Michaela Kollross: Mittels Mail.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Am selben Tag noch? In der Früh hat er Ihnen den Auftrag erteilt. Als Sie fertig waren, haben Sie es ihm gemailt, und dazwischen mit ihm noch einmal nachgesprachen?

Mag. Michaela Kollross: Wann ich das übermittelt habe, weiß ich nicht. Entweder war es am gleichen Tag, oder innerhalb der nächsten paar Tage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, wieso Ihre Kollegen, die ich vorhin genannt habe, auch Abfragen durchgeführt haben? (*Abg. Dr. Stummvoll: Wie soll sie das wissen?*)

Mag. Michaela Kollross: Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kollege Stummvoll meldet sich jetzt schon präventiv zu Wort, obwohl er vorher gemeint hat, er werde sich nicht zu Wort melden, aber so schnell ändert sich das halt. (*Abg. Dr. Stummvoll: Das war ein parlamentarischer Zwischenruf!*)

Sie haben zwischen 11.05 Uhr und 12.11 Uhr Abfragen gestellt. Dann haben Sie eine Pause gehabt, zumindest keine Abfragen gestellt zwischen 12.59 Uhr und 13.57 Uhr, und dann wieder zwischen 13.59 Uhr und 14.52 Uhr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich halte fest, dass top-dokumentiert ist, wann welche Abfrage gemacht wurde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, von der OeNB, das liegt uns ja allen vor. Und nachher hat Herr Bauer Abfragen durchgeführt. Sie haben keine Ahnung, was er da gemacht hat und ob das im Zusammenhang mit Ihrem Auftrag stand?

Mag. Michaela Kollross: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Sie haben überhaupt keine Wahrnehmung, wieso Frau Perschy abgefragt hat? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Seit wann ist Ihnen bekannt, dass die zwei abgefragt haben?

(Die Auskunftsperson spricht mit der Vertrauensperson.)

Mag. Michaela Kollross: An das kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Jetzt muss ich wirklich darum ersuchen, dass die Vertrauensperson darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Auskunftsperson hier **unbeeinflusst** zu antworten hat. Ich muss – aus eigener Beobachtung – jetzt um Klarstellung ersuchen. Ich mache auf die Bestimmungen in § 14 Abs. 1 und 2 aufmerksam.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich selber sehe und höre das nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Wir beobachten das!*) Daher bitte ich, mir das mitzuteilen und ich möchte die Auskunftsperson wirklich daran erinnern, dass sie unbeeinflusst ...

Vertrauensperson Mag. Elisabeth Florkowski: Also, ich habe wirklich kein einziges Mal ein inhaltliches Ding ... – Ich hatte den Eindruck, dass die Kollegin die Frage nicht versteht, daher habe ich gesagt: Kannst du dich erinnern? – Das war alles, was ich gesagt habe. Ich habe kein einziges Mal eine inhaltliche Sache dazu gesagt, weil ich auch inhaltlich die Vorgänge überhaupt nicht kenne. Es tut mir leid, wenn das so rüberkommt, aber ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf die Vertrauensperson ersuchen, der Auskunftsperson so weit Vertrauen zu schenken, dass die Auskunftsperson, wenn sie eine Frage nicht versteht, selber nachfragt oder bittet, dass diese wiederholt wird.

Wenn Sie beraten, dann tun Sie das nur, wenn sich die Auskunftsperson an Sie wendet, sodass auch für uns klar ist, wann das passiert. (Mag. **Florkowski**: Okay!)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben diese Abfragen, haben Sie gesagt, in ein Excel-Sheet übertragen. Was haben Sie mit diesen elektronischen Dateien gemacht? Haben Sie diese dann an den Auftraggeber gemailt? (Mag. **Kollross**: Ja!) – Haben Sie die bei Ihnen gespeichert?

(Die Auskunftsperson gibt einige Zeit keine Antwort.)

Wenn Sie sich nicht erinnern können, können Sie sagen: Das weiß ich nicht mehr.

Mag. Michaela Kollross: Ja, ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vielleicht haben Sie ja im Zuge dessen, dass Sie erfahren haben, dass Sie hier vor den Ausschuss geladen werden, nachgeschaut, ob Sie noch etwas haben.

Mag. Michaela Kollross: Ja, habe ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie da etwas gefunden?

Mag. Michaela Kollross: Nein, habe ich nichts gefunden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie sich denn auf die heutige Befragung vorbereitet?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe mich darüber erkundigt – erkundigt nicht, besser gesagt –, wie man das in Worte fassen kann, was meine Aufgabe in der FMA ist, was die Großkreditevidenz ist, dass man sie erklären kann in Worten, dass jemand das auch versteht, der damit nichts zu tun hat. Dahingehend habe ich mich vorbereitet, oder versucht, mir ins Gedächtnis zu rufen, was Ende August des vorigen Jahres, wie ich meine Arbeit gemacht habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie sich mit anderen Personen in der FMA beraten?

Mag. Michaela Kollross: Darf ich jetzt meine Vertrauensperson befragen? (Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie sich beraten, müssen Sie das Mikro ausschalten, sonst wird alles mitstenographiert.

Mag. Michaela Kollross: Das hätte man mir aber auch sagen müssen, das habe ich nicht gewusst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber die Frage ist relativ einfach: Haben Sie mit jemandem darüber gesprochen? In Wirklichkeit zielt diese Frage darauf ab: Hat jemand versucht, Sie zu beeinflussen oder Ihnen eine Aussage in den Mund zu legen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war nicht meine Frage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber ich stelle sie jetzt, denn darauf läuft es ja hinaus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vielleicht kann die Frau Magistra zuerst meine Frage beantworten, dann können Sie ja Ihre stellen. Das macht es leichter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber es steht auch in der Verfahrensordnung, dass man die Fragen so artikulieren soll, dass man auch weiß, worauf die Fragen abzielen (Abg. **Rädler**: So ist es!), damit man möglichst keine Fangfragen und ähnliches stellt. Ich sage nicht, dass Fangfragen gestellt worden sind, aber es ist ja immer eine Frage, wie es der Adressat auffasst. Und die Fragen zielen in diese Richtung ab.

Bitte, Herr Kollege Krainer, stellen Sie direkte Fragen, und die werden sicher auch direkt beantwortet werden!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das war eine direkte Frage und die ist noch nicht beantwortet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wiederholen Sie sie noch einmal!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie sich mit anderen Mitarbeitern der FMA in dieser Frage beraten?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe mit anderen Mitarbeitern, Kollegen darüber gesprochen, dass ich heute beim Untersuchungsausschuss aussagen muss, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben versucht, sich das ins Gedächtnis zu rufen. Haben Sie sich mit anderen Personen beraten, um irgendwie Ihr Gedächtnis aufzufrischen?

Mag. Michaela Kollross: Ja, weil zum Beispiel, an das genaue Datum habe ich mich zu diesem Zeitpunkt nicht erinnern können, also wann das war, zu welchem Zeitpunkt ich diese Abfragen getätigt habe. Das habe ich nach einem Dreivierteljahr nicht mehr gewusst, weil ich eben im Rahmen der Tätigkeit viele solche Abfragen tätige. Und da weiß ich nicht mehr, wann ich was gemacht habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit wem haben Sie das besprochen, um sich zu erinnern?

Mag. Michaela Kollross: Mit Herrn Mag. Bauer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und er wusste das Datum noch?

Mag. Michaela Kollross: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist das Gespräch schon so lange her? – Gut, kann ja sein.

Welche anderen Großkreditevidenzabfragen haben Sie durchgeführt, die in irgendeiner Art und Weise mit der SPÖ zu tun haben – Nebenorganisationen, andere Obligos bei anderen Banken, Personen, die im SPÖ-Umkreis sind?

Mag. Michaela Kollross: Vielleicht ganz allgemein zu dieser Abfrage. Zu sagen ist: Normalerweise, um gleich diesen Kreditnehmer zu finden, den man sucht, muss man eine **Identnummer** eingeben. In dem Fall habe ich die Identnummer nicht gewusst, und da muss man durch eine Suchfunktion den Kreditnehmer, den man sucht, halt eingeben. Und da kann es ... – Ich weiß nicht mehr, mit welchen Wörtern ich danach gesucht habe, bis ich dann den richtigen Kreditnehmer gefunden habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihr Auftrag war quasi, die SPÖ hat einen Kredit bei der BAWAG. Bitte, ich hätte gerne die genaue Entwicklung dieses Kredits im Zeitraum von bis. Oder wie hat der Auftrag genau gelautet – sinngemäß?

Mag. Michaela Kollross: Sinngemäß war es, die Obligoentwicklung dieses Kreditnehmers abzufragen und darzustellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der SPÖ? Bundes-, Landesorganisationen? Was war der Auftrag genau – sinngemäß?

Mag. Michaela Kollross: SPÖ. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): SPÖ-Bundesorganisation? Oder auch alle Landesorganisationen?

Mag. Michaela Kollross: Nein. Nein. Meines Wissens war es SPÖ.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Einfach SPÖ? (Mag. Kollross: Ja!) – Welche Abfragen haben Sie außer dieser Suchfunktion noch durchgeführt? Dann haben Sie den einen Kredit gefunden. Dann haben Sie alle möglichen erdenklichen Daten abgefragt, die man nur abfragen kann. Haben Sie darüber hinaus auch andere Kreditkonten oder andere Kredite in diesem Zusammenhang abgefragt?

Mag. Michaela Kollross: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine nächste Frage lautet – ich meine, das war ja die Intensivphase des Wahlkampfs –: Haben Sie, als Sie den Auftrag bekommen haben, nachgedacht, dass das irgendwie komisch ist, so einen Auftrag zu kriegen, wieso wollen die das wissen?

Mag. Michaela Kollross: Nein, das habe ich nicht hinterfragt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hinterfragen Sie überhaupt nie, wenn jemand etwas will?

Mag. Michaela Kollross: Wenn mein Vorgesetzter zu mir kommt und mir einen Auftrag gibt, führe ich den aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie hatten keine Befürchtungen, dass hier vielleicht ein Missbrauch vorliegen könnte?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Frage überschreitet sicher das Zulässige, dass man jetzt über Aufträge von Vorgesetzten generell eine Schlussfolgerung zieht. Ich glaube, das ist zu weit gegriffen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Frage war nichts Generelles, die war ganz explizit. Meine Frage war: Sie hatten keine Bedenken, dass bei diesem Auftrag ein Missbrauch vorliegen könnte?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sonst hätte sie es ja nicht gemacht, wenn sie Bedenken gehabt hätte – davon gehe ich aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weiß ich nicht. Die Auskunftsperson kann ja sagen: Nein, ich hatte keine. – Das ist relativ einfach.

Mag. Michaela Kollross: Ich habe mir nichts dabei gedacht. Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nachdem Sie dem Herrn Bauer die Daten elektronisch übermittelt haben, haben Sie noch jemals darüber gesprochen, oder war das jemals wieder Thema?

Mag. Michaela Kollross: Nein, das war für mich beendet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie erfahren, dass am 1. September jene Daten, die Sie abgefragt haben, in der Zeitung gestanden sind?

Mag. Michaela Kollross: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie das erfahren? – Genau jene Daten, die Sie abgefragt haben, sind am 1. September in der Zeitung gestanden.

Mag. Michaela Kollross: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bis heute nicht bekannt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie hat gesagt, das ist ihr nicht bekannt. Das haben wir alle gehört.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass alle Daten, die Sie abgerufen haben, eine Woche oder acht oder neun Tage später in der Zeitung veröffentlicht wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht sollte man die Frage in diesem Zusammenhang stellen: Haben Sie diese Daten irgendeinem Medium oder einem Journalisten weitergegeben? – Das ist eine direkte Frage. (*Mag. Kollross: Nein!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, diese Frage stelle ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber ich stelle sie jetzt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie dran? Ich weiß nicht: Heben wir jetzt alle Reihenfolgen auf? Oder wie machen wir das jetzt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Vorsitzende kann aber schon – das ist auch alles gedeckt – eine direkte Frage stellen. Ich rufe in Erinnerung § 13 Abs. 2 VO-UA:

„Die an die Auskunftsperson zu richtenden Fragen dürfen nicht unbestimmt, dunkel, mehrdeutig, verfänglich, beleidigend oder unterstellend sein. Es sind daher insbesondere solche Fragen unzulässig, ...“

Es sind jetzt mehrfach Fragen gestellt worden, die mehrdeutig oder verfänglich waren, daher präziere ich sie.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine letzte Frage war: Wann haben Sie davon erfahren, dass die Daten, die Sie abgefragt haben ...?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die hat sie ja schon beantwortet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, das war die Frage. Was ist daran verfänglich, vorwurfsvoll oder zweideutig? (*Obmann Dr. Graf: Unbestimmt!*)

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ich kann nur in einem Sinn helfen. Es ist für die Auskunftsperson nicht sehr angenehm, eigentlich zuzugeben: Ich habe die Zeitung nicht gelesen. Das ist das Einzige, was halt unangenehm ist. Ich weiß, das ist kein Grund, um es nicht zu sagen. Aber ich erkläre es nur, denn manche haben so eine Hemmung hier.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe auch kein Problem damit, dass sie sagt ... (*Abg. Mag. Kogler: Am ersten Tag erschienen ...!*) – Sie sagt, sie erfährt jetzt quasi gerade von mir, dass die Daten, die sie abgefragt hat, eine Woche später in der Zeitung gestanden sind. Das erfahren Sie jetzt quasi gerade von mir. Sehe ich das richtig?

Mag. Michaela Kollross: Ich kann es nicht ausschließen, dass ich es im Laufe der Zeit gehört habe, gelesen habe ich es selber nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden.

Mag. Michaela Kollross: Es kann ohne weiteres sein, dass ich es im Laufe der Zeit gehört habe, selber gelesen habe ich es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was heißt: Das kann sein?

Mag. Michaela Kollross: Ich kann mich nicht erinnern, dass es mir jemand persönlich gesagt hat, mir ist es – Ich weiß nicht, wie ich das formulieren soll.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie Ihnen der Schnabel gewachsen ist.

Mag. Michaela Kollross: Es war sicher jetzt nicht so, dass ich das von Ihnen das erste Mal gehört habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, aber Sie wissen nicht mehr genau von wem oder wann, aber ...

Mag. Michaela Kollross: Ja, genau.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie viel Zeit habe ich noch? (*Obmann Dr. Graf: 20 Sekunden!*) – Dann gebe ich einstweilen weiter, bevor ich ein neues Thema anspreche.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Zunächst eine allgemeine Bemerkung. Ich glaube, Kollege Krainer hat sich viel intensiver vorbereitet auf die Befragung als die Auskunftsperson.

Frau Mag. Kollross! Wie viele Monate waren Sie in der FMA, als Sie diese Anfragen durchgeführt haben?

Mag. Michaela Kollross: Ich bin seit 1. März 2006 in der FMA, bis August ...

Abgeordneter Dkfm Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Also nicht einmal ein halbes Jahr? (*Mag. Kollross: Ja!*)

Meine Frage ist, ob folgender Eindruck von mir richtig oder falsch ist: Sie sind eine junge Mitarbeiterin, waren nicht einmal ein halbes Jahr bei der FMA, haben von Ihrem Chef einen Auftrag bekommen. Den haben Sie guten Gewissens in der Meinung ausgeführt, mein Chef kann mir nichts auftragen, was nicht gesetzeskonform ist. Ist mein Eindruck richtig?

Mag. Michaela Kollross: Der Eindruck ist richtig. Ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ist mein Eindruck auch richtig, dass Sie sich aus diesem Grund auch nicht selber gesagt haben, jetzt muss ich im Datenschutzgesetz nachschauen, ob ich das, was mein Chef mir aufträgt, überhaupt machen darf? Ist dieser Eindruck von mir richtig, dass Sie sich diese Frage nicht gestellt haben? (*Mag. Kollross: Ja!*)

Gut, dann stelle ich eine weitere Frage: Sind Sie jemals – Sie haben ja gesagt, Sie haben regelmäßig solche Großkreditabfragen gemacht; wenn man erst ein paar Monate im Haus ist, ist das ein bisschen eine Einschulung, würde ich sagen – zu Abfragen, die Sie durchgeführt haben, so peinlichst genau und exakt befragt worden wie heute? (*Mag. Kollross: Nein!*)

Kann es daher sein, dass Sie viele Einzelheiten, deren Bedeutung Sie ja damals überhaupt nicht erkannt haben, nicht wissend, dass irgendwann einmal im Parlament eine Befragungsaktion sein wird, eigentlich gleich wieder vergessen haben? (*Mag. Kollross: Ja!*) – Da haben Sie sehr viel Ähnlichkeit mit mir, denn was für mich unwichtig ist, vergesse ich auch sofort wieder.

Gut, meine Fragen sind beantwortet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dabei kenne ich den Kollegen Stummvoll, dass er sich an Sachverhalte, die 20, 30 Jahre zurückliegen, immer sehr gut erinnert.

Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben gesagt, Ihr Kollege Bauer war damals stellvertretender Abteilungsleiter. (*Mag. Kollross: Ja!*) Ich habe da ein Organigramm, in dem ist er als Abteilungsleiter ausgewiesen. – Hat sich da etwas geändert zwischenzeitlich?

Mag. Michaela Kollross: Das hat sich geändert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber die Abteilung ist die gleiche, die **Off-Site Analyse**? Wo Sie eben auch sind? (*Mag. Kollross: Ja!*)

Hat der Herr Bauer irgendetwas zu Ihnen gesprochen außer mündlich die Formel, die Entwicklung dieses speziellen Kreditnehmers anzusehen? Hat er nicht irgendetwas

sonst noch gesagt? Sie sind schon nach der Begründung gefragt worden. Da haben Sie gesagt, er hätte keine gegeben. Aber hat er irgendetwas anderes noch dazu gesagt? Oder spricht er genau nur diesen einen Satz? Haben Sie da noch eine Erinnerung?

Mag. Michaela Kollross: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat er eine Aussage darüber getätigt, ob der von ihm hier vertretene eigentliche Abteilungsleiter damit auch befasst war oder darüber etwas wusste? Er war eben nur der Stellvertreter.

Mag. Michaela Kollross: Ja, der Abteilungsleiter war zu diesem Zeitpunkt auf Urlaub.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War auf Urlaub, ja, das haben Sie gesagt, aber hat Bauer gesagt, das ist jetzt auch im Wissen und im Einvernehmen mit dem eigentlichen Abteilungsleiter?

Mag. Michaela Kollross: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat der Kollege Bauer überhaupt irgendjemand anderen erwähnt in diesem Zusammenhang?

Mag. Michaela Kollross: An das kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie bei irgendeiner Gelegenheit, also nicht nur genau in der Stunde dieser Auftragserteilung, einmal mit dem Dr. Traumüller oder mit dem Herrn Pribil über diese Sache gesprochen? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Nie? (*Mag. Kollross: Nie!*)

Ist Ihnen bekannt geworden, dass das Kabinett des damaligen Bundesministers für Finanzen, allerdings bereits schon im Mai des Jahres 2006, schriftlich bei der FMA, vermutlich sogar beim Vorstand, folgendes Auskunftsbegehren deponiert hat über die ganze BAWAG-Affäre? Drei Ziele vorangestellt: Erstens: Die Aufsichtsbehörden haben keine Fehler begangen. Zweitens: Rote Netzwerke aufdecken und so weiter. Ich glaube, Sie wissen mittlerweile, wovon ich spreche. Haben Sie jemals davon Kenntnis erhalten, dass so ein Begehren seitens des Finanzministeriums/Kabinetts bei der FMA eingetroffen ist? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Nie? (*Mag. Kollross: Nein!*)

Haben Sie irgendwann erfahren, dass dann etwas in der Zeitung gestanden hat? Es muss ja nicht am gleichen Tag gewesen sein. Es ist tatsächlich überhaupt keine Schande. Im Übrigen, besagte Zeitung ist an jenem Tag das allererste Mal erschienen. Also da können wir uns wirklich befreien. Es war am 1.9., da hat der Kollege Krainer recht. Nur: Haben Sie irgendwann erfahren, später, dass das in der Zeitung gestanden hat?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das hat die Auskunftsperson schon beantwortet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich das überhört. Okay, Entschuldigung.

Aber in der Fragestellung, dass Sie hier jetzt als Auskunftsperson zu dieser Sache geladen sind und zu den dahinterliegenden Gründen gibt es ein paar andere aktuelle Vorkommnisse auch. Ist es richtig, dass in der FMA gestern das Büro für Interne Angelegenheiten eingetroffen ist? (*Abg. Krainer: Das war am Montag vor einer Woche!*) Das war schon am Montag vor einer Woche. Dann habe jetzt ich einen Zeitungsartikel falsch in Erinnerung. Ist es also richtig, dass das Büro für Interne Angelegenheiten eine Anzahl von Computern und Laptops in der FMA beschlagnahmt hat? Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe das auch in der Zeitung gelesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben keine direkten Wahrnehmungen am Arbeitsplatz gehabt dazu?

Mag. Michaela Kollross: Es ist mir nicht verborgen geblieben, dass Computer freiwillig hergegeben wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Freiwillig hergegeben wurden?

Mag. Michaela Kollross: Ja, es gab vom Vorstand eine Verständigung an die Mitarbeiter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welchen Inhalts?

Mag. Michaela Kollross: Dass die Computer, PCs freiwillig übergeben wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Übergeben werden sollten.

Mag. Michaela Kollross: Wie das genau formuliert worden ist in dem Mail, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Sie haben eine Mitteilung darüber erhalten, dass ein bestimmter Vorgang schon abgeschlossen ist?

Mag. Michaela Kollross: Ich weiß nicht mehr, zu welchem Zeitpunkt das war, ob das davor oder danach war. Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na ja, davor wird es kaum gewesen sein können, wenn Sie die Formulierung wählen, dass Sie eine Mitteilung erhalten hatten, dass schon Computer abgegeben worden seien, denn das ist ja zeitlich dahinter liegend. Aber die Fragestellung ist ja, ob Sie Wahrnehmungen darüber haben, dass Mitarbeiter des Büros für Interne Angelegenheiten im Hause waren und Computer mitgenommen haben.

Mag. Michaela Kollross: Ich weiß nicht, wer jeden Tag bei der FMA ein- und ausgeht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eh nicht. Aber da können Sie die Frage nicht beantworten. Das ist ja auch in Ordnung. – Sie haben keine Wahrnehmungen dazu, die hier im Ausschuss verwertbar wären? (*Mag. Kollross: Nein!*)

Da werden andere nachfragen. Es ist irgendwie nicht ganz mit der üblichen Lebenserfahrung in Einklang zu bringen, dass, wenn so ein Vorgang stattgefunden hat, das kein Thema in der Firma ist. Ich wollte jetzt einmal nach Ihren Wahrnehmungen unmittelbar fragen. Andere werden allenfalls nachfragen

Ich habe einen letzten kleinen Komplex in dem Zusammenhang. Es ist ja, glaube ich, in der FMA bekannt geworden, dass der Dr. Ittner von der Notenbank hier in diesem Ausschuss – genau auf dem Platz, wo Sie jetzt sitzen – die Aussagen getätigt hat und damit die Sache eigentlich ins Rollen gebracht hat. Ist das in der FMA diskutiert worden?

Mag. Michaela Kollross: Es wurde darüber gesprochen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie wurde darüber gesprochen?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe mit Kollegen über meine Vorladung heute gesprochen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ach so, über Ihre Vorladung. Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass in der FMA Gespräche darüber geführt wurden, dass der Dr. Ittner hier drei Namen genannt hat, unter anderem Ihren, aber auch Astrid Perschy und Jürgen Bauer? Das ist die Frage.

Mag. Michaela Kollross: Darüber ist gesprochen worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist es richtig, das Herr Dr. Traumüller von den Vorgängen und der Beunruhigung in der Mitarbeiterschaft informiert wurde, nämlich über dieses Outing, wofür ich ja Verständnis habe, da wäre ich auch beunruhigt als Mitarbeiterin. Ist der Dr. Traumüller über diesen vermeintlichen oder tatsächlichen Unmut unter den Mitarbeitern informiert worden?

Mag. Michaela Kollross: Kann ich kurz? (*Abg. Mag. Kogler: Bitte schön! – Die Auskunftsperson bespricht sich kurz mit dem Verfahrensanwalt sowie mit ihrer Vertrauensperson.*) – Es wurde darüber geredet und getratscht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Meine Frage war, ob Sie eine Wahrnehmung darüber haben, dass das auf offiziellem Wege oder sonst wie beim Dr. Traumüller gelandet ist, dass es eine Beunruhigung der Mitarbeiterschaft gibt über diesen Vorgang, der hier im Ausschuss losgetreten wurde? Es kann ja sein, dass Sie dazu keine Wahrnehmung haben.

Mag. Michaela Kollross: Ja, habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Abschließend: Haben Sie den Dr. Traumüller selbst oder eine andere Person, die ihn diesbezüglich zitierend wiedergegeben hätte, in Erinnerung, nämlich Traumüller hätte gesagt, wenn der Ittner noch einmal in die FMA kommt, braucht er Polizeischutz? Ist Ihnen da etwas zu Ohren gekommen? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Nichts zu Ohren gekommen? Oder nur vor dem Parlament gesagt? Gut. Danke. Das hat er nämlich wirklich gesagt. Da können Sie mich dann einvernehmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie häufig machen Sie solche Abfragen, wie Sie hier getätigt haben, im Durchschnitt in der Woche: einmal, zweimal?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist auch schon gefragt worden, alles gleich am Anfang. (*Abg. Krainer: Aber es gab keine Antwort!*) Es ist unregelmäßig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich hätte gerne eine Antwort, denn es ist akustisch hier keine Antwort eingelangt. (*Die Auskunftsperson spricht kurz mit ihrer Vertrauensperson.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das Kürzeste ist, wenn Sie das wiederholen, was Sie schon gesagt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das lässt sich doch wirklich ohne lange Beratungen beantworten, oder? Bitte!

Mag. Michaela Kollross: Ich kann es nicht verifizieren oder Ihnen genau sagen, wie viele Abfragen ich wann tätige.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Machen Sie solche Abfragen öfters? (*Mag. Kollross: Ja!*) – Wie oft in der Woche?

Mag. Michaela Kollross: Es kann auch sein, dass eine Woche dabei ist, wo ich keine Abfrage tätige.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es ist eher nicht ein wochenübliches Geschäft?

Mag. Michaela Kollross: Es kann auch sein, dass ich in einer Woche jeden Tag abfrage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hängt vom Auftrag ab, den Sie bekommen? Sie machen solche Abfragen nicht von sich aus?

Mag. Michaela Kollross: Das hängt von meiner Tätigkeit ab.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das machen Sie nicht von sich aus, sondern das ergibt sich aus einem Auftrag, den Sie erfüllen?

Mag. Michaela Kollross: Es muss nicht immer nur ein Auftrag vorliegen, sondern im Rahmen meiner Tätigkeit, meiner beaufsichtigenden Tätigkeit werde ich auch alleine aktiv.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie im konkreten Fall im Zusammenhang mit der Sozialdemokratischen Partei eine Tätigkeit, wo Sie eine derartige Routineabfrage hätten machen müssen?

Mag. Michaela Kollross: In diesem Fall hatte ich einen Auftrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur einen Auftrag? Keine routinemäßige Tätigkeit? Also keinen Akt, den Sie bearbeitet haben, sondern ausschließlich einen Auftrag?

Mag. Michaela Kollross: Ja, einen Auftrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie andere Parteien schon abfragen müssen? – Ich rede von **politischen Parteien**. (*Mag. Kollross: Nein!*) – Das heißt, in Ihrer bisherigen Tätigkeit haben Sie nur den Auftrag gehabt, die Sozialdemokratische Partei abzufragen? (*Mag. Kollross: Ja!*) – Sie haben die SPÖ generell abgefragt. Damit dürfte es so gewesen sein, dass auch alle Vorfeldorganisationen der SPÖ in Ihre Anfrage mit einbezogen wurden. Ist das so?

Mag. Michaela Kollross: Über eine Suchfunktion habe ich das in das System eingegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sodass also unter Sozialdemokratische Partei oder SPÖ die Landesorganisationen, die ganzen Vorfeldorganisationen auch erschienen sind. – st das so?

Mag. Michaela Kollross: Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, wie ich das eingegeben habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen schon, dass Sie nur unter SPÖ eingegeben haben. Nur, wenn Sie unter SPÖ eine Abfrage tätigen, kann es ja vorkommen, dass damit bestimmte Untergliederungen einer Partei erscheinen.

Mag. Michaela Kollross: Wenn ich die Abfrage eingebe, dann scheint mir immer ein Kreditnehmer auf.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn jetzt aber mehrere Kreditnehmer, die mit der Sozialdemokratischen Partei in einem Untergliederungsverhältnis sind, vorhanden wären, dann würden die auch aufscheinen, solange sie unter dem Dach der SPÖ firmieren. Ist das so? Stellen Sie sich vor, die SPÖ-Frauen nehmen einen Kredit bei der BAWAG auf. Würde dieser Kredit dann aufscheinen?

Mag. Michaela Kollross: Das kommt auf die Höhe des Kredites an. Es wird nicht jeder Kredit eingemeldet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, ab welchem Kreditvolumen scheint er auf?

Mag. Michaela Kollross: Ab 350 000 €

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass es Landesorganisationen der SPÖ gibt, die ein Kreditvolumen in dieser Höhe überschritten haben. Würden die dann auftauchen?

Mag. Michaela Kollross: Wenn das Kreditinstitut richtig meldet, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass die Kreditinstitute richtig gemeldet haben, dann ist die Annahme nicht ganz abwegig, dass außer der Bundespartei auch noch weitere Untergliederungen der Partei in Ihre Anfrage mit einbezogen wurden, weil sie ein bestimmtes Kreditvolumen überschritten haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir stehen etwas unter dem Eindruck, dass Sie uns etwas verbergen. Und genau das Verborgene wollen wir heben, dazu sind wir da.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es bringt Ihnen gar nichts! Ich habe Ihnen eine ganz klare Frage gestellt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es entsteht der Eindruck (*Zwischenruf des Abg. Krainer*) – ja, für mich, und ich glaube, auch für viele in dem Raum sprechen zu können –, weil relativ schwierig oder langsam, vielleicht auch nur überlegt, die Antworten zu diesen relativ einfachen Fragen kommen. Ich würde Sie bitten, dass Sie uns die Beantwortung der Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zuteil werden lassen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wiederhole meine Frage: Wenn eine Landesorganisation oder eine Untergliederung der Sozialdemokratischen Partei ein Kreditvolumen von mehr als 350 000 € hätte, wäre das in Ihrer Anfrage aufgeschienen?

Mag. Michaela Kollross: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen Sie nicht?! Wie lange sitzen Sie schon an diesem Apparat? (*Abg. Rädler: Drei Monate! – Abg. Krainer: Ein Jahr!*) Ein Jahr. Und nach einem Jahr wissen Sie nicht, ob bei einer derartigen Abfrage auch eine Untergliederung der Sozialdemokratischen Partei, die Sie abgefragt haben, aufscheinen würde, wenn sie ein Kreditvolumen von mehr als 350 000 € hätte? Wollen Sie nach wie vor behaupten, Sie wissen es nicht?

Mag. Michaela Kollross: Wenn ich einen Kreditnehmer eingebe, kommt dieser Kreditnehmer heraus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wenn dieser Kreditnehmer jetzt aber mehrere Untergliederungen hat und dort auch wiederum Kreditnehmer aufscheinen, denn es gibt diese Sozialdemokratische Partei in Untergliederungen, wie es alle österreichischen politischen Parteien in Untergliederungen gibt. Auch meine ehemalige Partei hat Untergliederungen. (*Abg. Rädler: Aber nicht alle Parteien haben Schulden!*) Alle Parteien haben Schulden. (*Abg. Rädler: Das wissen Sie nicht, das vermuten Sie! – Abg. Mag. Kogler: Ein Vorgriff von der Industriellenvereinigung!*) Also eine Partei, die erklärt, sie macht keine Schulden, die macht sich erst recht verdächtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt Parteien, die werden großzügig unterstützt. Sagen wir das einmal so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bitte, den Zwischenruf des Kollegen Rädler an den Untersuchungsausschuss für den Eurofighter weiterzuleiten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, dass wir alle von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, wie so eine Großkreditevidenz aufgebaut ist. Das könnte nämlich der Kern sein. Ich meine, wenn man SPÖ eingibt, müsste man eigentlich fragen: Was kommt dann raus? Kommt da raus SPÖ Bund, SPÖ Niederösterreich, SPÖ Burgenland? Alle, die über 350 000 € kommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Würden Sie uns das bitte erläutern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Erklären Sie uns das vielleicht einmal, wie das aufgebaut ist, denn wir wissen das ja nicht.

Mag. Michaela Kollross: Wenn man keine dezidierte Nummer hat, diese Ident-Nummer, dann muss man sich über die Suchfunktion weiter vortasten, welchen Kreditnehmer man suchen will. Ich kann mich nicht mehr erinnern, welche Wörter ich eingegeben habe, um ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben SPÖ eingegeben, das war der Auftrag. Nun haben Sie zahlreiche Abfragen daraus abgeleitet. Das indiziert, dass es nicht nur eine Antwort gab, nicht nur eine SPÖ, sondern dass es sozusagen eine Vielzahl von SPÖ-Informationen gab. Ist das richtig?

Mag. Michaela Kollross: Wenn man ein Wort eingibt, dann kommen viele Kreditnehmer, die dieses Wort in sich bergen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es. Und das könnten auch Landesorganisationen der SPÖ gewesen sein?

Mag. Michaela Kollross: Ja, könnten gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Erinnerung daran, ob auch Untergliederungen der Partei in der Information aufgeschienen sind? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Was haben Sie mit dieser Abfrage im Anschluss daran getan, mit diesem ganzen Konvolut?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe das in ein Excel-Sheet übertragen, das heißt, quasi schön hergerichtet (*Abg. Stadler: Aufbereitet!*), und an den Auftraggeber übermittelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, an den Herrn Bauer? (*Mag. Kollross: Ja!*) – In Papierform?

Mag. Michaela Kollross: Mittels Mail.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit einem Mail an den Herrn Bauer weitergeleitet, und sonst an niemanden? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Ich frage Sie jetzt noch einmal: Außer dem Herrn Bauer hat diese Informationen zum damaligen Zeitpunkt und zu einem späteren Zeitpunkt von Ihnen niemand bekommen?

Mag. Michaela Kollross: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich es nur an den Herrn Mag. Bauer weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur Herr Mag. Bauer hat das bekommen. – Wurde Ihr Computer beschlagnahmt? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Ihr Computer wurde nicht beschlagnahmt? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Das ist bemerkenswert. (*Abg. Krainer: Freiwillig abgegeben!*) Nein, eine so genannte freiwillige Abgabe gibt es dort nicht, das ist ja absurd. Wenn die Finanzmarktaufsicht ihre Computer freiwillig weiterleiten würde, würde ich mir daraus Sorgen machen.

Nun zum Datenschutzgesetz. Hat bei den Abfragen, die Sie bisher gemacht haben, irgendjemand Sie einmal darauf hingewiesen, dass Sie die Regelungen des Datenschutzgesetzes zu beachten hätten?

Mag. Michaela Kollross: Nein. (*Abg. Dr. Stummvoll: Das wurde schon dreimal gefragt!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das hat er so nicht gefragt, er hat es anders gefragt. Ich habe das genau ... (*Abg. Dr. Stummvoll: Ein Wort war anders!*) Nein, nein. Er hat gefragt, ob sie das Datenschutzgesetz kennt.

Ich frage Sie jetzt nicht, ob Sie das Datenschutzgesetz kennen, ich frage Sie nur, ob Sie im Zusammenhang mit früheren Abfragen ganz anderer Kreditnehmer schon einmal auf das Datenschutzgesetz aufmerksam gemacht wurden? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Noch nie? Wer ist Ihr unmittelbarer Vorgesetzter?

Mag. Michaela Kollross: Das ist Herr Mag. Palkovitsch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Mag. Palkovitsch, der selbst auch Abfragen tätigt, nehme ich an?

Mag. Michaela Kollross: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, für Abfragen in dieser Abteilung sind ausschließlich Sie zuständig? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Sondern wer noch?

Mag. Michaela Kollross: In unserer Abteilung, in der wirtschaftlichen Analyse, gibt es noch andere Bankenanalysten, die dieselben Berechtigungen haben wie ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und die haben Sie auch nie darauf aufmerksam gemacht, dass das Datenschutzgesetz existiert? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Ich halte fest, dass das Datenschutzgesetz mit Ihnen noch nie erörtert wurde, nie Thema war. (*Mag. Kollross: Nein!*)

Hoher Ausschuss! Ich halte nur für mich jetzt am Schluss fest, dass wir eine neue Behörde haben, die die rechtlichen Basisinformationen an ihre Mitarbeiter, die in sensibelste Daten eingreifen, nicht weitergegeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie eine Ergänzung zu Ihren bisherigen Beauskunnftungen vorzunehmen? Wenn ja, dann tun Sie das bitte.

Mag. Michaela Kollross: Für mich ist das ganz klar, dass ich mit sensiblen Daten zu tun habe im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit, und für mich ist ganz klar, dass ich die vertraulich zu behandeln habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So ist es. Die Frage ist, ob ein Datenschutzvergehen da ist oder nicht, und das erblicke ich bislang noch nicht, weil nur die Weitergabe ein Problem darstellt. Aber wenn ein Vorgesetzter einen Auftrag erteilt und der Mitarbeiter erfüllt ihn und gibt ihn an den Vorgesetzten weiter, ist das noch nicht ein Datenschutzvergehen, denn sonst würde ja das Bankgeheimnis in Zukunft so sein, dass kein Bankmitarbeiter mehr ein Bankkonto abfragen darf.

Also das Vergehen alleine sehe ich persönlich noch nicht. Da müssen wir schauen, wie das Ganze weitergeht. Da werden wir wahrscheinlich den Herrn Bauer noch brauchen, denn irgendwie sind die Daten an die Öffentlichkeit gelangt, und das ist eigentlich die entscheidende Frage.

Daher meine Frage noch einmal, die noch nie wer gestellt hat. (*Abg. Mag. Stadler: Die Frage ist, ob das auch abgespeichert ist!*) Sie hat es eh nicht abgespeichert, sie hat es eh gelöscht, hat sie gesagt, und hat keine Daten mehr.

Die Frage, die ich an Sie stellen möchte: Haben Sie an irgendein Medium, an irgendjemanden außerhalb der Finanzmarktaufsicht, außerhalb Ihrer Dienstkette die Daten weitergegeben? (*Mag. Kollross: Nein!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Frau Mag. Kollross, ich glaube, ich habe das richtig gehört, dass Sie erst hinterher erfahren haben, dass diese Daten veröffentlicht wurden. Sie haben das aber nicht selbst gelesen in der Zeitung, sondern nur davon gehört, dass sie abgedruckt wurden. Ist das richtig? Oder haben Sie das selbst gelesen in der Zeitung? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Das haben Sie nicht. Also können

Sie auch nicht beantworten, ob die Daten, die Sie erhoben haben, auch jene waren, die dann letztendlich auch abgedruckt worden sind? (*Mag. Kollross: Ja!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kennen Sie einen anderen Fall, wo Daten, die Sie abgefragt haben, dann in der Zeitung oder sonst wo veröffentlicht wurden, oder ist das der einzige Fall?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie unterstellen den Sachverhalt, als ob sie es wüsste. – Die Auskunftsperson weiß es **nicht**.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, nein! Bitte genau zuhören! Meine Frage war: Haben Sie schon ein anderes Mal, außer diesem Mal erfahren ... – Sie hat ja erfahren, dass die Daten, die sie abgefragt hat, in der Zeitung gestanden sind. Sie hat ja nur gesagt, sie weiß nicht mehr genau von wem, aber sie hat es in der Zwischenzeit erfahren, nicht erst von mir, auf meine Frage hin, sondern sie wusste es bereits vorher. Sie weiß nur nicht mehr wann und von wem sie das erfahren hat.

Und meine Frage war: Haben Sie schon ein anderes Mal erfahren, entweder direkt oder indirekt, dass Daten, die Sie abgefragt haben, in der Zeitung gestanden sind? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Okay.– Das ist nur auch in Richtung des Kollegen Stummvoll, weil er gemeint hat, sind Sie jemals so penibel gefragt worden zu Abfragen, die Sie durchgeführt haben. Da könnte vielleicht ein Zusammenhang damit bestehen, dass das in die Öffentlichkeit gelangt ist, und das ist wahrscheinlich auch ein guter Grund.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In allen Fragen wird das unterstellt, dass genau diese Daten dann exakt 1 : 1 in der Zeitung gestanden sind. **Ich** weiß das nicht. Wissen **Sie** das?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja aktenkundig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich weiß ja nicht, was sie erhoben hat. Ich weiß nicht, was sie für eine Graphik erstellt hat, Excel-Liste oder sonst was. Was da drinnen gestanden ist, das weiß ich ja nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist aktenkundig. Mag. Ittner oder Dr. Ittner – das weiß ich jetzt nicht genau– hat hier ausgesagt, dass jene Daten, die in der Zeitung „Österreich“ veröffentlicht sind ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: ... diejenigen sind, die die Frau Kollross erhoben hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dass genau diese Daten abgefragt wurden. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) Na, darüber hinaus (*Abg. Mag. Kogler: Ein Teil davon!*), aber natürlich der Ausschnitt dessen war. Das ist hier ausgesagt worden. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Im Aktenvermerk von der OeNB, der uns vorliegt, steht, dass Sie nie im Zusammenhang mit der BAWAG in Erscheinung getreten sind vor dieser Abfrage. Stimmt das?

Mag. Michaela Kollross: Können Sie das vielleicht konkretisieren?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es steht im Aktenvermerk drinnen, die drei genannten Personen – es wissen eh alle, welche drei das sind – traten zum ersten Mal im Zusammenhang mit der BAWAG und Untersuchungen gegenüber der BAWAG in Erscheinung seitens der FMA. Das steht im Aktenvermerk drin. Sie waren bis zu diesem Zeitpunkt in keiner Form eingebunden in die Frage der Untersuchungen gegen die BAWAG oder über die BAWAG?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Niemand weiß, welcher Aktenvermerk das ist, und daher entsteht da etwas Unruhe sowohl bei mir als auch beim Verfahrensanwalt und auch bei der Vertrauensperson. Dürfen wir den Aktenvermerk hören?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ich verlese es jetzt noch einmal kurz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann war der? Von wem ist er erzeugt worden? Und was steht drauf?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist vom 20. September 2006. Die abgefragten Daten stimmen mit den von Rechtsanwalt Dr. Lansky angeführten Zahlen überein, das sind nämlich die aus der Zeitung „Österreich“. Bisher sind die angeführten Mitarbeiter der FMA im Zuge der Ermittlungen zum Thema BAWAG P.S.K. nicht in Erscheinung getreten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Von wem ist der Aktenvermerk?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von der OeNB, abgezeichnet a.l. Mag. Helmut Ettl. Das ist der, der dem Ausschuss übermittelt wurde seitens der OeNB.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht kann man den vorhalten, ob sie den kennt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, gerne. Aber den wird sie nicht kennen. Woher auch?

(Abg. Krainer legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.)

Mag. Michaela Kollross: Nein, den kenn ich nicht. *(Abg. Krainer: Bitte?)* Den Aktenvermerk kenne ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Den können Sie auch nicht kennen. Das wäre komisch, wenn Sie den kennen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welche Frage schließen Sie da an?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob das stimmt, dass Sie bis zu dem Zeitpunkt niemals etwas mit BAWAG-P.S.K.-Ermittlungen zu tun hatten?

Mag. Michaela Kollross: Bei uns gibt es eine Aufteilung, wer für welche Kreditinstitute zuständig ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja und sind Sie für die BAWAG zuständig, für die BAWAG P.S.K.? *(Mag. Kollross: Nein!)* – Waren Sie zu irgendeinem Zeitpunkt zuständig? *(Mag. Kollross: Nein!)*

Ich darf Ihnen nun vorhalten die Auszüge der protokollierten Abfragen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Es handelt sich hier um die Beilage zum Aktenvermerk, wo genau protokolliert sind die einzelnen Abfragen, die hier durchgeführt wurden, beginnend mit 18.8. mit einer Reihe von Abfragen von Ettl und dann beginnend mit 22.8. mit Abfragen von X8PERSCH, und das geht dann weiter am 23.8. mit X8KOLLRO. Das ist einfach die Abkürzung; ich nehme an, das sind Sie. *(Mag. Kollross: Ja!)*

Weil Sie gesagt haben, Sie wissen nicht genau, was hier protokolliert wird, wenn Sie diese Liste hier sich in Ruhe anschauen, ist die Frage: Wissen Sie jetzt, was da genau alles protokolliert wird? Wobei das jetzt ausschließlich, glaube ich, auf diese ID-Nummer ... – Das heißt, diese Suchabfrage, die Sie vorher durchgeführt haben, ist hier nicht enthalten, sondern nur genaue Zugriffe auf diese ID-Nummer, wo wir vorher geklärt haben, wie Sie diese ID-Nummer gesucht haben.

Mag. Michaela Kollross: Also so, wie mir das vorliegt, habe ich das noch nie gesehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ist mir klar.

Mag. Michaela Kollross: Können Sie vielleicht Ihre Frage noch einmal wiederholen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schauen Sie sich einmal in Ruhe an, ob Sie jetzt aus den Listen ein bisschen schlau werden und uns erklären können, was das bedeutet, was hier steht. Also für mich als Laien wird hier einiges relativ klar. Ich nehme jetzt nur her, auf der Seite 2 steht, vorletzte Zeile: „42032“ – das ist wahrscheinlich eine laufende Protokollnummer – „X8KOLLRO“. Das sind Sie, also Sie haben etwas abgefragt, und zwar die „id: 209201“. Das ist wahrscheinlich dieser Kredit bei der BAWAG der SPÖ, das ist wahrscheinlich die ID-Nummer des Kreditnehmers oder dergleichen. Per April 2004, das heißt, dieses Monat haben Sie da abgefragt, nehme ich an, und zwar abgefragt haben Sie am 23.8. um 11.04 Uhr. Und der Bericht ist: „Gesamte Obligo einer Firma“. Und Sie müssen ja noch viel besser wissen als ich, was das heißt, was hier steht. Es ist zum Teil selbsterklärend, aber Sie müssen ja aus dieser Liste noch viel schlauer werden als ich, weil Sie ja mit diesem System arbeiten und auch wissen, was eine einzelne Abfrage ist. Und deswegen würde ich Sie ersuchen, sich das hier anzuschauen und uns zu erklären, Schritt für Schritt, was hier passiert.

Mag. Michaela Kollross: Wenn wir diese besagte Zeile hernehmen, ist es das Gesamtobligo zu dieser Firma, zu dieser Identnummer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, zu diesem einen Kredit?

Mag. Michaela Kollross: Es scheint kein einzelner Kredit auf, es scheint ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Kreditnehmer, ja. – Das heißt, was er zu dem Zeitpunkt ausgehafft hat oder was sein Rahmen war oder was auch immer?

Mag. Michaela Kollross: Das Obligo, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Daten sehen Sie da?

Mag. Michaela Kollross: Nachdem da steht: gesamtes Obligo einer Firma, wird es das gesamte Obligo sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt die aushaftende Kreditsumme?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unterscheiden Sie zwischen Obligo und aushaftender Kreditsumme?

Mag. Michaela Kollross: Es wird in der Großkreditevidenz unterschieden zwischen Obligo und Ausnützung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Erklären Sie uns das bitte? Für das Protokoll, das ist jetzt nicht eine Fangfrage, sondern: Was versteht man in FMA-Kreisen unter **Obligo**, und was versteht man unter **Ausnützung**?

Mag. Michaela Kollross: Das **Obligo** ist das gesamthaft, was der Kreditnehmer ausnützen kann, und die **Ausnützung** ist dann die tatsächliche Ausnützung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, vereinfacht könnte man sagen, Obligo ist gleich Kreditrahmen, Ausnützung ist aushaftender Betrag. (*Mag. Kollross: Ja!*)

Die nächste Zeile, was haben Sie da abgefragt?

Mag. Michaela Kollross: Wie gesagt, bei dem kann ich nur vermuten, dass es das Rating ist, dass dieses RAT für Rating steht, wobei: 100 Prozent sicher bin ich mir da nicht, was wieder die Bezeichnung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, in der Großkreditevidenz ist auch ein Rating eingegeben. (*Mag. Kollross: Ja!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und was ist dieses „per: J/2003-2005“ in dieser Zeile?

Mag. Michaela Kollross: Da müsste ich jetzt eine Vermutung anstellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nachdem es nicht Ihre Liste ist, vermuten Sie, was das sein könnte, bitte.

Mag. Michaela Kollross: Dass das vom Jahr 2003 bis 2005 quasi eine Periode ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, dass das Obligo in diesem Zeitraum in der Höhe war. Kann das sein?

Mag. Michaela Kollross: Ich glaube eher, dass sich das auf das Rating bezieht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie diese Liste und den Zeitablauf hier anschauen, dann hat anscheinend Ihre Kollegin Perschy am Tag vor Ihnen diesen Auftrag bekommen, hier etwas zu recherchieren in dieser Frage, was sie auch getan hat, genauso alles Mögliche exportiert ins Excel.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege, darf ich ganz kurz eine Zwischenfrage stellen, die, glaube ich, essentiell ist auch für Ihre Fragen: Sie haben gesagt, die Kreditinstitute sind den Referenten zugeteilt. Sie sind nicht für die BAWAG zuständig. Wer ist für die BAWAG zuständig? Und warum haben Sie abgefragt? Sind Sie Urlaubsvertretung gewesen oder sonst irgendetwas? Wissen Sie das noch? Wer ist denn für die BAWAG normalerweise zuständig?

Mag. Michaela Kollross: Für die BAWAG ist Herr Mag. Hejda zuständig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch zu diesem Zeitpunkt damals? (*Mag. Kollross: Ja!*) – Und war der damals da oder nicht?

Mag. Michaela Kollross: Der Kollege war zu der Zeit nicht da.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War er vielleicht bei der Justiz abgestellt?

Mag. Michaela Kollross: Wie gesagt, ich weiß es nicht, ob es zu dem Zeitpunkt war, aber es stimmt, dass er bei der Staatsanwaltschaft abgestellt war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und sind Sie die Vertretung gewesen oder nicht? Oder hatte der Kollege Hejda einen Vertreter in diesem Zeitraum? Sagen Sie uns dazu etwas!

Mag. Michaela Kollross: Es gibt keine offizielle Vertretung. Mir wurde, wie gesagt, der Auftrag vom Herrn Mag. Bauer gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn jemand länger ausfällt und nicht da ist für das Kreditinstitut BAWAG, wer macht dann BAWAG? Gibt es da eine Einteilung, wer das war? Eine Automatik? Oder wird dieses Institut dann quasi im Einzelfall an die Referenten vergeben?

Mag. Michaela Kollross: Es gab keine dezidierte Vertretung. Wie das dann gehandhabt worden ist, wer dann die Agenden übernommen hat, es gab keine dezidierte Person ... Wie ich das mitbekommen habe, hat das Herr Mag. Palkovitsch übernommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In diesem Zeitraum August–September des Vorjahres?

Mag. Michaela Kollross: Für den Zeitraum, wo der Kollege bei der Staatsanwaltschaft abgestellt war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn man sich jetzt diesen Log anschaut, gibt es einmal ein paar Abfragen von Herrn Ettl; ich glaube, der ist bei der Nationalbank. Der fragt ab: Stand Juni 2006, Juni 2002, Juni 2001, Juni 2001, Juni 2006 – aus. Dann kommt die Frau Perschy und fragt ab: Juni 2006.

Jetzt habe ich noch eine Frage: Haben Sie eine Ahnung, was dieses „Iz: 14000 KI“ beziehungsweise „Iz: 12000 KI“ bedeutet?

Mag. Michaela Kollross: Wo sind Sie da, bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auf der ersten Seite steht immer „per:“ und daneben „Iz: 12000 KI“ – ist das vielleicht die Bankleitzahl? Ist das denkbar?

Mag. Michaela Kollross: Also was „Iz“ heißt, weiß ich nicht, aber diese zum Beispiel 14000, 12000, das ist die Bankleitzahl.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und 14000 ist was? Welche Bank hat die Bankleitzahl 14000?

Mag. Michaela Kollross: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und 12000? Wissen Sie auch nicht?

Mag. Michaela Kollross: Nein, weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist es denkbar, dass 14000 die BAWAG ist und 12000 die BA-CA?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: 12000 ist Bank Austria.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube nämlich, dass 12000 BA-CA und 14000 BAWAG ist. Ich arbeite nicht im Bankenbereich. Aber ist das möglich?

Mag. Michaela Kollross: Das ist möglich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann kommen Sie, und Sie fragen jetzt ab: 9901: eine Menge Abfragen, dann Jänner 2003, Jänner 2002, April 2000, das ist gerade, als der Gusenbauer in Funktion getreten ist. Wieso fragen Sie gerade diese Daten hier ab? Dann wieder April 2001. Sie fragen ja nicht jedes Monat ab, Sie fangen dann später an, das 99er-Jahr jedes Monat abzufragen, dann das 2000er-Jahr jedes Monat abzufragen. Aber Sie sind ja da recht systematisch vorgegangen: zuerst einmal grob und dann noch verfeinert – und diese Verfeinerung interessanterweise nach einer Pause.

Mag. Michaela Kollross: Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, wie ich da im August, nach welchem Schema oder Vorgehen ich abgefragt habe. Mir liegt das jetzt auch zum ersten Mal vor.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben überhaupt keinerlei Wahrnehmung gehabt, dass Kollegin Perschy am Tag vor Ihnen bereits solche Abfragen durchgeführt hat? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Keinerlei Wahrnehmung? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Sie fragt das ab, ist auch nicht damit betraut, genauso wenig wie Sie, kriegt wahrscheinlich auch einen Auftrag, schaut nach, fragt halt nicht alles ab. Sie machen das hingegen ganz gründlich und gehen durch. Sie sehen es eh selbst, was Sie da gemacht haben. Sie können ja mit diesen Daten mehr anfangen als ich. Das heißt, wenn Sie sich nicht mehr erinnern, Sie brauchen es sich nur anzuschauen, dann sehen Sie es eh. Aber

erklären Sie mir aufgrund dessen, was Ihnen vorliegt, wie Sie vorgegangen sind! Sie müssen das ja noch viel besser interpretieren können als ich.

Mag. Michaela Kollross: So, wie es da aussieht, habe ich mir dann das Rating angeschaut, sprich: auf den Knopf mit Rating gedrückt, dann einmal das gesamte Obligo, dann Liste aller Kreditgeber einer Firma. Das weiß ich nicht, welcher Knopf das genau ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann fragen Sie den April 2001 ab, dann fragen Sie Juni 2006 ab, und dann geht es los, dann fragen Sie den Jänner 1999 ab und dann den Feber, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Monat für Monat, Oktober, November, Dezember. Und dann 2000: Jänner, Feber, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember. Wie geht es dann weiter? Dann fragen Sie noch einmal nach, was Sie eh schon nachgefragt haben, also die Ratings schauen Sie sich noch einmal jedes Monat durch, und dann machen Sie eine Pause von einer Stunde – das müssen Sie eh besser sehen als ich –, und dann machen Sie weiter und fangen wieder an mit Juni 2006 und dann Dezember 2002, gar nicht dort, wo Sie aufgehört haben.

Mag. Michaela Kollross: Ich kann mich nicht mehr, wie schon gesagt, daran erinnern, wie meine Vorgehensweise war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann fragen Sie nur noch quasi bei Jahresende ab, und dann wird es spannend: Jetzt stellen Sie Abfragen, dann machen Sie wieder eine Stunde Pause, dann macht der Herr Bauer eine Abfrage, dann wieder Sie und dann wieder er, so ein Pingpong, so, als ob sie nebeneinander sitzen und das irgendwie gemeinsam machen. Das sieht man ja auf Grund des Protokolls, dass das teilweise parallel läuft, wie dann eine Pause ist, dann macht der Herr Bauer drei Abfragen, dann machen Sie drei Abfragen, dann macht der Herr Bauer eine Abfrage, und eine Minute später machen Sie eine Abfrage.

Mag. Michaela Kollross: Was Herr Mag. Bauer macht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben das also nicht parallel gemacht oder dergleichen? Das ist reiner Zufall? (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Sitzt der woanders?*)

Mag. Michaela Kollross: Herr Mag. Bauer sitzt ganz woanders.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und das ist reiner Zufall, dass er, während Sie das gerade machen, **genau dieselben** Daten abfragt? Wenn Sie jetzt schauen auf die vorletzte Seite, da sieht man es ja: Sie fragen fast genau die gleichen Sachen ab, und zwar immer in der gleichen Minute oder eine Minute auseinander.

Mag. Michaela Kollross: Ich weiß, wie gesagt, nicht, was Herr Mag. Bauer ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Sie sehen es ja hier, da sehen Sie es ja!

Obmann Dr. Martin Graf: Jetzt vermuten wir, Sie hat, glaube ich, jetzt schon ausreichend dazu Auskunft gegeben. Der Herr Mag. Bauer wird wahrscheinlich den Auftrag selbst erhalten haben, den wird er weitergegeben haben, und selbst hat er halt auch herumgespielt. (*Abg. Mag. Stadler: Aber sieht man das nicht am Apparat?*)

Können gleichzeitig auf ein und denselben Kreditnehmer mehrere in der FMA zugreifen? Geht das überhaupt? Wissen Sie etwas darüber?

Mag. Michaela Kollross: Ich hatte noch nie ein Problem, dass ich auf Daten zugreife und dass ich ... Also bei mir scheint nicht auf, ob jemand anderer die auch noch anschaut oder nicht. (*Abg. Dr. Bauer: Ist das dann gesperrt in dieser Zeit oder nicht?*)

Mag. Michaela Kollross: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe noch nie eine Großkreditevidenzabfrage durchgeführt. Wie hätte ich das auch tun sollen? Aber Sie gehen sehr systematisch vor, Monat für Monat, Jahr für Jahr, und hören dann plötzlich auf, und dann wird nur noch per Jahresende abgefragt. Und dann kommt der Herr Bauer ins Spiel, wo Sie dann ein paar Minuten lang parallel genau dasselbe abfragen, komisch. Und dann fangen Sie wieder an bei 1999 und 2000. Was ist der Unterschied zwischen diesen Abfragen? Haben Sie da noch einmal nachkontrolliert die Zahlen, ob die richtig sind, oder wie haben Sie das gemacht?

Mag. Michaela Kollross: Ich kann nur wiederholen: Ich weiß nicht mehr, wie mein Vorgehensschema im August letzten Jahres war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Sie sehen es ja hier, Sie haben ja jede einzelne Abfrage hier protokolliert. Auf Grund dessen müssen Sie das doch rekonstruieren können, und Sie kennen ja Ihre eigene Arbeitsweise. (Abg. **Amon:** Die Frage ist bereits beantwortet!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das glaube ich auch, dass jetzt auf wiederholte Befragung zu dem Thema schon Antworten gegeben wurden. Die Würdigung der Antwort bleibt jedem selbst überlassen.

Gibt es noch weitere Fragen seitens des Herrn Krainer?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, natürlich! (Abg. **Rauch-Kallat:** Wissen Sie noch, in welcher Reihenfolge ...?) – Entschuldigung, die Kollegin muss es nicht wissen, das hier kann ja ihr Gedächtnis auffrischen. Hier steht doch, was sie vor einem Jahr gemacht hat, sie kann das nur hundertmal besser interpretieren als wir. Und das, worum ich ersuche, ist anhand dieser Liste eine Interpretation dessen, was sie gemacht hat. Das ist doch die **perfekte** Gedächtnisstütze, da ist **jede** Abfrage auf die Minute genau protokolliert. Jede Minute, wo sie nicht nachschaut, ... (Abg. **Amon:** Was ist dann Ihre Frage, Kollege Krainer, wenn eh alles auf die Minute protokolliert ist? – Abg. Mag. **Stadler:** Die Arbeitsweise ...!) Die Arbeitsweise! (Abg. **Amon:** Das geht ja eh aus dem Protokoll hervor!) Aber ich kann das nicht in der Art und Weise interpretieren, wie sie es kann, weil ich weiß ja nicht, wie das abläuft. Aber das ist ja für sie die perfekte Gedächtnisstütze, weil alles da steht. (Abg. Mag. **Stadler:** Der beste Vorhalt, den Kollege Krainer je gemacht hat! – Heiterkeit.)

Wollen Sie uns jetzt aufgrund des Protokolls noch sagen oder erläutern, was Sie da gemacht haben?

Mag. Michaela Kollross: Ich kann nur allgemein schildern, wie ich arbeite. So, wie das aussieht, geht man da monatlich vor, schaut sich das monatlich an, und am Ende ziehe ich Stichproben, ob das, was ich dann quasi eingetragen habe in meine aufbereitete Tabelle, ob die Zahlen stimmen. Aber so, wie ich das da drinnen sehe, ist das jeweils jedes Monat. Ich habe jetzt leider nicht so viel Zeit, dass ich mir das genau anschau.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben da genug Zeit, sich das in Ruhe anzuschauen. Wenn Sie sagen, Sie wollen sich das jetzt fünf Minuten in Ruhe anschauen, schauen Sie es sich fünf Minuten in Ruhe an. Wir drängen Sie da nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Vorsitzender, wenn die Frau Magister die Aussage trifft, dass sie offensichtlich Monat für Monat abgeprüft hat und dann über die Gesamtheit Stichproben macht, dann ist, glaube ich, ausreichend die Arbeitsweise dargestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie, Herr Amon, der Pflichtverteidiger?

Wenn ich mir das hier anschau, habe ich den Eindruck, dass Sie zunächst abgefragt haben die Jahre 1999/2000. Das wurde zuerst einmal abgefragt. Dann machen Sie eine Stunde lang nichts, keine einzige Abfrage. Dann kehren Sie zurück zu dem Thema, und dann machen Sie nur noch Dezember jedes Jahres. Das wirkt so, als ob Sie in der Zwischenzeit etwas besprochen hätten, dass zuerst der Auftrag war ... – Ich sage Ihnen meine Vermutung.

Auf Grund des Protokolls ergibt sich für mich das Bild, dass Sie zuerst den Auftrag hatten, eben 1999/2000 nachzuschauen. Das haben Sie gemacht. Da hat man den Eindruck, Sie waren fertig, haben das dem Auftraggeber dann vorgelegt. Der hat aber dann gesagt: Jetzt schauen Sie noch etwas nach!, denn Sie kehren dann wieder zurück eine Stunde später, und dann schauen Sie nach einem ganz anderen Prinzip als vorher. Das ist ein ganz anderes Suchprinzip, und ein ganz anderer Auftrag muss da dahinterstehen. Sie schauen dann plötzlich immer nur noch per 12., also per Ende Dezember jedes Jahres. Das geht weiter, dann machen Sie wieder eine Pause. Das machen Sie, dann ist wieder eine Pause, und dann fragen Sie anscheinend mit dem Herrn Bauer parallel ein paar Sachen ab, und dann kontrollieren Sie noch einmal alle Daten. Das klingt so wie, jetzt schauen Sie noch einmal genau nach, ob Sie nicht irgendetwas übersehen haben. Dann kontrollieren Sie in Wahrheit nur noch Ihre Daten – und aus.

Und nach diesen Pausen ändert sich Ihr Arbeitsstil. Sie fragen vorher 1999/2000 jedes Monat ab, dann ist eine Stunde nichts, dann fragen Sie nach einer Stunde immer nur noch den Dezember jedes Jahres ab, dann ist wieder eine Pause, und dann kontrollieren Sie die Daten – zuerst parallel mit Ihrem Vorgesetzten Bauer. Das ist auffällig, und da würde mich die Erklärung interessieren.

Mag. Michaela Kollross: Es ist richtig, dass ich am Anfang das monatlich abgefragt habe, und nachher habe ich mein Ergebnis an Mag. Bauer geschickt. Weil Sie das jetzt mit den Quartalen gesagt haben, kann ich mich erinnern: Es ist nachher quartalsweise – ich versuche gerade, das hier zu finden – ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist dann immer nur noch der Dezember des Jahres abgefragt worden. Früher haben Sie jedes Monat abgefragt und dann nur noch den Dezember, nach einer Pause.

Mag. Michaela Kollross: In weiterer Folge war es dann so, dass es geheißen hat, es reichen ihm die Dezember-Stände. (*Abg. Mag. Stadler: Na also! Einen neuen Auftrag hat sie gekriegt!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das ist eh okay. Wir versuchen das nur gemeinsam aufgrund dieser Listen herauszuarbeiten. Ich glaube, diese Listen helfen ja auch, Sachen, die lange zurückliegen, wieder aufzufrischen. Deswegen ist es ja ganz praktisch, dass es so etwas gibt.

Haben Sie gewusst, dass das alles protokolliert wird? (*Mag. Kollross: Nein!*) – Hat Ihnen niemand gesagt, dass alles, was Sie da machen, protokolliert wird?

Mag. Michaela Kollross: Mein persönliches Empfinden ist, dass es mir ganz klar ist, dass, wenn man etwas abfragt, das irgendwo protokolliert wird – aber bewusst, dass mir das wer gesagt hat, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, zuerst einmal war Ihr Auftrag, 1999/2000 abzufragen. Das haben Sie gemacht, diese zwei Jahre, dann haben Sie das vorgelegt, und dann hat sich der Auftrag geändert: Jetzt schauen Sie mir bitte noch die anderen Jahre nach, nämlich 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006. Aber da muss ich nicht jedes Monat wissen, da reicht mir immer einmal im Jahr der Dezember-Stand. – Sinngemäß.

Mag. Michaela Kollross: Der Ultimo-Stand, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das haben Sie dann gemacht. Dann gab es die nächste Unterbrechung, wo Herr Bauer und Sie dann parallel ein bisschen arbeiten. Können Sie mir das noch erklären? Weil dann kontrollieren Sie es nur noch. Da werden Sie ja dazwischen noch einmal mit ihm gesprochen haben. Und dann haben Sie wahrscheinlich den Auftrag bekommen, das noch einmal genau anzuschauen, das dritte Mal: Geh, schauen Sie es noch einmal durch!, oder ich weiß nicht, aber da muss ein drittes Mal irgendetwas gewesen sein, weil da wieder der Stil ein ganz anderer ist. Da ist wie ein Bruch: eine Stunde Pause – Bruch.

Mag. Michaela Kollross: Ich kann nur vermuten, dass ich mein Ergebnis abgegeben habe und er das wahrscheinlich nachkontrolliert ... Ich vermute nur. Und ich habe es dann ... Ich weiß meine Arbeitsweise, ich kontrolliere es dann lieber noch einmal nach, falls ich irgendeinen Fehler gefunden – also Fehler; falls meine Excel-Aufbereitung Fehler beinhaltet hätte, dass ich ihm das noch sagen hätte können.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Das heißt, wenn ich das jetzt zusammenfassen darf: Sie wussten nicht, dass Ihre Kollegin Perschy am Vortag bereits offensichtlich einen Auftrag bekommen hat, sich dieses Kreditkonto der SPÖ anzuschauen, sondern Sie haben einfach den Auftrag vom Herrn Bauer bekommen: Schauen Sie sich bitte Kredite der SPÖ bei der BAWAG an, die Jahre 1999/2000! Sie haben das gemacht, haben jedes Monat abgefragt, haben das in eine Excel-Tabelle übertragen, haben ihm das gegeben. Er hat gesagt: Schauen Sie mir bitte das nach dem auch an, aber da reicht mir einmal im Jahr. Das haben Sie dann auch gemacht, das haben Sie ihm auch gegeben. Er hat das entgegengenommen, hat anscheinend dann parallel mit Ihnen kontrolliert einzelne Zahlen, wobei er nicht viel kontrolliert hat, und Sie sind Ihre Listen auch noch einmal stichprobenartig durchgegangen, ob alles passt, und haben dann endabgeliefert. – Sinngemäß in etwa der Ablauf der Dinge, auch jetzt gestützt auf dieses Protokoll hier. Habe ich das jetzt richtig zusammengefasst, sinngemäß, so in etwa? Oder ist das komplett falsch, was ich sage?

Mag. Michaela Kollross: Sinngemäß kann es stimmen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie noch andere Aufträge bekommen, die in irgendeiner Art und Weise Richtung Sozialdemokratie tendieren, um solche Berichte abzuliefern? Ich sage Ihnen das deswegen: Es wird hier alles protokolliert. Wir brauchen nur der OeNB sagen: Bitte, schauen Sie uns alles nach, was die Kollegin Kollross im letzten Jahr nachgeschaut hat!, und wir kriegen solche Listen. Ich sage das nur gleich im Vorhinein.

Haben Sie noch irgendwelche Aufträge in dieser Art, irgendwelche Kreditverbindungen, Kontoverbindungen, was auch immer, von der SPÖ, Untergliederungen, Vorfeldorganisationen, nahestehende Personen abzufragen?

Mag. Michaela Kollross: Soweit ich mich erinnern kann, nicht, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, manchmal tun Sie es aus eigenem und manchmal per Auftrag. Wie oft bekommen Sie Aufträge, so etwas zu machen? Ist es so, dass Sie in der Regel aus eigenem Antrieb abfragen, einfach aufgrund Ihrer Tätigkeit und Ihres Bereiches, oder ist es so, dass in der Regel das reine Auftragsarbeiten sind?

Mag. Michaela Kollross: Ich würde sagen, das hält sich die Waage; manchmal Aufträge, manchmal wird man halt aus der Arbeit selbst tätig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Ihrer Kenntnis nach die Frau Perschy bisher irgendeine Zuständigkeit für die BAWAG gehabt?

Mag. Michaela Kollross: Meiner Kenntnis nach nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt: Sie hatten keine Zuständigkeit, die Frau Perschy hatte keine Zuständigkeit, und der Zuständige war bei der Staatsanwaltschaft, und daher haben alle anderen einfach Abfragen bei der BAWAG getätigt, was die SPÖ anlangt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daher hat es gesonderte Aufträge gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatte Herr Bauer eine Zuständigkeit für die BAWAG?

Mag. Michaela Kollross: Zu diesem Zeitpunkt war er stellvertretender Abteilungsleiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und in dieser Abteilung ist die BAWAG bearbeitet worden? Nicht in einer anderen Abteilung?

Mag. Michaela Kollross: In der Abteilung Wirtschaftliche Analyse befinden sich alle Kreditinstitute.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Herr Bauer hätte generell bei jedem Kreditinstitut hineinschauen können? (*Mag. Kollross: Ja!*) – Haben Sie eine Vorstellung, warum er Sie und die Frau Perschy dafür herangezogen hat, wenn er das ohnehin selbst machen kann und zum Teil auch selbst gemacht hat?

Mag. Michaela Kollross: Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden wahrscheinlich den Herrn Bauer brauchen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Mag. Kollross, es scheint sich bezüglich dieser Mitnahme respektive Zurverfügungstellung von Computern und Laptops eine Überschneidung mit dem Umstand zu ergeben, dass auch über die MeInl-Bank und Flöttl-Verflechtungen Dinge an die Öffentlichkeit gegangen sind, wie der Sprecher der FMA ja öffentlich bestätigt. Jetzt noch einmal die Frage, ob Sie uns etwas sagen können, Wahrnehmungen darüber haben, in welcher Abteilung jedenfalls Computer entweder freiwillig zur Verfügung gestellt wurden – wie gesagt wurde – oder ob sie dort sonstwie mitgenommen, beschlagnahmt wurden. Welche Abteilungen hat das betroffen, haben Sie da eine Wahrnehmung?

Mag. Michaela Kollross: Ich habe von einigen Kollegen die Wahrnehmung, dass die Computer beschlagnahmt – also, weiß ich nicht –, mit... (*Abg. Krainer: Dass sie freiwillig den Computer abgegeben haben!*), ja, freiwillig die Computer abgegeben wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das ist eine zweite Frage, aber „von einigen Kollegen“: Sind die alle einer Abteilung zuordenbar?

Mag. Michaela Kollross: Von denen, von denen ich es weiß, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welche Abteilung ist das?

Mag. Michaela Kollross: Haben Sie das Organigramm vor sich liegen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist ganz schlecht leserlich, weil der Ausdruck schlecht ist. Die Abteilung – sagen Sie es.

Mag. Michaela Kollross: Das ist die Abteilung I/5.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): I/5. Ja, genau, wo nunmehr der Mag. Bauer der Abteilungsleiter ist. – Stimmt das? (*Mag. Kollross: Ja!*)

Im Kontext der anderen Datenschutzfragen, die wir hier auch immer relevieren, verzichte ich darauf nachzufragen, von welchem Kollegen Sie das gehört haben. Wenn es andere wollen, ist es ihnen unbenommen, aber wir wissen, es ist einmal die Abteilung des Mag. Bauer. Und von anderen Abteilungen wissen Sie nichts Diesbezügliches?

Mag. Michaela Kollross: Konkret weiß ich nichts, nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Inkonkret?

Mag. Michaela Kollross: Das Einzige, was ich weiß, ist, dass von ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie was gehört? Sie wissen es nicht konkret. Wissen Sie etwas anderes als konkret?

Mag. Michaela Kollross: Ich weiß von diesen Kollegen, die in dieser Abteilung I/5 sind, dass die PCs freiwillig mitgegeben wurden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie betonen immer dieses „freiwillig“!

Mag. Michaela Kollross: Ich weiß ja nicht, was ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, ist schon recht. Aber Sie verstehen, dass das zur Nachfrage reizt. Ihnen wurde vermittelt, dass die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung I/5 eine freiwillige Sammlung von Computern gemacht haben und diese dann weitergegeben haben?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf daran erinnern, dass im Gesetz vorgesehen ist, dass, bevor man eine Beschlagnahme vornimmt, man es auch freiwillig abgeben kann. Das ist ein durchaus üblicher Vorgang.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage ja nur nach, was die Wahrnehmungen waren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und ich glaube, zu diesem Thema ist die Auskunftsperson ja auch nicht geladen worden. Wenn wir darüber Auskünfte haben wollen, dann sollten wir richtigen, also die zuständigen Leute laden, die das koordiniert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es ist unmittelbar verschränkt, glaube ich. Im Übrigen bin ich mit meinen Fragen ohnehin schon fertig. Es ist nur deshalb verschränkt, weil ja nach dem Ausschuss nicht klar ist, ob das im Zusammenhang mit der Abfrage der Großkreditevidenz steht oder mit der Meinsache, die ich jetzt ausdrücklich zusätzlich erwähnt habe, oder ob beides eine Rolle spielt. – Aber ich war ohnehin fertig. Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte nur erinnern: Es geht um einen der größten Bankenskandale in dieser Republik. Es geht natürlich auch darum: Hat die Finanzmarktaufsicht in diesem Ausschuss versagt? Es geht um gerichtliche Beschlagnahmungen, und, und, und. Da spielt sich einiges in diesem Bereich ab. Und die Frau Mag. Kollross ist jetzt nicht unbedingt eine Entscheidungsträgerin der FMA, die plötzlich für alles Rede und Antwort stehen muss. Bitte da auch um Verständnis. Wir gehen manchmal wesentlich sanfter mit Entscheidungsträgern in diesem Ausschuss um als vielleicht mit Sachbearbeitern. (*Abg. Mag. Stadler: Also, ich muss mir diesen Vorwurf nicht machen lassen!*) – Der Kollege Stadler ist ausgenommen, der geht mit **allen** sanft um, mit allen gleich sanft. (*Heiterkeit.*)

Gibt es noch Fragen zum Thema Großkreditevidenz in diesem Zeitraum? – Ich glaube, das haben wir abschließend erörtert. Dann bedanke ich mich für Ihr Erscheinen, Sie sind für heute entlassen.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Kollross** verlässt den Sitzungssaal.)*

15.04

15.05

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Matthias Klinger** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Klinger** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Mag. Barbara Nösslinger** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Klinger** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und fragt, ob sich an den Personalien etwas geändert habe, die dieser als Vertrauensperson in diesem Ausschuss ja schon mehrfach bekanntgegeben habe. *(Die **Auskunftsperson verneint dies.**)*

Sodann weist der Obmann Mag. Klinger als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass seine vorgesetzte Dienstbehörde von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei. Die vorgesetzte Dienstbehörde habe dem Ausschuss ein Schreiben zukommen lassen, wonach sich die Amtsverschwiegenheit nur auf die Causa AMIS beziehe. Dies sei an sich nicht Gegenstand der heutigen Einvernahme, daher werte der Obmann es so, dass die vorgesetzte Dienstbehörde **keine** Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit der Aussagen für den heutigen Befragungsgegenstand für erforderlich halte.

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann ersucht nun die Frau Vertrauensperson von Herrn Mag. Klinger um Bekanntgabe ihrer Personaldaten.

Vertrauensperson Mag. Barbara Nösslinger: Mag. Barbara Nösslinger; geboren am 29. Mai 1969, wohnhaft: Wien 18.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Frau Mag. Nösslinger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) erkundigt sich, ob die Vertrauensperson direkt oder indirekt Vorgesetzte der Auskunftsperson sei.

Mag. Barbara Nösslinger: Ich bin direkte Vorgesetzte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) erklärt, er halte das für unvereinbar.

Auch die ***Abgeordneten Mag. Stadler und Mag. Kogler*** schließen sich diesen Bedenken an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf stellt dazu fest, Frau Mag. Nösslinger sei direkte Vorgesetzte und demnach potentiell auch geeignet, offensichtlich als Auskunftsperson vom Ausschuss geladen zu werden, und sei auch in der Lage, zu beeinflussen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) betont, er habe eher Bedenken hinsichtlich einer freien Aussage.

Abgeordneter Amon (ÖVP) meint, das könne zwar der Fall sein, müsse aber nicht sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) betont, die Auskunftsperson sei potentielle Auskunftsperson, weil sie auch Protokollführerin gewesen sei. Es liege daher der Tatbestand des § 14 Abs. 2 lit. a vor, Frau Mag. Nösslinger sei seiner Ansicht nach als Vertrauensperson auszuschließen.

Bei der in der Folge vom Obmann durchgeführten ***Abstimmung*** ergibt sich eine deutliche Mehrheit für den ***Ausschluss*** von Frau Mag. Nösslinger als Vertrauensperson.

Der Obmann ersucht Frau Mag. Nösslinger, den Sitzungssaal zu ***verlassen*** und richtet an Mag. Klinger die Frage, ob dieser eine andere Vertrauensperson namhaft machen möchte und eine solche überhaupt noch heute im Ausschuss erscheinen könne. Sollte Herr Mag. Klinger, da dieser ja das Recht habe, eine Vertrauensperson dabei zu haben, heute nicht aussagen wollen, wäre dies durchaus ein anderes Mal möglich, noch dazu, wo der Ausschuss heute ohnehin zeitlich stark in Verzug sei.

Mag. Matthias Klinger (Finanzmarktaufsicht): Eine weitere Vertrauensperson steht nicht zur Verfügung. Ich stehe für die Befragungen zur Verfügung. Sollte der Ausschuss der Meinung sein, dass aus zeitökonomischen Gründen meine Befragung heute nicht stattfinden soll, dann würde ich den Ausschuss bitten, das auch zu beschließen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das geht nicht. Wozu nehmen Sie dann immer solche Vertrauenspersonen mit? Es gibt immer mit der FMA diese Schwierigkeiten. Sie sind der Koordinator der FMA – das sage ich gleich einmal vorweg – und wissen genau, dass immer wieder der Umstand eintritt, dass man Vertrauenspersonen auswählt, die selber als Auskunftspersonen geladen werden! Das ist ja kein Einzelfall!

Aber ich mache jetzt einmal die Belehrung fertig, und das wird heute mein Hauptblock sein, weil das ist genau das, wie die FMA uns begegnet.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei Herr Mag. Klinger bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden. Die Frage, ob einer dieser Gründe vorliege, wird von der Auskunftsperson ***verneint***.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erinnert an die Möglichkeit, vor Eingehen in die Befragung eine zusammenhängende Erklärung zum heutigen Verfahrensgegenstand abzugeben.

Mag. Matthias Klinger: Ich darf nur ganz kurz den Abgeordneten des Hauses für ihr Verständnis danken, dass ich den letzten Ladungstermin krankheitsbedingt nicht wahrnehmen konnte, möchte aber keine weitere zusammenhängende Erklärung abgeben. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Klinger, Sie sind uns von Ihren Vorständen als der Koordinator der Übermittlung der Unterlagen der Finanzmarktaufsicht bekanntgegeben worden. Ist das so? Sind Sie der Koordinator gewesen, der auch die Verantwortung dafür trägt?

Mag. Matthias Klinger: Ich bin vom Vorstand in meiner Funktion als Assistent des Vorstands als Koordinator in der FMA eingesetzt worden und bin es auch heute noch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und tragen Sie für das, was letztlich dann durchgeführt wurde, Verantwortung oder nicht?

Mag. Matthias Klinger: Ich trage dafür die Verantwortung, dass die Bereiche zeitgerecht und zeitnahe ihre Unterlagen liefern und dass die Unterlagen an das Parlament übermittelt werden, dass ein Begleitschreiben verfasst wird, das im Vier-Augen-Prinzip immer mit einer Kollegin oder einem Kollegen unterfertigt wird. Ich darf gleich anfügen: Eine inhaltliche Kontrolle durch mich hat nie stattgefunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer koordiniert die Vertrauenspersonen?

Mag. Matthias Klinger: Die Vertrauenspersonen werden von den Auskunftspersonen ausgewählt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kennen Sie den § 25 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses?

Mag. Matthias Klinger: Auswendig nicht. Wenn Sie mir ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dort drinnen steht, die Gerichte und alle Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen von Untersuchungsausschüssen auf Beweiserhebungen im Rahmen der Befugnisse des Untersuchungsausschusses Folge zu leisten. Alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen.

Haben Sie sich mit diesem Paragraphen je befasst?

Mag. Matthias Klinger: Dieser Paragraph ist ja die Grundlage der Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss. Natürlich habe ich mich mit dem Paragraphen befasst!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Erklären Sie uns, wie das Procedere war: Wann haben Sie den Beschluss des Ausschusses erhalten? Mit welchem Auftrag wurde der an Sie weitergeleitet? Wie sind Sie vorgegangen? Und als letzten Punkt: Welche Unterlagen haben Sie dann beschlossen in der FMA, dass sie uns übermitteln, und welche nicht?

Mag. Matthias Klinger: Der Beweisbeschluss vom 14. November ist uns am 15. November zugegangen. Er war pauschal an die FMA gerichtet, ist ins Vorstandssekretariat gekommen und wurde mir direkt weitergegeben, um es dem Vorstand vorzulegen. Nach einer ersten Besprechung mit dem Vorstand wurde ich betraut, die Belieferung des Ausschusses im Haus zu koordinieren. Es hat im Anschluss mit den betroffenen Bereichen und Abteilungen, mit den Bereichsleitern und Abteilungsleitern eine erste Besprechung gegeben, in der man die ersten Arbeitsschritte und Arbeitsaufteilungen besprochen hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was wurde da besprochen? Wer war dabei?

Mag. Matthias Klinger: Nach meiner Erinnerung war in der ersten Besprechung dabei jeweils ein Vertreter des Bereiches I der Bankenaufsicht, und zwar in Form von Bereichsleiter Dr. Hysek, vom Bereich III war die Abteilung vertreten, die bei der Causa AMIS einzig damit beschäftigt war, und zwar ist das die Abteilung III/2, Aufsicht über

Wertpapierdienstleister, und hier war meiner Erinnerung nach der Herr Abteilungsleiter Dr. Resch anwesend.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also: Dr. Hysek, Dr. Resch und Sie.

Mag. Matthias Klinger: Ich war natürlich auch anwesend, der Vorstand war anwesend.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte uns Beteiligten zu nennen: Dr. Hysek, Dr. Resch, Mag. Klinger, ...

Mag. Matthias Klinger: Und der Vorstand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist der Vorstand?

Mag. Matthias Klinger: Der Vorstand ist Dr. Pribil, Dr. Traumüller.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Beide? (*Mag. Klinger: Ja!*) – Was ist da jetzt festgelegt worden? – Ich schicke voraus: Der Beschluss hat gelautet, uns **alle** Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die den Untersuchungsgegenstand bilden.

Mag. Matthias Klinger: In der ersten Besprechung wurde festgehalten, welche Unterlagen laut dem Beweismittelbeschluss des Untersuchungsausschusses an den Untersuchungsausschuss zu übermitteln sind und welche Bereiche/Abteilungen damit befasst werden. Des Weiteren wurde auch besprochen, welche zusätzlichen Kopierkräfte und sonstige Ressourcen aus anderen Abteilungen und Bereichen herangeschafft werden können, um hier eine zeitnahe und vollständige Übermittlung der Unterlagen sicherzustellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was ist dann weiter passiert?

Mag. Matthias Klinger: Nach der ersten Besprechung mit dem Vorstand gab es eine weitere Besprechung mit dem Bankenbereich, weil diese ja vom Umfang der Unterlagen am meisten betroffen war. An dieser Besprechung haben teilgenommen meine Person, Bereichsleiter Dr. Hysek, Abteilungsleiter Mag. Palkovitsch, Abteilungsleiter Dr. Schütz; meiner Erinnerung nach waren noch zwei weitere Mitarbeiter aus dem Bereich anwesend, deren Namen ich aber nicht mehr im Kopf habe

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und da wurde einmal festgelegt, uns alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das haben Sie auch so weitergeleitet. Was wurde da für eine Anordnung an die Mitarbeiter weitergeleitet hinsichtlich Schwärzung, hinsichtlich Unterlagen, die uns nicht zur Verfügung gestellt werden? Wir brauchen nicht um den heißen Brei herum wandern: Es sind uns – und das ist Faktum – **nicht** alle Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, sondern wir mussten immer wieder urgieren, nachfolgende Beschlüsse fassen, und vieles andere mehr.

Und da interessiert uns natürlich: Welche Anordnungen wurden denn an die Mitarbeiter gegeben? Denn ich gehe einmal davon aus, Sie haben uns alle Unterlagen, die von den Abteilungen zu Ihnen gekommen sind, weitergeleitet. Oder haben Sie eine Selektion vorgenommen? – Sie haben nämlich am Anfang gesagt, Sie haben inhaltlich nie etwas kontrolliert. Dann könnten Sie gar keine Selektion vorgenommen haben.

Mag. Matthias Klinger: So ist es, Herr Vorsitzender. Eine Selektion durch mich hat **nie** stattgefunden! Ich darf Ihnen auch noch sagen, dass wir natürlich eingangs besprochen haben, wie mit einem Untersuchungsausschuss umzugehen ist, nachdem es für uns alle eine erstmalige Erfahrung ist, wie die Unterlagen zu übermitteln sind – sollen sie geheftet sein, in welche Ordner kommen sie hinein, wie sollen sie chronologisch angeordnet sein und wie soll die Übermittlung ans Parlament selbst stattfinden?

Ich darf Ihnen sagen, dass wir den ersten Beweisbeschluss des Untersuchungsausschusses genau durchgearbeitet haben und für uns herausgearbeitet haben, welche Unterlagen verlangt werden. Wir sind dabei auch darauf gekommen, dass hier auch zahlreiche Unterlagen mit umfasst sind, die in der FMA **nicht** aufliegen beziehungsweise die auch in anderen Behörden aufliegen und von diesen Behörden auch angefordert wurden, weil ja im Beweisbeschluss sämtliche befassten Behörden aufgeführt waren.

Ich darf Ihnen noch kurz zusammenfassend sagen, welche Unterlagen aus unserer Sicht zu übermitteln waren: Das waren einerseits sämtliche Protokolle der Aufsichts- und Vorstandssitzungen der FMA, Ergebnisse von Prüfungen der Innenrevision, sämtliche behördliche Maßnahmen, Wahrnehmungen der Bankprüfer, Vor-Ort-Prüfberichte, Entsendepraxis von Staatskommissären, Weisungen an Staatskommissäre beziehungsweise deren etwaige Einsprüche, die jährlichen Tätigkeitsberichte der Staatskommissäre zu den zehn größten Kreditinstituten, wobei wir auch hier besprochen haben, wie die zehn größten Kreditinstitute zu definieren sind. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir Einzelinstitute heranziehen und die letztaktuelle Bilanzsumme zu Jahresende heranziehen, um die zehn Größten festzustellen.

Des Weiteren wurde gefordert die Anstellung von Staatskommissären in Kabinetten, eine Liste jener Personen, die mehr als drei Funktionen wahrnehmen, die Protokolle der Expertenkommission sowie die Protokolle des Finanzmarktkomitees.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und dann sind welche Unterlagen an uns geliefert worden? Sie haben bis 5. 12. insgesamt vier Lieferungen an uns vorgenommen. Dann hat es von uns eine Urgenz gegeben, weil uns sofort klar geworden ist, dass uns die Staatskommissärsberichte ohne Aufsichtsratsprotokolle übermittelt wurden. Das haben wir urgiert. Wer hat den Mitarbeitern in Ihrem Hause die Anweisung gegeben, die Aufsichtsratsprotokolle, um bei einem Beispiel zu bleiben, uns **nicht** zur Verfügung zu stellen?

Mag. Matthias Klinger: Laut Beweismittelbeschluss waren die jährlichen Tätigkeitsberichte der Staatskommissäre für die derzeit zehn größten Banken verlangt. Wir haben dann auf Grund dessen, dass von der FMA Quartalsberichte eingeführt wurden, diese die Grundlage für die Jahresberichte darstellen und die Jahresberichte selbst wenig Informationsgehalt hergeben, weil wie gesagt, das in den Quartalsberichten aufscheint, um Ihnen ein besseres Verständnis zu ermöglichen, die Quartalsberichte von vornherein mitgeliefert. Unsere Definition Ihrer Anforderung war jedoch, dass die jährlichen Tätigkeitsberichte der Staatskommissäre so wie es in Ihrem Antrag drinnen steht, verlangt wurden, und diese wurden übermittelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn aber bei den Tätigkeitsberichten Beilagen sind, wie kommt man dann auf die Idee, dass die Beilagen nicht zu übermitteln sind? Die sind ja Bestandteil dieses Berichtes, oder irren wir uns da?

Mag. Matthias Klinger: Die Beilagen sind Bestandteil des Aktes, der Bericht selbst ist für sich ein abgeschlossenes Instrument. Beilagen sind Verweise.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aha, so wurde das aufgefasst. Wer hat denn diese Interpretation vorgenommen? Sie? Oder war das ein Beschluss? Oder waren das Ihre Vorgesetzten?

Mag. Matthias Klinger: Die Interpretation hinsichtlich der Unterlagen vor allem aus dem Bankenbereich wurde in der vorhin erwähnten Sitzung mit dem Bereich I beschlossen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum sind uns die Protokolle aus den Koordinationsforen nicht übermittelt worden?

Mag. Matthias Klinger: Die Protokolle zum Koordinationsforum waren aus dem ersten Beweismittelbeschluss nicht ersichtlich. Ich darf dazu noch weiter ausführen, dass uns am 10. Jänner ein Schreiben von Ihnen zugegangen ist, wo alle Protokolle des Koordinationsforum OeNB-FMA verlangt wurden. Ich selbst habe dann mit einem Mitarbeiter von Ihnen telefoniert, um anzufragen, ob die Kofo-Protokolle unter einem Beweismittelbeschluss zu verstehen sind. Mir wurde mitgeteilt, dass das ja behördliche Maßnahmen sein könnten, was ich negiert habe. Daraufhin hat der Mitarbeiter mir gesagt, das stimmt so, und ich habe ihm gesagt, ich werde die Kofo-Protokolle gerne schon vorbereiten, ich bitte nur, hier einen zusätzlichen Beweisbeschluss zu fassen, damit wir uns hier auf rechtlich gesicherter Basis befinden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn da steht: **Protokolle** und **sonstige Unterlagen** – wie kommt man da zu der Idee? War das Ihr Antrieb, Herr Mag. Klinger? Das ist die Frage. War das **Ihr** Antrieb, dass diese Unterlagen nicht von Anbeginn an mitgeschickt wurden, oder haben Sie diesbezüglich Ihre Rechtsabteilung befragt? Oder was haben Sie unternommen?

Mag. Matthias Klinger: Von welchen Unterlagen sprechen Sie?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gab ja Selektionen! Wir bekommen bis heute noch Unterlagen. Sie haben zum Beispiel die Abteilungsleiterforenprotokolle bis heute auch nicht übermittelt. Oder ich drehe es um: Immer dann, wenn wir draufgekommen sind, dass es noch Unterlagen gibt, haben wir Beschlüsse fassen müssen, dass wir es kriegen. Sie haben nie freiwillig etwas hergegeben. Und da frage ich mich: Auf wessen Antrieb ist das passiert?

Mag. Matthias Klinger: Ich darf zur Erklärung anfügen, dass erstens die Alf-Protokolle, die ebenso aus dem ersten Beweismittelbeschluss nicht ersichtlich waren ... – Es ist für mich auch nicht ganz verständlich, warum für Alf-Protokolle etwas anderes gelten soll als für die Kofo-Protokolle.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das gilt auch für die Kofo-Protokolle nicht. Sie haben uns die einfach nicht zur Verfügung gestellt, und Sie haben uns permanent neue Beschlusslagen herbeiführen lassen, weil wir von Ihnen ja nichts freiwillig bekommen haben in diesem Bereich, sondern Sie haben es immer eng ausgelegt. Bis zum heutigen Tage wird es von Ihrer Behörde eng ausgelegt. Ich möchte wissen: Wer ist außer dem Vorstand verantwortlich, dass man eine derartige Meinung in der Behörde vertritt, dass man dem Untersuchungsausschuss mehr oder weniger die Arbeit schwer macht?

Mag. Matthias Klinger: Ich möchte dazu wirklich nur zwei Dinge festhalten. Mir wurde von Ihrem Mitarbeiter – meiner Erinnerung nach war es Herr Dipl.-Ing. Aigner – bestätigt, dass die Kofo-Protokolle nicht unter den ersten Beweismittelbeschluss zu subsumieren sind und dass es keine behördliche Maßnahme darstellt. Und ich habe ihn gebeten, hier einen Beweisbeschluss schnell nachzubringen und natürlich angeführt, dass ich die Kofo-Protokolle schon so vorbereiten lasse, als wäre eine Beweisbeschluss bereits im Haus, damit eine zeitnahe Übermittlung auch möglich ist. Dieser Beweisbeschluss ist uns dann auch wenige Tage später zugegangen.

Ich möchte hier auch offen sagen, natürlich ist ein Untersuchungsausschuss für die Mitarbeiter auf Grund der Ressourcenbelastung eine Belastung hinsichtlich der laufenden Aufsicht, die ja weiter passieren muss. Natürlich haben wir geschaut, dass wir die Mitarbeiter aufgeteilt belasten, nicht alles auf einen Kern fokussieren und damit eine ganz Abteilung lahmlegen, sondern haben versucht, auch andere Abteilungen in

die Vorbereitung der Unterlagen mit einzubauen, damit hier die Belastung im Haus gleich verteilt werden kann.

Ich möchte aber auch rechtlich hinzufügen, dass es nach unserer Auslegung so ist, dass das Amtsgeheimnis naturgemäß gegenüber den Untersuchungsausschuss immer als aufgehoben gilt, sofern man sich in mündlichen Vernehmungen befindet, dass aber nur jene Unterlagen an den Untersuchungsausschuss übermittelt werden dürfen und hier das Amtsgeheimnis nicht zu wahren ist, die explizit angefordert wurden. Eine freiwillige überschwängliche Übermittlung ist unserer Meinung nach nicht zulässig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und woher haben Sie diese Expertise?

Mag. Matthias Klinger: Diese Expertise kam aus dem eigenen Haus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist dafür verantwortlich?

Mag. Matthias Klinger: Diese Expertise wurde teilweise von der Rechtsabteilung und teilweise von der Behördenabteilung Bereich I versucht zusammenzutragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke, dass Sie immer die Abteilungen nennen. Können Sie auch die Verantwortlichen dazu nennen?

Mag. Matthias Klinger: Abteilung Behördliche Aufsicht Kreditinstitute: Herr Dr. Oliver Schütz ist Abteilungsleiter. Abteilungsleiter der Rechtsabteilung ist Frau Dr. Birgit Puck.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gab es darüber hinaus außerhalb Ihres Hauses noch Koordinationssitzungen, wo Sie sich abgesprochen haben, welche Unterlagen übermittelt werden und welche nicht?

Mag. Matthias Klinger: Nachdem eine möglichst große Ressourcenschonung auch das Ziel war und auch der Untersuchungsausschuss keine Doppellieferungen haben wollte, gab es natürlich auch mit jenen Behörden, bei denen die gleichen Stücke angefordert wurden, Koordinationssitzungen, um abzusprechen, welche Institution beziehungsweise welche Behörde welche Unterlagen zu übermitteln hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit wem haben Sie sich da abgesprochen? Wann? Und mit welchem Ergebnis?

Mag. Matthias Klinger: Erste Besprechungen über die Inhalte gab es – sofern ich mich jetzt richtig erinnere – bereits **vor** dem 14. 11., als uns zwar der Beweismittelbeschluss offiziell noch nicht zugegangen war, aber im Finanzministerium durchaus schon die Anträge bekannt waren und daher auch schon bekannt war, welche Unterlagen höchstwahrscheinlich angefordert werden würden. Es gab daher Besprechungen, vor allem mit dem Finanzministerium und der Oesterreichischen Nationalbank.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war da Teilnehmer?

Mag. Matthias Klinger: Das Finanzministerium war in den meisten Sitzungen vertreten durch den Mitarbeiter des Kabinetts des Herrn Bundesministers, Hans-Georg Kramer, den, glaube ich, zuständigen Abteilungsleiter für die Koordination mit dem Parlament, Mag. Wallner, sowie den Gruppenleiter Mag. Alfred Lejsek.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War bei irgendeiner Sitzung Herr Mag. Schmidtke dabei?

Mag. Matthias Klinger: Herr Mag. Schmidtke persönlich war nicht anwesend. Anwesend seitens der OeNB war Direktor Christl.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es irgendwann einmal mit der Nationalbank einen Konsens oder ein Commitment gegeben – oder wie man das auch immer nennen will,

denn ein Beschlussgremium ist das ja nicht –, worin man festgelegt hat: Diese Unterlagen übermitteln wir nicht?

Mag. Matthias Klinger: Ich selbst habe mit dem Abteilungsleiter Mag. Ettl telefoniert, um ihn zu fragen, wie die Nationalbank den Beweismittelbeschluss interpretiert und welche Unterlagen aus ihrer Sicht zu übermitteln wären, beziehungsweise auch, um noch einmal mit ihm festzuhalten – da er, ich darf das so ausdrücken, Herr der Prüfberichte ist –, dass eben die Prüfberichte sowie Stellungnahmen von der OeNB übermittelt werden. In diesem Telefonat sind wir beide der gleichen Meinung darüber gewesen, welche Unterlagen zu übermitteln sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Schmidtke hat sinngemäß gesagt, es hat eine Sitzung gegeben, in der man unter anderem festgelegt hat, welche Unterlagen man nicht übermittelt. Man hat dort festgelegt: Die Unterlagen, die den Absender OeNB tragen, übermittelt die OeNB an uns; diejenigen, über die es eine Korrespondenz und Akten gegeben hat, deren Absender bei koordinierenden Sitzungen die Finanzmarktaufsicht war, übermittelt die Finanzmarktaufsicht. Dann gab es eine dritte Gruppe, da hat man gesagt: Und das übermitteln wir nicht.

Können Sie sich daran erinnern?

Mag. Matthias Klinger: Ich kann mich an kein einziges Gespräch erinnern, in dem besprochen wurde, was *nicht* übermittelt wird. In meinen Gesprächen wurde nur besprochen, was *übermittelt* wird.

Ich kann Ihnen auch eindeutig sagen, was welche Behörde beziehungsweise Institution zu übermitteln hatte:

Protokolle der Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen der FMA wurden naturgemäß von der FMA übermittelt.

Ergebnisse von Prüfungen der Innenrevision wurden von der OeNB übermittelt. Da möchte ich aber anmerken, dass es eben keine eigenen Vor-Ort-Prüfungen der Innenrevision gegeben hat, sondern dass Innenrevisions-Prüfungen – wie Sie bekanntlich mittlerweile auch wissen – immer nur Teil von ganzen Vor-Ort-Prüfungen sind. Da gab es also keine eigene Übermittlung, sondern das war Teil der Übermittlung der Vor-Ort-Prüfungen.

Die behördlichen Maßnahmen sind naturgemäß wieder von der Behörde, sprich der FMA, übermittelt worden, sowie auch die Wahrnehmungen der Bankprüfer.

Vor-Ort-Prüfberichte sind durch die OeNB übermittelt worden.

Die Entsendepraxis der Staatskommissäre wurde vom BMF übermittelt, da ja dort auch die Entscheidung liegt.

Die Weisungen an Staatskommissäre beziehungsweise etwaige Einsprüche – ich habe es jetzt nicht mehr im Kopf, aber ich glaube, wenn es überhaupt einmal einen Einspruch oder Weisungen gegeben hat, waren es jedenfalls sehr wenige – wurden von uns übermittelt. Der jährliche Tätigkeitsbericht der Staatskommissäre zu den zehn größten Kreditinstituten wurde ebenfalls von der FMA übermittelt.

Die Anstellung von Staatskommissären in Kabinetten wurde vom BMF übermittelt. Die Liste der Personen, die mehr als drei Funktionen ausüben, wurde ebenso vom BMF übermittelt.

Die Protokolle der Expertenkommission wurden von der FMA übermittelt.

Die Protokolle des Finanzmarktkomitees wurden vom BMF übermittelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Mag. Schmidtke – und jetzt halte ich Ihnen die Seite 48 des Protokolls vom 14. März 2007 vor – sagt Folgendes; Zitat:

„Mir wurde vom Direktor der Hauptabteilung“ – der OeNB, füge ich jetzt hinzu – „mitgeteilt, dass eine Abstimmung zwischen OeNB und FMA erfolgt ist, diese Unterlagen nicht schon jetzt zur Verfügung zu stellen“ – gemeint ist die Abteilungsleiterforumssitzung –, „sondern eben auf explizite Anforderung. Sie“ – damit meint er den Untersuchungsausschuss – „haben ja die Koordinationsforumsprotokolle auch explizit angefordert und die ALF-Protokolle nicht explizit genannt.“ Er – also der Direktor der Hauptabteilung, meint er – „hat mir diese Information nur übermittelt; ich kann Ihnen nicht sagen, wie er zu dieser Einschätzung gekommen ist.“

Wer war denn das Visavis des Direktors der Hauptabteilung der OeNB bei der FMA in dem Gespräch?

Mag. Matthias Klinger: Wenn Sie vom Direktor der Hauptabteilung sprechen, vermute ich, Sie meinen Herrn Mag. Ittner. Ich selbst habe mit Mag. Ittner nicht gesprochen. Es entzieht sich auch meiner Kenntnis, wer mit ihm gesprochen hat, dezidiert.

Ich möchte aber anfügen, dass ich selbst mit Herrn Mag. Schmidtke ein Telefonat bezüglich der ALF-Protokolle geführt habe und da die Meinung der FMA weitergegeben habe, dass ALF-Protokolle so lange nicht übermittelt werden, solange sie von keinem Beweismittelbeschluss umfasst sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist Ihre Mitteilung gewesen?

Mag. Matthias Klinger: Das habe ich Herrn Mag. Schmidtke weitergegeben, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da Sie so eine Amtsauffassung, sage ich jetzt, haben, frage ich Sie ganz einfach: Gibt es in der FMA noch irgendwelche Unterlagen betreffend den gesamten Untersuchungsgegenstand – egal, von wem angefertigt, erzeugt oder sonst etwas –, die wir bis zum heutigen Tag noch nicht erhalten haben, ausgenommen die ALF-Protokolle?

Mag. Matthias Klinger: An dieser Stelle kann ich sagen: Da es von mir keine inhaltliche Kontrolle Seite für Seite gegeben hat, kann ich von meiner Warte aus nur sagen, dass die FMA mit bestem Wissen und Gewissen **sämtliche** angeforderten Unterlagen übermittelt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, Sie schließen aus, dass mit Ausnahme der ALF-Protokolle noch irgendetwas den Untersuchungsgegenstand Betreffendes ...

Mag. Matthias Klinger: Ich habe es **nicht** ausgeschlossen, weil ich gesagt habe (*Obmann Dr. Graf: Ich frage Sie jetzt!*), dass ich keine Seite-für-Seite-Überprüfung vollzogen habe. Ich habe es auch deswegen nicht ausgeschlossen, weil wir von 30 000 Seiten an Unterlagen sprechen, weil allein in der FMA an die 20 Mitarbeiter damit beschäftigt waren, Unterlagen auszuheben, zu schwärzen, zu kopieren, einzuordnen und Aktenspiegel zu erstellen, und ich es von meiner Warte aus nicht verantworten möchte, für 20 Personen hundertprozentig zu gewährleisten, dass nicht eine Seite verloren gegangen ist oder nicht. Ich möchte ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es geht nicht um eine Seite. Herr Kollege Klinger, ich bitte, ein bisschen weniger Arroganz an den Tag zu legen. (*Abg. Amon: Die Fragestellung war so!*) Es geht nicht um einzelne Seiten (*Abg. Amon: Die Fragestellung war genau so!*), sondern es geht um Unterlagen, die es potenziell gibt: auf die wir noch nicht gestoßen sind, die es aber gibt, wie zum Beispiel Abteilungsleiterforensitzungen. Gibt es gattungsmäßig so etwas, was Sie uns bislang vorenthalten?

Ich gehe jetzt nicht von einzelnen Seiten aus, die irrtümlich aus einem Protokoll in der Kopie verloren gegangen sind. Das sind Fehler, die beim Kopieren passieren, dafür machen wir niemanden verantwortlich; so etwas kann dort, wo gearbeitet wird, immer passieren. Aber das ist die Frage: Gibt es irgendwelche Unterlagen, die feststellbar sind, die uns **nicht** übermittelt wurden?

Mag. Matthias Klinger: Ich möchte hier eindeutig festhalten, dass die FMA sämtliche Unterlagen – eben mit Ausnahme von erstens ALF, zweitens der einen oder anderen Seite, die vielleicht verloren gegangen sein kann – übermittelt hat, die von dem Beweismittelbeschluss vom 14. und nachfolgenden umfasst sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wer interpretiert den Beweismittelbeschluss? – Diejenigen, die interpretieren, engen ihn ja ein. Wenn wir alle Unterlagen verlangen, machen Sie eine Einengung.

Mag. Matthias Klinger: Ich darf hier auch anfügen, dass in den Beweismittelbeschlüssen doch immer dezidiert angeführt wird, welche Unterlagen zu übermitteln sind. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist ein schwerer Irrtum!*) Diese sind auch übermittelt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Mag. Klinger, Ihre Rechtsabteilung hat offensichtlich einen blinden Fleck im Bereich des Verfassungsrechtes. Ich sage Ihnen jetzt in aller Form, dass den Untersuchungsausschüssen **alle** Akten vorzulegen sind. Sie gelten hier als öffentliches Amt, und Ihr öffentliches Amt Finanzmarktaufsicht hat **alle** Akten auf Verlangen vorzulegen!

Hier steht nicht drin: es sind irgendwelche Interpretationsakten vorzulegen, sondern das gilt für **alle** Akten, die mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben und die in der Aktenanforderung verlangt werden. Es obliegt Ihnen **nicht**, zu entscheiden, ob das dem Ausschuss zusteht oder nicht! Das sage ich Ihnen in aller Form.

Ich bitte Sie, sich mit dem Artikel 53 Abs. 3 unserer Bundesverfassung vertraut zu machen. Das Ganze beruht auf Verfassungsrecht, das ist nicht irgendein Privatvergnügen des Ausschussvorsitzenden. Es ist unerheblich, was dazu ein Mitarbeiter des Ausschussvorsitzenden sagt – das sage ich Ihnen auch in aller Form –, sondern Sie haben von sich aus dieser verfassungsrechtlichen Pflicht nachzukommen!

Ich mache Sie auch darauf aufmerksam, dass die Verletzung dieser verfassungsrechtlichen Pflicht einen Tatbestand nach § 302 StGB darstellt. Das haben wir, von der Volksanwaltschaft aus, mit Ministern schon durchexerziert, die auch geglaubt haben, sie entscheiden, was der Volksanwaltschaft vorzulegen ist oder nicht.

Sie haben **alle** Akten, die mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, hier vorzulegen! Und Sie haben nicht darauf zu insistieren, dass Ihnen Beweismittelbeschlüsse vorgelegt werden. Das steht Ihnen nicht zu!

Ich werde mich in Zukunft auch gegen derartige Beweismittelbeschlüsse aussprechen. Stattdessen werde ich mich dafür aussprechen, dass man eine Mitteilung an diese Behörde macht, die nicht weiß, was die Verfassungsrechtslage und die Strafrechtslage dazu ist, und dann eine Strafanzeige gegen die Betroffenen macht. Jetzt wissen wir wenigstens, wer in dieser Behörde so obskure und skurrile Rechtsansichten vertritt.

Das ist der Punkt: Wir haben Ihnen nicht nachzuweisen, dass wir wieder auf einen Beweismitteltypus gestoßen sind, den Sie uns nicht vorgelegt haben. Das ist keine Holschuld, das ist Ihre **Bringschuld**, und sonst gar nichts! Das sage ich Ihnen in aller Form. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Aber Strafurteile machen wir hier nicht!* – *Abg. Mag. Stadler: Nein, aber Strafanzeige machen wir!* – *Abg. Ing. Schultes: Aufpudeln darf man sich auch, aber das hilft uns ja nicht!* – *Abg. Mag. Stadler: Ich bringe das vor,*

*weil wir uns da vorrechnen lassen, was wir der Behörde vorzulegen haben, an die wir ein untertänigstes Ersuchen zu richten haben, damit wir dann vielleicht ...! – Abg. Mag. **Donnerbauer**: Das hat er nicht gesagt! – Abg. Mag. **Stadler**: Aber genau so ist es herübergekommen! Fragt bei einem Mitarbeiter nach, ob das vom Beweismittelbeschluss vielleicht ...!)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ob das umfasst ist oder nicht! – Ich meine, alle haben sich im Wesentlichen bemüht, es zu unterstützen, damit etwas beschleunigt wird. Aber leider Gottes sind wir zu der Erkenntnis gekommen, dass alles Nachfragen in Wirklichkeit nur einer Verschleppung oder Einengung gedient hat.

Meine Antwort, wenn mich jemand gefragt hat, ist immer: **alle Unterlagen**, die den Untersuchungsausschuss betreffen! (Abg. Mag. **Stadler** – in Richtung ÖVP –: Wenn das eure Behörde ist, die ihr kreierte habt, dann gute Nacht!) Wenn man nachher bei meinen Mitarbeitern nachfragt, dann ist das zwar recht gut oder schön, aber selbst wenn diese Blödsinn machen, verantworten das nicht meine Mitarbeiter und auch nicht ich, sondern immer noch die Behörde als **Bringschuld**. Das muss man schon auch so sehen. (Abg. Mag. **Stadler**: Allein auf die Idee zu kommen, es ist bei Mitarbeitern des Vorsitzenden nachzufragen!) Das ist heute wieder als Begründung genannt worden.

Es ist bereits evident – daran möchte ich erinnern, auch im Zusammenhang mit den letzten Aussagen –, dass die Nationalbank sich mit der FMA zusammengesetzt hat und dass man in Wirklichkeit übereingekommen ist, zu sagen: Das schicken wir nicht! Das hat heute der Zeuge oder die Anhörungsperson auch bestätigt, dass man gesagt hat: Solange sie da nicht einen expliziten Beschluss fassen, sind wir übereingekommen, diese Unterlagen vom ALF nicht zu übermitteln. Bitte, mit dem Selbstverständnis eines Ausschusses kann sich das nicht ... (Abg. Mag. **Donnerbauer**: ... ob es richtig oder falsch ist!)

Ob es richtig oder falsch ist! – Daher ist es einmal notwendig, dass man auch den Verantwortlichen an diesen Stellen klarmacht, was ihre Aufgabe ist. Sie haben nicht einengend zu beurteilen: das übermitteln wir nur dann, wenn ihr einen Beschluss fasst!, sondern es ist in Wirklichkeit mit dem ersten Beschluss **alles** umfasst!

Alles andere ist ein Service gewesen. Auch der Hinweis auf die Einhaltung des Bankgeheimnisses und des Amtsgeheimnisses ist nur eine Serviceleistung dieses Ausschusses gewesen. Aber alles, was man als Service geleistet hat, wird jetzt gegen den Ausschuss ausgelegt. So kann es nicht sein! – Sie waren beim letzten Mal nicht dabei, genau so ist es nämlich gewesen.

Ich habe keine Frage mehr, ich kenne mich aus. – Herr Kollege Krainer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, am 8. beziehungsweise 9. November hat dieses Treffen von Christl, Kramer, Ihnen und anderen stattgefunden, in dem Sie bereits **vor** dem hiesigen Beweisbeschluss miteinander ausgemacht haben, was übermittelt wird und was nicht?

Mag. Matthias Klinger: Ob es der 8. oder 9. war – da bitte ich Sie, mich nicht festzunageln –, kann ich jetzt aus meiner Erinnerung nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber in diesem Zeitraum? Es war noch vor dem Beschluss hier?

Mag. Matthias Klinger: Es war auf jeden Fall vor dem 14.11., das stimmt, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und da lag dem Bundesministerium für Finanzen bereits unser Beschluss vor? – Das haben Sie vorhin gesagt.

Mag. Matthias Klinger: Nein. Ich darf aus meiner Erinnerung nur rekapitulieren: Ich glaube, begonnen hat der Untersuchungsausschuss beziehungsweise die Diskussion über den Untersuchungsausschuss rund um den Weltspartag, wenn ich mich richtig erinnere.

Natürlich hat sich die FMA hier sofort als eine der prominentesten Behörden in dieser Beziehung gewährt, da ja auch die meisten Unterlagen bei uns zu finden sind, und hat sich früh darum gekümmert, hiefür die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um a), wie vorhin schon gesagt, die Ressourcen im Haus möglichst gut zu verteilen, dass eine Aufsicht weiterhin möglich ist, und b) dem Parlament beziehungsweise dem Untersuchungsausschuss möglichst zeitnah, umfassend und vollständig sämtliche Unterlagen zu übermitteln.

Ich darf aus meiner Erinnerung hinzufügen, dass nicht der Beschluss selbst, sondern ein Antrag vor dem 14. 11. dem BMF schon bekannt war und uns übermittelt wurde, damit wir uns vorbereiten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In diesem Zusammenhang sage ich, wir haben natürlich – weil wir nicht ein allwissender Ausschuss waren – bei der Beschlussfassung zu dem Ganzen auch an das Finanzministerium einen Antrag auf Übermittlung der Unterlagen gestellt, **aller** Unterlagen, jedoch in Unkenntnis dessen, dass mit dem Übergang in die FMA alle diese archivierten Akten übergeben worden waren. Wahrscheinlich hat sich das Finanzministerium darüber auch noch das Maul zerrissen, hat gefeixt, gelacht und gesagt: Wir können die Akten nicht übermitteln, weil wir sie schon der FMA gegeben haben. Und die FMA hat keinen expliziten Beschluss in Händen, deswegen übermittelt sie sie uns nicht.

So ist mit uns umgegangen worden! Ich weiß jetzt nicht, was sonst der Grund dafür sein könnte. Oder wenn wir beschließen, dass uns die Expertenkommissions-Unterlagen ab dem Datum 1. 1. 2002 übermittelt werden, diese aber nicht mehr Expertenkommission, sondern Koordinationsforum heißt, dann sagt man: Die habt ihr ja nicht im Beschluss drinstehen!

So kann man mit uns nicht umgehen! Aber genau so wird bis zum heutigen Tage, ohne dass es bei den einzelnen Behörden eine Umkehr in der Geisteslage gibt, mit uns umgegangen.

Das ist nicht der letzte Stand der Dinge. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist verfassungswidrig!*) Das ist verfassungswidrig und erfüllt alle Tatbestände, die vorhin auch aufgezählt worden sind. Denn es kann nicht sein, dass jetzt verschiedene Behörden, zwischen denen Kompetenzen gewandert sind, uns gegeneinander ausspielen und wir dann von niemandem etwas bekommen – nicht einmal den Hinweis: Das ist eigentlich dort und nicht bei uns im Archiv.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieses Netzwerk – Grasser/Kramer auf der einen Seite, Christl, Traumüller und Sie auf Seiten der FMA –, das ist ja auch das Dreieck für diese Anfrage, für diese Fragen des BMF mit den parteipolitischen Aufträgen und tendenziösen Fragen an Ihre Behörde gewesen. Kennen Sie dieses Schreiben?

Mag. Matthias Klinger: Von welchen Fragen sprechen Sie jetzt noch einmal, bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich rede von den Fragen, die Herr Pribil als tendenziös, politisch tendenziös bezeichnet hat. Das, was vor zwei, drei Wochen im „profil“ gestanden ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, das ist heute nicht der Gegenstand. Ich gehe davon aus ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da geht es um die Aktenvorlage, und das ist ein Akt, der uns vorgelegt wurde! Ich glaube schon, dass das Gegenstand der heutigen Befragung ist. (*Abg. Amon: Nicht der Inhalt des Aktes!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Inhaltlich! Wir haben heute nur das Formale ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob er diesen Akt kennt – bitte!

Mag. Matthias Klinger: Gut. – Ich glaube, vom Vorsitzenden wurde ohnehin schon angeregt, dass es heute nicht Beweisthema ist.

Ich kann aber gerne bekannt geben, dass ich diesen Fragenkatalog kenne, dass das aber nie ein Aktenbestandteil in der FMA war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): „Akten und Unterlagen“ ist der Beweisbeschluss. Eine Unterlage der FMA zum Thema BAWAG ist es schon, oder?

Mag. Matthias Klinger: Ich bitte, es nicht falsch zu verstehen, aber dieser Fragenkatalog hat nichts mit den Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen der FMA hinsichtlich der BAWAG zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber es gehört zu den Akten und Unterlagen der FMA zu diesem Themenbereich.

Mag. Matthias Klinger: Nein, das ist nicht meine Interpretation.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also dieser Fragebogen gehört *nicht* zu den Akten und Unterlagen der FMA zum Themenkomplex BAWAG? (*Mag. Klinger: Nein!*) – Zu welchem Themenkomplex gehört er dann?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung. – Weil die FMA eben genau diesen Standpunkt vertritt, wie auch manche anderen Behörden, dass uns nur **behördliche** Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, und dann gibt es eine Interpretation! Dann darf ja Ihnen auch ... (*Abg. Mag. Kogler: Dieses Nicht-Behördliche war, dass Grassner einen Freundschaftsdienst ...! – Abg. Ing. Gartlehner: ... wird gefuscht!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich meine, das muss ja wohl behördlich sein, oder?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So ist es, und da wird versucht, einen Trennstrich zu ziehen. Das ist genau der Umgang mit dem Untersuchungsausschuss, den wir ja bekritteln! Es ist nämlich in Wirklichkeit **alles** vorzulegen, was zu irgendeinem Tun oder Unterlassen in der FMA führt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jetzt eine Frage: Stimmt es, dass Ämter und Behörden nur auf Basis von Gesetzen und Verordnungen tätig werden dürfen? (*Mag. Klinger: Ja!*) – Okay, jetzt sagen Sie mir über die Beantwortung dieses Fragebogens: Auf welches Gesetz haben Sie sich da gestützt?

Mag. Matthias Klinger: Der Bundesminister hat auf Grund der Ingerenz, die hier besteht, der Rechtsaufsicht das Recht, jegliche Informationen bei der FMA abzufragen. Zudem – und das hat das Ganze etwas verstärkt – hat der Bundesminister für Finanzen, auswendig glaube ich, es war am 27. 3., die FMA mit einer Vor-Ort-Prüfung hinsichtlich der BAWAG beauftragt. Hier ist nach § 16 Abs. 4 FMABG eindeutig festgeschrieben, dass die FMA unverzüglich und jederzeit dem Bundesminister über sämtliche Prüfungshandlungen und Prüfungsschritte zu berichten hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und damit ist dieser Schriftverkehr und sind diese Unterlagen uns vorzulegen, wenn wir sie verlangen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie uns diesen Schriftverkehr bis dato übermittelt? (*Mag. Klinger: Nein!*) – Können Sie uns bitte formulieren, wie wir hier Ihrer Meinung nach einen Beweisbeschluss formulieren müssten, damit wir die gesamte Korrespondenz des Kabinetts Grasser mit der FMA erhalten? (*Abg. Amon: Das ist, glaube ich, nicht seine Aufgabe, dass er so etwas formuliert!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe nicht Sie gefragt, aber bitte! (*Abg. Amon: Ich wollte trotzdem diesen Zwischenruf machen! – Abg. Krainer – nach Ausschalten des Mikrophons –: Aber Zwischenruf ist nicht Mikro! Zum Zwischenruf braucht man kein Mikro!*) – Gibt es eine Antwort oder nicht? – Ich habe schon auch eine Frage gestellt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage „Wie ist ein Antrag zu formulieren?“ muss er nicht beantworten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seiner Meinung nach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das ist aber keine Frage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das mag schon sein, aber es war meine Frage. Und ist es nicht eine Verpflichtung, dass meine Fragen alle Ausschussmitglieder ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann lasse ich diese Frage *nicht zu*. (*Abg. Krainer: Geh, bitte!*)

Denn ich gehe davon aus, dass wir selbst wissen, was wir zu tun haben, und werde diesen Ball, den man uns von den Behörden – insbesondere von der FMA – zuwirft, nicht auch noch aufnehmen, mitspielen und damit herumdribbeln, sondern das werde ich kategorisch ablehnen.

Kollege Stadler, und dann Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, ich mache Sie jetzt auf Folgendes aufmerksam.

§ 25 Abs. 2 der Verfahrensordnung sagt: „Alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen.“

Das Verlangen ist da! Wir müssen nicht, wie Kollege Krainer jetzt irrtümlich gemeint hat, einen Beweismittelbeschluss fassen; der Beweismittelbeschluss ist längst gefasst. Wir haben jetzt an Ihre Behörde ein Verlangen gerichtet, und dieses Verlangen umfasst selbstverständlich auch den Schriftverkehr des Ministers mit Ihrer Finanzmarktaufsicht.

Der großartige Kommentar des Dr. Zögernitz zu dieser Verfahrensordnung sagt in der Fußnote 4 – ich zitiere –:

Auf Grund dieser dem Artikel 53 Abs. 3 B-VG entsprechenden Bestimmung sind – wie auch nach Artikel 22 B-VG – alle Organe des Bundes, der Länder und Gemeinden verpflichtet, über Ersuchen eines Untersuchungsausschusses ihre Akten vorzulegen. Diese Verpflichtung gilt daher auch für den von einem Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuss.

Artikel 53 Abs. 3 sagt: „Die Gerichte und alle anderen Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten; alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen.“

Artikel 22 – das dürfte Ihnen auch geläufig sein – regelt die gegenseitige Hilfeleistungspflicht im Bundesstaat. Aber ich lese es Ihnen vor:

„Alle Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches zur wechselseitigen Hilfeleistung verpflichtet.“

Das heißt, es genügt nicht, dass Sie von uns jeweils verlangen, dass wir sagen, was wir wollen, sondern Sie sind sogar von sich aus verpflichtet, uns **Hilfe** bei der Tätigkeit dieses Ausschusses zu leisten! Dazu gehört selbstverständlich auch der mit dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängende Schriftverkehr.

Diese gesetzmäßige Verpflichtung – in dem Fall verfassungsgesetzmäßige Verpflichtung – ist eine, die die Behörde von sich aus zu beobachten hat, die nicht auf Zuruf eines Ausschusses oder per definitionem der Mittel, die der Ausschuss verlangt, erst ausgelöst wird, sondern das Verlangen als solches, an Ihre Behörde gerichtet, löst die gesetzmäßige Verpflichtung bereits aus! Dieser gesetzmäßigen Verpflichtung nicht nachzukommen, ist eine **Gesetzesverletzung**, und Gesetzesverletzungen haben entsprechende strafrechtliche Sanktionsdrohungen, wie Sie wissen.

Das ist der Sachverhalt! Und ich weigere mich, Ihnen dauernd irgendwelche neuen Beweisbeschlüsse nachsenden zu müssen. Sie werden auf Ihre gesetzmäßigen Verpflichtungen hingewiesen; wenn Sie denen nicht nachkommen, gibt unsere Rechtsordnung ein entsprechendes Sanktionsregime her.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte nur daran erinnern, dass der Beschluss vom November vorigen Jahres, uns diese Unterlagen zuzusenden, irrtümlich an die Finanzmarktaufsicht im Ministerium ergangen ist – da gibt es einen ganzen Katalog, die einzelnen Behörden werden aufgezählt –, weil wir damals der irrigen Annahme waren, dass die Unterlagen dort im Archiv sind. Aber die wurden alle übergeben, und das ist auch der Grund, warum wir von dort nichts bekommen haben und warum jetzt auch da einschränkend argumentiert wird.

Aber es gibt auch immer noch den Begriff der Amtshilfe, wenn für eine Behörde wie das Bundesministerium und auch die Finanzmarktaufsicht erkennbar ist, dass man dies irrtümlich an die Finanzmarktaufsicht im Ministerium gerichtet hat, jedoch im gleichen Atemzug mit dieser Behörde. Aber wir werden eben notfalls, wenn es notwendig ist, noch einmal einen Beschluss nachholen. – Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Klinger, habe ich Sie da richtig verstanden, dass rund um den 8./9., schon bei der ersten Besprechung, ein Antrag oder der Entwurf eines Antrags mit dem Inhalt von Beweisbeschlüssen vom Bundesministerium für Finanzen in diese Besprechung eingebracht wurde?

Mag. Matthias Klinger: Noch einmal: Ich kann mich nicht daran erinnern, ob es der 8. oder 9. war; auf jeden Fall war es vor dem 14. 11.

Aber: Ja, es stimmt, es wurde seitens des Bundesministeriums für Finanzen bereits ein Antrag oder Antragsentwurf vorgelegt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann ist hier für uns noch einmal festzuhalten, dass irgendjemand von den ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, ich glaube, da liegt jetzt die nächste Verwechslung vor. Das ist der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses; das wird gemeint sein, aber nicht der Beweisantrag. Denn den gab es damals noch nicht einmal in Entwurfform.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das fragen wir gerade die Auskunftsperson.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, da wird jetzt aneinander vorbeigeredet. Ich versuche, das zu entflechten. (Abg. Mag. Kogler: Okay!)

Der Beschluss erfolgte im Oktober bei der konstituierenden Nationalratssitzung. Da wir die Entwürfe gemacht haben, sprich unser Büro – nach der Wahl, also nach der konstituierenden Sitzung, ist der erste entstanden –, ist es denkunmöglich, dass auch nur ein Entwurf am 8. oder 9. November vorgelegen ist. Es sei denn, Sie haben einen Entwurf für sich gemacht, der innerhalb der Fraktionen nie besprochen worden ist, oder die Grünen oder wer auch immer. (*Abg. **Krainer**: Wir sind da, grob gesagt, ganz verdächtig, dass wir das Grasser sofort mitgeteilt hätten!*)

Ja, eh! Es hat ja in dem Zusammenhang noch nichts gegeben. (*Abg. **Krainer**: Oder glauben Sie, er hätte es von unserem Computer heruntergesaugt?*) Nach der konstituierenden Sitzung haben wir uns erst zu einer Fraktionsführerbesprechung getroffen, und die konstituierende Sitzung war wann? Wer hilft mir weiter? – Niemand, danke. Das war um den 8. oder 9. November, und von da an bis zur Fraktionsführerbesprechung wurde erst an Entwürfen gearbeitet. (*Abg. **Krainer**: Das geht sich wunderbar aus!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie dem auch sei: Da müssten wir uns ja selbst untersuchen. Darauf wäre es fast hinausgelaufen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Behörden haben den Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses gekannt und wussten natürlich, was auf sie zukommt. (*Abg. Mag. **Kogler**: Selbstverständlich!*) Sie haben gewusst: Jetzt müssen wir alle Unterlagen hergeben.

Dann kommt ein Beschluss von uns, und auf einmal interpretieren sie den einschränkend. Darauf haben sie sich vorbereitet. (*Abg. Mag. **Stadler**: Dafür gibt es keine verfassungsrechtliche Deckung!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist so weit alles klar. Die Frage wäre jetzt nur, ob die Auskunftsperson bestätigen kann, dass das, was sie gemeint hat, der Antrag des Nationalrates zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses ist. Das wäre dann die abkürzende Frage.

Mag. Matthias Klinger: Es wird sich um den Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses gehandelt haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Es hat jetzt nur einen gewissen Reiz ausgemacht, dass wir uns am Schluss selbst untersucht hätten im Hinblick darauf, wer das in der Vorbereitungsphase dort hingegeben hätte. – Aber ich schließe mich jetzt dem Vorsitzenden an und komme zu einer anderen Frage.

Ein anderer Akt, der vor allem deshalb Berühmtheit erlangt hat, weil er die längste Zeit als Akt nicht auffindbar war – zwischendurch ist ihm angehängt worden, er sei in Verstoß geraten, und alles Mögliche –, ist jener vom April. Er ist noch dazu so schlampig gemacht, dass es sozusagen keinen Erststempel, kein Datum gibt. Wie dem auch sei, es ist jener Akt, in dem es um die Veraktung des kritischen Notenbank-Prüfberichts – damals, im Jahr 2001, noch im Finanzministerium – gegangen ist.

In der Folge hat es sogar einmal eine öffentliche Debatten darüber gegeben, wo er denn hingekommen sei. Manche habe in Interviews behauptet, er sei eben nicht mehr da. Er ist dann wieder aufgetaucht und wurde nicht gleich mitgeschickt, sondern musste extra urgirt werden; wie, das weiß ich nicht mehr genau.

Ich frage Sie jetzt: Warum ist dieser Akt über die Vor-Ort-Prüfung der Notenbank im Jahr 2001, der dann im Finanzministerium angelegt wurde, nicht gleich mitgeschickt worden? – Ich brauche ihn Ihnen, glaube ich, nicht vorzuhalten.

Mag. Matthias Klinger: Ich kenne diesen berühmten Akt mittlerweile. Ich darf Ihnen auch bestätigen, dass anfangs, als die Causa Refco entstanden ist, natürlich die alten

Prüfberichte gesucht wurden und jener Akt in der FMA nicht aufgefunden werden konnte. Wir mussten damals auch erst Kopien von der OeNB anfordern, um eine Wertung vornehmen zu können.

Ich darf auf Ihre Frage jetzt explizit antworten: Wie eingangs schon erwähnt, wollten wir Doppellieferungen vermeiden. Und Prüfberichte sind von der OeNB zu liefern, wie auch die daran hängenden Stellungnahmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mir geht es da nicht nur um den Prüfbericht selbst, denn der hat tatsächlich den Kopierschutz der OeNB drin, aber es sind dann der Aktendeckel, wie man so schön sagt, und ein paar Bemerkungen daraus, bis zu dem berühmten Heiligungsetzer-Vermerk, doch wieder aufgetaucht. Also meinen Sie jetzt den Akt sozusagen als Ganzes oder bloß den Prüfbericht, der sozusagen den Kerninhalt des Aktes letztlich darstellt?

Mag. Matthias Klinger: Sie meinen: wieder aufgetaucht. „In Verstoß geraten“ war der gesamte Akt, nicht nur der Prüfbericht, und der Akt ist als Ganzes auch wieder aufgetaucht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber nur, weil Sie ihn bei der OeNB sozusagen wiedergefunden haben, oder die ihn ...?

Mag. Matthias Klinger: Nein, wir haben ihn nicht bei der OeNB wieder gefunden. Aus der OeNB haben wir uns Kopien der Prüfberichte zukommen lassen. Der Akt selbst, also der BMF-Akt, der an die FMA übergeben worden ist, ist dann im Original und vollständig in der FMA auch wieder aufgetaucht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Doch wieder aufgetaucht? (*Mag. Klinger: Ja!*) Okay. – Wann ist er wieder aufgetaucht?

Mag. Matthias Klinger: Da tue ich mich wirklich schwer, das jetzt einigermaßen einzugrenzen: Bei der Causa Refco war der Akt nicht auffindbar, wir hatten Kopien – ich sage auch, nachdem wir lange gesucht haben, haben wir ihn dann nicht mehr laufend gesucht –, und er ist dann im Zuge der weiteren Vor-Ort-Prüfungen und Behördenschritte, als wir schon bei Karibik angelangt sind, wieder aufgetaucht. (*Obmann Dr. Graf: Wo? Wo ist er wieder aufgetaucht?*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber dann müsste er zum Zeitpunkt der Einsetzung des U-Ausschusses ja schon wieder dagewesen sein.

Mag. Matthias Klinger: Noch einmal: Definitiv kann ich nicht sagen, wann genau er wieder aufgetaucht ist. Der Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt im November oder Oktober? (*Abg. Mag. Kogler: Wir haben uns konstituiert Anfang November, ja, Mitte November!*) Also zu diesem Zeitpunkt wird der Akt in der FMA – noch einmal: Ich habe es nicht in Erinnerung, wann das genau war! – wahrscheinlich da gewesen sein.

Aber noch einmal: Es war hier die Entscheidung, dass Prüfberichte von der OeNB zu übermitteln sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wo ist er wieder aufgetaucht? Wer ist plötzlich gekommen und hat gesagt: Ich habe ihn gefunden!?

Mag. Matthias Klinger: Da war ich leider nicht involviert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer kann darüber Auskunft geben, über dieses ominöse Auftauchen? Bei welchem Mitarbeiter ist er plötzlich aufgetaucht, oder ist er auf einmal auf dem Boden gelegen, als man in der Früh in die FMA gekommen ist?

Mag. Matthias Klinger: Sie können mir glauben, Herr Vorsitzender: Ich, natürlich auch umso mehr der Vorstand würden gerne wissen, wie so ein Akt verschwinden kann und

wie so ein Akt wieder auftauchen kann. Ganz klar! Wer Ihnen darüber Auskunft geben kann, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, nachdem ich ihn zwar einmal gesucht habe, nicht gefunden habe, aber beim Auftauchen nicht dabei war. Ich bitte, die Frage entweder dem Vorstand zu stellen, der hat sich sicher darum gekümmert, als der Akt wieder aufgetaucht ist, oder es gab auch eine eigene Prüfung der Innenrevision darüber, die versucht hat, herauszufinden, wer den Akt hatte und wo er denn verschwunden sein könnte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was wissen Sie über das Ergebnis dieser Innenrevisionsprüfung?

Mag. Matthias Klinger: Dass es leider kein greifbares Ergebnis gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich halte noch einmal fest: Unbeschadet dessen, was das Aktenverschwinden und vor allem dann wieder das Auftauchen betrifft, wäre ohnehin die Übereinkunft gewesen, dass jedenfalls der Kern dieses Akts, das Berichtsstück der Notenbank selber, von der Notenbank zu übermitteln gewesen wäre; im Sinne der Vereinbarung, nennen wir es so.

Jetzt bleiben noch zwei Punkte zurück. Das eine ist ja – das ist jetzt gar nicht unbedingt, dessentwegen wir Sie hier heute geladen haben – nach wie vor für den Ausschuss ein interessanter Vorgang, glaube ich: dass dieses Ding irgendwo, möglicherweise auf dem Weg vom Finanzministerium zur FMA, verschwunden ist, möglicherweise ursprünglich gar nicht genau mitgegangen ist, später, als der Rumor begonnen hat, aber dann doch noch auftauchte, auftauchen musste. Das ist tatsächlich eine andere Untersuchung; dafür ist Herr Heilingsetzer da, nur eines bleibt als letzter Punkt und Frage schon noch: Für mich besteht ein Unterschied darin, den Bericht als Kernstück dieses Aktes übermitteln zu bekommen – so wie Sie das mit der Notenbank vereinbart haben –, und dem eigentlichen Aktenlauf, weil ja genau der viel mehr sozusagen letztlich auch zur Beweis- und Wahrheitsfindung dieses Ausschusses beiträgt. Wer hat den wann bekommen, abgezeichnet et cetera?

Das muss ja a priori in der Notenbank nicht alles vorhanden gewesen sein. Wieso soll die Notenbank den genauen Aktendeckel und den genauen Aktenlauf Ihres Berichts im Finanzministerium haben? Das ist eigentlich seltsam. Insofern ist genau das der Kern der Frage, und der war halt nicht da; aber Sie hätten ihn ohnehin nicht übermitteln. – Das ist eine Zusammenfassung. Das Mysterium um diesen Akt bleibt also bestehen. Der Ausschuss darf weiter gespannt sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso? – Wir wissen schon mehr. Es gab eine Innenrevision, und der Vorstand weiß auch, bei wem er offensichtlich wieder aufgetaucht ist. Wir werden ihn sicher beim nächsten Mal befragen, das werden wir dann den Vorstand fragen.

Im Lichte dieser Erkenntnisse, die wir Ihnen jetzt mitgeteilt haben, frage ich noch einmal, und zwar: Gibt es in der FMA irgendwelche Unterlagen, die uns bis dato nicht zur Verfügung gestellt wurden, und zwar zu den Gegenständen dieses Untersuchungsausschusses? Wenn ja, schließe ich die Frage an: Welche, und wer hat entschieden, dass die uns nicht zur Verfügung gestellt werden?

Mag. Matthias Klinger: Laut den mir vorliegenden Aufzeichnungen sind noch einige Fragen offen, die – ich war ja nicht mehr dabei –, ich glaube, Herrn Dr. Pribil während seiner Vernehmung gestellt wurden. Hier ist die Beantwortung noch offen. Ansonsten habe ich laut meiner Aufstellung das Ergebnis, dass die FMA sämtliche Unterlagen, die vom Beweismittelbeschluss umfasst sind, übermittelt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch zu den Unterlagen, die Ihnen Kollege Krainer vorgeworfen hat? Sie bezeichnen das als was? Was ist das? (*Mag. Klinger: Welche*

Unterlagen?) Fragekatalog vom Ministerkabinett an Sie. Da sagen Sie, das ist kein Akt – aber Unterlage ist es. Wer hat festgelegt, dass uns derartige Unterlagen nicht zu übermitteln sind?

Mag. Matthias Klinger: Ich möchte noch einmal sagen: Einerseits ist es, wie Sie richtig gesagt haben, kein Akt, und wir sehen das auch nicht als FMA-Unterlage, sondern es war ein Informationersuchen des Herrn Bundesministers für Finanzen, wozu er rechtlich befugt ist. Ich möchte auch nochmals betonen: Die FMA hat nie diskutiert, was *nicht* übermittelt wird, sondern die FMA hat immer festgelegt, was übermittelt wird.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso muss man da diskutieren, wenn man alles übermittelt?

Mag. Matthias Klinger: Weil unsere Auffassung – und Sie verzeihen, dass ich, und ich gebe das auch zu, kein großer Verfassungsjurist bin – doch jene war, dass zwar alle Behörden, Ämter und Gerichte sämtliche Akten zu übermitteln haben, die vom Untersuchungsausschuss angefordert werden, und angefordert wurden jene Akten, die hier im Beweismittelbeschluss aufgeführt sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch einmal, ich glaube, da ist die Diskrepanz: Die Frage ist ja – das ist jetzt ein kleines Präjudiz für alles –, in Zukunft braucht eine Behörde, die sagt, bei dem und dem Beschaffungsvorgang könnte es sein, dass irgendwann in fünf Jahren ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wird oder sich das eine Volksanwaltschaft oder der Rechnungshof anschauen, nur draufzuschreiben: Das ist eine Unterlage und kein Akt!, und braucht es daher nicht mehr zu übermitteln. – Das kann es ja nicht sein! Und genau darum geht es!

Man kann nicht für sich selbst entscheiden: Was ist ein Akt? **Alles**, was in dieser Behörde zu diesem Gegenstand an schriftlichen Materialien zur Verfügung steht, ist Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses und gehört daher übermittelt, und zwar egal, ob das ein Akt ist, der ein bestimmtes Aussehen hat, oder ob das in einem Bene-Ordner drin ist, oder wie auch immer. Eine aufbewahrte Unterlage muss übermittelt werden!

Und das ist die Frage: Gibt es Unterlagen, die bei Ihnen in der Behörde aufbewahrt werden, die den Untersuchungsgegenstand, sprich BAWAG, AMIS, Hypo Alpe-Adria, Finanzmarktaufsicht und, und, und, betreffen, die uns noch nicht übermittelt worden sind? – Ich erinnere jetzt an die Wahrheitspflicht. Sie sind der Koordinator, der namhaft gemachte Verantwortliche dafür.

Mag. Matthias Klinger: Ich darf jetzt nochmals wiederholen, dass die FMA sämtliche Unterlagen übermittelt hat, die angefordert wurden. Es wurde auch, glaube ich, erst kürzlich vom Untersuchungsausschuss eine Vollständigkeitserklärung an die FMA übermittelt, die unterfertigt bis 29. März zurückgeht. Wir haben das zum Anlass genommen, jetzt noch einmal, nachdem wir auch Schattenordner angelegt haben, um zu wissen, was Ihnen übermittelt worden ist, alle Akte auszuheben – natürlich wieder ein immenser Ressourcenbedarf, der hier entsteht – und durchzublättern, ob die Akte vollständig sind oder nicht.

Ich möchte aber noch einmal sagen: Auch diese Arbeit koordiniere ich nur und mache nicht selbst eine Seite-für-Seite-Kontrolle beziehungsweise stehe hinter jedem Mitarbeiter und kontrolliere, ob er auch jede Seite sieht und nicht etwas überblättert hat.

Ich möchte nochmals anfügen, dass die rechtliche Interpretation nicht nur in der FMA, sondern bei allen Behörden die gleiche war. Das heißt, es ist das zu übermitteln, was

der Untersuchungsausschuss anfordert. – Dem sind wir nach bestem Wissen und Gewissen nachgekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen in der Zwischenzeit klar, dass zum Beispiel auch dieser Fragenkatalog und die Antworten, die Sie an das BMF geschickt haben, durch den Beweisbeschluss gedeckt sind? Ist Ihnen das auf Grund dieser Anhörung hier klar?

Mag. Matthias Klinger: Mir ist klar, dass Abgeordnete des Untersuchungsausschusses den Fragenkatalog – sage ich einmal – als Teil des Beweisbeschlusses sehen. Mir ist bis jetzt nicht klar, dass das vom Beweisbeschluss voll mit umfasst wäre. Nochmals: Ich bin nicht die Rechtsabteilung, ich möchte mich auch ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Brauchen Sie jetzt eine Abstimmung darüber, dass wir das so sehen? Oder kann ich davon ausgehen, dass Sie morgen in der Früh sagen: Schickt bitte die gesamte Korrespondenz mit dem Ministerbüro, mit dem Kabinett an den Untersuchungsausschuss?

Mag. Matthias Klinger: Ich denke, dass die FMA kein Problem hat, solche Unterlagen an den Untersuchungsausschuss weiter zu übermitteln. (*Abg. Krainer: Dann tun Sie es, bitte!*) Ich möchte nur noch einmal betonen: Ich bin nicht derjenige, der entscheidet, ich bin derjenige, der koordiniert. Die Letztverantwortung liegt beim Führer der Behörde, und das sind die beiden Vorstände Dr. Pribil, Dr. Traumüller. Ich werde Ihren Wunsch und Ihre Rechtsauslegung gerne an die FMA beziehungsweise an den Vorstand und an unsere Rechtsabteilung weiter übermitteln, kann aber jetzt nicht sagen, wie ein Vorstand, wie eine Rechtsabteilung entscheiden wird. Ich führe das aus, was ich als Auftrag bekomme.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, das ist eine klare Sache, aber ich würde Sie wirklich darum ersuchen, dass Sie in Ihrer koordinierenden Funktion – natürlich in Absprache mit Ihrem Vorgesetzten – auch klarmachen, dass der Ausschuss zum Beispiel auch die Korrespondenz zwischen Kabinett und FMA als durch Beweismittelbeschluss gedeckt sieht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist das eine.

Ich glaube, wir sind da in einer Auslegungsgeschichte, und ich will eigentlich mit dem Ausschuss irgendwann fertig werden. Daher würde ich empfehlen, dass wir einen Antrag an die Finanzmarktaufsichtsbehörde formulieren, der da lautet, uns sämtliche Akten oder Unterlagen betreffend den Untersuchungsgegenstand zu übermitteln. Ich gebe zu, wir haben dies **nicht** im ersten Antrag an die Finanzmarktaufsicht drinstehen, sondern – das hat sich auch schon bei der letzten Befragung herausgestellt – in Bezug auf das Bundesministerium für Finanzen, weil wir von der irrigen Annahme ausgegangen sind, dass diese Akten oder Unterlagen im Ministerium abgelegt werden.

Das war unser Irrtum, und daher würde ich, damit dieser formale Mangel nicht weiter bestehen bleibt, heute einen Beschlussantrag vorbereiten, den wir noch beschließen und Ihnen übermitteln. Wenn sich dann irgendwann einmal im Nachhinein zeigt, dass wir irgendeine Unterlage von Ihnen nicht bekommen haben, dann gibt es sicherlich andere Konsequenzen. – Anderenfalls bleibt dieser kleine formale Mangel bestehen, und ich will mich nicht streiten, ob das in Wirklichkeit das Finanzministerium im Wege der Amtshilfe hätte weitergeben müssen oder nicht. Ich bin auch der Meinung, sie hätten es, aber man kann sich ja immer blöd und dumm stellen, und wir verlieren nur Zeit. (*Abg. Krainer: Das erleben wir oft genug!*)

Wir wissen, und das ist die Erkenntnis dieser heutigen Aussage, dass es tatsächlich Unterlagen in ungeahnter Größenordnung gibt, die uns die Finanzmarktaufsicht vorenthält. Und daher sollten wir darauf reagieren, um in der Sache weiterzukommen.

Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist der Fluch der Tat, wenn man glaubt, man muss nett sein und möglichst detailliert vorlegen. Ich bitte daher, diesen Antrag so allgemein wie nur irgend möglich zu fassen, damit das umfassende Verlangen zum Ausdruck kommt. Es liegt dann an der Behörde, diesem umfassenden Verlangen nachzukommen. Eine Spezifikation ist nicht unsere Aufgabe, sondern diesen Text so allgemein und so umfassend wie nur möglich zu verfassen. Nettigkeit wird hier als Schwäche gedeutet, und Schwäche wird bekanntlich ausgenutzt. – Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Es gibt in einer Behörde keinen privaten Schriftverkehr. Jeder Schriftverkehr in einer Behörde ist offizieller Schriftverkehr, insbesondere dann, wenn es sich um befugtes Handeln eines Weisungs- beziehungsweise Aufsichtsorgans – wie das in dem Fall der Finanzminister ist – gegenüber einem beaufsichtigten nachgeordneten Dienststellenbereich handelt. Daher ist das nicht ein Privatschriftverkehr zwischen dem Kabinett des Ministers und der Finanzmarktaufsicht, sondern das ist natürlich alles offiziell und ist im Rahmen des Wirkungsbereiches zu betrachten und natürlich vorzulegen. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln.

Die Frage, ob „Akt“ auf dem Aktendeckel draufsteht oder nicht, ist eine absurde Verbal-Fixierung, die jedenfalls mit dem, was unter „Akt“ landläufig, auch in der Judikatur der Höchstgerichte zu betrachten ist, nicht ihre Deckung findet. Ein Akt ist nicht dann ein Akt, wenn „Akt“ draufsteht, sondern ein Akt ist dann ein Akt, wenn es ein offizieller behördlicher Vorgang ist. Das ist alles Akt. Akt heißt Vorgang – mehr nicht. Und Akt ist die größtmögliche Interpretation von behördlichem Vorgang. Es gibt dann drunter viele Spezifizierungen, was Akt sein kann, aber Akt ist die **umfassendste** Bezeichnung eines behördlichen Vorgangs. Daher ist alles Akt, was Akt sein kann; ob das jetzt ein Ermittlungsakt ist, ein Disziplinarakt, ein Prüfungsakt oder auch nur ein Schriftverkehr von einer Behörde zur anderen. Akt heißt nichts anderes als Vorgang, und sonst gar nichts. Das ist also der umfassendste Begriff, den es im Behördenbereich gibt.

Eine Frage, nachdem Sie Assistent des Vorstandes sind: Haben Sie eine Wahrnehmung über den Vorstand gehabt, was die Ausbildung Ihrer Mitarbeiter anlangt? Ich frage Sie ganz konkret.

Mag. Matthias Klinger: Sie meinen die Mitarbeiter der FMA, welche Ausbildung sie genießen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Werden die Mitarbeiter der FMA auch auf das Datenschutzgesetz hingewiesen, insbesondere wenn sie Abfragen tätigen?

Mag. Matthias Klinger: Ob die Mitarbeiter der FMA jetzt explizit auf welche Bestimmungen wann hingewiesen werden, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich bei den rechtlichen Belehrungen aller Mitarbeiter naturgemäß nicht anwesend bin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer nimmt diese vor?

Mag. Matthias Klinger: Auch das kann ich Ihnen leider nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer bildet die Mitarbeiter der FMA aus?

Mag. Matthias Klinger: Wir haben in der FMA – wenn Sie die Ausbildung ansprechen –, eingerichtet durch die Personalabteilung, eine eigene FMA-Akademie,

wo Fachleute von außen und von intern Vorträge halten, Seminare abhalten und für Fortbildung der Mitarbeiter sorgen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist der Leiter dieser FMA-Akademie?

Mag. Matthias Klinger: Der Leiter der FMA-Akademie selbst ist, glaube ich, in Person – ich möchte betonen: **glaube** ich; aber das kann ich Ihnen gerne noch dezidiert beantworten – der Personalchef, das wäre Herr Mag. Garstenauer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Mag. Garstenauer ist also dafür verantwortlich, dass die Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht ausgebildet werden.

Wir hatten heute eine Dame hier, die Abfragen über sensibelste Daten von Großkunden von Banken tätigt und nichts mit dem Begriff „Datenschutzgesetz“ anzufangen wusste, obwohl das das unmittelbarste Rechtsgebiet ist, das schutzwürdige Interessen derer betrifft, über die Abfragen getätigt werden. (*Abg. Amon: Herr Vorsitzender, erstens ist das ja nicht der Befragungsgegenstand, und zweitens ist das schon derart wertend, das stimmt ja so auch nicht, wie das der Kollege Stadler darstellt! – Abg. Krainer: Das ist aber nicht so falsch! – Abg. Amon: Ich sehe das schon so falsch! Sie vielleicht nicht, ich schon!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Erstens ist das keine Frage, zweitens wird genau zu diesem Thema auch noch Herr Mag. Winkler kommen müssen, und drittens teile ich die Ansicht, dass das eine zulässige Nebenfrage ist. Ich sage aber: Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, dass Belehrungen, Aufklärungspflichten schon in Dienstverträgen sehr oft vorgenommen werden, dass die Leute Dienstverträge unterschreiben, in denen sie zur Kenntnis nehmen, das Datenschutzgesetz und auch andere Gesetze zu wahren, und dann gar nicht wissen, was sie unterschrieben haben. Das gibt es halt leider in Österreich auch.

Wir werden dem Ganzen aber noch auf den Grund gehen, wie das puncto Ausbildung, Rechtspflichtenbelehrung und Ähnlichem bei den Mitarbeitern in der FMA gehalten wird.

Kollege Amon hat noch eine Frage angemeldet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich wollte eine Bemerkung zu dem Vorschlag Beschlussantrag machen. Ich weiß nicht, ob es gescheit ist, wenn der Ausschuss in jeder Sitzung seine Linie ändert. Wir haben nämlich das letzte Mal vereinbart, dass wir eine Vollständigkeitserklärung von den einzelnen Behörden verlangen und dass dem damit Genüge getan ist. Jetzt ändern wir heute die Linie wieder und fassen wieder einen Beschluss, obwohl wir die ganze Zeit den Personen erklären, dass sie eigentlich auf Grund der bisherigen Beschlusslage schon hätten alles ... (*Abg. Krainer: Das ist jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden muss!*) Sie haben ja auch vom Antrag geredet; ich wollte nur darauf replizieren ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte nur darauf hinweisen, lediglich der Ordnung halber: Bevor irgendjemand eine Vollständigkeitserklärung abgibt, sich darüber im Klaren zu sein, dass es dann, wenn er diese abgegeben hat und wenn tatsächlich etwas nicht übermittelt wurde, ein großes Problem gibt, das wir sicher so nicht durchgehen lassen wollen. Mein Vorschlag war ja nur, um gar keine Zweifel aufkommen zu lassen, um noch einmal darauf hinzuweisen, denn wir werden nicht ernst genommen von den Behörden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur mehr ein Bereich, der zwar angeschnitten worden, aber irgendwie beinahe untergegangen ist.

Herr Magister, ich spreche Sie an auf den zumindest mailmäßig stattgefundenen und auch elektronisch dokumentierten Vorgang des Kabinetts des damaligen Finanzministers an die FMA, offensichtlich an den Vorstand Traumüller – unser jetziger Wissensstand –, eben mit der Aufforderung, bitte – man weiß ja nicht, wie man das bei dem Status nennen soll –, den mittlerweile berühmten drei Zielen folgend eine Reihe von Fragen zu beantworten. Ich gehe jetzt nicht auf die Sache ein, aber: Ist dann – nachdem Sie das nicht übermittelt haben und wenn ich Ihrer Interpretation oder der Ihres Hauses folge – dieser Vorgang, dass das Kabinett des Bundesministers diese Abfragen beantwortet haben will, sogar noch mit Zielvorgaben, kein Vorgang gewesen, der in diesem Sinn ein offizieller Akt gewesen wäre – siehe Vorlesung Stadler –, sodass diese Angelegenheit – und das wäre allemal vom Beweisbeschluss umfasst gewesen – hätte übermittelt werden müssen? War das Ihrer Einschätzung nach – vielleicht nicht Ihrer persönlichen nach, aber der im Haus – ein Vorgang, der nicht in dem Sinn eine Veraktung erzeugt, dass er in der Folge auch nicht dem Ausschuss übermittelt werden muss? Dann wäre es ja konsistent. (*Abg. Mag. Stadler: Da wäre es dann ein Amtsmisbrauch!*)

Mag. Matthias Klinger: Jetzt möchte ich noch einmal festhalten – wie vorhin schon erwähnt –, dass der Fragenkatalog selbst – politische Ziele, weiß ich auch, waren darin gefasst, die FMA selbst hat nachweislich nur Fachfragen und die sehr sachlich und neutral beantwortet – an die FMA übermittelt wurde mit der Bitte, Fragen zu beantworten. Diese Fragen sind binnen kürzester Zeit beantwortet worden, da der Minister sie auch sehr schnell haben wollte, und wurden dann formlos wieder zurückgeschickt. Ein Akt ist daraus nie entstanden, wobei ich dezidiert dazusage, ein Akt, wo „Akt“ draufsteht. Die Auslegung von Herrn Abgeordnetem Stadler geht darüber hinaus; bitte verzeihen Sie, dass meine rechtliche Expertise nicht entsprechend ist, um das schlussendlich zu würdigen.

Für mich war das kein Akt, vom Beweismittelbeschluss nicht umfasst und daher auch nicht zu übermitteln.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, aber damit wir Sie richtig verstanden haben: Bezieht es sich dort drauf, dass Sie das ... – Nicht, weil es nicht vom Beweisthema umfasst wäre, sondern weil das gar nicht in dem Sinn ein Akt sei, ist es nicht übermittelt worden. Okay. Das ist aber nicht nur im Elektronischen geblieben; so etwas bleibt ja im Speicher hängen, allenfalls gibt es sogar einen Ausdruck, eine Hardcopy von dem Ding, die irgendwo abgeheftet wird. Ist so etwas aufliegend in der FMA, nämlich die Beantwortung dieser Fragen?

Mag. Matthias Klinger: Die Beantwortung war per E-Mail, und die E-Mail ist, so denke ich, sicher noch gespeichert, da wir ein Archivsystem haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann dürfen wir darauf vertrauen, dass das von unserem jetzigen Begehren – wie auch immer wir das noch formulieren – umfasst ist. Aber darauf allein wollte ich nicht hinaus.

Ich halte nur mehr fest, dass das dann von der FMA offensichtlich als Vorgang eingestuft worden ist, bei dem man dem Kabinett eben etwas gibt, was aber keine besondere Veraktung erfordert. Wäre es nämlich so gewesen, dass das zum Beispiel eine Zuarbeitung für den Minister ist – die nur legitim wäre –, um einen Erhebungsbericht für den damals hier tagenden Unterausschuss des Rechnungshofausschusses zu erstellen, wäre ja alles ganz normal. Das konnte es aber nicht sein, denn der ist zu der Zeit ja schon geschrieben worden. Es hätte aber ein Erhebungsbericht nachgeliefert werden können, das ist ja überhaupt kein Problem.

Ich schließe aus dem ganzen Vorgang der Nichtübermittlung und der Interpretation der FMA, dass das so gewertet wurde, dass man halt dem Finanzminister Geschichten

aus dem Haus erzählt, den Zielen folgend, dass erstens die Behörden sowieso nie versagen und zweitens irgendeine politische Partei im Kontext mit anderen – zu Recht oder zu Unrecht, völlig wurscht – irgendwie ein Netzwerk gebildet hat, und die müssen die Bösen sein. Zu so etwas gibt sich die FMA her, ein Akt wird daraus nicht gemacht, was gewisserweise konsistent ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Selbst wenn ein Akt gemacht worden wäre, hätten sie ihn uns nicht übermittelt, weil wir ihn ja nicht angefordert haben. Das ist ja die Einstellung. Akt oder Unterlage oder wie auch immer, elektronische Ablage, elektronischer Akt – egal, die Behörde hat eine Interpretation, die restriktiv gegen diesen Untersuchungsausschuss ist, vorgenommen! Punkt, aus. Und davon müssen wir wegkommen. Das ist nicht die einzige Behörde, sondern es gibt auch andere. Sie hat sich zum Teil auch koordiniert mit anderen Behörden und festgelegt: Das wird nicht übermittelt! Das wissen wir auch bereits, und das ist im Wesentlichen das Thema.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Ihnen die zwei Akten, die, glaube ich, im letztwöchentlichen „profil“ veröffentlicht oder zumindest teilweise veröffentlicht wurden, bekannt?

Mag. Matthias Klinger: Da ich letzte Woche im Krankenstand war und auch teilweise einen Spitalsaufenthalt hatte, habe ich das „profil“ nicht gelesen. Vielleicht können Sie mir sagen, um welche ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist auszugsweise ein Schreiben der Meinel Bank an die FMA vom, ich glaube, Mai 2006 dargestellt, und das zweite sind Auszüge aus Vorstandsprotokollen der BAWAG zu den SPÖ-Krediten.

Mag. Matthias Klinger: Das Schreiben der Meinel Bank – aus dem Jahr 2006, sicher, ob Mai, weiß ich jetzt nicht – ist mir bekannt, Auszüge zu Großkreditevidenz-Abfragen hinsichtlich ... (*Abg. Krainer: Nein, Auszüge von Vorstandsprotokollen der BAWAG zu den SPÖ-Krediten!*) Auszüge von Vorstandsprotokollen sind mir nicht bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir haben hier öfters die Frage thematisiert, quasi wenn Unterlagen aus der FMA an die Öffentlichkeit gelangen, dass da nie etwas passiert ist. Jetzt entnehmen wir den Medien, dass jetzt, nachdem diese zwei Unterlagen aus der FMA rausgegangen sind, plötzlich – Staatsanwalt, Wirtschaftspolizei – eine „freiwillige“ Abgabe von Laptops erfolgt. Ist Ihr Laptop auch beschlagnahmt worden?

Mag. Matthias Klinger: Mein Laptop ist nicht beschlagnahmt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, wieso ist da jetzt plötzlich diese große Aufregung? Es ist doch nichts Neues, dass Unterlagen aus der FMA an die Öffentlichkeit gelangen. Was ist dieses Mal anders?

Mag. Matthias Klinger: Ich darf erstens sagen, dass das eine Unterstellung ist, die in keinster Weise von mir bestätigt werden kann, dass von der FMA laufend Unterlagen in die Öffentlichkeit gelangen. Ich möchte das hier vehement abstreiten.

Es ist klar gewesen, dass in letzter Zeit und vor allem beginnend mit der Causa BAWAG immer wieder Unterlagen, und zwar Unterlagen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, in die Öffentlichkeit kommen. Ich darf erinnern an die abgedruckten Prüfberichte im „NEWS“, ich darf auch erinnern an die teilweise abgedruckten Unterlagen hinsichtlich Bilanz des ÖGB, die im „NEWS“ waren, die *nie* in der FMA auffindbar waren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die sind direkt aus dem Kabinett Grasser gekommen, das wissen wir schon.

Mag. Matthias Klinger: Ich darf hier die Unterstellung, dass laufend Unterlagen von der FMA hinauskommen, abweisen oder zurückweisen, besser gesagt. Ich möchte aber auch klar sagen – aber bitte um Verständnis, eine eigene Wahrnehmung habe ich nicht, weil ich genau in der letzten Woche im Krankenstand war beziehungsweise die Woche zuvor auch schon den Freitag –, dass es hier Indizien gegeben hat, dass genau diese Unterlagen, sprich das Meini-Schreiben, aus der FMA selbst stammen könnten. Daher hat sich der Vorstand sehr schnell entschlossen, hier eine Anzeige gegen unbekannt wegen Verletzung des Amts- und Bankgeheimnisses zu machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Pressesprecher der FMA hat in Gesprächen mit Zeitungen angedeutet, dass dieses Papier von der OeNB an die Öffentlichkeit hätte gelangen können. Liegt dieses Schreiben der OeNB vor?

Mag. Matthias Klinger: Da müssen Sie – verzeihen Sie! – den Pressesprecher fragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, hätte ja sein können, dass Sie da informiert sind, nachdem Sie der Herr der Unterlagen sind im Haus – Entschuldigung, der Koordinator der Unterlagen. (*Mag. Klinger: Aber nicht der Herr des Pressesprechers!*)

Ich habe mir gedacht, dass er die Information, über die er verfügt, womöglich von Ihnen hat in dieser Frage.

Das heißt, Ihr Laptop ist nicht quasibeschlagnahmt worden, okay.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wessen Computer beschlagnahmt wurde vom BIA?

Mag. Matthias Klinger: Nein, weil ich, wie gesagt, letzte Woche nicht im Haus war. (*Abg. Krainer: Jetzt sind Sie aber schon zwei Tage im Haus gewesen, oder nicht? Das spricht sich, glaube ich, schnell herum!*) Ja, aber Sie werden verzeihen, ich kann hier nur mutmaßen – ich soll hier eigene Wahrnehmungen wiedergeben –, und mutmaßen tue ich vor dem Untersuchungsausschuss sicher nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, dass bei allen Mitarbeitern, die derzeit auf Urlaub oder im Krankenstand sind, der Laptop weg ist ... – Der sitzt dann dort ohne EDV-Gerät. In Zeiten wie diesen ist man damit ja von der Arbeit ausgeschlossen, und daher muss man nur schauen, wer aller an dem Tag nicht in die FMA gekommen ist. – Spaß beiseite.

Mag. Matthias Klinger: Wir haben Ersatzgeräte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ihre Anhörung ist damit zu Ende.

Ich werde mir erlauben, auch die Vorstände der Finanzmarktaufsicht – wenn Sie diese Botschaft mitnehmen – separat noch mündlich in Kenntnis zu setzen, wie unsere Rechtsauffassung hinsichtlich Unterlagen ist, dass man auch diesbezüglich vorsichtig sein sollte und nicht in der Annahme, man gibt eine Vollständigkeitserklärung ab, weil man vorher der eigenen Definition, was ein Akt ist, folgt und sich damit sehr ins Unrecht setzt. Ungeachtet dessen, werden wir in der Geschäftsordnungssitzung sicherlich darauf noch Bezug nehmen.

Die Auskunftsperson bitte ich, diese Information an den Vorstand mitzunehmen, dass wir eine diametral andere Auffassung haben, was die Übermittlung von Unterlagen betrifft, als sie derzeit von der FMA offiziell vertreten wird.

Ich danke fürs Erscheinen, Sie sind für heute entlassen.

(*Die Auskunftsperson Mag. Klinger verlässt den Sitzungssaal.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf teilt mit, dass die Auskunftsperson Dr. Heilingsetzer ohne Rückmeldung bisher nicht erschienen ist, dass man das unentschuldigte Nicht-Erscheinen zur Kenntnis nehmen und sich damit noch auseinandersetzen werde.

16.33

*(Fortsetzung: 16.34 Uhr bis 16.39 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.** – Sitzungsunterbrechung 16.39 Uhr bis 17.17 Uhr.)*

17.18

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 17.18 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, die Auskunftsperson Streibl-Zarfl darüber zu informieren, dass sie nicht damit rechnen solle, vor 19 Uhr aufgerufen zu werden, weiters die Auskunftsperson Dr. Koren, die auch schon anwesend sei, zu informieren, dass sie sicher nicht vor 20 Uhr aufgerufen werde, sowie die Auskunftsperson Mag. Legradi anzurufen, um ihr mitzuteilen, dass es kaum Sinn machen werde, wenn sie vor 21 Uhr erscheine.

Die drei Auskunftspersonen sollen, so der Obmann, nach Abschätzung der Sachlage etwa eine halbe Stunde, bevor sie aufgerufen werden, per Mobiltelefon verständigt werden.

17.19

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Volkmar Harwanegg** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Volkmar Harwanegg** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Herrn **Volkmar Harwanegg** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Volkmar Harwanegg: Volkmar Harwanegg; geboren am 27. August 1944; wohnhaft in 1100 Wien; Beruf: Beamter in Pension, nach 43 Jahren beim Bund in der Postsparkassa.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf setzt Herrn Harwanegg davon in Kenntnis, dass er sich, da er öffentlich Bediensteter war, gemäß § 6 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses bei der Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe.

Der Obmann hält zudem fest, dass seine vorgesetzte Dienstbehörde von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde und dass diese keine Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich hält.

Sodann weist der Obmann Herrn Harwanegg darauf hin, dass das durch die Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Hinsichtlich der Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung macht der Obmann die Auskunftsperson darauf aufmerksam, dass sie darauf bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, und stellt die Frage, ob einer dieser Gründe bei ihr vorliege. (*Die Auskunftsperson **verneint dies.***)

Schließlich fragt der Obmann die Auskunftsperson, ob sie vor Eingang in die Befragung von der Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen Gebrauch machen wolle, was diese **bejaht**.

Volkmar Harwanegg: Ich habe schon bei meiner Vorstellung darauf hingewiesen, dass ich 43 Jahre im Bundesdienst war – beziehungsweise als Pensionist noch immer bin –, davon seit 1962 im österreichischen Postsparkassenamt und in der weiteren Folge mit der P.S.K.-Novelle dann 1969 in der Postsparkassa selbst als zugewiesener Beamter.

Ich war zuerst in verschiedenen Abteilungen des Hauses tätig, dann in der Werbe- und Presseabteilung und seit 1979 freigestellt als Vorsitzender der Personalvertretung, damals noch Postsparkassenamt, weil wir ja auch noch immer Bundesbedienstete haben; daneben natürlich auch Funktionen in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst und im Zentralausschuss Bundesministerium für Finanzen, dem ich bis zu meiner Pensionierung – also fast 14, 15 Jahre – angehört habe. – Daher auch mein Konnex zum Finanzministerium, zu gewissen Gegebenheiten dieses Ressorts.

Zum Thema selbst möchte ich sagen, dass ich es **sehr begrüße**, dass dieser Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde. Ich halte es in dieser Sache für notwendig. Es geht letzten Endes um Geld der Sparerinnen und Sparer, das von den Banken und Sparkassen verwaltet wird, und wenn solche Ereignisse passieren – nicht nur jetzt in der BAWAG, sondern auch bei andern Geldinstituten –, dann sehe ich die Notwendigkeit einer Überprüfung dieser Vorkommnisse mit dem Ziel eine Verbesserung zu erreichen.

Die Verbesserung soll sich beziehen auf interne Kontrollen, externe Kontrollen, aber auch – und ich werde dann ja bei meinen Ausführungen vielleicht das eine oder andere dazu sagen – auf das Aktiengesetz und Bankwesengesetz, wo ich Handlungsbedarf in einzelnen Punkten sehe. – Das einmal zu diesem grundsätzlichen Thema.

Mit der Angelegenheit BAWAG bin ich seit Anfang 2001 – oder eigentlich muss man sagen, Herbst beziehungsweise Sommer 2000 schon – befasst. Es gab ja viele Jahre eine Diskussion über die Privatisierung der Postsparkassa, von verschiedenen politischen Parteien dieses Hauses hier betrieben.

Es ist dann unter der Koalitionsregierung ÖVP/FPÖ zu einer Novelle des P.S.K.-Gesetzes gekommen. Vorher war festgehalten – im P.S.K.-Gesetz 1996 –, dass maximal 49 Prozent der Postsparkassa von Institutionen gehalten werden oder über die Börse gehen kann und 51 Prozent im Besitz der Republik Österreich bleiben muss.

Die Begründung, die damals galt, gilt meiner Meinung nach heute auch noch: Das ist die Staatsbank der Republik Österreich. Wenn ich Ihnen sage, dass ich von allem Anfang an Bedenken gehabt habe, dass die Republik Österreich ihr Unternehmen zu 100 Prozent verkauft, dann werden Sie es nachvollziehen können, wenn man weiß, dass ja **alle Finanzamtskonten** in der Postsparkassa bearbeitet werden und mit einem

Computerprogramm in **Sekunden**, bitte, das gesamte Aufkommen der Finanzämter nach einzelnen Steuern und Einzahlungen zusammengefasst werden kann.

Das ist meiner Meinung nach schon ein Problem, hinsichtlich dessen ich bei der Privatisierung immer auch den Verantwortlichen sowohl im Ressort, als auch bei der ÖIAG und auch hier im Parlament gesagt habe, dass ich da große Bedenken habe.

De facto kann ein Generaldirektor eines solchen Institutes den Finanzminister und die Republik Österreich **kontrollieren**, sowohl bei den Geldaufnahmen als auch bei den Geldern, die am Kapitalmarkt zu veranlagen sind. – Das kommt sehr oft vor. Wenn die Republik Österreich genug Gelder hat, dann wird sie sie selbstverständlich veranlagen. Umgekehrt, wenn Beamtenbezüge oder sonstige Bezüge zu bezahlen sind, wird sie natürlich auf den Geldmarkt zurückgreifen und auch Gelder aufnehmen. – Das ist ja auch sehr stark eine der ursprünglichen Tätigkeiten der Postsparkassa.

Ein weiterer Punkt, der ja auch zu heftigen politischen Diskussionen geführt hat, ist, dass die Postsparkassa bis eben 2001 ausschließlich die Postämter und ganz wenige Filialen für den Vertrieb ihrer Produkte gehabt hat.

Auch das ist ein Punkt, den man in den Unterlagen bei der Ausgliederung 2001 beziehungsweise Fusionierung 2005 nachvollziehen kann: dass es da auch immer Bedenken gegeben hat betreffend die weiteren Tätigkeiten, wenn eben ein anderer der Eigentümer der PSK wird, wieweit hier die rechtliche Situation betreffend die Verträge mit der Post hält.

Das war der zweite Grund meiner Bedenken neben den dienstrechtlichen; ich habe schon darauf hingewiesen. Wir hatten doch eine große Anzahl von Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes. Es gibt die eigene Dienststelle „Österreichisches Postsparkassenamt“, die unmittelbar dem Bundesministerium für Finanzen untersteht.

Ich habe in meinen vielen, vielen Dienstjahren acht oder neun Gouverneure und Generaldirektoren erlebt, aber ich muss Ihnen sagen: In meiner Funktion als Politiker habe ich viel erlebt, aber eine solche Art und Weise einer Person, wie bei dem Herrn Generaldirektor Elsner, ist mir in meinen vielen Berufsjahren – auch in meiner Funktion im Kontrollausschuss der Stadt Wien – noch nicht untergekommen.

Nachdem wir, die Postsparkassa, wirklich gut aufgestellt waren, sie hatte bis 2001 laut der letzten Bilanz einen Gewinn – Steuern, die an das Finanzministerium abgeliefert wurden – in der Größenordnung von fast einer halben Milliarde Schilling – das ist eine Summe, muss ich sagen, die „nicht ohne“ ist, und das war auch ein Grund, warum ich mich als Betriebsratvorsitzender ganz energisch gegen einen hundertprozentigen Verkauf der Postsparkassa ausgesprochen habe, natürlich bei einem Beschluss des Betriebsrates und des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses selbst auch –, ist Ende 2000 dann die Entscheidung gefallen, dass die BAWAG nach einem großen Poker, muss ich sagen, den Zuschlag bekommen hat. Die Höhe ist ja bekannt: 17,6 Milliarden Schilling.

Schätzungsgutachten der Sachverständigen haben etwa 12 Milliarden vorgesehen gehabt. Man kann daraus schließen, dass die BAWAG, aus welchen Gründen auch immer, die Postsparkassa auf jeden Fall haben wollte. Den Reim darauf kann sich jeder selber machen in Hinblick auf die heutigen Kenntnisse, die wir alle haben.

Faktum ist, dass die Postsparkassa eine sehr, sehr gute Eigenkapitalquote gehabt hat. Ich darf daran erinnern, dass in den neunziger Jahren im Zusammenhang mit den „Konsum“-Ereignissen der „Konsum“ die 34 Prozent Anteile an der BAWAG hergegeben hat und dass die Postsparkassa damals sehr interessiert war, diese Anteile zu übernehmen. Das ist aber dann aus verschiedenen Gründen von der BAWAG abgelehnt worden.

Also die BAWAG hatte sehr wohl Kenntnis davon, dass die Postsparkassa finanziell sehr gut dasteht. Ich möchte jetzt nichts unterstellen, aber irgendwie habe ich mir schon gedacht, dass da vielleicht einer in diesem Zusammenhang auf eine Idee gekommen ist.

Die zwei Kulturen, die da zusammengekommen sind, waren sehr unterschiedlich, und zwar nicht nur auf Vorstandsebene und betreffend den Aufsichtsrat, sondern auch betreffend den Betriebsrat selbst. Aus dem Bundesdienst kommend haben wir als Personalvertreter ganz andere Vorstellungen von Vertretung von Kolleginnen und Kollegen gehabt, als es offensichtlich in der BAWAG, in der Gewerkschaftsbank, der Fall gewesen ist, wo vielleicht eine ganz andere Situation vorlag.

Faktum ist, dass ich gleich zu Beginn, nachdem hier die Entscheidung gefallen ist – und ich erinnere mich noch sehr gut daran –, mit dem ÖGB-Präsidenten ein Gespräch gehabt habe, der mir zugesichert hat – ich habe mich diesbezüglich dann auch rückversichert –, dass es zwei Produkte geben wird: BAWAG und P.S.K., und dass die P.S.K. ein eigenständiges Institut bleiben wird. Auf Grund dieser Annahme habe ich letzten Endes dem Kauf sozusagen als Betriebsrat zugestimmt.

Aber bereits nach nicht einem halben Jahr hat es Konzepte gegeben, dass wesentliche Teile der Postsparkassa ausgegliedert werden sollen. Und derjenige, der im Banken- und Sparkassenbereich tätig ist, wird mir bestätigen, dass noch immer – nicht so stark wie früher – das Treasury-Geschäft einer der Eckpfeiler bei den Geldinstituten ist, neben dem Kommerzbereich und natürlich neben dem Filialenbereich. Und wenn man diese aus einem Institut herausnimmt und rein nur die Spareinlagen und Gehaltskonten hernimmt, dann ist natürlich vom Ertrag her im Hinblick auf verschiedene Kriterien nicht so viel drin wie in den von mir genannten Geschäften.

Das war gleich einer der Konflikte, die ich mit dem Herrn Generaldirektor Elsner hatte, der Aufsichtsratsvorsitzender der P.S.K. war. Und ich kann jetzt nur aus der Sicht eines Mitgliedes dieses Aufsichtsrates und der P.S.K. sprechen und muss sagen: dass hier wirklich – und ich kann das auch dokumentieren, da ich Experten herangezogen habe, die das angeschaut haben; und wir haben alle diese Sachen nur in Beratung von Experten und unserer Gewerkschaft beziehungsweise der AK vorgenommen – bestätigt wurde, dass dann, wenn diese Bereiche ausgegliedert werden, es für die P.S.K. in der Frage der Erträge sicherlich ein Problem geben wird. Demgegenüber ist allerdings argumentiert worden, dass man über einen Finanzdienstleister Erträge einbringen wird und das sozusagen ausgleichen wird, was dann auch so geschehen ist.

Fragen Sie mich, bitte, aber nicht, in welcher Form das geschehen ist und wohin oder zu welchen Gesellschaften dann letzten Endes diese Erträge gekommen sind.

In diesem Zusammenhang ist ja dann der von mir bekannte Spruch gefallen – im Betriebsrat wurde das diskutiert –: Na ja, wir werden abgeräumt wie ein Christbaum, und zurück wird ein Trümmerhaufen bleiben! Das habe ich dann in einem Rundschreiben verfasst, und das ist dann irgendwie auch in die Medien gegangen, und vierzehn Tage später habe ich schon die Klage gehabt, und zwar von meinem eigenen Haus, von der P.S.K., **und** von der BAWAG, in der Höhe von 1,4 Millionen Schilling, also 100 000 €, nach § 1330 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch.

Ich war darüber überrascht, denn eigentlich war das eher humorvoll gemeint. Aber der Herr Generaldirektor Elsner ist ja bekannt dafür, dass er da keine Späße versteht und solche Sachen gleich geklagt hat.

Die Sache ist dann hurtig weitergegangen. In der weiteren Folge habe ich dann im Zusammenhang mit anderen Themen auch noch darauf hingewiesen und auch

kritisiert, dass hier manipuliert und gelogen wird – aber allgemein gesprochen in einem Interview, muss ich sagen. Dann habe ich die nächste Klage gehabt, und zwar nach § 111 Strafgesetzbuch wegen übler Nachrede, mit allen Konsequenzen, auch in der Form eines Antrages an den Wiener Landtag, wo allerdings einhellig – von allen Fraktionen, muss ich sagen – beschlossen wurde, dem Antrag auf Auslieferung nicht zuzustimmen.

Darüber war der Herr Generaldirektor sehr verärgert und hat Persönlichkeiten aus der Politik angerufen und seinen Unwillen darüber zum Ausdruck gebracht, warum ich nicht ausgeliefert wurde.

Ich muss sagen: Ich habe damals die Fraktionen im Wiener Rathaus informiert und ihnen auch Unterlagen gegeben, und es hat mich wirklich sehr gefreut, dass in diesem doch eher ungewöhnlichen Fall alle Fraktionen klar gesagt haben: So geht das nicht, dass dann, wenn ein gewählter Personalvertreter in Sorge ist über das Geschehen seines Institutes und darauf hinweist, er mit einer Klage bedroht wird, noch dazu von der Gewerkschaftsbank und, wie gesagt, vom eigenen Haus!, wobei meiner Meinung nach laut Aktienrecht diese im Aufsichtsrat beschlossen werden müsste gegen Mitgliederorgane, was auch *nie* passiert ist, wie ich dann so nebenbei erfahren habe. – Das zu dieser Rechtssache.

Von da an gab es nur mehr Auseinandersetzungen, muss ich sagen, in weiterer Folge dann die Abspaltung am 1. Oktober 2001. Die vorgelegten Unterlagen waren laut AK mehr als mangelhaft – mehr als mangelhaft! –, wobei ich in diesem Zusammenhang die Mitarbeiter in der AK besonders loben muss, die uns da beraten haben, die uns wirklich vortreffliche Unterlagen geliefert haben und auf eine ganze Menge Fehler bei der Abspaltung der von mir genannten drei Bereiche hingewiesen haben – abgesehen von verspäteten Vorlagen und sonstigen Pannen, die es hier gegeben hat.

Insgesamt hat seit der Übernahme durch die BAWAG das Informationswesen überhaupt sehr gelitten. Die P.S.K. war – und das sage ich bei vollem Bewusstsein – etwa zehn Jahre der BAWAG EDV-mäßig, organisatorisch und im Controlling voraus. Wir haben eine Kosten-/Nutzenrechnung gehabt, die die BAWAG erst nach Urgegnen durch die Nationalbank von uns übernommen hat. Wir haben eine Aufbau- und Ablauforganisation gehabt, die von namhaften Experten – zuerst vom Institut St. Gallen und dann von einer amerikanischen Beratungsfirma; da fällt mir jetzt der Name nicht ein, aber die ist sehr bekannt – gemacht worden ist. Wir haben permanent Berater im Haus gehabt, und ich glaube, wir waren wirklich gut in Schuss.

Während es bei uns eine Kosten-/Nutzenrechnung gegeben hat, auch für Produkte, hat es das alles in der BAWAG hingegen nicht gegeben. Und was mich am meisten verwundert hat, was aber ohnehin schon aus verschiedenen Sitzungen bekannt war, war die ungeheuerliche Zettelwirtschaft in der BAWAG. Während wir bei uns im Haus gemäß der alten Tradition, obwohl wir kein Amt mehr waren, das Aktenwesen weitergepflogen haben, mit durchnummerierten Seiten und Anlagen und dergleichen mehr, hat es all das in der BAWAG nicht gegeben. Da hat es diese Zettel gegeben, und manche davon sind dann halt verschwunden oder waren nicht mehr auffindbar, weil sie irgendwo gut abgelegt worden sind. Das war ein permanentes Problem.

Aber am meisten vermisst habe ich Selbstverständlichkeiten, was mich furchtbar geärgert hat, wie zum Beispiel, dass ein Budget vorgelegt wird. Im Aktienrecht heißt das anders, da heißt es Vorschau. Das hat es auf einmal nicht mehr gegeben. Mühevoll wurden AK-Stellungnahmen gemacht, und im Aufsichtsrat wurde gefragt: Was ist mit den Unterlagen? Zum Schluss war es dann so: Nachdem ich das in jeder Sitzung vorgebracht habe, wurde ich dann „gehäkelt“, indem man mir zwei Blätter Papier geschickt hat. Davor war das ein ganzes Packerl Unterlagen, wirklich schön

nach verschiedenen Kriterien zusammengestellt. Man hat sich da wirklich Mühe gemacht. Das war damals noch unter dem Herrn Dr. Stoss, der jetzt in der „Österreichischen Lotto Toto Gesellschaft m.b.H.“ und in der Casinos Austria AG ist, und unter Max Kothbauer, die hier zum Schluss die Unterlagen vorbereitet haben; früher auch die Gouverneure selbst die weiteren Rückblicke.

2003 war dann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Harwanegg, ich will Sie nicht unterbrechen (*Volkmar Harwanegg: Entschuldigung, darf ich das noch aussprechen?*), aber kommen Sie schön langsam zum Schlusssatz!

Volkmar Harwanegg: Ja, ich komme gleich zum Schluss. – Sie müssen mich, Herr Vorsitzender, einbremsen!

2003 war die Auszahlung der Pensionssache von Herrn Generaldirektor Elsner; darauf brauche ich nicht hinzuweisen, das ist alles bekannt, auch aus den Medien. Die Folge davon war, dass wir auf einmal keine Protokolle mehr gekriegt haben. Der Herr Aufsichtsratsvorsitzende hat mit den Kapitalvertretern entschieden: Es gibt keine Protokolle!, worauf wir ihn einmal darauf hingewiesen haben und gesagt haben: So geht das nicht! Erstens steht das in der Geschäftsordnung drinnen, und so lange sie diese nicht ändern, müssen sie uns Protokolle geben!

Es war also dann so, dass wir keine Protokolle mehr gehabt haben, und deshalb tue ich mich heute schwer, auf Detailsachen ab dem Jahr 2003 zurückzugreifen, weil es, wie gesagt, einfach keine Protokolle mehr gegeben hat.

Die Möglichkeit war dann, knapp vor der Aufsichtsratssitzung zum Herrn Generaldirektor zu gehen und sozusagen eine Leseübung vorzunehmen. Na, machen Sie das bei 20, 30 Seiten eines Protokolls, was manchmal der Fall war, da ist man einfach überfordert!

Ich bin wirklich **bitter enttäuscht**, muss ich sagen, weil ich eigentlich ein Befürworter des Kaufs durch die BAWAG war. Hätte ich über deren Gestion Bescheid gewusst, dann hätte ich mich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt – auch in der Öffentlichkeit –, dass uns die BAWAG kauft. – Das möchte ich als Schlusssatz gesagt haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich danke für Ihre Ausführungen.

Nur zur Korrektur: Es hat zwar Protokolle gegeben, aber die wurden **nicht mehr aushändig?**

Volkmar Harwanegg: So ist es, Herr Vorsitzender!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe nur eine Frage, bevor ich an den Kollegen Bauer weitergebe.

Herr Harwanegg, Sie haben jetzt das Ganze bis 2003 erzählt. Was war 2004 und 2005? Wann sind Sie in Pension gegangen?

Volkmar Harwanegg: Ich bin in Pension gegangen mit 1. Dezember 2005.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nur allgemein, weil das moniert wurde: Ich will zu Protokoll geben, dass ich mit der Auskunftsperson gut bekannt bin und wir an und für sich per du sind, aber ich die Gepflogenheit, dass ich hier alle Auskunftspersonen per Sie anspreche, auch in diesem Fall so weiter halte. Nur, damit es dann nicht heißt, ich tue so, als ob ich dich nicht kennen würde. Das ist **nicht** so! Wir kennen uns schon seit 15 Jahren oder noch länger. (*Volkmar Harwanegg: Mindestens! – Abg. Ing. Schultes: Die Auskunftsperson darf schon duzen!*)

Ja, ja. Es muss jeder für sich selber entscheiden, wie er das macht.

Meine Frage: Was ist 2004 und 2005 noch passiert? – Ich fand den Erzählfluss durchaus spannend.

Volkmar Harwanegg: 2004 und 2005 hat es natürlich auch immer wieder Ereignisse gegeben; ich müsste jetzt in meinen Unterlagen kurz nachschauen, was sich da an wesentlichen Sachen abgespielt hat.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Das war aber nicht so gravierend wie die Abspaltung im Jahr 2001. Das war natürlich ein ganz gravierender Schritt.

Ich lese da zum Beispiel: 44. Aufsichtsratssitzung. – Da gab es auch die Frage nach den Protokollen, mit allem Drum und Dran, als es keine mehr gegeben hat, was ich moniert habe und wo ich gesagt habe: Es ist einfach notwendig, dass man Protokolle hat, um in der nächsten Sitzung auch auf gewisse Sachen der letzten Sitzung eingehen zu können! Das hat allerdings nichts geholfen. Auch neuerliche Anträge unsererseits auf Aushändigung von Protokollen haben nichts geholfen. Das ist von der Kapitalmehrheit unter Federführung von Herrn Generaldirektor, in diesem Fall dem Aufsichtsratsvorsitzenden Elsner, abgelehnt worden.

Ich habe vorhin hingewiesen – weil du das angesprochen hast – auf die Frage der Unterlagen für die Budgets. Wir haben schriftlich die Unterlagen angefordert, aber es gab keine Reaktion darauf. Es ist in der BAWAG Standard, dass es das und das gibt und nicht mehr, und das gilt auch für die P.S.K. Also auch da hat dieser Kulturwandel sehr massiv eingewirkt und hat meiner Meinung eine schlechtere Information für den Aufsichtsrat gebracht.

In diesem Zusammenhang hat es in diesen Compliance-Sachen auch Änderungen gegeben. Wir hatten bisher auch einen Beauftragten in der P.S.K, die ja bis 1. Oktober 2005 existiert hat, und der ist auf einmal abgeschafft worden. Und ich habe mich dann in meinem Zorn, nachdem abgelehnt wurde, dass es das weiterhin gibt, auch an die Finanzmarktaufsicht gewandt, und zwar mit Schreiben vom 25.5.2004, und habe keine Antwort bekommen.

Nachdem ich aber aus dem Zentralkomitee diesen Bereich ja kenne – ich war ja dort Beamter und VB –, habe ich dort angerufen und gesagt: Beantwortet Ihr keine Briefe? Ist das bei euch nicht üblich? – Dann hat man mir am Telefon erklärt: Das geht schon, das kann man so auch machen, dass es im Konzern eben eine Stelle gibt, die diese Sachen halt macht!

Ich habe das schon wieder als Einschränkung gesehen, weil ich ja inzwischen gewusst habe, wie die Kontrolle in der BAWAG ausschaut. Und es war für mich wieder ein Punkt, wo ich gesehen habe: Aha, jetzt wollen sie diese Möglichkeiten auch eingrenzen!

In den Medien sind verschiedene Artikel erschienen, im „trend“ vom Mai 2004, wo eben auch immer wieder kritisiert wurde auf Grund von Aussagen, auch teilweise anonym, teilweise deklariert von Mitarbeitern, die sehr unzufrieden waren mit den Gegebenheiten, vor allem jene, die von der P.S.K. hinüber in die BAWAG überlassen worden sind, die ja nicht gefragt worden sind, sondern die sind einfach überlassen. Das waren immerhin damals etwa 850 Bedienstete, davon etwa 500 Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes, die auf einmal in der BAWAG gearbeitet haben in den von mir genannten Bereichen selbst auch.

Ich hoffe, ich habe jetzt im Wesentlichen ... – Ja, vielleicht noch auch, weil das ein Thema ist, was ich auch ... – Ich darf sagen, vieles, was ich hier sage, habe ich,

nachdem ich nicht durchgekommen bin bei den Ansprechpartnern im ÖGB, dann versucht, über die Medien hier unterzubringen auch, und ich bin den Medien sehr dankbar, dass sie hier wirklich eine sehr wesentliche Kontrollfunktion übernommen haben, muss ich sagen, das habe ich sehr begrüßt.

Und ich muss sagen, es hat dann schon gegeben zum Beispiel eben, die auffällig ist, die großen Haftungen und Bürgschaften, die wir übernommen haben für die BAWAG. Und einer der Punkte war unter anderem auch die Forderungen auch. Das kann man ... – Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, wie weit die Damen und Herren Abgeordneten Protokolle kennen aus dem Aufsichtsrat, ob die angefordert worden sind oder nicht. Das ist mir nicht bekannt. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn man sich die anschaut, dann kann man sehr viel nachvollziehen, dass diese Sache eine gewisse Entwicklung gehabt hat, die eben so geendet hat, wie wir alle es dann leider erleben mussten auch selbst. Aber auch hier immer wieder Kritik oder was.

Wenn ich Ihnen zum Beispiel sage, weil das auch hineinfällt ungefähr in den Zeitpunkt auch, was du angesprochen hast. Ich habe von einem BAWAG-Mitarbeiter aus dem Treasury die Information bekommen, mit der Refco stimmt etwas nicht. Das war ungefähr 2004 etwa in dem Bereich. Ich habe dann hier im Aufsichtsrat die Frage gestellt. – Na mehr habe ich nicht gebraucht. Die Antwort war: Das ist Verleumdung, üble Nachrede, und schon wieder Androhung einer Klage, statt dass man aufgeklärt hat, das ist seriös und dergleichen drum und dran.

In Wirklichkeit wissen wir ja alle, dass es da schon große Probleme gegeben hat und die Geldtransaktionen des Herrn Bennett zu seiner Privatfirma Refco International, und Refco, wo ständig die Beträge hin- und hertransferiert worden sind. – Aber man ist nicht durchgekommen. Man ist absolut nicht durchgekommen in dem Bereich, muss ich sagen, obwohl ich, wie gesagt, bemüht war, diese Sachen mit den zuständigen Vertretern, Organen und Eigentümern auch zu besprechen.

Aber jetzt möchte ich wirklich Schluss machen, sonst werde ich wirklich zu lange.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das Gleiche gilt für mich. Ich kenne auch den Herrn Harwanegg ganz gut und von verschiedenen Veranstaltungen. Ich glaube auch, dass in dieser Darstellung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht wird, in welchen Schwierigkeiten der unterschiedlichen Kulturen er sich bewegen musste, und ich verstehe durchaus, dass es nicht einfach ist, wenn man der persönlichen Überzeugung ist, dass man nicht unter 51 Prozent Staatsanteil haben sollte an diesem Institut. Und ich halte das auch für eine durchaus berechtigte Ansicht. So möchte ich doch eher jetzt zurückkehren zu dem, was die unmittelbare Tätigkeit selbst betrifft. Es ist sehr eindrucksvoll, seit 1962 in der P.S.K. zu sein, und seit 1979 Betriebsrat, wo man ja eine ungeheure Verbundenheit mit einem Institut aufbaut und umso mehr Schmerz. Das merkt man auch bei der Darstellung.

Ich möchte nun aber fragen, und Sie sind ja bis 2005 auch im Aufsichtsrat gewesen, und die Frage ist, wie die Tätigkeit im P.S.K.-Aufsichtsrat war und wie sich dann die Änderungen abgespielt haben oder wie sie herbeigeführt wurden. Und eine weitere Frage: Wie oft hat eigentlich zum Beispiel bei der P.S.K. der Aufsichtsrat getagt, und welche Informationen hat man dort erhalten, weil vielleicht auch die unterschiedlichen Kulturen da zu beleuchten sind und die Gründe, die da angesprochen wurden, wieso die BAWAG geschätzt, haben Sie gesagt, 12 Milliarden und dann doch wesentlich mehr dafür bezahlt hat. (*Volkmar Harwanegg: 17,6 Milliarden!*) Ja, das weiß ich schon.

Du hast ausgeführt, 12 Milliarden war das Bewertungsgutachten, da hat es eines gegeben, und über 17 wurden bezahlt. Da wurde so ein bisschen kryptisch gesagt, die haben schon gewusst, warum wir so viel wert sind. Vielleicht sollte man das auch noch beleuchten.

Und was mich vor allem auch interessiert, ist, wie dieses Verhältnis ... Ich meine, dass Sie den Elsner nicht gerade sehr geschätzt haben, hat man aus den Ausführungen deutlich erkannt. Es ist aber so die Frage auch, wie der seinerzeit Gouverneur und dann Vorstandsdirektor Koren auf diese Kritik reagiert hat. Das ist ja auch ganz interessant, weil es ja nicht nur sozusagen Ihr Problem mit Elsner es offensichtlich gegeben hat. – Vielleicht einmal zur ersten Runde, wenn Sie das ganz kurz auch beantworten können.

Volkmar Harwanegg: Vielleicht noch einmal zurückkommend auf das Jahr 2000. Wie gesagt, es war ja sehr blitzschnell. Es war im Sommer die Novelle zum P.S.K.-Gesetz eben mit dem hundertprozentigen Verkauf. Wie überraschend das war, zeigt bitte, dass vorher die Vorstandsverträge von Max Kothbauer und Dr. Stoss noch auf vier und fünf Jahre ein halbes Jahr vorher verlängert worden sind, bitte, in die Richtung auch. Der eine ist ja dann ausgeschieden, der andere ist noch einige Zeit geblieben, aber auch er hat ja dann sich verabschiedet, wie auch immer die Gründe waren. Aber ich glaube, auch hier hat die Chemie nicht gestimmt mit dem Herrn BAWAG-Generaldirektor Elsner selbst.

Aber für mich ist schon sehr auffällig gewesen, wieso auf einmal so rasch der Verkauf erfolgte, muss ich sagen. Ich darf erinnern, dass die P.S.K. ja eingegliedert wurde in die ÖIAG. Und die ÖIAG hat also hier dann eben diesen Verkauf im Bieterverfahren vorgenommen auch. Und es waren, wie gesagt, österreichische Geldinstitute, aber auch die Deutsche Postbank, die sich hier ... – Aber die sind dann alle im Hinblick auf die Höhe dann auch ausgestiegen.

Heute gesehen, weil du das angesprochen hast, denke ich mir schon oft, was war der Grund so, dass die BAWAG uns unbedingt haben wollte und so viel Geld auf den Tisch gelegt hat, wie gesagt, 4,6 Milliarden mehr, als das Schätzungsgutachten des Sachverständigen war. Und ich mache mir schon meine Gedanken, meine Damen und Herren Abgeordneten. Hat man da einen Hintergedanken gehabt, hat man gewusst also unter Umständen, wie die Gestion der P.S.K. ist oder was? Aber noch einmal, ich kann das nur vermuten. Ich habe nie, aber irgendwo habe ich mir schon gedacht, ha, wieso haben die uns unbedingt haben wollen mit so viel Geld in die Richtung, zumal wir ja wissen aus den Medienberichten – ich verfolge natürlich mit Interesse Ihren Untersuchungsausschuss –, dass eben die Karibikgeschäfte I und II hier ja große Verluste bereitet haben und eigentlich schon ungewöhnlich ist, dass ein Institut, das große finanzielle Probleme hat, ein anderes kauft, das eine Eigenkapitalquote von etwa 18 Prozent gehabt hat. Laut Bankwesengesetz hätten wir viel weniger gebraucht. Und wie wir die drei genannten Bereiche verloren haben, hätten wir überhaupt nur 5 Prozent benötigt und nicht mehr. Das heißt, da ist Kapital brachgelegen, und das ist auch bedient worden, ich habe das schon ausgeführt, in Form von Garantien und Ausleihungen auch in Größen, Summen, die man sich gar nicht vorstellen kann. In einer Aufsichtsratssitzung ein Antrag in einer Größenordnung ... Da muss ich den Herrn Rechtsberater fragen, ob ich das sagen kann.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Wenn Sie wollen, können Sie es schon sagen. Sie müssen ja nicht unbedingt den ..

Volkmar Harwanegg: Na ja, wir haben das Geld ja sozusagen der BAWAG geliehen, der Konzern. Kann ich das schon sagen?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie meinen, der Kaufpreis wurde ja über einen mehr oder weniger Kredit finanziert.

Volkmar Harwanegg: Die BAWAG hat eigentlich das Geld sozusagen der P.S.K. de facto für den Kauf genommen, wenn ich das so auf einen kurzen Nenner bringen darf,

in diese Richtung. Wirklich ungewöhnlich, muss ich sagen, im Wirtschaftsleben eine solche Vorgangsweise.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wie gesagt, ich habe Gelegenheit, die Prüfung auch der Unternehmen der Stadt Wien, der Holding und überall, seit bald 14 Jahren dem Unterausschuss anzugehören. Also mir ist so etwas in der Wirtschaft bisher nicht bekannt gewesen, solche Möglichkeiten, von denen hier Gebrauch gemacht worden ist. Und wenn ich Ihnen sage, da geht es um Summen, die man sich gar nicht vorstellen kann. Etwa 5,5 Milliarden, die in einer Transaktion – ich schaue gerade, ob ich das irgendwo finde ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich nehme an, Euro.

Volkmar Harwanegg: Euro, die hinübertransferiert worden sind, und zwar mit der Begründung für **Ausweitung des Treasury**.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Form von was ist das transferiert worden? Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden. (*Abg. Mag. Rossmann: Das können nur Schilling gewesen sein, nicht Euro!*)

Volkmar Harwanegg: Da muss ich nachschauen, das waren schon Euro. Ich schaue gerade, ob ich das irgendwo finde genau, wann das war.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Das war eine gigantische Summe, wo ich dann auch die Experten der AK gefragt habe: Gibt es das? Haben die sich nicht geirrt mit einem Komma oder was?, denn das gibt es ja nicht. Aber wenn ich Ihnen sage, im Hintergrund, wozu dann dieses Geld gedient hat, dann werden Sie verstehen, warum die Summe so hoch war. Das war nämlich dann – aus diesem Haus ein Abgeordneter hat mich angerufen und gefragt: Ist das wahr, ihr habt, BAWAG/P.S.K, die Abfangjägerproduktionskosten vorfinanziert? Ich bin halb eingegangen und habe gesagt: Das gibt es nicht, ich weiß doch, im Aufsichtsrat haben wir das nicht beschlossen! Bitte, das ist unmöglich!

Ich habe dann den Herrn Generaldirektor angerufen und gesagt: Herr Generaldirektor, gibt es das, dass ein Teil dieses Geldes als Produktionskostenvorschuss verwendet wurde? Darauf sagt er ja. Daraufhin habe ich eine Sonderaufsichtsratssitzung beantragt. Das war erst ein Theater, muss ich sagen, denn das war eigentlich nicht üblich in der BAWAG oder in der P.S.K, dass ein Betriebsrat nach dem Aktienrecht und nach der Geschäftsordnung beantragt unter Tagesordnungspunkten eine Aufsichtsratssitzung. Da hat es eine lange Diskussion gegeben. Ja, es ist dann bestätigt worden. Und ein namhafter Funktionär, der auch in der BAWAG führend war in einem Kontrollorgan, hat mir dann gesagt: Tu dir nichts an, das Geld hat kein Mascherl, ob wir das jetzt finanziert haben oder andere, ist egal!

Ich war entsetzt, muss ich Ihnen sagen, weil ich in meinen politischen Vorstellungen und Gremium natürlich immer eine andere Linie vertreten habe, als sich hier auf einmal herausgestellt hat. Das war für mich eines der ärgsten Erlebnisse, muss ich sagen, was ich gehabt habe. Ich war ziemlich deprimiert und habe mich dann mit meinen Abgeordneten unterhalten und gesagt, ich kann das nicht glauben, das können die doch nicht gemacht haben. Aber es war so.

Ich habe, glaube ich, noch Fragen offen. Koren: Ich habe einmal zum Herrn Generaldirektor Koren, der heute auch vorgeladen ist, gesagt: Herr Generaldirektor, können Sie sich in der Früh noch in den Spiegel schauen? Wofür Sie sich da hergeben, das ist mir unbegreiflich, in die Richtung, wie man hier gewisse ... Ich meine, der ist behandelt worden hierarchiemäßig als Generaldirektor der P.S.K, aber eher wie ein Bereichsleiter von Elsner, nicht wie ein Vorstandsdirektor einer Tochter selbst auch.

Wobei man allerdings wissen muss, dass der Herr Generaldirektor Koren umgekehrt höchstwahrscheinlich auch zum Elsner ein besonderes Vertrauensverhältnis gehabt hat. Er ist nach seiner politischen Tätigkeit in einem Ministerbüro von Elsner in die BAWAG berufen worden, war Generalbevollmächtigter und war sicherlich in seiner Funktion einer der Intimkenner der Ereignisse in der BAWAG, überdies auch verantwortlich in der BAWAG für den Kauf und die Abwicklung in der P.S.K selbst auch.

Obwohl ich mit ihm sehr gerne und oft diskutiert habe, muss ich sagen, die Gesprächsbasis war keine schlechte, obwohl es in Sachfragen natürlich wesentliche Unterschiede gegeben hat, aber mit ihm habe ich reden und diskutieren können. Er hat aber nicht viel sagen können. Nur ein Beispiel: Es ist gegangen um die Aufnahme einer Teilzeitkraft. Da habe ich gesagt: Herr Generaldirektor, die würden wir dort und dort in der Abteilung brauchen. Worauf er gesagt hat, das kann ich nicht entscheiden, das muss in der BAWAG entschieden werden. An diesem Beispiel ist dokumentiert, wie sich das hierarchiemäßig abgespielt hat. Elsner war ein absoluter Mann, der alles und jedes selbst entschieden hat.

Elsner, weil du das noch einmal angesprochen hast. Noch einmal: Ich habe den Menschen aus den Medien gehört und auch von Gewerkschaftsfreunden und drum und dran. Und nie habe ich irgendwo gehört die Probleme, die es aber schon gegeben hat. Niemand hat sie angesprochen, sie waren aber da. Ich habe in meiner Funktion als Laienrichter am Arbeitsgericht Wien in dem Senat, wo ich war, einmal gehört von dem Vorsitzenden, der hat mir erzählt, es ist peinlich, was Arbeitsprozesse von der BAWAG am Arbeitsgericht Wien landen. Und es war wirklich peinlich, muss ich sagen, auch in der Anzahl. Die haben, was möglich war, Mitarbeiter geklagt und ganz brutal behandelt. Und wie ich schon ausgeführt habe, so einen Manager, muss ich sagen, der dermaßen ein Tyrann ist, habe ich in meinen vielen Berufsjahren nicht erlebt. Daher habe ich auch mit ihm schon gar nicht ideologisch können, wenn ich das sagen darf. Für mich war dieser Mensch unmöglich.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Darf ich noch eine Frage stellen. Bei so vielen Erfahrungen im Aufsichtsrat einer Bank oder Banken, wie ist die Einschätzung? Was funktioniert in einer Bank üblicherweise ganz gut, und was funktioniert eigentlich nicht so gut? Denn wenn ich so richtig verstehe, dürften die Kontrollen ja nicht wirklich gut funktionieren, seien es interne oder außenstehende Kontrollen. Wie sollte das Ihrer Auffassung nach organisiert sein, um für die Zukunft gedacht das zu verbessern?

Volkmar Harwanegg: Ich wollte mir das eigentlich als Schlusssatz aufheben, aber bei der Höflichkeit deiner Anfrage werde ich sie natürlich gleich sagen. Ich sehe echt Handlungsbedarf, muss ich sagen, sowohl von innen her, das brauche ich den Herren nicht sagen, die Innenrevision der BAWAG war zum Krenreiben. Einmal haben sie sich getraut, die genannte Person, die, glaube ich, eh auch vorgeladen war oder ist, zum Beispiel hinzuweisen, dass eigentlich bei Refco keine Provisionen bezahlt werden. Ich frage: Wo ist das Geld hin verschwunden? Auf welchen Konten ist das gelandet? Faktum ist, mehr haben sie nicht gebraucht, sie sind sofort zurückgepiffen worden in der ganzen Sache.

Ich tue mir echt schwer, gute Sachen zu sagen, das tut mir leid. Aus meinem Erfahrungsschatz mit den fünf Jahren in der BAWAG tu ich mir schwer zu sagen, denn sowohl vom Arbeitsrechtlichen, von den Arbeitsverhältnissen war alles für mich gegenüber, was ich vorher jahrzehntelang erlebt habe, wirklich eine wesentliche Verschlechterung.

Wenn ich noch ausführen darf. Da gibt es zum Beispiel ganz bewusst vom Gesetzgeber beschlossen im Bankwesengesetz einen Paragraphen – fragen Sie mich jetzt nicht, welcher es ist –, der vorschreibt, dass besondere Ereignisse von der Revision vierteljährlich dem Aufsichtsratsvorsitzenden mitzuteilen sind, und zwar schriftlich. Jedes Mal, ich bitte die Herren, in den Protokollen nachzulesen, habe ich in Vierteljahrsitzungen, die haben auch im Vierteljahr-Rhythmus stattgefunden, das ist eingehalten worden, da ist wenigstens das Aktienrecht eingehalten worden, habe ich gefragt: Was ist mit Berichten der Revision? Gibt es die nicht? – Nein, gibt es nicht oder was.

In Wirklichkeit wissen wir alle, was sich abgespielt hat hier unmittelbar selbst auch.

Man ist auch dazu gegangen, auch die Substanz der P.S.K auszu... – Die P.S.K war, meine Herren, 1926 – ich hole jetzt geschichtlich ein bisschen zurück – war der P.S.K.-Skandal, verursacht auch durch einen wilden Spekulanten. Da gibt es das Buch „**Als die Banken fielen**“ – zu empfehlen – von einem ehemaligen Generalrat der Nationalbank. Es zeigt die Geschichte der Versäumnisse auch damals im Banken- und Sparkassenbereich auf, es ist ohnedies heuer ein rundes Jubiläum. Und es ist schon für mich wirklich ganz entsetzlich gewesen, dass Jahrzehnte später genau dieselben Ereignisse eintreten, dass es möglich ist, dass einer mit Geldern dermaßen wild spekuliert. Ich weiß nicht, ob ich das noch erzählen soll.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Darf ich nur eine Zwischenfrage stellen? (*Volkmar Harwanegg: Bitte!*) Meinen Sie sozusagen, dass die Positionierung der internen Kontrolle verändert werden sollte?

Volkmar Harwanegg: Ja, unbedingt, muss ich sagen. Die **interne Kontrolle** muss meiner Meinung nach viel mehr im Bankwesengesetz formuliert werden, dass also hier betreffend Großveranlagungen, Kredite, Garantien viel strengere Kontrollen sind.

In Wirklichkeit ist es ja so im Aufsichtsrat: Du bekommst diese Unterlagen Großveranlagungen und drum und dran. Im ganz extremen Fall – wie ich ja hingewiesen habe – lasse ich es ohnehin anschauen von den Experten der AK, aber ansonsten segnet man das halt ab. Sind namhafte Unternehmen, die hier Kredite bekommen und dergleichen. Aber die Frage insgesamt der Kredite, des Volumens, die ja in Relation sein müssen zum Eigenkapital und anderen Sachen, ist natürlich eine Sache: Du, als Aufsichtsratsmitglied, bist einfach überfordert auch, wenn du nicht unmittelbar Experten hast, die das anschauen und ausrechnen, geht sich das noch aus mit der Grenze, ja oder nein. Und das ist meiner Meinung nach eine Sache, wo verbessert gehört. Dann, wie gesagt, Protokolle: Dass es eine Selbstverständlichkeit sein muss, dass jedes Aufsichtsratsmitglied ein Protokoll bekommt. Das ist eine Selbstverständlichkeit auch, dass man nachvollziehen kann auch Beschlüsse und nachschauen kann nach Jahren auch.

Und, bitte, da muss ich sagen, die Frage der Bankprüfer. Auch dieser Fall ist ja anhängig, was ich weiß, hier im Haus. Also was ich mit unseren Bankprüfern mitgemacht habe – und das kann man auch nachlesen. Ich habe dezidiert dann eine bestimmte Beratungsfirma abgelehnt. Das Absurde daran: 2001 macht die die ganzen Papiere und alles für die Abspaltung und ist dann Prüfer auch. Also die prüfen sich selbst! Meine Damen und Herren! Das ist meiner Meinung nach absurd! Da ist der Gesetzgeber aufgerufen, etwas zu machen. Es kann ja nicht sein, dass einer eben diese Abspaltungssachen, alle Vorbereitungen macht und dann am Jahresende in den Prüfungsbericht hineinschreibt: Ja, alles in Ordnung in der ganzen rechtlichen Vorgangsweise. – Was ohnedies **nicht** war.

Die Arbeiterkammer hat dankenswerterweise sehr ausführlich uns mündlich und schriftlich beraten und hat festgestellt: Da fehlen eine Menge Unterlagen. Die sind gar

nicht vorgelegt worden. Das und das ... – Ich habe jetzt nicht die Zeit, Ihnen das im Detail zu sagen, auch die Unterlagen jetzt rauszusuchen. Aber die haben hingewiesen auch. Das war alles wurscht! Das ist beschlossen worden und aus, basta, ist drübergefahren worden. Wir haben das natürlich nicht mitgetragen und haben das alles abgelehnt auch. Ich habe das in einem Rundschreiben den Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt auch im Haus, aber das Echo war sofort ein Schreiben vom Generaldirektor, wo er mich dann persönlich angegangen ist in der Sache auch.

Also das ist einmal so die Frage der Aufgabenstellung der Staatskommissäre. Da muss ich auch sagen: Wofür sitzen die dort, bitte? In den vielen Sachen, die wir, wie gesagt, aufgezeigt haben auf Grund von Expertengutachten, habe ich nie eine Reaktion gehört. Ich muss Ihnen sagen: Überhaupt im Aufsichtsrat, seit die BAWAG uns dann 2001 übernommen hat, muss ich sagen, bei den vielen Sitzungen war der Einzige, der hie und da auch gefragt hat, sehr kritisch, Dr. Wolf von den Bayern, der Vertreter der Bayern von uns im Aufsichtsrat. Der hat mich sogar einmal nach München eingeladen, weil er mit mir reden wollte auch. Aber den hat der Elsner gestraft, bitte. Der hat sich einmal getraut, bei einer Aufsichtsratssitzung unter „Allfälliges“ zu sagen, ob es nicht möglich ist, dass man statt um 9 Uhr um 10 Uhr mit der Sitzung beginnt. Mehr hat der nicht gebraucht beim Elsner. Der hat gesagt: Ihretwegen fangen wir nicht eine Stunde früher an, kommen Sie halt einen Tag vorher. – Nur ein Beispiel. Immerhin 44 Prozent-Anteilhaber an der BAWAG gewesen. Wenn ich so ein Aktienpaket habe, und das sagt mir der Herr Generaldirektor, dann rufe ich ihn nach der Sitzung zur Seite und rede mit ihm unter vier Augen. Aber, um gleich auch das Verhältnis zu den Deutschen hier anzusprechen, das äußerst schlecht war damals in diese Richtung auch.

Aber auch extern – weil du das vielleicht auch angesprochen hast. Mit der Ausgliederung der Bankaufsicht in die Finanzmarktaufsicht, muss ich sagen, ist meiner Meinung nach viel verloren gegangen. Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass die so effizient ist wie unsere Bankaufsicht – und da rede ich jetzt auch als ehemaliges Zentralausschussmitglied. Ich habe den Sektionsleiter gut gekannt, der hier federführend war viele Jahre, muss ich sagen. Auch hier ist Handlungsbedarf.

Die Nationalbank hat sicherlich Superexperten, nur wenn die Aktionäre die Banken und Sparkassen selbst sind, meine Damen und Herren Abgeordneten, dann darf man sich ja nicht wundern, dass das eine oder andere offensichtlich dann nicht so in dem Endbericht seinen Niederschlag findet, wie es eigentlich finden sollte, muss ich sagen. Ich sage das in aller Offenheit. Sie wollen ja von mir höchstwahrscheinlich die Wahrheit hören und nicht, dass ich da herumrede. Ich sehe auch hier Handlungsbedarf in die Richtung auch.

Man muss sich entscheiden: Wenn man diese Finanzmarktaufsicht so haben will, dann muss man hier einiges ändern, wobei noch immer die Problematik des Nahbereichs zum Finanzministerium nicht ohne ist, wobei sicherlich die Hoheitsaufgaben natürlich hier geordnet sein müssen zum Finanzministerium, das ist schon richtig auch. Aber das Zusammenspiel Finanzmarktaufsicht – Nationalbank und dergleichen, muss ich sagen, ist nicht sehr optimal gewesen in der ganzen Causa, nicht nur BAWAG, sondern auch Hypo Alpe-Adria, und zeigt große Mängeln auf. Und da bitte ich Sie, Damen und Herren Abgeordnete, dass Sie sich dieses Themas annehmen und anschauen, bessere Lösungen zu finden.

Ich hoffe, dass ich jetzt ausführlich deine Frage beantwortet habe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Das war ja auch eine Meinung, die Sie uns da jetzt mitgeteilt haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Harwanegg, wir kennen uns nicht persönlich. Heute haben wir uns kennengelernt, muss aber doch vorweg sagen, dass

ich damals schon, als Sie sich zu Wort gemeldet haben bei der Fusion, Ihre Ausführungen sehr beeindruckend gefunden habe, ebenso wie heute. Ich möchte einleitend damit beginnen – auch wenn Sie dann, Sie haben das angedeutet, dass Sie dann nach gewissen Versprechen seitens des Präsidenten Verzetnitsch der Fusion doch die Zustimmung erteilt haben, so, glaube ich, darf man doch auch rückblickend sagen, dass Sie jedenfalls eher ein Gegner dieser Fusion waren. Sie haben ausgeführt, insbesondere deshalb, weil Sie gemeint haben, die P.S.K war quasi die Staatsbank, und das waren Ihre Vorbehalte.

Gab es andere Vorbehalte auch noch?

Volkmar Harwanegg: Nein, weil, wie gesagt, vom Mengengeschäft her war sicherlich die BAWAG ein idealer Partner zur P.S.K, das muss man sagen, vom Spargeschäft her, vom Gehaltskonto, dem ganzen Bereich. Also zweifellos. Kein anderes Institut hat hier in diesem Segment so viele Kunden wie BAWAG und P.S.K, in die Richtung auch. Miteinander, glaube ich, sind wir da auch jetzt marktführend in der Richtung auch.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich Sie dann noch um Präzisierung bitten, weil Sie gemeint haben, Sie waren beim Präsidenten Verzetnitsch, um ihn um gewisse Dinge zu ersuchen. Können Sie das ein bisschen darstellen?

Volkmar Harwanegg: Genau. Das kann ich schon darstellen, und zwar auf Grund eines Beschlusses haben wir ein Forderungspapier, das eben in genau diese Richtungen geht: Eigenständigkeit der Postsparkassa, die Frage der Anteile, die bei der Republik Österreich sein sollen, und vor allem auch der personalrechtliche Teil, nämlich für die Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes auch. Das war mir ganz eine wichtige Sache, weil das ist natürlich ein Rechtsproblem, wenn Beamte und Vertragsbedienstete auf einmal überlassen werden.

Und die jetzige Situation ist ja einmalig. Sie müssen sich vorstellen, der Dienststellenleiter des Postsparkassenamtes ist jetzt der Herr Generaldirektor Nowotny. Und wenn dort ein anderer Generaldirektor kommt, vielleicht aus den USA, dann ist dieser Generaldirektor zugleich der Dienststellenleiter der Beamten und Vertragsbediensteten des weiterhin bestehenden Postsparkassenamtes. Also, ich glaube, eine absurde Situation, die hier entsteht und die verfassungsmäßig meiner Meinung nach nicht klar ist.

Aber zurückkommend auf Ihre ergänzende Frage: Meine Sorge war – und ich habe das auch dem Präsidenten gesagt –, die P.S.K. bald 120 Jahre alt gewesen, muss ich sagen, wäre jetzt in wenigen Jahren 125 Jahre gewesen, 1883 gegründet, und meine Sorge war wirklich, dass dieses traditionelle Geldinstitut früher oder später eben untergeht. Und in dem Zusammenhang natürlich auch dass ich gesagt habe, Eigenständigkeit und möglichst keine Fusion. Warum? – Weil eben das Postwesen hier in Europa – Deutsche Postbank, es gibt noch einige in Europa – schon eine Besonderheit ist, die von Georg Koch erfunden wurde und eigentlich auch eine alte Tradition hat. Weil im Gegensatz zu anderen Sparkassen war es schon immer möglich, dass du in ganz Österreich über die Postämter dein Geld abheben hast können über die Postsparbüchl.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich noch einmal nachfragen: Präsident Verzetnitsch hat Ihnen eine Zusage gemacht?

Volkmar Harwanegg: Ja, ja, da ändert sich nichts und alles, das ist so, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also hatten Sie den Eindruck, dass er auch die Bereitschaft hat, sozusagen operativ einzugreifen?

Volkmar Harwanegg: Das würde ich nicht so interpretieren, aber er hat mir damals gesagt, nein, da brauchst du unbesorgt sein, da ändert sich nichts. Ihr seid ein gut geführtes Institut. Warum soll man was machen? – Aber zwischen dem, was der Eigentümer der BAWAG gesagt hat, und dem, was der Herr Generaldirektor Elsner gemacht hat, gibt es immer große Unterschiede. Ich habe das ja selber am eigenen Leibe auch erlebt, nicht?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie dann mit anderen auch über die Frage geredet?

Volkmar Harwanegg: Im Wesentlichen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Günter Weninger von der BAWAG, der auch bei uns in der P.S.K. Aufsichtsrat war, der ja überall bei den ganzen Beschlüssen auch mitgewirkt hat, aber im Bereich eher dort nur. Das waren meine Ansprechpartner im Wesentlichen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben auch angesprochen, dass Sie über einen, ich glaube, BAWAG-Mitarbeiter, haben Sie gesagt, die Information bekommen hätten, dass bei Refco etwas nicht in Ordnung sei und haben das dann im Aufsichtsrat thematisiert. Und dann sind Sie aber bedroht worden. Von wem sind Sie bedroht worden?

Volkmar Harwanegg: Na ja, vom Aufsichtsratsvorsitzenden, das war schon dann der, glaube ich, Generaldirektor Zwettler. Das war ja 2003, 2004, ich kann das eben nicht nachvollziehen, weil ich keine Protokolle mehr habe.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Womit hat er gedroht?

Volkmar Harwanegg: Na ja, also wenn ich weiterhin solche Verleumdungen ausspreche über dieses weltweit operierende Geldinstitut Refco, dann muss ich aufpassen, dass ich nicht wieder geklagt werde wegen **übler Nachrede** – so ungefähr ist das von den Aufsichtsratsvorsitzenden gekommen. Wie gesagt, es war konkret, und ich bin sicher, dass das ein Mitarbeiter war, der sich große Sorgen gemacht hat, muss ich sagen, über die Entwicklung bei Refco, der sich hier unter Umständen auch an andere gewendet hat. Aber das ist mir nicht im einzelnen bekannt, mit wem er noch gesprochen hat. Ob er mit seinem Betriebsrat in der BAWAG gesprochen hat, das kann ich nicht nachvollziehen, weiß ich nicht. Mit mir hat er auf jeden Fall gesprochen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War diese Drohung in offener Aufsichtsratssitzung?

Volkmar Harwanegg: Ja, in einer Aufsichtsratssitzung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist das eigentlich öfter passiert, wenn dort jemand sozusagen eine kritische Bemerkung gemacht hat?

Volkmar Harwanegg: Herr Abgeordneter, das war mein alltägliches ... – Bitte, das ist laufend gewesen! Noch einmal: Es ist nicht die Zeit, Ihnen zu zitieren aus Protokollen, die ich ja bis 2001 habe. Aber da könnte ich Ihnen nicht nur einmal eine Drohung gegen mich zitieren. Zum Beispiel das ist so weit gegangen, dass ich mich in einer Sache, in einer Sachfrage an die Arbeiterkammer gewendet habe. Da ist dann irgendeine Panne passiert, denn der Herr Aufsichtsratsvorsitzende hat das Schreiben schneller gehabt als ich das Original, nämlich die Kopie, und hat mich im Aufsichtsrat angesprochen und hat gleich hier gesagt: Verletzung Aktienrecht, Bankwesengesetz! Wenn ich da in die Arbeiterkammer gehe und diese Unterlagen zur Prüfung übergebe, und dergleichen drum. Solche Sachen sind permanent, bitte!

Ich darf erinnern, dass ja diese Klagen da schon gegen mich gelaufen sind mit 2001, mit Herbst also sind ja die Klagen gegen mich gelaufen, die ich schon erwähnt gehabt habe, und sind ja eigentlich bis zum Ausscheiden vom Generaldirektor 2003 aufrecht

gewesen. Und ich darf sagen, in dem einen Fall der großen Klage nach § 1330 Bürgerliches Gesetzbuch bin ich ja mit Hilfe – Gott sei Dank! – von zwei Gewerkschaftsanwälten bis zum Obersten Gerichtshof gegangen und habe Recht bekommen – in einem Nebenpunkt nicht, nämlich in der Frage der Manipulation, der Lüge.

Da überlege ich mir, ob ich auch hier rechtlich was mache, das lasse ich mir anschauen von den Juristen. Aber das war ein mühevoller Prozess. Und zwischendurch immer, wenn ich was gesagt habe oder meine Kontrollfunktion wahrgenommen habe, mit Drohungen. Wenn ich gesagt habe, da habe ich zum Beispiel einen väterlichen Freund, den ich sehr mag, der einmal auch in der P.S.K. federführend war, den um Rat gebeten, und habe das so nebenbei im Aufsichtsrat gesagt, dass ich mich halt beraten habe: Na, mehr habe ich nicht gebraucht! Sofort wieder Drohung in die Richtung. Kann man alles im Protokoll nachlesen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie eigentlich jemals in Erwägung gezogen, dass Sie, wenn Sie permanent – kann man schon fast sagen – bedroht werden, gegen diese Drohungen selber aktiv werden – nämlich einerseits rechtlich, andererseits allenfalls gegenüber Mitteilungen der nächsten Aufsichtsbehörde?

Volkmar Harwanegg: Ja, so etwas sehr wohl in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Die schreiben natürlich auch, wenn zum Beispiel der Herr Generaldirektor in einem Schreiben mich da Sachen bezichtigt hat, die meiner Meinung nach § 111 Strafgesetzbuch zu verfolgen sind, habe ich dann mit den Juristen der Gewerkschaft gesprochen. Die haben aber immer gemeint, na ja, warten wir jetzt einmal ab, was mit den anderen Prozessen und Klagen rauskommt in der Sache.

Aber wie immer: Wenn ich Rundschreiben rausgegeben habe im Auftrag des Betriebsrates und der Gewerkschaft in der P.S.K. oder sonst was, dann habe ich sofort Klagedrohungen oder sonst was gehabt. Das auch, ja. Das ist ja nicht ungewöhnlich. Er hat ja auch x-Journalisten geklagt, die teilweise von mir was gebraucht haben auch; ich denke also an „FORMAT“ eben und andere Tageszeitungen. Der Herr Elsner war mit dem Klagen sehr schnell.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber gedroht hat nicht nur Elsner, sondern auch Weninger. – Haben andere Vorstände auch Drohungen ausgesprochen?

Volkmar Harwanegg: Weninger hat eigentlich nicht gedroht, also das hat er sich als führender Gewerkschafter eigentlich nicht getraut.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zwettler. Entschuldigung, Zwettler.

Volkmar Harwanegg: Ja, Zwettler hat das in diesem Zusammenhang gesagt. Und wenn ich immer wieder erwähnt habe, ich lasse die Sache überprüfen von der AK oder Gewerkschaft, ob das rechtlich so in Ordnung ist, also das war ihnen überhaupt nicht recht, dass ich ständig ... – Das ist sehr kompliziert, muss ich sagen, wirklich dieses ganze Bankwesen und drum und dran und diese ganzen Transaktionen. Da musst du dich von Experten beraten lassen. Natürlich hätte ich auch Mitarbeiter aus dem Haus, aus dem Treasury oder aus anderen Bereichen, aber die wollte ich einfach nicht, weil ich gewusst habe, was das für Konsequenzen hätte für die. Die wollte ich einfach nicht in diese Sache reinziehen. Aber die Beratungen waren sehr umfangreich. Es hat keine Aufsichtsratssitzung gegeben, wo wir nicht von der Tagesordnung wirklich Sachen überprüfen haben lassen müssen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben auch angesprochen, dass im Zusammenhang mit Refco keine Provisionsleistungen erfolgt wären. Und als das thematisiert wurde von Ihnen im Aufsichtsrat ...?

Volkmar Harwanegg: Nein, das habe ich nicht gebraucht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben dann weiter wörtlich ausgeführt: Wir sind sofort zurückgepiffen worden. – In welchem Zusammenhang steht das?

Volkmar Harwanegg: Na, das war nur eben über die Probleme, die es angeblich bei der Refco gibt. Und die Probleme waren ja schon, wenn man sich den Börseneinführungsbericht der Refco anschaut, wenn man den durchliest, dann kann man sich eigentlich nur wundern nach unseren Begriffen, dass so ein Unternehmen, das große Probleme hat, was drinsteht in dem Börseneinführungsbericht, bitte überhaupt an die Börse geht und die Eigentümer dann dermaßen Gelder in unvorstellbarer Höhe abcashen, die geflossen sind. Aber zurückkommend auf ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer hat zurückgepiffen?

Volkmar Harwanegg: Das betraf ausschließlich, ob das Institut Refco seriös ist, ob man weiterhin mit denen Geschäfte machen kann, aber nicht, muss ich sagen, jetzt mit den von Ihnen angesprochenen Fragen: Was geschieht mit Provisionen? Was ist da geschehen? – Das habe ich eben auch aus einer Quelle gehört, aber das habe ich dann, ehrlich gesagt, weil es mir nicht so wichtig war, nicht nachvollzogen die Sache.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Vielleicht haben Sie es am Anfang schon gesagt und ich habe es nur überhört: Wie lange waren Sie eigentlich Mitglied des Aufsichtsrates in der P.S.K.?

Volkmar Harwanegg: Na ja, seit Anfang. Ich bin 1979 Betriebsratsvorsitzender – also damals Personalvertreter, Dienststellenausschuss hat es noch geheißen – geworden und bin dann unmittelbar in den Aufsichtsrat gekommen. Sie können sagen, bis 2005 bis September war ich von 1979/80 im Aufsichtsrat der P.S.K.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): September 2005 sind Sie dann ausgestiegen?

Volkmar Harwanegg: Ja, mit der Fusion BAWAG und P.S.K.; mit 1. Oktober.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): In der fusionierten BAWAG P.S.K. waren Sie dann nicht mehr im ...?

Volkmar Harwanegg: Nein, nein. Da wollte man uns nicht.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Jetzt haben Sie ja Ihre schwierige Beziehung, sage ich jetzt einmal, zu den Organen der BAWAG geschildert (*Harwanegg: Na, zum Herrn Generaldirektor Elsner!*), insbesondere zum Generaldirektor Zwettler und Elsner, und Ihren Kampf sozusagen um Ihre Kontrollrechte, der ja durchaus sehr eindrücklich war.

Ist Ihnen in dieser Zeit bis zum September 2005 irgendetwas an finanziellen Schwierigkeiten aufgefallen? Ich meine, Sie haben ja schon zum Zeitpunkt des Kaufes der P.S.K. Aussagen mit Abräumen gemacht und Sie fürchten Schwierigkeiten. Aber haben Sie auch irgendwann Informationen bekommen, dass es in der BAWAG wirklich finanzielle Schwierigkeiten geben könnte, die dann nach dem Kauf auf die P.S.K. durchschlagen können?

Volkmar Harwanegg: Ja, ich bin sehr dankbar, Herr Abgeordneter, für Ihre Frage, weil sie mir noch einmal die Möglichkeit eröffnet, auf diese Sache hier einzugehen. Faktum ist – und ich habe das ja schon ausgeführt –: Bei der ersten Abspaltung der drei Bereiche habe ich mir eben Gutachten machen lassen, und da hat eben unsere Interessenvertretung klipp und klar zum Ausdruck gebracht, dass damit die Substanz der Postsparkassa gefährdet ist, wenn diese Bereiche wegfallen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ich meine aber finanzielle Probleme in der BAWAG, nicht in der P.S.K.

Volkmar Harwanegg: Die Probleme sind in diesem Zusammenhang eben, dass wir große Bürgschaften übernommen haben, dass Kredite der BAWAG gehören. Da habe ich mich schon gefragt: Was machen die alles mit dem Geld? Das ist begründet worden mit Ausweitung des Treasury, wenn ich das Revue passieren lasse, wissen, was mit dem Geld passiert ist, dort auch. Also, das war für mich schon ein Signal.

Und der Spruch, den ich hier gemacht habe, der ist ja nicht von ungefähr. Der hat ja den Hintergrund: Wir werden abgeräumt wie ein Christbaum, und zurück bleibt ein Trümmerhaufen. Weil ich eben die Angst gehabt habe, dokumentiert eben durch Expertengutachten, da werden Gelder der Postsparkassa ... Ich habe zuerst erwähnt gehabt, dass wir über 18 Prozent Eigenkapitalquote gehabt haben bei keinen Risikogeschäften, also 5 Prozent hätten genügt laut Bankwesengesetz. Und die 13 Prozent, bitte, die haben sie sich geholt mit allen möglichen Transaktionen, die ich hier aus Zeitgründen nicht anführen kann.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Es war, wenn ich das zusammenfassend richtig sehe, vor allem Ihr Gefühl, dass da Gelder abgezogen werden, die dann irgendwo verwendet werden. Aber gibt es irgendwie konkretere Hinweise?

Volkmar Harwanegg: Das war ja auch der Klagepunkt dann. Natürlich habe ich zu diesem Zeitpunkt keine handfesten Beweise gehabt, sondern das waren Vermutungen, die wir gehabt haben: Was ist da los? Wieso brauchen die so viel Geld?

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das ist im Aufsichtsrat von Ihnen auch immer wieder thematisiert worden – mit entsprechenden Erklärungen dann, oder ohne konkreten Hintergrund?

Volkmar Harwanegg: Ja, freilich. In den Unterlagen vom Aufsichtsrat zur Abspaltung der drei Bereiche kann man das nachlesen auch. Und es ist ja auch diese Bankprüfung, die Bankprüfer gemacht haben auch, sehr mangelhaft, wie die AK in ausführlichen Unterlagen festgestellt hat. Bitte, da steht drin: Während die P.S.K. viel Kapital hat, ist die BAWAG unterkapitalisiert.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Aber dieses Gutachten oder diese Unterlagen auch über diese Bankprüfung sind Ihnen erst später zugekommen?

Volkmar Harwanegg: Nein, nein, das war in dem Zusammenhang mit der Abspaltung am 1. Oktober 2001.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Da haben Sie schon über so ein Gutachten verfügt?

Volkmar Harwanegg: Da, im Sommer waren diese Unterlagen dann ... – Die haben wir prüfen lassen. Und da ist eben dieses Ergebnis rausgekommen, dass nicht nur viele Unterlagen fehlen, die notwendig sind zur Abspaltung, die nach dem Spaltungsgesetz und anderen Rechtskriterien notwendig waren; das war sehr mangelhaft. Und wir haben im Aufsichtsrat als Betriebsräte hingewiesen: Das, das und das fehlt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): War das jetzt auch Thema dieses Gespräches mit Verzetnitsch?

Volkmar Harwanegg: Das war viel früher. Selbstverständlich habe ich zwischendurch ... – Also es ist ja so, dass man als Gewerkschaft und Betriebsrat ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Entschuldigung, wenn ich Sie kurz unterbreche: Vorher, das haben Sie schon geschildert, das waren sozusagen Ihre Befürchtungen, die Sie hatten. Da haben Sie das Gespräch gesucht. Nachher gibt es jetzt irgendeinen Prüfbericht, wo von der Arbeiterkammer entsprechend ein Gutachten erstattet wurde, wo auf gewisse Risiken hingewiesen wurde. Ist das nachher noch einmal thematisiert worden mit Verzetnitsch?

Volkmar Harwanegg: Ja, im Aufsichtsrat sitzen der Günter Weninger und andere damals führende Gewerkschafter, bitte.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ich meine, mit Verzetnitsch selber.

Volkmar Harwanegg: Den Präsidenten habe ich natürlich, wenn ich ihn irgendwie getroffen habe, dass ich in Sorge bin und drum und dran, aber ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Also, auch mit diesen konkreten Hinweisen schon, Gutachten ...?

Volkmar Harwanegg: Auch mit den konkreten Hinweisen, die ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Was haben Sie dem Herrn Verzetnitsch dann gesagt? Dass Sie so Gutachten ...?

Volkmar Harwanegg: Na ja, dass ich in Sorge bin, bitte, dass die P.S.K. eben finanziell so ausgehöhlt wird, dass sie in Probleme kommt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Haben Sie dieses Gutachten der Arbeiterkammer, das Sie erwähnt haben, auch gegenüber dem Herrn Verzetnitsch erwähnt oder ihm gegeben oder übermittelt?

Volkmar Harwanegg: Das habe ich nicht. Ich glaube nur, ich habe nur das Thema angesprochen, aber nicht so, weil er ja immer gesagt hat, dass der Günter Weninger für alles und jenes mein Ansprechpartner ist. Der war im Wesentlichen der Ansprechpartner und mit dem habe ich versucht, immer wieder hier Gespräche auch ... Aber es war so, dass er in den meisten Fällen gesagt hat, ich soll unbesorgt sein, es ist überhaupt kein Problem, drum und dran. Was soll man machen als Betriebsrat?

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Aber der Herr Weninger wusste, weil er im Aufsichtsrat der P.S.K. gesessen ist, von Ihren Befürchtungen, die Sie dort konkret thematisiert haben?

Volkmar Harwanegg: Ja, kann man im Protokoll alles nachlesen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Jetzt haben Sie noch gesagt, Sie sind dann auf diese Eurofighter-Finanzierung angesprochen worden. In welche Richtung sind Sie angesprochen worden? Was war der Hintergrund für dieses Ansprechen?

Volkmar Harwanegg: Es war da geplant eine Sondersitzung im Nationalrat zu diesem Thema von einer politischen Partei. Und in dem Zusammenhang hat es eben in den Medien auch schon Berichte gegeben, den Verdacht eben, dass die BAWAG P.S.K. die Produktionskosten also hier vorfinanziert. Inzwischen weiß man, dass das so war. Und das war dann eben für mich ein Anlass, dass ich eben den Herrn Generaldirektor Koren angerufen und gesagt habe: Herr Generaldirektor, stimmt das, dass wir das haben? Wir haben das nie beschlossen. Ich bin mit so etwas überhaupt nicht einverstanden und ich lehne das strikt ab. Und ich habe daraufhin eben schriftlich eine Aufsichtsratssitzung zu diesem, unter anderen, auch Tagesordnungspunkt beantragt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wer hat Sie da angesprochen? Welcher Abgeordneter war das, der Sie da kontaktiert hat?

Volkmar Harwanegg: Muss ich das sagen?

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Ich glaube schon.

Volkmar Harwanegg: Ja, es ist nicht unwichtig. Es ist der Wehrsprecher der SPÖ.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Dann hat es diese Sondersitzung gegeben. Da hat sich das dann bewahrheitet. Oder ist das dann berichtet worden?

Volkmar Harwanegg: Ja, ja. Der Generaldirektor hat mir am Telefon gesagt: Ja, das stimmt, ein Teil dieses Geldes ist für die Produktion als Kosten verwendet worden.

Ich war mit dem trotzdem nicht einverstanden und habe das dann auch gesagt und habe dann dort auch im Aufsichtsrat mit meinen Kollegen argumentiert, dass wir mit dem nicht einverstanden sind, dass Gelder, die unter dem Titel „Ausweitung des Treasury“ dann für andere Sachen verwendet werden.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und haben Sie diese Information dann auch wieder an den Wehrsprecher weitergegeben?

Volkmar Harwanegg: Dem habe ich damals nur gesagt, dass ich eine Sonderaufsichtsratssitzung beantragt habe, und habe dann bestätigt, ja, wir haben das finanziert. (*Obmann Dr. Graf: Der hat es eh schon vorher gewusst!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich kenne den Herrn Landtagsabgeordneten Harwanegg auch persönlich, ich werde aber im Gegensatz zu anderen das Du-Wort zu ihm hier im Ausschuss beibehalten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist jetzt eine auffallende Dichte, wie viele Auskunftspersonen Sie persönlich kennen. Das müssten wir einmal untersuchen, Herr Kollege Rossmann. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich kann gerne sagen, woher ich Herrn Harwanegg kenne. – Nein, ich bin kein Kronzeuge. – Ich war einmal Mitglied des Verwaltungsrates in der P.S.K. und habe dort Kollegen Harwanegg kennengelernt. Das liegt mittlerweile viele Jahre zurück.

Ich darf jetzt zum Fragen übergehen – ich war im Übrigen auch einmal im Finanzministerium, Herr Kollege (*in Richtung des Abg. Mag. Stadler*), wenn Sie das interessiert; bei mir laufen die Fäden zusammen.

Die Innenrevision der BAWAG, hast du gesagt, war zum Kren-Reiben, wenn ich dich da jetzt wörtlich zitieren darf, und du hast gemeint, die muss verbessert werden.

Meine Frage in dem Zusammenhang ist: Ist dir jemals der Prüfbericht der OeNB des Jahres 2001 untergekommen oder aber auch jener des Jahres 1994, wo ja die Innenrevision regelmäßig Kritik dieser Prüfberichte gewesen ist. – Kennst du diesen Prüfbericht?

Volkmar Harwanegg: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kennst du nicht.

Zweite Frage in dem Zusammenhang. (*Harwanegg: Darf ich noch die erste Frage beantworten betreffend Innenrevision?*) – Ja, ich glaube, du hast schon geschildert, wie das war, aber du kannst gerne noch ergänzen, wenn es Ergänzungen dazu gibt.

Volkmar Harwanegg: Die Problematik war, dass unser führender Beamte aus der P.S.K., hier der Leiter der Revision, der viele Jahre das geleitet hat, sowie andere Führungskräfte der P.S.K. in Pension geschickt worden sind oder dienstfrei gestellt

waren nach der ersten Umorganisation. Das heißt, die BAWAG hat sich ganz bewusst möglicher kritischer Stellen entledigt, die aus der P.S.K. kommen, wie zum Beispiel auch des Leiters des Auslandsbereiches in der P.S.K., der zwei Jahre, bis er dann in den Vorruhestand gegangen ist, nach dem Beamten-Dienstrechtsgesetz sozusagen freigestellt war.

Unser Niveau, muss ich wirklich sagen, das ist halt eine Selbstverständlichkeit gewesen, bitte, dass hier nach strengen Kriterien in der P.S.K. geprüft wurde und diese Prüfungsberichte dann auch entsprechend behandelt wurden, gravierende Sachen sogar auch im Aufsichtsrat.

Das hat sich in der BAWAG einfach nicht abgespielt, da hast du nichts gehört. Ich habe schon auf diesen Passus im Bankwesengesetz hingewiesen gehabt, wonach eigentlich die Pflicht besteht, über Ereignisse zu informieren. Es hat nie etwas gegeben, in den Jahren seit 2000, also 2001, wo die BAWAG den Aufsichtsrat übernommen hat, Elsner, hat es *nie*, bitte, etwas gegeben, bis hinein zu meinem Ausscheiden im Jahr 2005. (*Abg. Mag. Rossmann: Okay, eine zweite Frage betrifft ...!*)

Wie gesagt, also zu 1994 und 2001 habe ich nichts.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Keine Wahrnehmung. (*Harwanegg: Habe ich keine Wahrnehmung!*) Wurde auch im Aufsichtsrat nie erwähnt, oder so?

Volkmar Harwanegg: Nein, ist nie erwähnt worden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Die nächste Frage: Die Staatskommissäre der BAWAG, denen bist du ja begegnet in den Aufsichtsratssitzungen, nehme ich an, das waren Mantler und Sutter ...

Volkmar Harwanegg: Meinst du jetzt die Staatskommissäre, die in der P.S.K. waren, oder jene in der BAWAG im Aufsichtsrat?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich rede von jenen in der BAWAG, von Mantler und Sutter. Hast du die in den Aufsichtsratssitzungen wahrgenommen, und wenn ja, wie hast du die dort wahrgenommen?

Volkmar Harwanegg: Ich war im P.S.K.-Aufsichtsrat, und im P.S.K.-Aufsichtsrat waren die nicht! Da war der ehemalige Leiter der Bankensektion, ich glaube, Gancz, und früher auch Stanzel, die sind die Vertreter im P.S.K.-Aufsichtsrat gewesen, also im Verwaltungsrat auch und dann in der Folge im Aufsichtsrat.

Über die Staatskommissäre in der BAWAG habe ich außer nach den Geschäftsberichten, wie die heißen haben, sonst, ehrlich gesagt, nichts gewusst.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Jetzt verstehe ich aber nicht, du warst immer im Aufsichtsrat der P.S.K. (*Volkmar Harwanegg: Immer!*), und mit der Fusion P.S.K./BAWAG im Spätherbst 2005, hast du gesagt, bist du ausgeschieden. Du hast aber immer berichtet, früher in deinen Schilderungen, dass die Informationen in den Aufsichtsratssitzungen, die von Elsner gekommen sind – habe ich das vielleicht falsch verstanden? –, immer knapper geworden sind. Das heißt, Elsner war immer in den Aufsichtsratssitzungen der P.S.K., oder wie ist das jetzt zu verstehen?

Volkmar Harwanegg: Drüben in der BAWAG als Generaldirektor und bei uns als Aufsichtsratsvorsitzender. (*Abg. Mag. Rossmann: Aufsichtsratsvorsitzender!*) Und da war immer der Hinweis: Was willst du, das ist so wie in der BAWAG, machen wir das in der P.S.K. auch so?! Und was es dort nicht gibt, gibt es bei euch auch nicht. Da kann ich Purzelbäume machen oder sonst etwas, das ist so in der BAWAG! Im Übrigen sind wir eh *ein* Institut – obwohl das aktienrechtlich natürlich nicht gestimmt hat, aber so hat er das begründet. Jedes Mal: In der BAWAG machen wir das auch so!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Verstehe ich das richtig, dass dann versucht wurde, mehr oder weniger die Organisationskultur sozusagen, die in der BAWAG vorherrschte, in die P.S.K. zu übertragen? Kann man das so formulieren?

Volkmar Harwanegg: Ja, da hast du Recht in deiner Annahme. Ich habe schon ausgeführt gehabt, dass mir in der BAWAG, bitte, 2000, wie ich mir das näher angeschaut habe, auch die Strukturen der BAWAG unter anderem aufgefallen sind, dort gibt es keine Aufbau- und Ablauforganisation. – Auch das Einmaleins in einem Unternehmen, in einer Bank, bitte, eine Selbstverständlichkeit!

Über Umwege habe ich mir ein Telefonbuch von der BAWAG besorgt und beim Kopieren ist das meiner Sekretärin runtergefallen. Wir waren nicht mehr in der Lage, das zusammenzufügen, weil dieses Telefonverzeichnis nicht einmal nummeriert war – seitenweise und inhaltlich schon gar nicht. Das ist alles ein Niveau gewesen, das uns in der P.S.K. nicht bekannt war und nicht unserem Standard entsprochen hat.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine weitere Frage betrifft die FMA, wo du kritisiert hast, dass diese mit der Ausgliederung offensichtlich viel an Substanz verloren hat. Du hast auch kritisiert, dass das Zusammenspiel der FMA und der OeNB nicht gut gewesen sei. Kann man daraus den Schluss ziehen, dass die Bankenaufsicht, noch bevor sie ausgegliedert worden ist, besser funktioniert hat? Du hast von Kontakten zum Sektionsleiter gesprochen. Ich weiß nicht, wer das damals war – war das Stanzel oder war das Lejsek?

Volkmar Harwanegg: Stanzel war bis 2001 ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ist dieser Schluss zulässig?

Volkmar Harwanegg: Der war auch bei uns, wenn du dich erinnern kannst, eine Zeit Staatskommissär in der P.S.K.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, daran kann ich mich erinnern, aber meine Frage ist: Kann man daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass die Bankenaufsicht, als sie noch in das Finanzministerium integriert war, besser funktioniert hat als die ausgegliederte FMA?

Volkmar Harwanegg: Ich würde das so formulieren.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Was veranlasst dich zu dieser Schlussfolgerung? Wir haben im Ausschuss eher erlebt, dass auch diese Bankenaufsicht etwa in Hinblick auf den kritischen OeNB-Bericht 2001 alles andere als gut funktioniert hat.

Volkmar Harwanegg: Das täte ich so sehen, dass dann eigentlich gleich die Ministerverantwortlichkeit da war. Wenn eine Sektion nicht funktioniert hat, ganz wurscht wer Minister war, dann war die politische Verantwortung unmittelbar gegeben beim Minister über seine Sektion, eben über die Bankenaufsicht – während durch die Ausgliederung zumindest eine teilweise Unabhängigkeit gegeben war und offensichtlich aber das nicht so funktioniert hat, wie sich eben der Gesetzgeber das vorgestellt hat.

Man darf auch nicht vergessen, es sind ja nicht alle Beamten und Vertragsbedienstete – die sind ja so und so Angestellte geworden, aber auch die Beamten – hinübergewandert zur Finanzmarktaufsicht, sondern sie haben sich dann versetzen lassen innerhalb des Ressorts. Also es hat meiner Meinung auch dadurch einen Qualitätsverlust gegeben.

Dass gerade die Leute des Managements der Finanzmarktaufsicht, die ich ja aus dem Ministerbüro teilweise gekannt habe, im Banken- und Sparkassenbereich Fachkenntnisse haben, daran habe ich sehr oft gezweifelt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wir haben – ich möchte das noch einmal betonen – alles andere als eine gut funktionierende Bankenaufsicht und Ministerverantwortlichkeit erlebt, sondern wir haben dort Beamte erlebt, die Berichte nicht gelesen haben, und diese Berichte sind bis zum Minister gar nicht vorgeedrungen. Das war eine der wesentlichen Erkenntnisse, die wir hier gewonnen haben.

Eine weitere Frage, um vielleicht noch einmal zur FMA beziehungsweise zur Bankenaufsicht zu kommen. Du warst ja Personalvertreter, und als solcher, hast du gesagt, auch Mitglied des Zentralausschusses?

Volkmar Harwanegg: So ist es, ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Bist du da den Beamten der Bankenaufsicht und später der ausgegliederten FMA begegnet? Und welche Erfahrungen hast du persönlich mit diesen Beamten gemacht? Hast du den Eindruck gehabt, das waren qualifizierte Mitarbeiter, die damals in der Bankenaufsicht tätig gewesen sind beziehungsweise jene, die dann übersiedelt sind in die FMA? Also ich meine speziell Heilingsetzer, Gancz, Lejsek und andere.

Volkmar Harwanegg: Das kann ich aus meiner Tätigkeit im Zentralausschuss durch fast drei Funktionsperioden sagen, dass ich die Mitarbeiter dieser Sektion sehr geschätzt habe, auch auf Grund ihres Fachwissens, das ich, wie gesagt, ja auch selber erlebt habe mit den einzelnen Staatskommissären bei uns damals in der P.S.K. im Aufsichtsrat oder auch im Verwaltungsrat selbst. Dass solche Sachen passieren, die du angesprochen hast, und dass einzelne Mitarbeiter Verfehlungen machen und nicht ihren Aufgaben als Beamten nachkommen, ist bedauerlich, muss ich sagen, aber grundsätzlich sehe ich hier schon eben, dass, so lange das innerhalb des Ressorts war, doch eine andere Qualität geben war als dann bei der Ausgliederung. Denn wichtig ist natürlich auch die Schnittstelle zu den anderen Sektionen im Ministerium. Es ist ja eine ganz wichtige Sache, dass hier auch die Koordination zu anderen Bereichen des Ressorts gegeben ist.

Zu deiner Frage: Natürlich habe ich in erster Linie in den Zentralausschusswahlkämpfen die Kolleginnen und Kollegen aufgesucht und auch betreut. Weil es ja gleich in der Nähe von mir war, hat man mir diese Aufgabenstellung gegeben im Zentralausschuss. Aber ich muss sagen, durch die Änderungen auch hinsichtlich der Arbeitsverfassung, Betriebsrat und so war die ursprünglich stärkere Bindung in Zusammenhang mit der Ausgliederung dann leider im Laufe der Jahre nicht mehr so, sodass ich auch von dort dann nicht wirklich viel Informationen bekommen habe über die Probleme, die es hier offensichtlich gibt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Der Herr Vorsitzende deutet mir, dass meine Redezeit vorüber ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich darf auch die Auskunftsperson bitten, etwas kürzer zu antworten. (*Volkmar Harwanegg: Jawohl!*)

Aber ich habe einige Fragen an Sie. Gibt es ein Protokoll über diese Aufsichtsrats-Refco-Sitzung, das Sie gelesen haben, im Nachhinein zumindest?

Volkmar Harwanegg: Nein, muss ich sagen, denn zu diesem Zeitpunkt sind den Aufsichtsratsmitgliedern keine Protokolle mehr ausgehändigt worden, und es ist mir daher nicht bekannt, ob dieser Sachverhalt so, wie ich ihn geschildert habe, auch im

Protokoll dokumentiert ist. (*Abg. Mag. Stadler – da sich die Auskunftsperson zum Vorsitzenden hinwendet –: Sprechen Sie zu allen!*) Ja! Entschuldigung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir werden dem vielleicht auch nachgehen. Jetzt wollte ich Sie fragen: Wie war der Aufsichtsrat zusammengesetzt seitens der P.S.K. von der Kapitalgeberseite und von der Arbeitnehmerseite?

Volkmar Harwanegg: Man muss jetzt den Zeitrahmen eingrenzen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der Zeit, wo Sie noch dort waren, nach 2001.

Volkmar Harwanegg: Nach 2001 war er im Wesentlichen zusammengesetzt aus Vertretern der BAWAG, ohnedies ursprünglich auch, was ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte einfach Namen nennen: eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben.

Volkmar Harwanegg: Da tue ich mir jetzt schwer mit den Namen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sie noch erinnerlich haben.

Volkmar Harwanegg: Nach 2001 da war einmal ganz kurz noch Streicher ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Elsner Vorsitzender, Zwettler ...

Volkmar Harwanegg: Zwettler. Und dann waren noch alle Vorstandsmitglieder der BAWAG auch. (*Obmann Dr. Graf: Büttner?*) Büttner, Bottermann, alle. Es war der gesamte Vorstand der BAWAG kurz – ich schätze, so ein halbes, dreiviertel Jahr – auch Aufsichtsratsmitglied der P.S.K.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und das wurde dann verändert.

Volkmar Harwanegg: Dann wurde es verändert. Dann hat man – offensichtlich auch im Hinblick, nehme ich an, auf eine Reaktion der Aufsichtsbehörde, anders kann ich mir das nicht erklären –, erkannt, dass das unmöglich ist, dass Vorstandsmitglieder, die drüben Sachen beschließen, dann auch im Aufsichtsrat der P.S.K. sitzen. Das ist unvereinbar, wenn das der gesamte Vorstand ist. Es ist dann einzig und allein der Generaldirektor Elsner geblieben, und der ist, wie gesagt, auch Aufsichtsratsvorsitzender. Dann ist eine sehr bedeutende Mitarbeiterin, die Leiterin Beteiligungen, die Frau Winter-Reumann. Das war auch eine sehr gewichtige Person im Aufsichtsrat, die natürlich auch alle Zusammenhänge in ihrem Bereich vorgefunden hat. Dann einiges auf die Betriebsräte ... – Aus der Wirtschaft hat man sich dann – zu meiner Verärgerung – den Generaldirektor Wallner geholt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Von den Casinos?

Volkmar Harwanegg: Da sind Funktionäre aus dem ÖGB ausgeschieden, die im ÖGB waren bei uns im Aufsichtsrat, weil sie in den Nationalrat gekommen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mehr brauche ich schon nicht zu wissen. Mir geht es jetzt im Wesentlichen auch um den Herrn Büttner. Welche Rolle hat Herr Büttner gespielt? War er die ganze Zeit bis zur endgültigen Fusionierung im Aufsichtsrat?

Volkmar Harwanegg: Der Herr Büttner ist bitte nicht bei uns im P.S.K.-Aufsichtsrat, sondern er war nur drüben. (*Obmann Dr. Graf: Ein halbes Jahr?*) Er war nur ganz kurz, wie ich schon erwähnt habe, im Aufsichtsrat, dann war er nicht mehr im Aufsichtsrat der P.S.K.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der war ja auch der Zuständige fürs Treasury. Da sind ja viele Mitarbeiter dann von der P.S.K. ausgegliedert worden in seinen Bereich.

Volkmar Harwanegg: Ja, das ist richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welchen Eindruck haben denn da die Leute gehabt? Ich habe bis jetzt zwei kennen gelernt in dem Ausschuss, die, sagen wir, versucht haben, dem Herrn Elsner Paroli zu bieten. Das waren Sie – sage ich jetzt einmal, der auch in Funktionen war –, und dann hat uns der Herr Büttner das glaubhaft zu machen versucht. Was hat der für einen Ruf in der BAWAG gehabt?

Volkmar Harwanegg: Also ich muss sagen, wenn Sie mir das so darlegen – ich habe das ja schon aus den Medien entnommen –, dann kann ich nur lachen darüber. Meine innere Information über den Herrn Büttner war eine ganz andere. Wenn ich Ihnen zum Beispiel sage, dass er in der Refco-Sache als zuständiger Mann dem Herrn Bennett eine viel größere Summe überweisen wollte, dann fragt man sich ... – Nur durch offensichtlich gute fachliche Argumente konnte ein noch größerer Schaden verhindert werden. Herr Büttner war immer sehr locker, muss ich sagen, im Treasury und hat also hier eine, würde ich sagen, große Geschäftsausweitung sehr befürwortet, obwohl ja das große Risiko bekannt sein musste.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was? Das heißt, diese besagte Überweisung von 458 Millionen (*Volkmar Harwanegg: 425 Millionen!*), 425 Millionen, da war ursprünglich mehr geplant?

Volkmar Harwanegg: So ist mir das an Informationen zugegangen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie viel mehr?

Volkmar Harwanegg: Offensichtlich hat der Bennett viel mehr Geld gebraucht. Das kann ich nicht beziffern, aber es sollte eine viel größere Summe sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und das im Auftrag von Herrn Büttner?

Volkmar Harwanegg: Der Büttner war der zuständige Mann, aber entscheidend für so etwas, das muss ich sagen, ist eigentlich der Kommerz-Vorstand gewesen. Von den acht Vorstandsmitgliedern sind fünf im Kommerz-Vorstand. Der Vorsitzende – den Sie dann ja auch eingeladen haben – ist der Herr Generaldirektor meines Hauses gewesen, der Stefan Koren. Also ich würde sagen, dort hätte das eigentlich alles laut Geschäftsordnung erledigt werden müssen. Ich habe nur von Mitarbeitern aus dem Treasury gehört, Gott sei Dank haben wir nicht noch mehr Geld überwiesen, denn sonst wäre das auch noch weg gewesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es läuft ja das Gerücht, dass man eben mehr überweisen wollte, aber dann am Ende nicht mehr überweisen konnte, weil man ganz einfach die Schranken, die das Bankwesengesetz vorgibt, sonst überschritten hätte.

Volkmar Harwanegg: Das ist sicher ein richtiges Argument, dass im Zusammenhang mit den Veranlagungen, Ausleihungen und Großkundengeschäften – ich habe es heute schon erwähnt – das in Relation zur Bilanz nur in bestimmter Höhe sein darf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nach Ihnen kommt eine Kollegin, die Frau Zentralbetriebsratsvorsitzende Ingrid Streibel-Zarfl, die ist ja nicht im Aufsichtsrat oder in irgendeiner Funktion gewesen in der P.S.K., aber sie war Zentralbetriebsratsvorsitzende (*Volkmar Harwanegg: Sie ist es noch immer!*) der gesamten Gruppe und ist es noch immer.

Volkmar Harwanegg: Nein, nur in der BAWAG, nicht in der Gruppe.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie hat sich die eigentlich Ihnen gegenüber verhalten, nachdem Sie geklagt wurden und so weiter? Welche Rolle hat Frau Streibel-Zarfl, gespielt?

Volkmar Harwanegg: Wissen Sie, es ist nicht meine Art und Weise, mich hier über Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat zu äußern. Das ist für mich an sich ein

Thema, aber ich hätte mir in dieser Auseinandersetzung von ihr – sie ist auch führend in der GPA – mehr Unterstützung gewünscht und nicht sogar Schreiben, die gegen uns als P.S.K.-Betriebsrat gerichtet waren. **Leider**, muss ich sagen. – Aber mehr möchte ich dazu wirklich nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind Sie in Ihrer Zeit, während Sie in der P.S.K. waren, Prokurist gewesen?

Volkmar Harwanegg: Nein, ich habe diese Sachen, die mir angeboten worden sind ... *(Zwischenruf.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe gefragt, ob er Prokurist war in der Zeit seiner Betriebsratstätigkeit in der P.S.K.?

Volkmar Harwanegg: Nein, ich habe das alles abgelehnt, das ist nicht vereinbar auf der Arbeitnehmerseite, dass man eine Prokura annimmt, wo man nach dem Handelsrecht eine besondere Verpflichtung den Unternehmern gegenüber hat. Das ist meiner Meinung nicht vereinbar, ich weiß aber, dass die Frau Ingrid Streibel diese seit 1998/99 hat.

Ich habe auch in meinen vielen Jahren – das ist auch kein Geheimnis – Dienstautos oder sonst irgendwie Begünstigungen abgelehnt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das habe ich alles nicht gefragt. Hat das die Kollegin?

Volkmar Harwanegg: Das weiß ich nicht. Das glaube ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das habe ich nicht gefragt. Also Sie sind nicht Prokurist gewesen? *(Volkmar Harwanegg: Nein!)* Ihre Kollegin, sagen Sie, war Prokuristin? *(Volkmar Harwanegg: Ja!)*

Herr Legradi kommt aus der P.S.K.? Und kommt Frau Legradi auch aus der P.S.K.?

Volkmar Harwanegg: Nein, die kommen beide nicht aus der P.S.K., sondern aus der **BAWAG**. Herr Legradi war viele Jahre engster Mitarbeiter von Generaldirektor Elsner, auch in der kritischen Zeit der Karibikgeschäfte, und ist dann 2001 Vorstandsdirektor geworden für das Mengengeschäft in der P.S.K. *(Ruf: Wofür?)* Mengengeschäft, also Sparbücher, Gehaltskonten und dergleichen. Seine Frau, weiß ich nur, war die Stellvertreterin von der Winter-Reumann in der Beteiligungsabteilung der BAWAG – wie gesagt, eine ganz gewichtige Funktion –, und jetzt, nach der Pensionierung von der Frau Winter-Reumann, soll sie den Bereich leiten.

Ich sage auch hier kritisch, ich konnte nicht einmal Kolleginnen und Kollegen helfen, dass ihre Kinder oder Enkelkinder als Ferialkraft aufgenommen werden als Familienmitglieder – auch ein Thema, das ich mit Verantwortlichen hier angesprochen habe –, aber es ist keine Reaktion erfolgt. Ich habe das Thema dann nicht mehr weiter verfolgt, obwohl ich Bedenken gehabt habe, sagen wir so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie davon, dass der Herr Thomas Hackl wegen der Einfädelung der Refco-Zusammenarbeit und der Herr Mag. Bösch sowie der Herr Alois Steinböck und der Herr Heinz Hörmann befördert wurden von Generaldirektor Stephan Koren, weil – wie es gesagt wurde – man davon überzeugt ist, unterfertigt Koren gemeinsam mit Elsner, dass die erfolgreiche Entwicklung unserer Gruppe im Bereich Treasury und in der Zusammenarbeit mit Refco für die Zukunft sichergestellt ist. – Sind das alles P.S.K.-Mitarbeiter oder sind das BAWAG-Mitarbeiter?

Volkmar Harwanegg: Die sind alle von der BAWAG. Ich kenne sie namentlich, aber es sind lauter BAWAG-Mitarbeiter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war alles im Mai 2002. Da hat man das komplette Treasury ausgetauscht?

Volkmar Harwanegg: Schon 2001. Das ganze Treasury ist schon 2001 in der genannten Abspaltung übergekommen. Das ist einer der Punkte, die mich geärgert haben und was ich im Interview mit Journalisten dann gesagt habe, dass man nicht einmal ein Jahr vorher einen neuen Treasury-Raum um 50 Millionen Schilling gemacht hat, das Feinste vom Feinsten, mit Ahornmöbel und allem Drum und Dran. Das hat mich maßlos geärgert. Und drüben in der BAWAG musste der Treasury-Raum erweitert werden. Der hat viel Geld gekostet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, was mich ärgert? Dass es im Treasury und im Bereich Beteiligungen in der heutigen BAWAG-PSK-Gruppe bis zum heutigen Tag zu keinen personellen Veränderungen gekommen ist. Das ist das Einzige, was mich im Nachhinein ärgert, weil man – das ist meine Meinung – offensichtlich noch immer keine Konsequenzen zieht. Es sitzen alle Leute noch im Vorstand mit Ausnahme des Generaldirektors Nowotny. Niemand ist wirklich angekratzt worden. Die Leute sitzen dort, und genau das ist das Thema, das mich ärgert, aber dem werden wir auch noch ein bisschen auf den Grund gehen.

Kollege Stadler, bitte.

Volkmar Harwanegg: Darf ich Ihre Fragen beantworten?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war keine Frage.

Volkmar Harwanegg: Was Sie schon zuerst gefragt haben wegen Hackl und so. (*Obmann Dr. Graf: Okay!*) Darf ich sagen, Hackl war ganz federführend in der BAWAG, er war viele Jahre Treasury-Leiter. Seine Sekretärin war die Tochter von Günther Weninger. Nur so zur Information zu Wissen über Treasury, die Gefährlichkeit dieses Geschäftes, so nebenbei gesagt. Dieser Hackl ist dann mit der Beteiligung der BAWAG an Refco – es wird immer gesagt, 10 Prozent, aber es war angeblich dann mehr – nach New York gegangen und war dort der Vertreter der BAWAG bei Bennett, also in Bennetts Unternehmen selbst, und hat meiner Meinung nach sehr wesentlich dazu beigetragen, dass gewisse Ereignisse eben möglich waren, wenn ich das so formulieren darf.

Hackl ist dann ausgeschieden nach Rücklegung der Beteiligung an der Refco, hat aber dann weiterhin – ich habe das auch recherchiert – im Auftrag der BAWAG in den verschiedenen Stiftungen und Beteiligungen im Ausland Geschäfte abgewickelt. Nur so zur Person Hackl. Mich wundert – darf ich diese Kritik sagen –, dass in diesem Untersuchungsausschuss die Person Hackl, die eine der Drehscheiben ist neben Flöttl jun., so wenig Beachtung bisher gefunden hat.

Im Übrigen darf ich sagen, nicht der Elsner war an den ganzen Finanztransaktionen ... – Das war der Mann im Hintergrund bis 2003, das war Herr Dkfm. Zwettler. Elsner wäre gar nicht in der Lage gewesen vom Ding her, diese ganzen Transaktionen, die ganzen Finanzgeschäfte so zu entwickeln.

Aber das wollte ich noch zum Hackl sagen, weil Sie es angesprochen haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da bin ich Ihnen dankbar, dass Sie das noch ergänzt haben.

Bitte, Kollege Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass wir den Herrn Hackl noch laden werden, denn gegen ihn sind seinerzeit auch schon Anzeigen gelaufen bei der Finanzmarktaufsicht.

Der Reihe nach: Herr Harwanegg, stimmt es, dass es abgelehnt wurde, auch von Kolleginnen und Kollegen des Betriebsrates der BAWAG, einen Konzern-Betriebsrat zu etablieren? Dass das in Absprache mit Elsner erfolgt ist?

Volkmar Harwanegg: Man muss davon ausgehen, dass ja jemand – und das ist natürlich das größere Institut – so etwas entwerfen muss nach dem Arbeitsverfassungsgesetz. Ein solcher Wunsch von uns, das ist richtig, ist nicht aufgegriffen worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von wem?

Volkmar Harwanegg: Vom BAWAG-Betriebsrat. Ich kann das also nur so sehen, dass dann, wenn man einen Konzern-Betriebsrat hat, nach dem Arbeitsverfassungsgesetz auch die Entsendung in den BAWAG-Aufsichtsrat neu zu regeln ist. Das heißt, auch von Beteiligungen, von Töchtern sind Betriebsräte in Relation zum Unternehmen, zu der Anzahl der Mitarbeiter in den Konzern-Aufsichtsrat, das ist eben BAWAG, zu delegieren. Dazu ist es bedauerlicherweise nie gekommen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass es eine Absprache gab zwischen Frau Streibel-Zarfl und Herrn Elsner?

Volkmar Harwanegg: Weiß ich nicht, kann ich nicht nachvollziehen, ob es so etwas gibt oder nicht. Aber ich könnte es mir schon vorstellen im Hinblick auf die Auseinandersetzung – Kulturunterschiede –, dass der Herr Generaldirektor Elsner keine Freude gehabt hätte, wenn ich im Aufsichtsrat der BAWAG gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Konten der Steuerzahler, die bei der P.S.K. geführt werden, auch die Kontobewegungen sozusagen der einzelnen Steuerzahler anbelangen?

Volkmar Harwanegg: Darf ich es noch einmal präziser sagen: Jedes Finanzamt hat bei der Postsparkasse – ohnedies auch andere Bundesbehörden – ein Konto. Auf dieses Konto des Finanzamtes gehen eben die ganzen Einzahlungen von allen möglichen Steuern. Und da kannst du natürlich schon beim Bearbeiten die Dinge sehen. Und insgesamt werden dann diese gesamten Finanzamt-Konten wieder zusammengefasst zu einem Sammelkonto ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber so weit bin ich noch gar nicht. Das heißt: Ein Chef der P.S.K.-BAWAG, nunmehr Cerberus, wäre in der Lage, die Steuerdaten auch der Österreicherinnen und Österreicher hinsichtlich der Zahlungseingänge und Zahlungsbewegungen nachvollziehen zu können? (*Volkmar Harwanegg: Freilich!*) – Ist das richtig?

Volkmar Harwanegg: Ja, das sind ganz normale ... Du kannst alle diese Zahlungsverkehrsströme nachvollziehen. Das ist ganz klar. Ich habe ohnehin gesagt, ein Geschickter kann aus diesem Ding etwas machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das früher schon einmal thematisiert worden?

Volkmar Harwanegg: Ich habe im Zusammenhang mit dem hundertprozentigen Verkauf der P.S.K. sehr wohl hingewiesen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): An wen?

Volkmar Harwanegg: In dem zuständigen Gremium, auch in Gesprächen mit der ÖIAG, auch mit dem Finanzministerium, muss ich sagen. Ich habe dieses Thema auch im Zentralausschuss angesprochen...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit wem im Finanzministerium?

Volkmar Harwanegg: Im Wesentlichen im Zentrallausschuss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, nur auf gewerkschaftlicher Ebene? Das ist also nicht durchgedrungen bis auf die politische Ebene des Ministers?

Volkmar Harwanegg: Na ja, Zentrallausschuss ist eine Regelung, die hat nichts mit der Gewerkschaft zu tun, sondern ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, verfassungsrechtlich, aber nicht ...

Volkmar Harwanegg: Ich meine, ich war ja ein „Exote“ im Zentrallausschuss, aus der P.S.K. kommend, aber in Wirklichkeit sitzen dort natürlich lauter Finanzleute.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie den Finanzminister einmal darauf aufmerksam gemacht?

Volkmar Harwanegg: Habe ich nicht gemacht. Das Thema habe ich einfach in der Größenordnung nicht thematisieren wollen, aber, wie gesagt, schon im Zusammenhang eben mit dem Verkauf war das ein Argument, wo ich Sorge hatte und auch hingewiesen habe, dass der Staatskassenverkehr – auch in einem Papier habe ich das geschrieben – ein Problem darstellt und dass das geregelt gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Harwanegg, wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns dieses Papier zur Verfügung stellen würden, weil nicht nur mich das interessiert als Vertreter von Steuerzahlern, sondern, ich glaube, das interessiert jeden Steuerzahler, dass jetzt praktisch alle Steuerdaten der Österreicherinnen und Österreich über **Cerberus** in den Vereinigten Staaten von Amerika landen können.

Volkmar Harwanegg: Herr Abgeordneter, Sie haben leider Recht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine erschütternde Erkenntnis, nebenbei gesagt.

Volkmar Harwanegg: Ja, ich teile sie. Ich halte das für mehr als bedenklich und eigentlich Aufgabe der Organe der Republik Österreich, raschest zu handeln.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da haben Sie Recht.

Ein abschließendes Thema: Wir haben Informationen bekommen, dass ... (*Abg. Mag. Donnerbauer: Es gibt ja den Datenschutz!*) Wissen Sie, da brauchen wir dann über das Datenschutzrecht mit den Amerikanern nicht mehr zu diskutieren, denn die pfeifen sich um so etwas dann überhaupt nicht mehr.

Letzte, abschließende Frage: Stimmt es, was wir erfahren haben, dass nach der Kündigung der verschiedenen Generaldirektoren des BAWAG-Vorstandes diese Herren noch wochenlang in der Zentrale aus und eingegangen sind und Unterlagen beiseitegeschafft haben?

Volkmar Harwanegg: Ich kenne das auch vom Hörensagen von BAWAG-Mitarbeitern aus den verschiedenen Bereichen, die sich maßlos geärgert haben, dass noch eineinhalb Monate nach sozusagen Beurlaubung und Kündigung diese Vorstandsleiter sich in ihren Büros bewegt haben, auch in der Dienstgarage das Auto eingestellt haben und sich vor allem Unterlagen kopieren haben lassen von den Mitarbeitern und dass dann angeblich direkt – ich sage das alles nur, was ich gehört habe – zu den Anwälten kistenweise diese Informationen gegangen sind.

Und ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter, dass ich große Sorge habe, dass hier auch der Rechtsstaat infrage gestellt wird. Jeder kleine Mitarbeiter wird sofort vom Dienst freigestellt, damit ja kein Schaden entsteht – ganz Wurscht, ob Staat oder privat; das haben wir ja jetzt auch im Bereich der Polizei zum Beispiel –, aber, bitte, wie man hier das einfach handhabt, wenn das so stimmt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind Ihre Quellen glaubhaft?

Volkmar Harwanegg: Also ich glaube schon. Ich habe das von mehreren Mitarbeitern gehört. Ich glaube schon, dass die, die ich kenne, glaubhaft sind. Das wir man dann in dem Prozess gegen diese Vorstände näher zu durchleuchten haben, ob das stimmt, dass Unterlagen kopiert worden sind und dann direkt zu den Rechtsanwältinnen geschickt worden sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist deswegen für uns jetzt in diesen wenigen Tagen der Unterschied so gewaltig, weil wir in den letzten Tagen einen Fall bearbeitet haben, wo man einem der bedeutendsten Unternehmer dieses Landes sofortiges Hausverbot erteilt hat, nämlich dem Kommerzialrat Rohmoser, über Druck der BAWAG, aber die BAWAG-Vorstände sind dort weiterhin aus und eingegangen und haben schachtelweise, wurde mir gesagt – nicht kistenweise – Unterlagen mitgenommen. Deckt sich das mit Ihren Informationen?

Volkmar Harwanegg: Ja. Wie gesagt, ich habe das auch gehört von einigen, also jetzt nicht nur aus einer Abteilung, sondern von mehreren aus der BAWAG, dass das leider der Fall war. (*Abg. Krainer: Originale oder Kopien?*) Kopiert sind die Sachen worden. Das hat ja die Mitarbeiter geärgert, weil sie es auch noch kopieren mussten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Betriebsräte sind ja in der Regel wohl und gut informiert. Wir werden nach Ihrer Einvernahme sicher das Gegenteil hören. Mal schauen, was da rauskommt heute.

Herr Kollege Bucher, bitte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben gemeint, es besteht gesetzlicher Reparaturbedarf (*Volkmar Harwanegg: Kontrolle!*), weil jetzt die BAWAG über eine Menge Daten verfügt. Also mir fehlt jetzt die Fantasie. Was meinen Sie konkret? Was kann ein Bankinstitut mit den Zahlungsströmen anfangen, was nicht wir ohnehin in Erfahrung bringen können betreffend der Steuereinnahmen von den österreichischen Steuerzahlern? Das sind ja an und für sich Informationen, die jährlich veröffentlicht werden.

Volkmar Harwanegg: Ganz klar, es wird alles elektronisch verarbeitet und elektronisch verfilmt auch. Das heißt also, man kann, weil das ja auch elektronisch eine bestimmte Zeit lang aufgehoben werden muss, diese ganzen Zahlungen nachverfolgen. Es könnten durchaus interessierte Personen daraus sehr wichtige Informationen bekommen. Ich darf erinnern, wir haben so einen Fall ja auch bei uns im Finanzressort gehabt, wo der damalige Finanzminister tausend Kolleginnen und Kollegen angezeigt hat bei der Staatsanwaltschaft, weil sie bestimmte Abfragen vorgenommen haben an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Es war ohnedies eine heftige Auseinandersetzung.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist mir schon klar, aber da geht es um eine ...

Volkmar Harwanegg: Aber zurückkommend auf Ihre Frage: Natürlich kann man mit solchen Informationen viel anfangen. Vor allem geht es darum, dass das meiner Meinung nach wirklich eine Sache ist, die staatliche Organe machen sollen – von mir aus die Kontrollbank oder die Nationalbank oder was –, diese Zahlungsverkehrssachen der Republik Österreich, aber sicherlich nicht ein Eigentümer, dem 97 Prozent gehören, der in Amerika ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Am Konto ersichtlich ist eine Einzahlung, aber es ist ja kein Akt ersichtlich oder irgendwelche Zusatzinformationen.

Es besteht die Möglichkeit, dass ich den „Herrn Maier“ ausfindig mache, wie viel der jährlich dem Finanzamt an Einkommensteuer gezahlt hat, aber mehr ist nicht ersichtlich. Ich weiß nicht, wie sich die Summe errechnet, welche Berechnungsgrundlage ...

Volkmar Harwanegg: Na ja, du brauchst dir nur dann elektronisch die Belege raussuchen und sozusagen zusammenfassen die Summe, was hat der im Jahr an vierteljährlichen Einzahlungen auf das Finanzamtkonto Finanzamt 4510 getätigt, und damit hast du einen Überblick, was der ungefähr an Steuern zahlt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gut, aber das konnte man jetzt auch schon machen.

Volkmar Harwanegg: Ja, aber nur mit dem Unterschied, dass das bis vor wenigen Jahren nur Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes gemacht haben, die sicherlich eine ganz andere Verschwiegenheit haben, Amtsverschwiegenheit, Bankgeheimnis und so weiter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gut, aber bei der BAWAG war das nicht anzunehmen, weil Sie selbst gesagt haben, da wurde manipuliert, da wurde gelogen, da waren Unterlagen mangelhaft und es herrschte Zettelwirtschaft. Wenn Sie all diese Vorwürfe auch bei Aufsichtsratssitzungen deponiert haben, worauf stützen sich diese Annahmen und diese Informationen, die Sie da erhalten haben?

Volkmar Harwanegg: Ich habe das, glaube ich, eh schon sehr ausführlich erwähnt, kann das gerne noch einmal tun: indem eben zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils Stellungnahmen, Gutachten eingeholt worden sind aus Gewerkschaft oder Arbeiterkammer und eben dann zu diesen Schlüssen geführt haben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber Sie sind nicht informiert über Notenbankberichte?

Volkmar Harwanegg: Habe ich auch schon erwähnt, dass ... – Ich nehme an, Sie meinen Prüfungsberichte, oder?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich spreche jetzt von einem konkreten Prüfungsbericht, nämlich dem vom Juni oder Juli 2003, wo es um die Zusammenführung BAWAG PSK gegangen ist, wo sehr viele Dinge kritisiert worden sind.

Volkmar Harwanegg: Herr Abgeordneter, das Datum kann nicht stimmen. Die erste Abspaltung war am 1. Oktober 2001 und die letzte Fusionierung dann, der Rest der PSK mit BAWAG, war am 1. Oktober 2005. 2003 muss einen anderen Inhalt haben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nein, da steht Vor-Ort-Prüfung der OeNB vom 10.6.2003 bis 14. Juli 2003. (*Abg. Mag. Kogler: Im Nachhinein geprüft, der Vorgang!*)

Volkmar Harwanegg: Ah so, der Vorgang ist geprüft worden von der ersten Abspaltung.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also diese Berichte haben Sie nie ...?

Volkmar Harwanegg: Danke für den Hinweis. Das höre ich heute zum ersten Mal, dass es einen Prüfungsbericht gibt über die Abspaltung der genannten Bereiche von der P.S.K. in die BAWAG. Der ist mir als Aufsichtsrat *nie* bitte zugegangen! Das ist genau das, was ich gesagt habe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wurde auch nie diskutiert im Aufsichtsrat?

Volkmar Harwanegg: Auch nicht im Aufsichtsrat! Das ist genau ein Punkt, wie ich eben erwähnt habe, der vorzulegen ist, und zwar vierteljährlich.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sind Sie informiert darüber, dass es Vorberatungen zu Aufsichtsratssitzungen im ÖGB gegeben hat?

Volkmar Harwanegg: Bin ich nicht informiert. Ich hätte mir gerne gewünscht, sage ich Ihnen, bei uns Vorbesprechungen auch mit dem Vorstand. Das hat es auch früher gegeben unter den Vorstandsmitgliedern Max Kothbauer und Stoß, aber auch viel früher mit den anderen Vorstandsmitgliedern, aber das war nicht die Kultur. Man hat sozusagen geschaut, dass man im Vorhinein keine Konfrontation liefert im Aufsichtsrat. Ich habe Gouverneure gehabt, die das gepflegt haben und nicht wollten, dass man irgendein Thema, wo sie nicht vorbereitet sind, in den Aufsichtsrat bringt. Meistens hat es sich in Fraktionsvorbesprechungen abgespielt, wo eben die Fragen gestellt werden. Aber diese Sachen hat es alle nicht gegeben. Ich habe so etwas gewünscht, aber das hat es leider nicht gespielt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Jetzt gibt es von Ihnen eine recht frühzeitige Information, dass im Zuge dieser Refco-Beteiligung einige Dinge nicht so lupenrein gelaufen sind, haben Sie gesagt. Haben Sie, nachdem Sie ein gewichtiger SPÖ-Mandatar sind, irgendwelchen Parteikollegen das auch einmal weitergegeben?

Volkmar Harwanegg: Nein, schauen Sie, da bin ich schon strikt und halte mich an das Gesetz, an das Bankwesengesetz, natürlich auch als Beamter. Ich habe das nicht außerhalb ... – Ich habe das sehr wohl, wie gesagt, auch dann extra noch einmal in Gesprächen mit den BAWAG-Vertretern im Aufsichtsrat, also mit dem Günter Weninger, und habe eine Sorge ... – Auch im Hinblick auf die schroffe Beantwortung meiner Anfrage, die für mich nicht nachvollziehbar ist, anstatt dass man sagt, wir schauen uns das an und prüfen, ob da wirklich was dran ist, dass es da beim Bennett Probleme gibt, weil Faktum ist, bitte, dass hier bereits in Europa zwei Klagen gegen Refco gelaufen sind.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich wollte ja nur den Umstand jetzt von Ihnen erfahren, weil Sie geschildert haben, Sie sind bedroht worden von ...

Volkmar Harwanegg: Nein, ausschließlich, ich habe das Thema nur im Aufsichtsrat besprochen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie sind ja von Elsner und von Zwettler bedroht worden und haben Ihren Unmut nie irgendwelchen Parteikollegen mitgeteilt?

Volkmar Harwanegg: Nein, ich habe das ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und Ihre Vermutungen geäußert, dass da irgendetwas nicht rechtens ist?

Volkmar Harwanegg: Ich habe das strikt getrennt, und wer mich kennt, weiß, da bin ich sehr korrekt und auf Einhaltung der Gesetze bedacht. Ich habe das in dem zuständigen Gremium gemacht, wobei ja eh der eine oder andere auch in der Gewerkschaft oder in einer Partei Funktionen gehabt hat, aber nicht extra. Das war kein Thema in die Richtung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir sind wirklich per Sie, also es darf so bleiben.

Ich wollte jetzt eigentlich gar nichts Neues anfangen, nur ein paar Sachen irgendwie versuchen zu klären, weil ich bin mir nicht sicher, ob die sehr löbliche redselige Art der Auskunftsperson dann immer genau die Sachen nachvollziehbar und nachlesbar auf den Punkt bringt.

Sie haben ausdrücklich eine Summe erwähnt von 5,5 Milliarden €. In einer weiteren Fragerunde sind diesen 5,5 Milliarden € eine Ausweitung des Treasury Ihrerseits

zugeordnet worden, dass das unter Ausweitung des Treasury gelaufen sei. Ist das richtig?

Volkmar Harwanegg: Ist richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die von Ihnen besagte Vorfinanzierungskonstellation für die Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH hätte sich innerhalb dieser 5,5 Milliarden Ausweitung des Treasury befunden? Ist das auch richtig, oder habe nur ich das so verstanden?

Volkmar Harwanegg: Nein, nein, innerhalb dieser Summe sollte es sein. Ein Anteil von dieser Geschäftsausweitung ist offensichtlich für die Vorfinanzierung der Produktionskosten ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vorfinanzierung der Produktionskosten.

Das heißt, jetzt gehen wir noch einmal der Reihe nach vor: Zunächst haben Sie vom Anton Gaál erfahren, dass BAWAG PSK in diese Vorfinanzierung involviert ist.

Volkmar Harwanegg: Es war in den Zeitungen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben gesagt, vom Wehrsprecher.

Volkmar Harwanegg: Ja. Zuerst habe ich gesagt, Zeitungen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ist schon klar, gut. Daraufhin haben Sie zunächst den Generaldirektor Koren angerufen. Der hat grundsätzlich den Vorgang bestätigt. Ist bei der Auskunft Koren Ihnen gegenüber schon klar geworden, dass eine 5,5-Milliarden-Treasury-Ausweitung vorliegen würde?

Volkmar Harwanegg: Das war ein Beschluss des Aufsichtsrates.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, moment, nur wann war der Beschluss des Aufsichtsrates? Da waren ja Sie Mitglied.

Volkmar Harwanegg: Ja, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber wann war der? Der war vorher schon einmal?

Volkmar Harwanegg: Da müsste ich nachschauen, welches Datum das war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur, ob er vorher oder nachher war, bevor Sie dieser Sache nachgegangen sind wegen der Eurofighter-Vorfinanzierung?

Volkmar Harwanegg: Der Aufsichtsratsbeschluss war vorher, natürlich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben nicht gewusst, was sich drinnen alles verbirgt?

Volkmar Harwanegg: So ist das.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie war das bei der Aufsichtsratssitzung, wo 5,5 Milliarden – Ausweitung Treasury – beschlossen wurde? Wie muss man sich das vorstellen? Wie haben sich da die Aufsichtsratsmitglieder verhalten?

Volkmar Harwanegg: Also die Kapitalvertreter haben das befürwortet mit allem Drum und Dran. Wir Betriebsräte, eben aufgrund auch wieder der Rücksprache mit unseren Beratern, externen Beratern, haben hinterfragt, wofür dieses Geld ist. Und es ist dann noch einmal hingewiesen ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und was war die Antwort?

Volkmar Harwanegg: Die Antwort war, was eh im Antrag drinsteht, dass diese Gelder eben für die Ausweitung des Treasury vorgesehen sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Sie fragen den Aufsichtsratsvorsitzenden respektive eigentlich den Vorstand ...

Volkmar Harwanegg: Den Generaldirektor der P.S.K.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): ..., was sich unter der Position „Ausweitung Treasury“ verbirgt, und die Antwort war: „Ausweitung des Treasury“. Muss man sich das so vorstellen?

Volkmar Harwanegg: Ja, so ist das.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was haben Sie dann gemacht?

Volkmar Harwanegg: Wie gesagt, bis in die Öffentlichkeit sind diese Medienberichte gegangen, dass die BAWAG P.S.K. das finanziert hat. Und, wie gesagt, ich bin dann der Sache sofort nachgegangen und habe gesagt: Nein, ich bin mit dem nicht einverstanden!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment, da sind wir noch gar nicht! Damals war es so, dass das die Antwort war, und das war, damit wir das jetzt wieder abkürzen, offensichtlich der übliche Vorgang, und diejenigen, die mehr wissen wollten, haben dann quasi zur Kenntnis genommen, dass auch weiteres Insistieren da offensichtlich keine weitere Antwort bringt. Sonst wäre ja das damals schon klar geworden.

Volkmar Harwanegg: Gleich nach dem Gespräch mit Generaldirektor Koren habe ich mit meinem Mitarbeiter im Betriebsrat einen Antrag gestellt auf Einberufung einer Sondersitzung des Aufsichtsrates mit diesem Tagesordnungspunkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war alles schon später – da kommen wir gleich hin.

Aber als die 5,5 Milliarden Ausweitung Treasury auf der Agenda standen, ist es im Wesentlichen bei der Auskunft geblieben, es handelt sich genau um dieses, und mehr wird es nicht, weil sonst ist das nicht erklärbar. (*Volkmar Harwanegg: So ist es, richtig!*) Gut. Lassen wir da die näheren Umstände weg.

So, jetzt kommen wir dorthin, wo Sie schon sind: Koren hat dann in dem Telefonat offensichtlich auch nicht viel mehr gesagt, als Sie jetzt schon erzählt haben, und Sie haben dann die Initiative ergriffen, um diese Aufsichtsratssitzung, die deshalb den Charakter einer Sondersitzung bekommen hat, weil Sie die einberufen haben ...

Volkmar Harwanegg: Beantragt, im Sinne des Aktienrechtes.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dort ist dann was passiert bei dem Aufruf dieses Tagesordnungspunktes?

Volkmar Harwanegg: Ja, ich habe das einmal begründet, wie es so üblich ist, wenn man etwas beantragt, eine Einberufung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie hat der Tagesordnungspunkt dann gelautet? Das brauchen wir noch. (*Abg. Mag. Stadler: Und das Datum!*)

Volkmar Harwanegg: Ich glaube, Frage Finanzierung der Abfangjäger. Ich kann auch diese Unterlage gerne nachliefern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also das ist in der Tagesordnung unter Vorfinanzierung Abfangjäger gelaufen.

Volkmar Harwanegg: Ja, ich glaube, unter Abfangjäger. (*Abg. Mag. Stadler: Wann war das?*) – Das war unmittelbar ... – Wenn die Herren ein bisschen Zeit haben, dann schaue ich in den Unterlagen nach, wann das war.

(*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*)

Ich finde es jetzt momentan nicht, aber ich werde Ihnen gerne die Unterlage, dieses Schreiben an den Generaldirektor und Aufsichtsratsvorsitzenden zur Verfügung stellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie mir das als Vorsitzendem schicken, werde ich das an die Fraktionen verteilen.

Volkmar Harwanegg: Werde ich machen. (*Abg. Mag. Stadler: Wann war das in etwa?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das schon 2003, oder war das erst 2004?

Volkmar Harwanegg: Wann war die Sondersitzung im Parlament?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es waren mehrere. Meinen Sie die der Sozialdemokraten?

Volkmar Harwanegg: Von den Sozialdemokraten. Wann war das?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das waren ja mehrere.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie sehen, genauso geht es uns auch. Das wird dann der Kollege Kogler dem Ausschuss zur Verfügung stellen. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es waren mehr als eine Sondersitzung, und es waren ungefähr zwölf Dringliche Anfragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er hat ja auch mehrere Sondersitzungen einberufen.

Volkmar Harwanegg: Gerade das (*in Unterlagen blätternd*) finde ich momentan nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lassen wir das einmal so stehen, und Sie schicken uns das.

Volkmar Harwanegg: Ich schreibe mir das auf und schicke das, den Brief mit dem Tagesordnungspunkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir haben zwar extra die Protokolle, glaube ich, beantragt von der P.S.K. Sind die schon da vom Aufsichtsrat? Wenn Sie die Unterlagen selber haben und wenigstens dieses Protokoll auch noch mitliefern, ist uns zusätzlich geholfen.

Volkmar Harwanegg: Herr Abgeordneter, leider habe ich keine Protokolle mehr gehabt zu diesem Zeitpunkt. Mit 2003 sind ja ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, daraus schließen wir, dass es 2003/2004 gewesen sein muss. Das hätte ich ohnehin vermutet. Ich tippe auf die zweite Jahreshälfte 2003.

So, Sie eröffnen den Tagesordnungspunkt und sagen was in Kürze?

Volkmar Harwanegg: Ich sage, ob das stimmt, dass von diesen Geldern, die wir in der letzten Sitzung unter dem Titel „Ausweitung Treasury“ beschlossen haben, wirklich ein Teil für die Vorfinanzierung der Produktionskosten Abfangjäger genommen wird, was sowohl vom Generaldirektor als auch von anderen Aufsichtsratsmitgliedern bestätigt wurde. (*Obmann Dr. Graf: Da war die Sitzung dann aus, oder?*)

Ja, also meine Anfrage und die Beantwortung, das hat nur ein paar Minuten gedauert. Es waren noch andere Punkte auch, die ich in dem Zusammenhang gestellt habe,

Anfragen themamäßig, aber der Punkt ist ... – Ich muss sagen, ich war perplex, weil eigentlich habe ich schon eine ausführliche Stellungnahme erwartet, aber das ist gleich sozusagen, ich habe es eh schon erwähnt, abgetan worden: Geld hat kein Mascherl. Wenn es wir nicht gemacht hätten, dann jemand anderer!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Von wem ist dort geantwortet worden?

Volkmar Harwanegg: Sowohl vom Generaldirektor als auch vom ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also vom Herrn Koren.

Volkmar Harwanegg: Vom Koren, als auch vom, wenn ich mich richtig erinnere, von Günter Weninger.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und der Herr Koren hat gesagt: Geld hat kein Mascherl!?

Volkmar Harwanegg: Nein, das hat der Weninger gesagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist über die Höhe dieses Anteils innerhalb der 5,5 Milliarden – Ausweitung Treasury – eine Angabe gemacht worden, wie viel auf die Vorfinanzierungen entfiel?

Volkmar Harwanegg: Ist nicht, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Keine Angabe?

Volkmar Harwanegg: Keine Angaben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind die Gesamtpositionen aufgezählt worden, die unter Ausweitung Treasury fallen?

Volkmar Harwanegg: Nein, es ist nur die Summe, die 5,5 Milliarden, und sonst ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da waren Sie ja wieder gleich gescheit wie vorher.

Volkmar Harwanegg: Ja, ich gebe Ihnen Recht, ich war so gescheit wie vorher – nur das Einzige, dass ich eben bestätigt bekommen habe, dass wir die Vorfinanzierung gemeinsam mit der BAWAG vorgenommen haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat irgendjemand gefragt, vielleicht auch als Stütze für Sie, dass es um so etwas gehen könnte, dass die Vorausfinanzierungsraten, muss man jetzt sagen – wir kennen ja mittlerweile den Vertrag, wir haben jetzt ein Wissen im Nachhinein –, sich dann am Schluss auf gegen 2 Milliarden aufsummieren – oder nicht einmal ganz, weil die Finanzierungskosten fallen per definitionem extra und später erst mit der Rückzahlung an, also ungefähr 1,6, 1,7 Milliarden müssten das gewesen sein, würde ja fast schon aus der Zeitung zu entnehmen gewesen sein. Hat irgendwer auf einen Betrag zwischen 1,5 und 2 Milliarden € verwiesen? Haben Sie jetzt eine Erinnerung, dass das das in der Höhe gewesen sein könnte?

Volkmar Harwanegg: Also die Summe, die Sie sagen, ist eine sehr hohe und würde doch einen zumindest großen Anteil der 5,5 Milliarden ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie ja nur, ob Sie jetzt eine Erinnerung haben, dass Sie da irgendwelche Zahlen ...? – Keine Erinnerung?

Volkmar Harwanegg: Nein. Leider nein. Das hätte ich gerne gewusst, glauben Sie mir das!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ich glaube Ihnen das.

Volkmar Harwanegg: Da hätte ich gerne meine Fraktion hier im Nationalrat unterstützt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist nicht primär Untersuchungsgegenstand hier.

Volkmar Harwanegg: Ja, ich sage es nur.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was vielmehr Untersuchungsgegenstand ist: Sie haben hier gesagt, am 25.5.2004 hätten Sie an die Finanzmarktaufsicht einen Brief geschrieben, also sich schriftlich an diese gewandt und hätten dann keine Antwort erhalten. Haben Sie diesen Brief noch, diese Korrespondenz?

Volkmar Harwanegg: Ja, habe ich, eine Kopie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie die auch dem Ausschuss übermitteln, weil wir müssen eh annehmen, dass die FMA das ausgelassen hat?

Da haben Sie zuerst keine Antwort erhalten, und dann haben Sie aber angerufen. Habe ich das richtig verstanden?

Volkmar Harwanegg: Ja, das ist richtig, haben Sie richtig verstanden.

Ich habe dann gesagt: Das wird nicht einmal beantwortet?!, und daraufhin hat man mir am Telefon gesagt, das ist alles okay, das ist möglich, dass man, auch wenn es zwei getrennte Aktiengesellschaften sind, das sozusagen auch bei der Mutter ansiedeln kann. Das war die Begründung, die mir gegeben worden ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War das eine mögliche Antwort auf die einzige Frage oder auf die einzige Kritik, die Sie in dem Brief vorgebracht haben? Was war alles Kern dieses Schreibens? Nur dieser eine Punkt?

Volkmar Harwanegg: Das war nur der eine Punkt. Das waren zwei, drei Zeilen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und später haben Sie auch nichts mehr schriftlich bekommen? Das war – unter Anführungszeichen – „erledigt“.

Volkmar Harwanegg: Nein, nichts! Das war dann sozusagen die mündliche Beantwortung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, dann dürfen wir auf dieses Schreiben auch hoffen.

Ich habe mir die APA von diesem Jahr 2001 ausheben lassen. Sie haben ja gesagt, die Kläger seien Elsner und Koren gewesen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Volkmar Harwanegg: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha, weil in der öffentlichen Darstellung ist der Koren nämlich nicht erwähnt.

Volkmar Harwanegg: Also die BAWAG und die P.S.K., beide Aktiengesellschaften, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment, das ist jetzt auch wichtig: Nicht der Herr Elsner und der Herr Koren haben als Personen geklagt, sondern die Institutionen BAWAG und P.S.K.?

Volkmar Harwanegg: Vertreten durch ihre Generaldirektoren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, gut, muss aber auch wer entschieden haben. (*Abg. Mag. Stadler: Die haben das Prozess-Risiko auf die BAWAG ...!*) Natürlich, mir ist das auch so gegangen in meiner politischen Karriere. Die haben dann das Prozess-Risiko ausgelagert auf die Firmen.

Volkmar Harwanegg: Nur den 111-er, die üble Nachrede hat der Elsner selber gegen mich dann gestartet – aber natürlich auch auf Kosten der BAWAG, ist ja klar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vorläufig letzter Punkt: Ist Ihnen in dieser Laufbahn und in dem speziellen Zeitraum dann ein spezielles Entgegenkommen oder ein spezielles Großgeschenk für Wohlverhalten angeboten worden? (*Lebhafte Heiterkeit der Auskunftsperson Harwanegg.*) Uns ist schon viel untergekommen in diesem Ausschuss.

Volkmar Harwanegg: Herr Abgeordneter, meinen Sie das jetzt wirklich im Ernst?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, ob es Ihnen angeboten wurde.

Volkmar Harwanegg: Nein, also bitte, ich war für die BAWAG, für den Elsner die *Unperson*, und auch mit dem Zwettler war ich nicht so ... – Mir ist nichts angeboten worden oder sonst irgendwas. Ich habe ein kleines Präsent bei meiner Verabschiedung, bei der Pensionierung bekommen. Monate später bin ich verabschiedet worden bei uns im Haus, und da hat man mir, wenn ich mich nicht täusche, Jugendstilgläser geschenkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, die waren sehr beliebt, die Gläser.

Volkmar Harwanegg: Nicht die, das sind die Jugendstilgläser, die in der P.S.K. verkauft werden, die Otto Wagner-Gläser!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben also keine Designergläser?

Volkmar Harwanegg: Die hat man mir eh schon einmal zu meinem 60. Geburtstag geschenkt. Wenn es Abnehmer von Jugendstilgläsern von Otto Wagner gibt, stelle ich sie gerne kostenlos zur Verfügung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. Es liegen mir keine weiteren Fragen mehr vor. Dann beenden wir die Anhörung. (*Harwanegg: Darf ich ein Schlusswort sagen?*) – Ein kurzes, eine Minute.

Volkmar Harwanegg: Ich habe es schon am Anfang gesagt, ich bin auch gefragt worden, es ist eh immer wieder themenmäßig angesprochen worden, noch einmal: Ich begrüße sehr diesen Untersuchungsausschuss und hoffe, dass es diesem Untersuchungsausschuss gelingt, in den angesprochenen Themen der internen und externen Kontrolle, zu den gesetzlichen Bestimmungen, Aktienrecht, Bankwesengesetz, die Frage der Staatskommissäre, der Bankprüfer ... – Das Thema habe ich wirklich nur am Rande gestreift, weil da allein könnte ich Ihnen über den Herrn Reiter einiges auch in dem Zusammenhang sagen. Unglaublich, was wir da erlebt haben! Und ich habe den abgelehnt! Ich habe gesagt, die prüfen nicht mehr, worauf man gesagt hat, das Unternehmen schon, aber er prüft nimmer. Das war natürlich alles auch wieder nicht der Wahrheit entsprechend.

Meine Bitte an Sie Abgeordneten ist, hier in diesem Sinne zu arbeiten und aufklärend zu wirken – dann macht dieser Untersuchungsausschuss wirklich einen Sinn –, damit solche Vorfälle, wie sie in der BAWAG, aber auch in anderen Geldinstituten vorgekommen sind, nicht mehr zum Schaden der Republik Österreich und der Sparerinnen und Sparer gehen. – Danke schön.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke für dieses Schlusswort. Wir werden uns das zu Herzen nehmen. Ich bedanke mich auch bei Ihnen für Ihre Aussage und wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen.

(Die Auskunftsperson Volkmar Harwanegg verlässt den Sitzungssaal.)

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung für eine Pause.

*(Die Sitzung wird um 19.45 Uhr **unterbrochen** und um 20.06 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

20.06

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und werde sie sogleich wieder auf 20.15 Uhr unterbrechen. Ich bitte, dass die Mitarbeiter ihre Abgeordneten beischaffen.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die Sitzung wird um 20.06 Uhr **unterbrochen** und um 20.16 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

20.16

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 20.16 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Ingrid Streibel-Zarfl** in den Saal zu bitten; ebenso die Medienvertreter.

*(Die **Auskunftsperson Ingrid Streibel-Zarfl** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf begrüßt Frau **Streibel-Zarfl** als **Auskunftsperson**, dankt für deren Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Ingrid Streibel-Zarfl (BAWAG-P.S.K.): Mein Name: Ingrid Streibel-Zarfl; Geburtsdatum: 3. Juli 1959; Beruf: Bankangestellte; wohnhaft in 1120 Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Auskunftsperson, ob sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete war. *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Hinsichtlich der Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung weist der Obmann die Auskunftsperson darauf hin, dass sie bereits in der schriftlichen Ladung darauf hingewiesen wurde, und fragt sie, ob einer dieser Gründe bei ihr vorliege. *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Des Weiteren fragt der Obmann die Auskunftsperson, ob sie vor Eingang in die Befragung von der Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen Gebrauch machen wolle. *(Die Auskunftsperson **verneint** dies mit Hinweis auf die vorgeschrittene Zeit.)*

Der Obmann erteilt daher Abg. Krainer als erstem Fragesteller das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann sind Sie in die BAWAG eingetreten?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich bin 1977 in die BAWAG eingetreten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit wann sind Sie im Betriebsrat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Seit 1981; seit 1988 bin ich freigestelltes Mitglied des Betriebsrates, und seit 1992 bin ich Vorsitzende des Betriebsrates.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und seitdem auch im Aufsichtsrat der BAWAG?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich bin jetzt durchgängig seit November 1990 – nach Rückkehr von meiner Karenz – im Aufsichtsrat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben sowohl die Karibik-1- als auch die Karibik-2-Geschäfte im Aufsichtsrat erlebt. Sie haben Flöttl, Elsner und Zwettler erlebt (**Streibel-Zarfl: Ja!**), sind jetzt auch noch im Aufsichtsrat und haben jetzt auch Nowotny erlebt? (**Streibel-Zarfl: Ja!**) – So wie wir das bisher hier in dem Ausschuss mitbekommen haben, hat es während dieser Zeit unterschiedliche Kulturen gegeben.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, das kann man so sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie diese „Epochen“ – unter Anführungszeichen mit wenigen Worten charakterisieren?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es hat die sehr autoritäre Epoche des Flöttl gegeben, die dann nahtlos übergegangen ist in eine autoritäre Epoche des Elsner. Bei Zwettler war das anders, und jetzt bei Nowotny hat sich natürlich wirklich sehr viel geändert in der Bank.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): „Sehr viel geändert“ heißt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist der Corporate Governance Kodex umgesetzt worden. Man hat – auch auf Grund der Vorkommnisse – sehr vieles verändert. Es ist offener in der Berichterstattung geworden, obwohl das auch schon unter Zwettler auch durch den Betriebsrat ja immer wieder eingefordert worden ist, dass es zu einer offeneren Kommunikation kommt. Aber das hat sich natürlich jetzt doch sehr stark verändert und verbessert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Inwiefern waren Sie als Belegschaftsvertreterin im Aufsichtsrat tätig – auch in der Zeit davor –, für mehr Offenheit, für mehr Information zu sorgen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben uns immer wieder darum bemüht, dass es ausreichend Information für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Ich denke, dass uns das im Verlauf der Jahre – schon beginnend mit Elsner, dann mit Zwettler – auch verstärkt gelungen ist, aber wie gesagt, das war so ein aufsteigendes Procedere. Wir haben das auch immer wieder eingefordert.

Ich meine, fairerweise muss ich sagen: Einem Betriebsrat ist die Information nie genug. Wir fordern das auch jetzt bei Nowotny ein. Wir haben erst vor kurzem etwas gehabt, wo wir gefunden haben, da hätten wir uns mehr Information gewünscht. Ich glaube, das liegt auch in der Situation der Sache, dass man das auch immer wieder tut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann und wo haben Sie von den Karibikgeschäften 1 erfahren? Haben Sie das aus den Medien erfahren, oder im Aufsichtsrat, oder haben Sie das durch – unter Anführungszeichen – informelle Kontakte im Betrieb erfahren? Es hat ja heute vor Ihnen im Ausschuss ein Kollege von Ihnen ausgesagt, der in einer anderen Bank Betriebsrat war, der – ich möchte fast sagen – gesprüht hat vor Informationen, die ihm als Betriebsrat einfach informell von Mitarbeitern zugetragen wurden.

Ingrid Streibel-Zarfl: Geht es jetzt um die Karibik 1 noch unter Flöttl? (*Abg. Krainer: Ja!*) Soweit ich mich da noch erinnern kann, glaube ich, war das eine Mischung aus Medien und Aufsichtsrat. Aber das liegt jetzt doch mehr als 15 Jahre zurück. Das weiß ich einfach nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es gibt Gerüchte, dass es bei Karibik 1 auch schon Verluste gegeben hätte. Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass diese Gerüchte immer wieder im Raum stehen, aber es haben bisher, glaube ich, alle Untersuchungen ergeben, dass das nicht so ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Offiziell ist Ihnen das nicht bekannt? (*Streibel-Zarfl: Nein!*) – Ist Ihnen bekannt, dass es Gewinne gegeben hätte oder war das pari?

Ingrid Streibel-Zarfl: Soweit mir das noch in Erinnerung ist, sind die Geschäfte dann ja sehr schnell zurückgeführt worden, und es sind ja im Vorfeld immer wieder Gewinne ausgewiesen worden. Es hat dann geheißen, dass sie auch **ohne** Verluste zurückgeführt werden konnten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Insgesamt ohne Verluste? Die Gewinne von vorher sind dann aufgebraucht worden, oder sind die stehen geblieben?

Ingrid Streibel-Zarfl: *Insgesamt* ohne Verluste. Das heißt nicht, dass die Gewinne von vorher aufgebraucht worden sind. – So ist es mir in Erinnerung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Karibik 1 ist jetzt nicht unmittelbar Gegenstand unseres Auftrages hier, aber um die Historie zu erfragen und diesen Gerüchten nachzugehen: Dann kam Karibik 2. Können Sie sich erinnern, wie diese Karibikgeschäfte wieder aufgenommen wurden, wann die aufgenommen wurden, in welchem Zeitraum? Wie haben Sie als Betriebsrätin darauf reagiert? Waren Sie da dafür oder dagegen? Skeptisch?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Karibik-2-Geschäfte sind 1995, soweit mir das in Erinnerung war, in einer Aufsichtsratssitzung berichtet worden: dass man da eine Wiederaufnahme plant. Es hat dazu dann meiner Erinnerung nach eine breite Diskussion im Aufsichtsrat gegeben, und unter bestimmten Auflagen hat es dann die einstimmige Zustimmung zu diesen Geschäften gegeben.

Die bestimmten Auflagen waren eine **laufende Berichterstattung** und dass die **interne Revision** das laufend prüft. – Das, glaube ich, waren die zwei gravierendsten Punkte, die da festgehalten worden sind.

Und es hat – das ist mir auch in Erinnerung – eine dezidierte Befragung des Staatskommissärs gegeben, um ihn zu fragen, ob es von Seiten der Finanzmarktaufsicht beziehungsweise der OeNB da einen Einwand gegen die Wiederaufnahme der Geschäfte gibt, und das ist so beantwortet worden, dass es **keinen Einwand** gibt und dass nichts dagegen spricht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Staatskommissär hat für die OeNB gesprochen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigung, Vermischung: also dass es für den Staatskommissär keinen Hinderungsgrund gibt, diese Geschäfte wieder aufzunehmen. Ich habe das nur verwechselt, weil es ist ja gefragt worden, ob es ... Es ist in dieser Aufsichtsratssitzung berichtet worden, dass es ja jetzt auch von Seiten der OeNB keinen Einwand mehr geben würde, und der Staatskommissär hat dann auch gesagt, also unter den Auflagen sieht auch er kein Problem für die Wiederaufnahme.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat berichtet, dass es von der OeNB keine Einwände gebe?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Geschäftsleitung. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob das Elsner war, aber das war drinnen im Bericht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen der OeNB-Bericht 94 bekannt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der ist nicht dem Aufsichtsrat vorgelegt worden? (**Streibel-Zarfl:** *Nein!*) Ist über diesen Bericht im Aufsichtsrat berichtet worden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist **berichtet worden**, aber er ist nicht vorgelegt worden – meiner Erinnerung nach.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie da Protokolle von den Aufsichtsratssitzungen bekommen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja. Es hat bis zum Jahr 2002 Protokolle aus den Aufsichtsratssitzungen gegeben. Dann, weil ja immer wieder Dinge an die Öffentlichkeit gelangt sind, hat es die Entscheidung gegeben, dass man die Protokolle nur mehr im Generalsekretariat einsehen konnte. Aber bis dahin hat es zugeschickte Protokolle gegeben, und dann konnte man sie vor jeder Aufsichtsratssitzung einsehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie darauf bestanden, dass Sie die weiterhin schriftlich bekommen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, weil damals war ja der Druck: Es war permanent zu den Geschäften etwas in der Öffentlichkeit. Wir sind permanent unter dem Druck gestanden, dass alle Mitglieder des Aufsichtsrates verdächtigt wurden, Informationen weiterzugeben, sodass man sich mit der Form, die Protokolle einsehen zu können, dann auch gemeinsam im Aufsichtsrat zufriedengegeben hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind durch diese Maßnahme weniger Informationen über Aufsichtsratssitzungen nach außen gedrungen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, eigentlich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Menschen sind ja persönlich anwesend, und wenn das Mitglieder des Aufsichtsrates sind, dann schreiben die halt selber mit. Also mir scheint das ein untaugliches Mittel zu sein. Es könnte nur ein taugliches Mittel dafür sein, dass das Sekretariat, das diese Protokolle abtippt, sie nicht mehr weitergeben kann – wobei, die haben sie ja noch immer. – Also ich verstehe die Tauglichkeit dieses Mittels nicht ganz.

Ingrid Streibel-Zarfl: Aber es war auch so, dass das breitest diskutiert worden ist, und keiner der Vertreter, egal welcher, dagegen einen Einwand gemacht hat, sondern alle haben gesagt, okay, wir schauen uns das in der Form an.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, es gab Auflagen. – Zwei Auflagen haben Sie genannt, die Ihnen erinnerlich sind, nämlich einerseits, dass im Aufsichtsrat laufende Berichterstattung über diese Geschäfte stattfinden muss, dann dieses Limit, das eingehalten werden muss, und dass die interne Revision das prüfen muss. Haben Sie in Ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglieder darüber gewacht, dass diese drei Bedingungen eingehalten werden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es hat meiner Erinnerung nach in diesen Jahren immer wieder Berichte zu den Karibik-Geschäften gegeben, nämlich so, dass sie erfolgreich verlaufen. Es ist auch zwischendurch von Gewinnen berichtet worden ist. Mir ist einmal ein Betrag von 55 Millionen aus so einem Ergebnis in Erinnerung. Ich weiß aber nicht

mehr das Jahr. Also das ist laufend berichtet worden, und es ist dann 1998 berichtet worden, dass die Geschäfte zurückgeführt werden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt die 55 Millionen sind **Schilling?**

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, Schilling. – Habe ich Euro gesagt? – Entschuldigung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben **keine** Währung dazugesagt. Wir haben hier permanent Währungskonfusionen (**Streibel-Zarfl:** *Ja, okay, Entschuldigung!*), und ich frage nur fürs Protokoll immer nach, welche Währung gemeint ist. (**Streibel-Zarfl:** *Ja. Natürlich damals noch Schilling*) – Bei fast allen Auskunftspersonen gibt es da Währungskomplikationen. Das heißt, es wurde laufend darüber berichtet. Wurde berichtet, was die interne Revision da prüft?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich habe für mich in Erinnerung, dass **ausreichend** berichtet worden ist, aber ob dezidiert Berichte aus der Innenrevision dabei waren, weiß ich nicht, weil ja auch sonst Berichte aus der Innenrevision dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt wurden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Waren diese Karibik-Geschäfte ein Randthema in Aufsichtsratsitzung, oder war das am Anfang ein wichtiges, das immer mehr nachgelassen hat? – Ich versuche nur nachzuvollziehen, wie das ist. War das am Anfang – 1995/96 – ein Thema und ist dann immer mehr abgeflaut und irgendwann hat gar niemand mehr gewusst, dass es die gibt? Oder wie war das?

Ingrid Streibel-Zarfl: Also es war sicher die Berichterstattung zu Beginn ausführlicher als dann im Laufe der Jahre. – Ich glaube, das kann man so sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und haben Sie da nachgefragt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist trotzdem immer wieder nachgefragt worden. Ob ich persönlich nachgefragt habe, weiß ich einfach nicht mehr. Aber es ist auch immer wieder nachgefragt worden, sicher zu den Geschäften. Aber ob ich das persönlich gemacht habe, weiß ich einfach nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es gab dann 2001 eine Prüfung durch die OeNB. – Ist Ihnen dieser Prüfbericht bekannt? (**Streibel-Zarfl:** *Nein!*) – Auch in der Zwischenzeit nicht? (**Streibel-Zarfl:** *Nein!*) – Aus den Medien oder so?

Ingrid Streibel-Zarfl: Aus den Medien schon, aber nicht, dass er im Haus vorgelegt worden ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen der Inhalt bekannt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Soweit, dass das Controlling, glaube ich, völlig versagt hat, ja. Aber, wie gesagt, jetzt auf Grund der Medienberichterstattung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Hinweise aus der Belegschaft oder aus anderen Quellen, dass es da Probleme gibt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, in keinsten Form.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihr Kollege, der in der P.S.K. war, hat hier beschrieben, dass er auf Grund der Zusammenführung der Unternehmen ab 2001 den Eindruck hatte, dass organisatorisch, von der Ablauforganisation, von internem Controlling, von der Struktur, der Risikobewertung et cetera die BAWAG der P.S.K. zehn Jahre hinten nach war. War das nie Thema?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kann es nur für mich sagen: Für mich war es aus dem Erlebnis insofern Thema, als man zu Recht sagen konnte, da sind zwei verschiedene Kulturen zusammengekommen – eine sehr strukturiert aufgebaute P.S.K. und eine

eher flexibel gestaltete BAWAG. – Ja, so haben wir das erlebt, aber es ist ja dann auch sehr schnell auf die Systeme der P.S.K. umgebaut worden.

Also die KPO und so weiter, da sind ja durchwegs die Systeme der P.S.K. übernommen worden. Das hat ja auch bei uns ein bisschen bei den Mitarbeitern immer wieder dazu geführt, in der Fusionsdiskussion zu sagen: Wer hat eigentlich wen übernommen und wie schaut das aus? Aber es sind dann sehr stark diese Systeme der P.S.K. übernommen worden, KPO und so weiter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was heißt KPO?

Ingrid Streibel-Zarfl: Geschäftsordnung. *Kredit- und Pouvoir-Ordnung*, glaube ich, ganz genau.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War das auch für die interne Revision?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, auch.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da ist auch das System der P.S.K. übernommen worden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Meines Wissens ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ab 2001?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, sobald dann die Abteilungen zusammengeführt worden sind. Das hat ja alles auch ein bisschen ... – Das hat sich alles so im Laufe 2001 abgespielt. Also wann genau das rausgekommen ist, müsste ich jetzt nachschauen, aber das war so Zug um Zug, weil ja durch die Zusammenführungen der Abteilungen, die ja dann gemacht worden sind, sich auch die Kollegen verschränkt haben und dann für jeden Aufgabenbereich auch die Organisation sich verändert hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aus der Wahrnehmung des Kollegen Harwanegg – also vor allem zum Beispiel für den Bereich Treasury – war das **gar nicht** der Fall, sondern da sind einfach Mitarbeiter übernommen worden, komplett ausgegliedert worden aus der P.S.K. und in die BAWAG eingegliedert worden.

Ingrid Streibel-Zarfl: Es war im Jahr 2001 so, dass die Bank – da hat es ja dann auch eine Zusammenführung gegeben –, dass man nicht voll fusioniert hat, sondern um die Synergieeffekte zu heben zum Beispiel beide Personalabteilungen zu **einer** zusammengeführt hat, auch das Treasury zusammengeführt hat und dann trotzdem beide Häuser aufrechterhalten wurden und in der Spaltungsbilanz dann Teile in die BAWAG eingebracht worden sind und Teile in die P.S.K. eingebracht worden sind.

Dafür hat es dann auch wieder Ausgleich in der Bilanz gegeben, sodass es zwar wirtschaftlich intern ein wie fusioniertes Unternehmen war, das aber in zwei Banken weiterhin existiert hat. Also, das Treasury ist zusammengeführt worden und ist in die BAWAG eingebracht worden, so wie auch das gesamte Kommerzkreditgeschäft in die BAWAG eingebracht worden ist.

Und dafür ist zum Beispiel der Zahlungsverkehr aus der BAWAG in die P.S.K. eingebracht worden, und das hat dann auch dazu geführt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da hin und herschoben worden sind und es zu einem Wechsel gekommen ist, etwas, wo wir als Betriebsrat dann sehr dahinter waren, dass die Kolleginnen und Kollegen auch arbeitsrechtlich richtig abgesichert worden sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe noch eine Frage zu diesem OeNB-Prüfbericht. Sie haben ja wahrscheinlich erfahren, dass eine OeNB-Prüfung im Haus stattfindet.

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. Also wir hatten ... – Wir hatten die **BCG** im Haus, die die Bank für den Verkaufsprozess und für den IT-Prozess beraten hat. Wir hatten **Accenture** im Haus, die Firma, die diese große Allegro-IT-Sache gemacht hat. Wir haben immer wieder **Morgan Stanley** im Haus gehabt wegen dem Rating. Also es war aus dem für uns nicht erkennbar, dass die FMA im Haus war oder die OeNB, und es ist nicht erwähnt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die FMA hat es zu dem Zeitpunkt ja noch gar nicht gegeben.

Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigung, also die OeNB.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist schon ungewöhnlich, weil normalerweise Betriebsräte ja sehr gut informiert sind über Vorgänge in der Firma, weil sie ja, wenn sie gut verankert sind im Betrieb, über eine unerschöpfliche Quelle an Information verfügen.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, aber das ist nicht berichtet worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Damit sind ja doch einige Leute tagelang im Haus, wochenlang. – Ich glaube, so eine Prüfung dauert ja viele Wochen.

Ingrid Streibel-Zarfl: Vielleicht um das auch zu beschreiben: Wir haben zu diesem Zeitpunkt in Wien bereits vier Standorte gehabt in den zentralen Einheiten und, wie gesagt, laufend auch unterschiedliche Prüfungsbereiche. Es ist **nie** berichtet worden, dass die FMA im Haus ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die OeNB in dem Fall.

Ingrid Streibel-Zarfl: Oder die OeNB.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso kam es eigentlich nie zu einem Konzernbetriebsrat in der Phase 2001 bis 2005?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es hat immer wieder Bemühungen gegeben. Der P.S.K.-Betriebsrat wollte da eigenständig bleiben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat das heute ein bisserl anders dargestellt. Er hat gemeint, **Sie** wollten das nicht.

Ingrid Streibel-Zarfl: Es hat mehrere Anläufe von uns gegeben, zu einem gemeinsamen Betriebsrat zu kommen, die dann letztendlich erst 2005 mit der Fusion und 2006 mit der Wahl zum gemeinsamen Betriebsrat ... Wir haben ja jetzt einen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich muss mir das Protokoll von der Aussage Ihres Kollegen dann genau anschauen. Aber ich habe jetzt in Erinnerung, dass er das genau umgekehrt dargestellt hat, dass er das hätte haben wollen. Ich muss es im Protokoll nachlesen, aber ich habe da in Erinnerung, dass er das genau umgekehrt, **genau konträr** gesehen hat. Das ist jetzt aber nicht unmittelbar im Zentrum unseres Untersuchungsauftrages.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich darf vielleicht noch einmal sagen – aber vielleicht liegt es auch in der Wahrnehmung: Ich habe mich von Beginn an in mehreren Gesprächen mit ihm bemüht, zu einem gemeinsamen Betriebsrat zu kommen. Es hat trotzdem die klare Positionierung gegeben, dass die P.S.K. da eigenständig bleiben will.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, diese Aussagen stehen nicht notwendigerweise in einem Widerspruch. Es ist ja darum gegangen: Zentralbetriebsratseinrichtung ja oder nein, was ja eine Eigenständigkeit des Betriebsrates in der Tochterfirma P.S.K. bedeutet.

Die Zusammenlegung von Betriebsräten ist ja ein anderes Beispiel. Also, man kann das zusammenlegen. Man kann einen Zentralbetriebsrat machen, oder man macht einen Konzernbetriebsrat mit lauter eigenständigen Es müssen beide Aussagen meines Erachtens nach noch kein Widerspruch sein. Die Frage muss eher dahingehend sein: Waren Sie für die Einrichtung eines Zentralbetriebsrates?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben einen Zentralbetriebsrat in der BAWAG, und auch da hat es immer wieder Bemühungen gegeben, zu gemeinsamen Gruppierungen zu kommen. Wir haben uns ja auch in verschiedenen Fragen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nicht in der BAWAG, sondern im Konzern.

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Konzern kann ich einen Konzernbetriebsrat errichten, aber für den Zentralbetriebsrat brauche ich dann die Wahlen dazu. Und das hätte natürlich bedingt, dass die BAWAG die größere Einheit gewesen wäre. Vielleicht war auch das der Grund. Es ist ja dann auch um die Vorsitzfrage, und so weiter gegangen, dass man hier nie zu einem gemeinsamen gekommen ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat in der BAWAG – jetzt nicht der einzelnen Personen, sondern halt der Gruppe der Betriebsräte in der BAWAG – und der Gruppe der Betriebsräte in der P.S.K. war verbesserungsfähig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich denke, wir sind aus zwei ganz verschiedenen Kulturen gekommen, und es hat, glaube ich, von beiden Seiten große Bemühungen zur Zusammenarbeit gegeben. Wir haben seit 2006 einen gemeinsamen Betriebsrat mit der P.S.K., der hervorragend funktioniert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Anscheinend gab es überhaupt vier Kulturen in der BAWAG in den letzten Jahren, wobei sich zwei nicht massiv unterschieden haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt ist natürlich die Frage spannend: Das eine war eine zentralistische, autoritäre Kultur, und das andere war was?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Eine Beamtenkultur, so habe ich es verstanden; von Kollegem Harwanegg nicht negativ dargestellt, sondern – wie haben Sie das gesagt? – eine effizient funktionierende ... (*Ingrid Streibel-Zarfl: Eine sehr flexibel funktionierende!*) War bei Ihnen in der BAWAG. Und die P.S.K. haben Sie wie charakterisiert? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Eine sehr strukturiert funktionierende!*) Ich meine, „flexibel“ ist ein Wort, da passt viel rein. (*Obmann Dr. Graf: „Flexibel“ heißt biegsam, oder?*) – Auch.

Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigung, darf ich nur festhalten: Ich meine eine andere Form von Flexibilität. Die BAWAG-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter waren immer sehr stolz darauf, dass Aufgaben, die ihnen gestellt worden sind, zügig umgesetzt wurden. – Das ist die Form von Flexibilität, die ich hier meine. (*Obmann Dr. Graf: Darauf ist doch jeder stolz, dass er Aufgaben zügig umsetzt, nicht nur die BAWAG-Betriebsräte!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie viel haben Sie als Mitglied des Aufsichtsrates verdient?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nichts; die Aufsichtsratsvertretung für Arbeitnehmervertretungen ist unentgeltlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Frage ist: Welche weiteren Kontakte haben Sie für Ihre Arbeit im Aufsichtsrat noch gehabt? Haben Sie sich von externen Stellen beraten lassen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Vielleicht darf ich sagen, wir haben in dieser Phase insgesamt entweder fünf oder bis acht Betriebsräte als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat

gehabt, je nach Größe des jeweiligen Aufsichtsratsgremiums. Ab 1996 bis 2004 gab es den zweiten Eigentümer mit der Bayerischen Landesbank, und in dieser Phase hatten wir dann acht Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Wir haben als Betriebsrat, weil ein Aufsichtsrat eine Körperschaft ist, die auch die Aufgabe hat, verschiedene Rollen wahrzunehmen, auch in der Auswahl der Betriebsrätinnen und Betriebsräte sehr stark darauf geachtet, dass wir breitflächig Kompetenz dargestellt haben, sowohl Kreditkompetenz als auch Bilanzkompetenz. Vor den Aufsichtsratssitzungen hat jeder die Aufgabe gehabt, sich einmal eigenständig die Unterlagen durchzulesen, dann hat es vor jeder Aufsichtsratssitzung eine Besprechung im Betriebsrat der Aufsichtsratsmitglieder gegeben, wo offene Fragen diskutiert worden sind, und es hat auch Vorbereitungen gegeben, wo uns der jeweilige Generalsekretär – das waren zu Beginn Mag. Legradi, dann Mag. Nakowitz, dann Mag. Sari und Mag. Leeb aus dem Generalsekretariat – für Fragen zur Verfügung gestanden ist, wenn wir Dinge genauer hinterfragen wollten. Wir haben uns natürlich auch externe Meinungen da und dort eingeholt, so wie es für notwendig erachtet haben, und wir haben uns zu Spezialfragen auch immer wieder interne Meinungen eingeholt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher extern?

Ingrid Streibel-Zarfl: Bei der Arbeiterkammer, in der GPA, in der letzten Zeit – aber das war erst ab der Fusion – auch bei Rechtsanwälten, da ist es aber speziell um Fusions- und Arbeitnehmerfragen gegangen, wo wir uns noch zusätzliche Informationen geholt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir haben erfahren, dass Sie eine Prokura haben? (***Streibel-Zarfl: Ja!***) – Seit wann haben Sie die?

Ingrid Streibel-Zarfl: Seit 1998.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sehen Sie eine Unvereinbarkeit darin, Betriebsrat zu sein und eine Prokura zu haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. – Bevor ich mich als Betriebsrat habe freistellen lassen, habe ich meine Ausbildung zur Filialleiterin mit ausgezeichnetem Erfolg absolviert gehabt. Ich war also knapp davor, die Leitung einer großen Filiale übertragen zu bekommen. Ich habe mich dann trotzdem, auf Grund einer Betriebsratswahl, weil ich denke, dass es auch Kompetenz in einem Betriebsrat braucht, für die Betriebsratslaufbahn entschieden. Und ich denke, aus der Gleichbehandlung heraus – das Arbeitsverfassungsgesetz sagt ja auch, dass Betriebsräte nicht benachteiligt werden dürfen – habe ich immer großen Wert darauf gelegt, nur das zu erreichen, was ich auch betrieblich erreicht hätte.

Die Prokura haben derzeit im Unternehmen 166 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in bestimmten Führungsaufgaben drinnen sind, und ich sehe auch meine Aufgabe als Führungsaufgabe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie als Prokura eine Vertretungsvollmacht der Firma nach außen? (***Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!***) – Haben Sie die jemals ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, den Titel haben Sie, das Geld bekommen Sie, als ob Sie ... Ist das eine Frage der Gage, oder ...?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, das ist ein Titel, der verliehen wird; natürlich ist es auch eine Frage der Gage bis zu einem gewissen Sinne.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben nie in einem Schriftverkehr oder jemals ... Sie haben ja vorhin gesagt, Sie waren freigestellte Betriebsrätin. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) Das heißt, Sie haben nicht für den Betrieb gearbeitet, sondern für die Arbeitnehmer im Betrieb, also jetzt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Ist das üblich in der Gewerkschaft, dass es viele Betriebsräte gibt, die eine Prokura haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Bankenbereich haben das viele; ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist das in anderen Banken auch üblich? (*Streibel-Zarfl: Ja!*) – Gibt es auch andere im Betriebsrat bei Ihnen, die Prokura haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja; die nicht freigestellt sind und bestimmte Tätigkeiten auch in Ihrer beruflichen Funktion ausüben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und in anderen Banken ist das auch üblich? (*Streibel-Zarfl: Ja!*) – Und die, die nicht freigestellt sind – da sehen Sie auch kein Problem?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der Zentralsparkasse und den Nachfolgeinstituten ist das auch sehr weit verbreitet.

Ingrid Streibel-Zarfl: Auch der Betriebsratsvorsitzende der CA, Karl Kainzner, war Prokurist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Amon, bitte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich noch einmal einhaken: Ihre Prokura war offenbar eine Prokura, um eine andere Einstufung zu bekommen, und nicht in erster Linie eine, um gleichsam geschäftliche Tätigkeiten an Sie zu übertragen. – Ist das richtig? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Sonst würde ich der Frage des Kollegen Krainer sehr viel abgewinnen, denn wenn man eine geschäftsführende Tätigkeit hat und gleichzeitig im Aufsichtsrat sitzt, kontrolliert man sich ja selbst. – Würden Sie das nicht so sehen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann sind Sie Prokuristin geworden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ab 1998; 1988 dienstfrei gestellt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Seit 1992 Vorsitzende im Betriebsrat (*Ingrid Streibel-Zarfl: Seit 1992 Vorsitzende im Betriebsrat!*), und seit 1998 Prokura. Warum nicht seit 1992? Also wenn schon, dann muss man das System schlüssig machen.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich denke, das waren Entwicklungsschritte, und ich habe das auch ganz bewusst immer im Vergleich gesehen damit: Wer hat mit mir im Unternehmen die Ausbildung vollendet gehabt und mit wem kann ich mich auch im Unternehmen vergleichen? Das heißt, und ich glaube, das sagt auch das Arbeitsverfassungsgesetz, dass man auch als Freigestellter parallel gemessen wird an vergleichbaren Positionen, und das war mir als Betriebsrat immer wichtig.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich stelle nicht Ihre Prokura in Frage, mir geht es nur um die Frage: Wenn jemand eine Prokura hat, die gleichsam ja eine Berechtigung ist, in gewissen Geschäftsbereichen geschäftsführend tätig zu sein, und gleichzeitig im Aufsichtsrat, der die Aufgabe hat, die Geschäftsführung zu beaufsichtigen, zu kontrollieren, sitzt, würden Sie daraus nicht eine Unvereinbarkeit erkennen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. Das müsste man bitte klären, aber das ist die Frage, die sich ... (*Abg. Krainer: Die Frage ist: Gibt es auch nicht freigestellte Betriebsräte?*) Ja, und die haben die Prokura auch.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und sind auch im Aufsichtsrat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die sind auch im Aufsichtsrat; also da geht es nicht nur um meine Funktion.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Nein, es war nur eine grundsätzliche Frage, ob Sie darin eine Unvereinbarkeit sehen. Aber Sie sagen, Sie sehen darin keine Unvereinbarkeit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es Betriebsräte im Aufsichtsrat, die keine Prokura haben? (**Streibel-Zarfl: Ja!**) – Wie ist das Verhältnis dort, unter den Betriebsräten?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben derzeit fünf Betriebsräte im Aufsichtsrat, zwei haben die Prokura, und drei haben sie nicht. (**Abg. Krainer: Und die zwei, die Prokura haben, sind beide freigestellt?**) Nein, meine Kollegin, die mit freigestellt ist, hat die Prokura nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie sind seit November 1990 im Aufsichtsrat, haben Sie gesagt. – Ist das richtig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja; dann wieder durchgängig nach der Karenz.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also auch davor schon?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das konnte ich jetzt auf Grund der Unterlagen nicht mehr verifizieren.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber kann man sagen, Sie sind wahrscheinlich eine der längstdienenden Mitglieder des Aufsichtsrates der BAWAG? (**Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!**) – Sie haben auch davon gesprochen, dass es spürbar unterschiedliche auch Kulturen, was die Generaldirektoren anlangt, gegeben hat und gibt. Können Sie das anhand des Ablaufs von Aufsichtsratssitzungen ein wenig schildern, worin sich diese Kulturunterschiede manifestiert haben oder manifestieren?

Ingrid Streibel-Zarfl: Also anhand der Aufsichtsratssitzungen wird es mir schwer fallen, sage ich ganz offen, denn für die Aufsichtsratssitzungen hat immer gegolten, dass es eine sehr ausreichende Berichterstattung gegeben hat, sowohl zur Bilanz als auch zu den Kreditverträgen. Das, was die Aufsichtsräte unterscheidet, ist, dass die Fragekultur und das Fragenstellen in den letzten Jahren leichter geworden sind.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also Sie sagen, es hat aus Ihrer Sicht eine ausreichende Kultur der **Information** gegeben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Aus meiner Sicht hat es immer eine ausführliche Information zur Bilanz gegeben, in jeder Aufsichtsratssitzung, die ... (**Abg. Amon: Aber Bilanz hat man ja nicht in jeder Aufsichtsratssitzung!**) Bei uns ist die Bilanz in jeder Aufsichtsratssitzung, es hat immer einen Quartalsbericht zur Bilanz gegeben (**Abg. Amon: Quartalsbilanz heißt das!**) – ja –, wo Aktiva/Passiva, Geschäftsentwicklung G und V, meist auch die Vorausschau, der Vergleich zum 30.6., immer sehr ausreichend und sehr ausführlich dargestellt wurden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber Sie haben gesagt, Sie haben keine Erinnerung daran, ob es in diesen Aufsichtsratssitzungen Berichte zur Innenrevision gegeben hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die hat es meiner Erinnerung nach nicht gegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben ausgeführt, dass über den Prüfbericht der Nationalbank aus dem Jahr 1994 berichtet wurde, dieser Ihnen aber nicht bekannt ist, also in Hardcopy nicht bekannt ist.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja. Soweit ich es in Erinnerung habe – aber da ist es jetzt auch schon schwierig, zu unterscheiden, was war Pressemitteilung, was war Aufsichtsrat –, ist berichtet worden, aber er ist nicht vorgelegt worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und selbiges haben Sie für den Prüfbericht der Nationalbank für das Jahr 2001 ausgeführt.

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, der ist nie im Aufsichtsrat vorgelegt worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Auch nicht berichtet worden. – Sie kennen ihn bis heute nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Auch nicht berichtet worden, und ich kenne ihn bis heute nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich Sie fragen, warum Sie im Aufsichtsrat bis heute nicht thematisiert haben, dass Sie diese Berichte nicht erhalten haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es sind jetzt Punkte daraus behandelt worden; es gibt ja jetzt auch wieder einen FMA-Bericht, wo die Punkte abgearbeitet werden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was heißt das? Ist das vorgelegt worden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Der 2001 ist bis jetzt nicht vorgelegt worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und der Bericht 1994 auch nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Der 94-er auch nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und was tut man als Aufsichtsratsmitglied? Mittlerweile ist ja einiges passiert. Nimmt man das weiterhin zur Kenntnis? Deshalb habe ich nämlich nachfragen wollen betreffend die Kultur der einzelnen Generaldirektoren, denn offensichtlich hat sich das Berichtswesen in keinster Weise verändert.

Ingrid Streibel-Zarfl: Natürlich! Es ist jetzt alles umgestellt worden, es wird jetzt viel breiter diskutiert und dargelegt, und es hat jetzt auch den FMA-Bericht gegeben. Gerade in der letzten Aufsichtsratssitzung ist auch berichtet worden, wie darauf geantwortet wird, bis wann die Dinge umgesetzt und erledigt werden. – Also da gibt es eine breite Berichtspalette dazu.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber ist das nicht ähnlich wie 1994, als es diesen kritischen Bericht der Nationalbank gegeben hat und dann die Auflagen des, ich glaube, Finanzministeriums, was alles künftig zu beachten ist bei diversen Karibik-Geschäften? Da haben Sie gesagt, da gab es eben gewisse Auflagen. Das haben Sie ausgeführt. – Dann hat der Aufsichtsrat aber nicht mehr überprüft, ob das auch tatsächlich eingehalten wurde.

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist bei den Karibik-Geschäften immer wieder berichtet worden, wie der Verlauf ist. – Das ist mir in Erinnerung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Vielleicht reden wir aneinander vorbei. – Noch einmal: Die Prüfberichte der Nationalbank 1994 und 2001 – 2001 ist überhaupt nicht berichtet worden; offenbar bis heute nicht – sind Ihnen als Aufsichtsratsmitglied und Betriebsratsvorsitzende bis heute nicht bekannt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Haben Sie jemals im Aufsichtsrat diese Berichte urgiert?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben erst im Laufe des Jahres 2006 davon erfahren, dass es diesen 2001-er Bericht gegeben hat. Jetzt ist ja sowieso alles in Umwälzung und Umarbeitung, sodass das jetzt einmal die Grundlage ist und wir das auch nicht eingefordert haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben das nicht eingefordert? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Und auch den 94-er Prüfbericht haben Sie nicht eingefordert? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt auch den 2003-er CAD-Bericht, und der ist bis jetzt auch verschwiegen, oder?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hat Sie das nicht interessiert?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich denke, jetzt liegt ohnehin ein neuer Bericht vor, der Auflagen gibt, und der interessiert uns jetzt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich denke mir nur, man macht sich ja Sorgen um sein eigenes Institut, wenn man Zentralbetriebsratsvorsitzender und so lange im Aufsichtsrat ist und es dann 1994 einen Prüfbericht gibt, der schon lange durch die Medien geht und im Aufsichtsrat nicht vorgelegt wird. – Sie fragen nicht einmal nach: Wo ist der? Ich möchte ihn sehen.

Es kommt 2001 ein Prüfbericht, der wochenlang durch die Medien geistert, und Sie fragen nicht nach: Wo ist der Prüfbericht? Ich möchte hineinschauen. – Das ist doch ein wenig eigenartig, wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten.

Ingrid Streibel-Zarfl: Vom 2001-er Prüfbericht hatte ich erst 2006 im Zuge der gesamten Berichterstattung Kenntnis.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie immer, das ist auch über ein Jahr her. Gab es dazwischen keine ... (*Abg. Mag. Stadler: Das nennen Sie „offenes Berichtsklima“ im Aufsichtsrat?*)

Ingrid Streibel-Zarfl: Hatte ich den Eindruck, ja. (*Abg. Mag. Stadler: ... falsch ist!*) Das nehme ich da zur Kenntnis, ja. Das ist bewusst am Aufsichtsrat vorbeigeführt worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber, Entschuldigung, mittlerweile gibt es ja, nicht zuletzt durch diesen Ausschuss, durch die mediale Berichterstattung, durch einen werdenden Prozess ... Ich meine, das ist ja nicht alles paletti. Und Sie haben bis zum heutigen Tag an wesentlicher Stelle diese Berichte nicht einmal nachgefragt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es hat dazu laufend Berichte im Aufsichtsrat gegeben, es ist nur der Bericht schriftlich nie vorgelegt worden. Dr. Koren ist fürs Restrukturierungsteam eingesetzt, da wird eine Menge umgesetzt und gemacht. Also bitte das nicht misszuverstehen, dass wir uns nicht dafür interessieren, aber da ist jetzt viel im Umbruch, es wird vieles verändert, es wird laufend darüber berichtet und die Bank wird in diesen Dingen komplett neu aufgestellt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass die Bank in Diskussion ist, sondern die Bank war ja schon zu Beginn der neunziger Jahre schwer in Diskussion mit den Karibik-Geschäften. Da gab es – und ich gehe davon aus, dass jemand, der in der Personalvertretung ist, der im Aufsichtsrat sitzt, auch die mediale Diskussion mitverfolgt – eine massive Diskussion. Es gab im Übrigen am Ende des Geschäftsjahres 1992 aushaftende Gelder aus den Spekulationsgeschäften in einer Größenordnung von 32,6 Milliarden Schilling, 16 Prozent der Bilanzsumme, das Dreieinhalbfache des Haftungskapitals der BAWAG. – Ich meine, da macht man sich doch als Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsrat wohl Sorgen, wenn man das sieht. Sie haben gesagt, es gab Quartalsberichte. Also ich gehe davon aus, dass am Ende des Jahres 1992 bereits dieser Bericht vorgestellt wurde, das erste Mal, ganz massiv.

Ingrid Streibel-Zarfl: Da muss ich sagen, das ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das hat sich dann dahingezogen; es wurde berichtet: alles zurückgeführt, alles in Ordnung. – Dann kam 1994, dann kam dieser

Prüfbericht, der ja auch nicht allen verborgen geblieben ist, sondern der auch damals durch die Medien gegangen ist. Sie haben damals wieder geglaubt, dass alles paletti ist bis hinauf ins Jahr 2007, bis heute.

Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sie haben gesagt, diese Berichte wurden Ihrer Meinung nach – oder wie haben Sie das gemeint? – bewusst am Aufsichtsrat vorbeigeführt. Wer hat sie und auf welchen Auftrag hin wurden sie vorbeigeführt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Auf Grund der Berichterstattung des letzten Jahres und der Vorkommnisse, Dinge, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, wonach es diese Berichte gibt, diese aber dem Aufsichtsrat nie vorgelegt worden sind, muss ich annehmen, dass sie bewusst am Aufsichtsrat vorbeigeführt worden sind.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Und was nehmen Sie an: In welchem Auftrag wurden sie vorbeigeführt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich nehme an im Auftrag des Vorstandes.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Ihre Aufgaben und Pflichten als Aufsichtsratsmitglied sind Ihnen bekannt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Sie haben auch erwähnt, dass es keine Protokolle über die Sitzungen gegeben hat (*Ingrid Streibel-Zarfl: Oja, es hat Protokolle gegeben, und sie wurden vor jeder ...!*) – ich habe noch nicht ausgesprochen (*Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigung!*) –, die vorgelegt wurden. Haben Sie sich vor den Aufsichtsratssitzungen informiert oder haben Sie im Generalsekretariat Einschau gehalten?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich bin jedes Mal ins Generalsekretariat und habe Einschau gehalten.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Eine Frage noch zu Ihrer Funktion. Nach AVG ist es völlig klar, dass, wenn man eine leitende Position in einem Unternehmen hat – und das steht ganz genau drinnen –, wenn man maßgeblichen wirtschaftlichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, das unvereinbar ist mit einer Betriebsratstätigkeit. Ist das immer so gewesen in der BAWAG, dass da niemand nachgefragt hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich bin für 4 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar zuständig, für 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern. Meine Aufgabe hat sehr große strategische Komponenten, meine Verhandlungsgegenüber sind der Vorstand und das Management – und schauen Sie bitte auch in die anderen Betriebe hinein, da ist das eine vergleichbare Position.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Das stimmt ja nicht! In der Privatwirtschaft ist das in vielen Bereichen nicht der Fall. Aber gut, wenn man es nicht überprüft, wenn man das zulässt und wenn es noch dazu so gewählt wird, dann ist es so; ob das jetzt für 4 000 Leute so ist oder für, ich weiß nicht, 100 Leute. – Gut, das war so in der BAWAG.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich beziehe mich jetzt nur auf Ihre Aussagen hier, denn ich glaube, inwieweit Sie speziell oder der Aufsichtsrat als Ganzes vom 2001-er Prüfbericht aus Medienberichten wussten, lässt sich nicht klar eruieren. Da ist möglicherweise der Vorhalt auch nicht zutreffend, denn 2001/2002 ist ja nichts von dem Bericht in den Medien gestanden, und der ist offensichtlich am Aufsichtsrat vorbei. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) Die Frage vorher war nur, ob Sie sonst etwas mitbekommen hätten im Haus. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Das haben wir jetzt beantwortet.

Aber eine Sache haben Sie selbst gesagt, und ich beziehe mich auf die Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte. Sie sagten, auch das deckt sich mit Unterlagen und Befragungen – hier schon –, dass die Wiederaufnahme erstens einmal sehr wohl im Aufsichtsrat diskutiert wurde – Sie haben sogar gesagt: eine breite Diskussion (*Ingrid Streibel-Zarfl: Soweit ich es in Erinnerung habe!*); ja, ist ja in Ordnung – und dann ohnehin mit Auflagen. Das ist offensichtlich im Aufsichtsrat Ihrer Wahrnehmung und Erinnerung nach so diskutiert worden. Eine davon war, nämlich den Aufsichtsrat selbst betreffend: regelmäßige Berichte im Aufsichtsrat nötig.

Das haben Sie hier gesagt, das ist auch das, was Elsner der Bankenaufsicht, damals noch im Finanzministerium angesiedelt, versprochen hat; da hat es sich sogar Herr Dr. Gancz angetan, irgendwann einmal eine Niederschrift zu verfassen. Und andere Hinweise gibt es auch. Wie oft ist nun regelmäßig im Aufsichtsrat und in welcher Weise über den Fortgang, Erfolg der Karibik-Geschäfte berichtet worden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Meiner Erinnerung nach ist das in den Jahren ein- bis zweimal sicher passiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Welchen Inhalts waren diese Berichte?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass die Geschäfte erfolgreich laufen, dass es Gewinne gibt und zu den Rahmenbedingungen durchgeführt werden und dass auch die Innenrevision die Prüfungen durchgeführt hat, nur der Bericht der Innenrevision ist nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Mit „Rahmenbedingungen“ ist gemeint, die den damaligen Vereinbarungen entsprochen hätten? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Haben Sie eine Erinnerung daran – ich frage Sie gar nicht nach Ihrer Rolle in dieser kniffligen Sache –, haben Sie Wahrnehmungen, ob andere Aufsichtsratsmitglieder bei den Karibik-Geschäften Nachfragen gestellt haben? Bei Durchsicht der Protokolle konnten wir eine Nachfrage Ihrerseits jetzt schriftlich nicht entdecken; aber möglicherweise ist das nicht Ihre erste Aufgabe dort. Aber haben Sie Wahrnehmungen, dass andere nachgefragt hätten?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kann mich erinnern, als die Bayern, die BLB, 1996 in den Aufsichtsrat gekommen sind, dass es noch einmal einen ganz ausführlichen Bericht dazu gegeben hat, wo auch die Vertreter der Bayerischen Landesbank einige Dinge nachgefragt haben. Und ab diesem Zeitpunkt habe ich in Erinnerung, dass es trotzdem die eine oder andere Frage dazu gegeben hat, aber wer sie gestellt hat, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn ich Sie konkret nach Herrn Hochleitner frage: Hat er einmal so eine Frage gestellt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Staatskommissäre sind wieder anders im Aufsichtsrat vertreten. Was haben Sie für eine Erinnerung an die Aktivitäten des Staatskommissärs und dessen Stellvertreter? Stimmt es, dass die meistens zu zweit anwesend waren?

Ingrid Streibel-Zarfl: Soweit ich das in Erinnerung habe, waren sie meistens zu zweit anwesend, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Und Sutter war aber eigentlich Staatskommissär?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, und Mantler war sein Stellvertreter.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wie hat der gewirkt im Aufsichtsrat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe sie nicht in einer aktiven Rolle erlebt. Sie haben sich die Dinge angehört, haben kaum Fragen gestellt, haben Fragen beantwortet – wie das eine Mal bei den Sondergeschäften –, die an sie gestellt worden sind. Nach diesem Refco-Kredit im Oktober 2005 haben sich die Staatskommissäre aktiver eingebracht. Auf Grund des Verhaltens der Staatskommissäre musste ich annehmen, dass alles in Ordnung ist, dass sie den Verlauf beobachtet haben und dass keine Einwände gegen das Geschehen vorliegen. Ich darf vielleicht anmerken, ich bin als Arbeitnehmervertreterin auch noch in einem Aufsichtsrat der **Allianz Pensionskasse**, dort erlebe ich die Staatskommissäre aber auch als Zuhörende. Also mir wäre auch da kein Unterschied aufgefallen.

Ich musste für mich daraus schließen, dass es keinen Einschreitungsgrund gibt. Es ist ja im Aufsichtsrat beschlossen worden, dass die Protokolle einsehbar sind, und da hat auch der Staatskommissär keinen Einwand erhoben oder gesagt: Passt auf, was ihr da tut!, oder so. Sie haben zugehört, sie waren bei allen Sitzungen anwesend.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber haben sich Ihrer Erinnerung nach nicht durch besondere Nachfragen hervorgetan?

Ingrid Streibel-Zarfl: Meiner Erinnerung nach nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie zu Herrn Sutter so ein Verhältnis gehabt, dass Sie auch Bankdinge mit ihm besprochen haben? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Dann wissen Sie auch nicht, welche Geschenke er vom Generaldirektor angeboten bekommen hat? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Haben Sie keine Wahrnehmung dazu? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Sie allerdings haben hin und wieder zu Weihnachten Geschenke bekommen, kleinerer Art allerdings. – Ist das richtig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, es hat ein Weihnachtsgeschenk an alle Mitglieder des Aufsichtsrates gegeben, und das haben auch die Betriebsräte erhalten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das waren in der Regel diese Gläser. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Diese sechs Gläser und zwei Bücher, ja!*) Da brauchen wir nicht weiter zu fragen, da gibt es nämlich interessanterweise in Ihrem Institut eine penible Aufzeichnung darüber. Ich weiß gar nicht, ob Sie da wissen. Das ist allen zugänglich, insofern erspare ich mir weitere Fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Rossmann setzt fort.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ganz habe ich das noch nicht verstanden mit dem Zentralbetriebsrat. Da gab es offensichtlich einen „Streit“ – wenn ich das unter Anführungszeichen einmal so formulieren kann – zwischen Harwanegg und Ihnen. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Kann man das nicht so interpretieren? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, sicher nicht!*)

Was war der Hintergrund dafür, dass es nicht zu der von Harwanegg angestrebten Lösung gekommen ist? Können Sie das noch einmal ein bisschen schildern?

Ingrid Streibel-Zarfl: Noch einmal: Mir ist das anders in Erinnerung, nämlich dass auch ich mich sehr bemüht habe, zu einem gemeinsamen Betriebsrat zu kommen, und dass das halt auch seine Zeit braucht – wir waren ja noch nicht komplett fusioniert –, bis das in einem Unternehmen greift. Aber wir haben zwischenzeitig immer wieder Arbeitskreise eingerichtet gehabt, um gemeinsame Themen anzugehen.

Es hat dann natürlich in dem einen oder anderen Punkt Auffassungsunterschiede gegeben. Als wir zum Beispiel die Ausgliederung des Zahlungsverkehrs hatten, hat der Betriebsrat der P.S.K. großen Wert darauf gelegt, gegen die Ausgliederung zu stimmen, und wir haben in einer Betriebsvereinbarung die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, die wir hatten, abgesichert. Das war für uns dann die Grundlage, dass wir der Ausgliederung zustimmen, was dazu geführt hat, dass ein Teil der Belegschaft abgesichert war und der andere nicht. Das war dann schon schwierig, aber wir konnten nicht zu einer gemeinsamen Unterfertigung der Betriebsvereinbarung kommen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt also, Harwanegg wollte nicht zulassen, dass es zu zwei unterschiedlichen Dienstrechten kommt, wenn ich das jetzt richtig interpretiere?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, er wollte die **Ausgliederung** nicht zulassen. Wir haben im Wissen, dass das trotzdem gemacht wird, einfach bestmöglich versucht, die Kolleginnen und Kollegen, die davon betroffen sind, arbeitsrechtlich so abzusichern, dass sie sogar ein Rückkehrrecht ins Unternehmen haben, wenn zum Beispiel diese Zahlungsverkehrsgesellschaft weiterverkauft werden würde. Das war uns besonders wichtig, weil wir das als Interessenvertretung im Betriebsrat sehen: die Kolleginnen und Kollegen abzusichern. Das haben wir durchgesetzt, und das ist von der Mannschaft auch sehr goutiert worden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Es hat also keine verschlechternden Dienstrechte durch die Ausgliederung gegeben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein! Für die Kolleginnen und Kollegen, die davon betroffen waren, konnten wir das verhindern.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt, Harwanegg war grundsätzlich – das kann man so festhalten – gegen die Ausgliederung, und dieser Auffassungsunterschied konnte eben nicht aus dem Weg geräumt werden. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist nicht ausgegliedert worden, sondern dieser Betriebsteil ist von der BAWAG in die P.S.K. ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, Entschuldigung, Herr Vorsitzender, es hat dann einen weiteren Schritt gegeben, dass man dann einen Teil des Zahlungsverkehrs in eine eigene Tochtergesellschaft ausgegliedert hat, um dann mit der Erste Bank zur Zusammenarbeit zu kommen. Und um diesen Aspekt, um diese Ausgliederung ist es zum Beispiel gegangen, und da haben wir unsere Kolleginnen und Kollegen ganz massiv absichern können. Das war für uns als Betriebsrat der wesentliche Aspekt, weil wir ja wissen, dass wir manche Dinge nur schwer verhindern können, aber da geht es einfach darum, die Absicherung zu schaffen. Es ist auch von den Kolleginnen und Kollegen sehr goutiert worden, dass wir das für sie durchsetzen konnten.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aha, also die Mehrheit der Belegschaft war hinter Ihnen (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) und nicht hinter Harwanegg, wenn ich das jetzt ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, in diesem Punkt ja. Vielleicht darf ich auch erwähnen: Ich bin ja seit 1992 Vorsitzende, und seit dem Gemeinsamen hat es ja auch Betriebsratswahlen gegeben, wo ja schon verschränkte Belegschaften waren. Wir haben im Jahr 2006 die letzte Betriebsratswahl gehabt, und unsere Liste hat immer 75 Prozent der Stimmen erhalten. Das zeigt doch eine deutliche Zustimmung und aus meiner Sicht auch Anerkennung für unsere Arbeit.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ein zweiter Punkt: Gesprochen wurde schon über die Innenrevision und die Mängel. Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates gehabt in Bezug auf das Risikomanagement, das ja sowohl im Bericht der OeNB – das sage ich Ihnen jetzt – 1994 und 2001 kritisiert wurde? War das je ein Thema in den

Aufsichtsratssitzungen? (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Nein!*) – Nie? (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Nein!*)

Es wurde nie über das Risikomanagement gesprochen in all den Aufsichtsratssitzungen, an denen Sie teilgenommen haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, meiner Erinnerung nach nicht. Ich meine, es hat die Berichte in den Jahresberichten gegeben des Wirtschaftsprüfers, wo alles als in Ordnung dargestellt worden ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann haben Sie oder haben Sie überhaupt Kenntnis erlangt von Mängeln im Risikomanagement der BAWAG?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Vorjahr durch die öffentlichen Berichte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine andere Frage: Sie haben gesagt – wie auch Harwanegg –, Sie haben Beratung und Rat gesucht bei GPA und Arbeiterkammer. In welchen Fragen haben Sie hier Rat gesucht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das waren vor allem Themen im Zusammenhang mit der Fusion, arbeitsrechtliche Fragen, aber auch gesellschaftsrechtliche Fragen zu Einzelthemen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und was haben da die Beratungen etwa zu den gesellschaftsrechtlichen Fragen ergeben im Hinblick auf die Fusion?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das war zum Beispiel ein Thema bei den Teilbetriebsübergängen. Da haben wir mit Abteilungen der Arbeiterkammer, vor allem was das Arbeitsrecht anlangt, sehr eng zusammengearbeitet und unser Know-how erfahren. Da sind unsere Betriebsvereinbarungen, unsere Beschlüsse überprüft worden, begleitet worden, und das haben wir hier in der Frage ...

Wir haben aber parallel zu dieser Betriebsvereinbarung auch noch einen Anwalt extra beschäftigt gehabt, weil wir mehrere Komponenten absichern wollten, um hier den bestmöglichen Weg zu gehen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wurden da Mängel festgestellt? (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Nein!*) – Herr Harwanegg hat uns berichtet, dass einerseits sozusagen die Unterlagen mangelhaft gewesen seien, aber auch, dass es Fehler in der Abspaltung gegeben hätte. – Diese Erfahrung können Sie nicht bestätigen? (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Nein!*)

Eine andere Frage betrifft die Garantie des ÖGB zur Rettung der BAWAG. – Wurde darüber im Aufsichtsrat jemals berichtet?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, nie.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Überhaupt nichts? Wann haben Sie dann Kenntnis von diesen ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Erst 2006, als die Dinge ins Rollen gekommen sind.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Okay. Danke, das war es vorerst einmal.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe ein paar Fragen zum Verständnis. Sagen Sie: Wenn die Prokura auch geldmäßig verbunden war – Sie haben das vorher gemeinsam mit dem Kollegen Krainer so schön genannt, ich weiß nicht, aber auch egal, wie –: Um wie viel Prozent ist das Gehalt dann erhöht worden monatlich oder in absoluten Beträgen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Prokura ist im Bankenbereich damit verbunden, wir haben die Stufe VI/28, das ist im Kollektivvertragsschema die höchste Stufe, die erreicht

werden kann und die wird mit der Prokura erreicht, beziehungsweise gibt es dann darüber hinaus eine Gehaltsmaßnahme.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, wie viel hat die ungefähr ausgemacht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß es einfach nicht mehr. Ich kann Ihnen aber gerne mein Gehalt offenlegen, wenn Sie das interessiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mich interessiert an sich nur, wie der Sprung von Nicht-Prokura zu Prokura war, von mir aus auch in absoluten Beträgen oder in Prozentbeträgen, wie es Ihnen lieber ist.

Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigen Sie, das liefere ich gerne nach.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bitte darum.

Zahlungsverkehr ausgegliedert, gut verhandelt für die Mitarbeiter, die mitgegangen sind, aber die Mitarbeiter, die neu angestellt werden, haben natürlich keinen Banken- oder Sparkassen-Kollektivvertrag mehr, sind ganz niedrig angestellt, oder?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, das ist leider so. Da bemühen wir uns im Bankenbereich jetzt schon seit mehr als zehn Jahren um einen gemeinsamen Kollektivvertrag für ausgegliederte Unternehmen und konnten das in den Arbeitgeberverhandlungen leider noch nicht durchsetzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir noch ein wenig bei der Prokura. Die Prokura könnte Ihnen der Vorstand jederzeit entziehen? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Das würde bedeuten, dass Sie dann gehaltsmäßig wieder zurückfallen würden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das bedeutet das nicht unbedingt, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht unbedingt, aber das müsste zunächst geklärt werden. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Ist es möglich, dass diese Prokura, die Sie im Grunde nie ausgeübt haben, in Wirklichkeit ein „Gängelungsinstrument“ war? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Keine Form der Gängelung einer Betriebsratsvorsitzenden? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Haben Sie diesen Eindruck nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich darf vielleicht auch dazusagen, noch einmal: Ich bin immer davon ausgegangen, auch in meiner eigenen Karriere: Was hätte ich ohne Betriebsratskarriere auch erreicht? Denn das ist die Vergleichsbasis. Und ich denke, das ist ein wichtiger Aspekt, der zusteht. Alle, die mit mir den Kurs zum Filialleiter absolviert haben, haben in etwa in dem Zeitraum auch die Prokura erhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Streibel-Zarfl, es wäre auch möglich, Ihnen das Gehalt zu geben in Form eines geänderten Dienstvertrages (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*), ohne dass man Sie mit einer Prokura gängelt.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, wobei ich auch die Prokura als nichts so Großartiges gesehen habe, dass man es ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich glaube schon, dass Sie von der Prokura nichts abbeißen können, sondern Sie können nur vom Gehaltszuwachs etwas haben. Und diesen Gehaltszuwachs könnten Sie auch in Form eines geänderten Dienstvertrages haben, ohne dass man Sie dann permanent gängeln könnte. Verstehen Sie, jetzt geriere ich mich als Ihr Gewerkschaftsvertreter. Ich würde mir eine Zentralbetriebsrats...

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich hätte mich als Betriebsrat nie gängeln lassen! Entschuldigung!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich würde mir eine Betriebsratsvorsitzende wünschen, die nicht im Verdacht steht, jederzeit durch einen Entzug der Prokura gegängelt werden zu können! – Das ist der Ansatz, den ich habe.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich hätte mich und ich lasse mich nie gängeln (*Abg. Mag. Stadler: Gut!*), und die Gehaltsmaßnahme kann auch anders erfolgen. Aber ich denke, es ist auch eine Transparenz gegenüber den ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das der Herr Generaldirektor Elsner auch so gesehen hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zu diesem Thema noch: Ich habe eine Zeit lang in der Zentralsparkasse gearbeitet, da hat es dieses System auch gegeben. Und ich weiß, dass die Belegschaft breites Raunen immer darüber ausgeübt hat, alle, das hat niemand verstanden. Das ist mangelndes Gespür. Man wählt sie dann trotzdem, weil man sich in Wirklichkeit seine Karriere nicht verbauen will. Das ist System.

Mit der arbeitsverfassungsrechtlichen Gleichbehandlung stimmt das insofern nicht, denn wenn irgendein Kollege von Ihnen plötzlich Vorstand wird, müssen Sie dann auch einen Geschäftsführer oder Vorstandsdirektor bekommen? – Aber bitte, das ist halt eine Frage der Kultur. Und genau um die geht es ja, denn die Kultur, die dort gelebt wurde, war halt förderlich für das, was dann am Ende passiert ist.

Ingrid Streibel-Zarfl: Herr Vorsitzender, darf ich versuchen, das noch einmal richtig zu stellen? – Die Gleichbehandlung habe ich so gesehen: Was hätte ich überhaupt in dem Unternehmen für eine Karriere erreichen **können?** Nicht, was erreichen meine Kollegen für eine Karriere, sondern was ist hier vergleichbar.

Ich habe im Betriebsrat berichtet, dass mir die Prokura verliehen wird – es muss ja auch im Aufsichtsrat darüber abgestimmt werden. Es hat im Betriebsrat **niemand** hier bemängelt, dass sie mir verliehen wird. Ich denke, es war für mich ein Zeichen der Transparenz, dass ich nicht im Hintergrund klammheimlich einen Vertrag mache, sondern dass das klar und offensichtlich ist, dass ich die Prokura erhalten habe. Für mich war es eher ein Zeichen der Transparenz, als im Hintergrund einen Vertrag zu machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich rede von der Gängelung, verstehen Sie? Wenn man einem Betriebsratsvorsitzenden jederzeit eine Bonifikation wegnehmen kann, dann verhält er sich anders, als wenn ihm das nicht weggenommen werden kann. Das ist der Punkt. Aber ich will das jetzt nicht weiter vertiefen, ich habe mir meine Meinung dazu gebildet.

Ich frage jetzt: Haben Sie mitbekommen, dass Herr Büttner bereits im Oktober 2000 ein Gedächtnisprotokoll über eigenartige Vorgänge im Vorstand gemacht hat? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Ist das im Hause nie publik geworden, auch jetzt nicht, dass er dieses Gedächtnisprotokoll beim Notar hinterlegt hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welchen Eindruck hatten Sie von der Gestion des Herrn Büttner?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass er fachlich sehr kompetent ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er bei den Karibik-Geschäften eine Rolle gespielt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Er ist ab 1996 im Vorstand gewesen, weil er ja durch die Bayerische Landesbank diesen Vorstand erhalten hat. Und nachdem er Leiter und für

das Treasury verantwortlich war, gehe ich davon aus, dass er die Gestion hier auch sehr maßgeblich überprüfen musste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er hat tatsächlich in Wahrheit an diesen Karibik-Geschäften viel stärker mitgemischt, als er nach außen darstellen möchte?

Ingrid Streibel-Zarfl: Er war fürs Treasury verantwortlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte dieses Gedächtnisprotokoll mit Ihnen ganz kurz durchgehen.

Er schildert hier zunächst einmal die Assets für drei Stiftungen – das tut jetzt nichts zur Sache. Dann leitet er ein, dass zur formalrechtlichen Absicherung auf einmal im Jahre 2000 rückwirkend Vorstandsbeschlüsse rückdatiert mit Oktober 1998 und Juli 1999 gefasst wurden.

Haben Sie Kenntnis davon, ob weitere Rückdatierungen von Vorstandsbeschlüssen oder anderen Aufsichtsratsbeschlüssen stattgefunden haben? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Sie haben dazu also keinerlei Wahrnehmungen gehabt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*)

Hat es in Ihrer Zeit im Aufsichtsrat irgendwann einmal eine Rückdatierung von Beschlüssen gegeben? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Im Aufsichtsrat? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Er berichtet ferner davon, dass Zwettler und Nakowitz bei diesen drei eigenartigen Stiftungen eine tragende Rolle gespielt haben. Ist das auch Ihre Wahrnehmung gewesen? Welche Rolle hat Herr Zwettler wirklich gespielt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Zwettler war dann Generaldirektor beziehungsweise maßgeblich unter Elsner für die Bilanz und für den Bereich Beteiligungen verantwortlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er war im Grunde für die Schönung der Bilanz zuständig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht, aber er war für die Bilanz verantwortlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Sie fragen im Zusammenhang mit der Errichtung der Bilanz: Wann wurde zum ersten Mal davon berichtet im Aufsichtsrat beziehungsweise ist Ihnen als Zentralbetriebsratsvorsitzende zur Kenntnis gelangt, dass der ÖGB eine Haftung übernehmen musste, damit man überhaupt eine Bilanz erstellen kann?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im März 2006, voriges Jahr, als das dann auch in den Medien war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben als Zentralbetriebsratsvorsitzende *nie* erfahren, dass der ÖGB eine Haftung übernehmen musste?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nie. Nie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben auch nicht davon erfahren, dass der Wirtschaftsprüfer gar keine Bilanz hätte testieren können, wenn nicht eine Haftung vorgelegen hätte? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nie!*)

Welche Rolle hat Herr Nakowitz der gespielt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Herr Nakowitz war einige Jahre Leiter des Generalsekretariats und ist dann, als Zwettler zum Generaldirektor bestellt wurde, Vorstandsdirektor geworden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatte er mit der Bilanzierung im engeren Sinn auch zu tun?

Ingrid Streibel-Zarfl: Herr Nakowitz war ab dem Zeitpunkt, wo Zwettler praktisch Generaldirektor war, der Vorstand, der die Bilanz im Aufsichtsrat berichtet hat und dafür zuständig war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt aber noch vom Oktober 2000.

Hier schreibt Herr Büttner: Anmerkungen: Federführend in der Gestaltung dieser Transaktion sind Zwettler und Nakowitz; unter den Vorgaben von E. – E. wie Elsner. Winter, Schatzer, Schmidt und Valenta sind eingeweiht und helfen mit, schreibt er hier.

Was meint er damit: federführend sind Zwettler und Nakowitz? Welche Federführung haben die im Unternehmen gehabt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Mir sind die Vorgänge erst jetzt auch bekannt geworden, ich kann nicht sagen, was die für ... – Ich meine, Zwettler war Generaldirektor, und Nakowitz war für die Bilanz zuständig. Aber ich kann nicht aus der Phase heraus berichten, weil es mir zu dem Zeitpunkt nicht bekannt war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Jahr 2000 war Nakowitz wofür zuständig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Jahr 2000 war Nakowitz noch Generalsekretär.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Zwettler war damals für die Bilanzierung zuständig?

Ingrid Streibel-Zarfl: Zwettler war damals, soweit ich das jetzt in Erinnerung habe, als Vorstand für die Bilanz und für die Beteiligungen zuständig, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Für die Bilanz und die Beteiligungen. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Die Staatsanwaltschaft hat im Jahre 1994 eine anonyme Strafanzeige von wirklich gut informierten BAWAG-Insidern bekommen. Hat diese Strafanzeige in der BAWAG eine Rolle gespielt? Ist die bekannt geworden? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Das erscheint mir wenig plausibel, zumal es dann sogar Einvernahmen dazu gegeben hat.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kann mich nicht daran erinnern, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben keine Erinnerung mehr daran? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Wenn ich Ihnen die Strafanzeige vorhalten oder vorlesen würde, erinnern Sie sich dann an den Inhalt? Es müssen ganz offenkundig gut informierte Leute aus Ihrer Bank gewesen sein, die am 28. April 1994 eine Strafanzeige gegen Flöttl bei der Staatsanwaltschaft Wien eingereicht haben. – Ich lese Ihnen die Strafanzeige vor. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Bitte!*)

„Aus Gründen des persönlichen Schutzes können wir – zwei Mitarbeiter der BAWAG in gehobener Position – diese Anzeige gegen Herrn Walter FLÖTTL nur anonym erstatten.“

Durch die nunmehr in der Öffentlichkeit durch die Berichte in zahlreichen kompetenten Wirtschaftszeitungen bekannten Tatsachen rund um die Geheimgeschäfte der BAWAG“

– wohlgemerkt: in „Wirtschaftszeitungen“, wo über Ihr Unternehmen berichtet wurde; ich nehme an, dass Sie auch die Zeitungen lesen, im Rahmen der Dienstfreistellung ist es Ihnen auch sicher möglich –

„scheint es als erwiesen, daß Walter FLÖTTL als Generaldirektor der BAWAG seine Stellung vorsätzlich missbraucht hat. Der Verdacht der vorsätzlichen Verschleierung der Geschäfte, der vorsätzlichen Steuerhinterziehung, der vorsätzlichen Unterdrückung der Informationen über diese risikoreichen Geschäfte an den Aufsichtsrat und an die Bankenaufsicht ist für uns erwiesen. Wir finden, daß es nun Zeit ist, daß sich die Staatsanwaltschaft um diese strafbaren Tatbestände kümmert und die entsprechenden Vorerhebungen einleitet. Da ein großes Obligo noch aushaftet und ein riesiger Verlust droht, sind Kundengelder, vor allem Gewerkschaftsgelder aus dem Streikfonds, gefährdet, sodaß es angebracht erscheint, über die BAWAG ein vorläufiges Geschäftsverbot zu verhängen, bzw. die Geschäfte der Bank unter Staatsaufsicht zu stellen.

Namhafte politische Funktionäre – vor allem der Gewerkschaftspräsident VERZETNITSCH – werden versuchen, die Sache herunterzuspielen. In diesem Zusammenhang wäre auch zu untersuchen, ob sich nicht hochrangige Herren aus diesem Dunstkreis zu Mittätern entwickelt haben.

Unser Glaube an die rechtsstaatliche Ordnung wäre sehr erschüttert, würden gegen Walter FLÖTTL keine gerichtlichen Erhebungen eingeleitet.“ – Zitatende.

Sagt Ihnen diese Strafanzeige noch etwas? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Die ist im Haus nicht zirkuliert?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. Ich kann mich zumindest nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich kenne in Österreich das politische System mittlerweile so gut, dass vor allem anonyme Anzeigen wie nur was zirkulieren, Medienberichte wie nur was zirkulieren. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass es hier eine Insel gibt, wo Derartiges nicht stattfindet, nur weil Herr Elsner an der Spitze dieser Insel sitzt. Das glaube ich nicht. Wenn Ihnen die Erinnerung kommt, dann ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kann mich nicht erinnern!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die nächste Frage, die ich Ihnen stellen möchte, bezieht sich auf den **Atomic-Konkurs**.

Haben Sie noch in Erinnerung, was im Aufsichtsrat über die Notwendigkeit des Atomic-Konkurses berichtet wurde?

Ingrid Streibel-Zarfl: Auch das habe ich nur mehr ungefähr in Erinnerung. Im Aufsichtsrat ist berichtet worden, dass dort – und es war auch so im Bild da – praktisch zwei Patriarchen, nämlich Flöttl und Rohrmoser, die ja lange Zeit auch durch Freundschaft verbunden waren, in der Schwierigkeit der Firma dann aufeinandergeprallt sind, dass hier Rohrmoser trotz mehrmaliger Versuche durch die BAWAG, das Unternehmen zu retten, nicht bereit war, auf die Vorschläge einzugehen, und dass letztendlich dann der Konkurs ausgesprochen werden musste, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Dann hat es ja den Weiterverkauf an Amer gegeben, und wieder das florierende Unternehmen. Das ist mir dazu in Erinnerung, und so sind auch die Berichte meiner Meinung nach gelaufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, dass es da zu einer Änderung kam in der Rechtsvertretung der BAWAG, von Rechtsanwalt Dr. Frotz zu Dr. Gehmacher?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, zumindest ist es mir nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie in Erinnerung, wann zum ersten Mal die BAWAG mit **Amer** Kontakt aufgenommen hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich nehme an im Zuge dieses Umfelds, aber auch da könnte ich mich jetzt nicht erinnern, welches Jahr das war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Aufsichtsrat der P.S.K. – Zentralbetriebsratsvorsitzender, nicht Aufsichtsrat – Zentralbetriebsratsvorsitzender als solcher im Aufsichtsrat, so muss ich sagen, Herr Harwanegg hat uns berichtet, dass irgendwann einmal – er konnte sich nicht mehr genau erinnern, wann das war – über eine Ausweitung des Treasury auf 5,5 Milliarden berichtet wurde und dass darin die Finanzierung der Eurofighter-Produktion mit inkludiert war. – Haben Sie eine Erinnerung daran? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Wenn ich Ihnen vorhalte, dass Herr Harwanegg dann mit seinen weiteren Betriebsräten eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung der P.S.K. verlangt hat: Erinnern Sie sich an den Vorgang?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß nur, dass es einmal eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung der P.S.K. gegeben hat. Aber nachdem ich nicht im Aufsichtsrat der P.S.K. bin, weiß ich nicht, was dort abgehandelt worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat aber Ihre Bank auch betroffen. Diese Finanzierung der Eurofighter-Beschaffung ging ja damals auch durch die Medien.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, aber das Geschäft ist mir so nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Harwanegg hat sich ferner bitter darüber beklagt, dass er von Ihnen keine Unterstützung bekommen hat, als Herr Elsner mit Klagen gegen ihn vorgegangen ist – das heißt, BAWAG und P.S.K., vertreten durch Elsner und Koren. Und gleichzeitig ist Elsner persönlich mit einem Strafverfahren nach § 111 StGB gegen Herrn Harwanegg vorgegangen. Er habe von Ihnen keine Unterstützung bekommen, hat er geklagt.

Ingrid Streibel-Zarfl: Er hat sich auch nie um Unterstützung an mich gewandt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diesen Eindruck hat er hier im Ausschuss *nicht* vermittelt. Herr Harwanegg hat gesagt, er hätte sich von Ihnen Unterstützung gewünscht. Da muss es ja auch innerhalb der Belegschaft eine breite Diskussion darüber gegeben haben. Es gab ja auch wütende Rundschreiben des Herrn Elsner gegen Herrn Harwanegg.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, aber es hat hier keinen Wunsch an uns gegeben, ihn da zu unterstützen. Ich habe eher in Erinnerung, dass Herr Harwanegg auch großen Wert darauf gelegt hat, das selbst durchzustehen und zu machen, weil ihm das auch sehr wichtig war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch eine Feststellung. Es gibt ein Schreiben von Herrn Weninger, Vizepräsident des ÖGB, vom 11.2.2002, an Herrn **Dr. Tschirf**; das zitiere ich nur, um das Sittenbild zu den Vorgängen wiederzugeben – zu den Vorgängen Klagsverfahren gegen Harwanegg befragt und den ÖGB mehr oder weniger um Hilfe ersucht. Das wird natürlich seitens des ÖGB abgelehnt. Damals war Weninger gleichzeitig Aufsichtsratspräsident, schreibt aber auf ÖGB-Papier, wo dann der bemerkenswerte Satz festgehalten wird:

Im Gegensatz zu anderen Konzernen engagieren sich die BAWAG-Betriebsräte in der neuen Situation hervorragend. Sie arbeiten sachlich mit und tragen so sehr viel zum Gelingen einer erfolgreichen Zusammenführung bei. – Das heißt, sie waren hoch im Kurs.

Erinnern Sie sich an einen Vorgang, dass im Jahr 2001 der P.S.K.-Betriebsrat die Einberufung einer Schlichtungskommission wegen der Fusion verlangt hat, und zwar: im Juni 2001

„an den Österreichischen Gewerkschaftsbund den Antrag gestellt, eine Schlichtungskommission wegen einer nicht zustande gekommenen Einigung nach einem Einspruch des Zentralbetriebsrates gegen geplante wirtschaftliche Maßnahmen gemäß § 111 Abs. 1 Zif. 1 und 2 ArbVG einzurichten.“

Wissen Sie von dem Anliegen etwas? Ist Ihnen das erinnerlich?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das wäre mir unmittelbar nicht in Erinnerung. Nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieses Ansinnen von den Betriebsräten der P.S.K. ist am 9.7.2001 von Präsident Verzetnitsch – Dr. Richard Leutner, Leitender ÖGB-Sekretär, hat zurückgeschrieben – mit folgendem Hinweis beantwortet worden:

„Aus unserer Sicht ist die Einrichtung einer Schiedskommission nur dann sinnvoll, wenn beide Streitparteien vorher die schriftliche Erklärung abgeben, dass sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Dies ist angesichts des bisherigen Verhandlungsverlaufes nicht zu erwarten, zumal die Postsparkassen AG Fristversäumnis geltend macht.“ – Zitatende.

Das heißt, all diese Anliegen der Belegschaftsvertreter der P.S.K. an den Gewerkschaftsbund sind Ihnen verborgen geblieben und an Ihnen vorbeigegangen. Kann man das so sagen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Soweit ich das jetzt in Erinnerung habe, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was wissen Sie überhaupt aus der Belegschaft, außer, dass Sie mit 75 Prozent gewählt wurden? (*Zwischenruf des Abg. Krainer.*)

Ingrid Streibel-Zarfl: Entschuldigung, wir waren in dem Jahr ... Wir haben 2001 ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das muss man jetzt schon sagen. Ein Betriebsrat in einem Konzern – davon gehe ich aus – ist gewöhnlich eine gut informierte Position, weil man aus dem ganzen Unternehmen auch Gerüchte, Mitteilungen, Informationen bekommt, die man in der Regel auf einer Vorstandsebene gar nicht bekommt. Die Belegschaft kriegt ja etwas mit, da ist man ja zentraler Punkt. Das dürfte offensichtlich bei Ihnen nicht so sein.

Ingrid Streibel-Zarfl: Also, wir waren im Jahr 2001 – ich weiß nicht, von wann das datiert – als Betriebsrat maßgeblich und vor allem damit beschäftigt, diese Betriebsvereinbarung zu den Teilbetriebsübergaben zu verhandeln und abzuschließen, die für die Kolleginnen und Kollegen, die davon betroffen waren, eine nachhaltige Absicherung ihres Dienstrechts gebracht hat. Da haben wir ganz intensiv mit der Arbeiterkammer zusammengearbeitet. Da hatten wir das Rechtsgutachten durch die Anwaltskanzlei. Da haben wir auch mit den GPA-Stellen diskutiert und gemacht, und das war zu dem Zeitpunkt. Weil davon haben wir ja auch unsere Zustimmung damals abhängig gemacht, weil wir ja im Vorfeld auch Gegenstimmen im Aufsichtsrat dazu eingebracht haben.

Unsere Aufgabe war zu dem Zeitpunkt, die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich abzusichern. Und das ist uns mit dem 1. Oktober gelungen. Und an dem haben wir intensivst gearbeitet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Okay. Das haben Sie schon gesagt. – Machen wir es eine Stufe anders.

Noch ein paar Fragen. Elsners Beendigungsansprüche, Umwandlung et cetera: War das je Thema im Aufsichtsrat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Was meinen Sie da?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, Elsners Beendigungsansprüche, Umwandlung ... (*Ingrid Streibel-Zarfl: Die Pensionssache?*) Zum Beispiel. War das je Thema im Aufsichtsrat? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Wie haben Sie gestimmt: Haben Sie zugestimmt oder waren Sie dagegen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben das zur Kenntnis genommen, weil der Betriebsrat ja bei Personalangelegenheiten des Vorstandes eigentlich kein Stimmrecht hat. Wir waren damals in der Sitzung. Es hat klare Auflagen dazu gegeben und eine klare Darstellung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie sich dagegen ausgesprochen? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*)

Zwettlers Vertragsauflösung. War das Thema im Aufsichtsrat? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Wissen Sie, wie die Vertragsauflösung gelaufen hat? Ist die einvernehmlich mit vollen Beendigungsansprüchen aufgelöst worden? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Haben Sie sich als Betriebsrat dagegen aufgelehnt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das war noch zu dem Zeitpunkt, als die gesamte Sache noch nicht bekannt war; und die Verabschiedung des Herrn Zwettler hat unter den hoch renommiertesten Wirtschaftsbossen dieses Landes stattgefunden. Er ist hoch geehrt in Pension gegangen, weil er zu dem Zeitpunkt – Rothensteiner, alle haben ihm gratuliert –, also zu diesem Zeitpunkt der Beendigung war uns noch nicht klar, was dann im März klar war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt ja auch den Punkt, dass sich jemand etwas erschleicht oder verschweigt oder einen Entlassungstatbestand im Nachhinein setzt, der im Nachhinein hervorkommt. Haben Sie je Initiativen seitens der Belegschaftsvertretung gesetzt, dass zumindest versucht wird (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*), die Entlassung rückwirkend auszusprechen, um hier allfällig Regress oder was auch immer zu nehmen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Also, vielleicht darf ich festhalten, dass in dem März der Betriebsrat der BAWAG P.S.K. – weil zu dem Zeitpunkt waren wir dann der gemeinsame Betriebsrat –, dass wir die außerordentliche Aufsichtsratssitzung eingefordert haben, die diese gesamten Vorgänge zur Aufklärung gebracht hat. Es hat davor eine außerordentliche Aufsichtsratsinformation gegeben. Und in beiden Sitzungen – und das nehme ich für mich wirklich in Anspruch – waren es letztendlich **wir**, die erreicht haben, dass der Vorstand abgelöst wird, weil ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, der Vorstand ist abgelöst worden – mit einem „golden handshake“ oder nicht? Das ist ja dann ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Na, der Vorstand ist abgelöst worden ... (*Abg. Mag. Stadler: Der hätte ja keine Woche mehr überlebt, der Vorstand!*) – Der Vorstand ist mit 30.4. abgelöst worden, und zwar auf Wunsch des Generaldirektors Nowotny. Da sind auch Rechtsgutachten ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist denn der Vorstand? Ist Herr Legradi damals im Vorstand gewesen? Ist der abgelöst?

Ingrid Streibel-Zarfl: Der Altvor-, die, die ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Herr Nakowitz im Vorstand gewesen? Ist der abgelöst?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nakowitz ist mit 30.4. abgelöst worden. Es ist abgelöst worden – warte einmal, wen haben wir jetzt? –: Nakowitz, Kreuch und Schwarzecker, die aus der

BAWAG-alt. Und die anderen haben beteuert, nichts davon zu wissen. Das ist auch nachgefragt worden. Bis jetzt konnte das ja auch nicht dargelegt werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und Büttner war noch dabei.

Ingrid Streibl-Zarfl: Und Büttner, ja.

Und wir haben verlangt, dass es Klagen gegen Zwettler und Elsner gibt. Das haben auch wir als Betriebsrat noch im Nachhinein verlangt, das ist ja immer wieder auch nachgefragt worden im Aufsichtsrat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Elsner – ist ja gemacht worden, Zwettler nicht. Da haben Sie sich nicht durchgesetzt. (*Ingrid Streibl-Zarfl: Zwettler ist auch ... – In der Zwischenzeit hat die Bank auch den Zwettler geklagt!*) Ja, schon, aber man hat ihm ja vorher seine Abfertigungsansprüche und alles ausbezahlt. Das muss man sich alles überlegen. Das ist nicht eingeklagt worden.

Ingrid Streibl-Zarfl: Das haben wir immer massiv eingebracht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist aber bis jetzt nicht passiert.

Ingrid *Winter-Reumann:* Sagt Ihnen der Name dieser Frau etwas?

Ingrid Streibl-Zarfl: Das ist die langjährige Leiterin der Beteiligungen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was ist mit ihr passiert?

Ingrid Streibl-Zarfl: Da ist das Dienstverhältnis im Vorjahr, glaube ich, im Herbst beendet worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In welcher Form?

Ingrid Streibl-Zarfl: Meiner Erinnerung nach, einvernehmlich. (*Obmann Dr. Graf: Warum?*) – Es sind Krankheitsgründe angegeben worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War das nicht die Bereichsleiterin, die für das Beteiligungsmanagement zuständig war, wo in Wirklichkeit letztlich über die Stiftungskonstruktionen entschieden worden ist? (*Ingrid Streibl-Zarfl: Ja!*) – Ist da je im Haus untersucht worden, ob sie irgendeine Mitverantwortung, wenn vielleicht auch in untergeordneter Rolle, trägt?

Ingrid Streibl-Zarfl: Ich gehe davon aus, dass das unter der Leitung des Dr. Koren im Restrukturierungsteam sehr genau untersucht worden ist und die Staatsanwältin sich das jetzt auch alles anschaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, dass Sie im Aufsichtsrat sitzen und dass Sie sich zumindest jetzt laufend darüber informieren lassen, wenn schon nicht damals.

Ingrid Streibl-Zarfl: Ja, das passiert auch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was passiert da? Was wird intern in der BAWAG gesagt oder gemacht oder dem Aufsichtsrat berichtet, welche Verantwortungen in der zweiten Welle noch wahrgenommen werden? – Es kann ja nicht sein, dass nur vier Vorstände – und alle anderen –, dass die bis hin zur Manipulation des Ganzen das alles selbst gemacht haben. Das ist ja denkunmöglich. Da muss man ja Mitwisser haben, ein paar zumindest. Was wird da berichtet?

Ingrid Streibl-Zarfl: Das wird immer wieder sehr genau hinterfragt. Hier, glaube ich, gilt eines: dass, solange man keine arbeitsrechtlichen Verstöße nachweisen und auch keine Entlassungstatbestände setzen kann und das noch nicht vorgelegen hat, jetzt erst die Verfahren laufen. Und nachgewiesen werden muss Schritt für Schritt, in welcher Form diese Menschen mit eingebunden waren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es eine Innenrevision, die das derzeit prüft?

Ingrid Streibl-Zarfl: Ich gehe davon aus, dass das im Zuge des Restrukturierungsteams passiert ist und auch weiter passiert (*Obmann Dr. Graf: Passiert ist!?*) und ja jetzt auch der Staatsanwaltschaft übermittelt worden ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist etwas im Aufsichtsrat berichtet worden?

Ingrid Streibl-Zarfl: Zu den einzelnen Personen noch nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt: Sie gehen davon aus? Werden Sie sich ... (*Streibl-Zarfl: Es ist gesagt worden, dass ...!*) Wenn Ihnen jetzt in den nächsten zehn Jahren nichts berichtet wird, werden Sie nie nachfragen? Oder wie ist das?

Ingrid Streibl-Zarfl: Oja, es ist ja alles an die Staatsanwaltschaft übermittelt, und ich gehe davon aus, dass im Zuge des Prozesses jetzt festgestellt wird: Wo liegen Straftatbestände vor, wo sind dann auch arbeitsrechtliche Dinge zu ahnden und wo kann gegebenenfalls auf Klagsweg auch gegen einzelne Mitarbeiter vorgegangen werden? Aber das muss alles einmal arbeitsrechtlich geprüft sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Sie sind ja soweit selbst arbeitsrechtlicher Profi, wenn Sie langjährige Betriebsrätin sind, dass es auch eine Unverzüglichkeit bei Entlassungen gibt. Das heißt, mit jedem Monat, den man verstreichen lässt und untätig ist, wird man keine Chance mehr haben, eine rückwirkende Entlassung auszusprechen oder gar ...

Ingrid Streibl-Zarfl: Aber das ist, bitte, primär die Aufgabe des Vorstandes, der diese Bank derzeit führt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gebe das Fragerecht weiter an das BZÖ. – Bitte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Es wurde ja schon sehr viel gefragt; ich wollte daher eigentlich nur ergänzend zusammenfassen: Sie haben erst 2006 von den Unregelmäßigkeiten in der BAWAG erfahren. Was irgendwelche Kritikpunkte an den Refco-Geschäften betrifft, davon haben Sie vorher nie irgendetwas von Ihren Mitarbeitern erfahren? (*Ingrid Streibl-Zarfl: Nein!*)

Als Zentralbetriebsrätin sind Sie seit 1988 sattelfest im Unternehmen, sozusagen als Vertrauensperson Nummer eins, würde ich mich jetzt getrauen zu behaupten (*Ingrid Streibl-Zarfl: Ja, ich habe diese Funktion auch immer sehr ernst genommen!*), für 4 500 Mitarbeiter. Da ist nie irgendjemand an Sie herangetreten und hat gesagt: Bei der Innenrevision stimmt etwas nicht, im Beteiligungsmanagement gibt es irgendwelche Fehlstellungen!? Sie haben nie von irgendjemandem etwas erfahren?

Ingrid Streibl-Zarfl: Ich darf Ihnen vielleicht noch einmal erklären: Wir haben im Unternehmen 30 Betriebsrätinnen und Betriebsräte am Standort Wien. Ich habe immer großes Augenmerk darauf gelegt, dass wir aus jedem großen zentralen Bereich, aus der Bilanzabteilung, aus dem Treasury – ich habe überall Betriebsrätinnen und Betriebsräte sitzen gehabt. Also wenn da etwas zu sagen gewesen wäre, weiß ich hundertprozentig, dass die zu mir gekommen wären.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und Sie hatten auch bis 2006 das Gefühl als Aufsichtsratsmitglied der BAWAG, dass alles bestens und in Ordnung ist, dass es keinen Grund zur Beunruhigung gibt? Als gelernte Bankkauffrau haben Sie ja auch den stufenweisen Aufbau der Prüfungsinstanzen mitbekommen und kennen ihn. Sie waren sich sicher, dass die BAWAG bestens geprüft ist und alles in Ordnung ist?

Ingrid Streibl-Zarfl: Ich darf das vielleicht noch einmal wiederholen: Wir haben uns im Betriebsrat eingehend auf die Aufsichtsratssitzungen vorbereitet. Wir haben auch die jährliche Bilanz und den Jahresabschluss eingehend eingepüff. Es hat den

uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers gegeben. Der Wirtschaftsprüfer hat dezidiert auch hingewiesen, dass – ich habe so einen Prüfbericht auch mitgebracht – gemäß § 273 HGB kein Grund zur Redepflicht vorliegt. Das ist alles in diesem Prüfbericht drinnen. Wir haben uns das Jahr für Jahr angesehen. Die FMA und die Staatskommissäre waren da, die Vertreter der Bayerischen Landesbank, die die Bank geprüft haben. Also ich glaube, hier war nicht zu erkennen, dass Derartiges in der Bank hängt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Frau Streibl-Zarfl, vorher war Herr Harwanegg hier. Er hat so frei von der Leber berichtet, wie ihm das alles vorgekommen ist, welche Erfahrungen er gemacht hat. Er hat von Manipulationen gesprochen, dass gelogen wurde, dass Unterlagen mangelhaft waren, dass eine Zettelwirtschaft vorhanden war. Er ging eigentlich weit zurück, bis 2003. (*Obmann Dr. Graf: Früher! 2001, 2002, hat er schon gesagt!*) – Das sage ich jetzt einmal: Bis 2003, das ist ja schon sehr weit zurück.

Da frage ich mich: Unter Gewerkschaftern – das ist ja keine Kleinigkeit, wenn einer Bank vorgeworfen wird, dass die Innenrevision nicht funktioniert. Das ist ja so wie ein Motorschaden bei einem Auto. Darüber redet man, denn wenn das Auto nicht mehr fährt, dann redet man einfach drüber. Und jetzt frage ich mich: Hat Herr Harwanegg nie mit Ihnen darüber gesprochen – denn Sie wären irgendwie das Pendant, er bei der P.S.K., Sie bei der BAWAG –, ob Sie darüber informiert sind, dass Sie vorsichtig sein sollen, dass Sie nachfragen sollen im Aufsichtsrat, et cetera? (*Ingrid Streibl-Zarfl: Nein!*) – So ein Gespräch hat es auch nie gegeben? (*Ingrid Streibl-Zarfl: Nein!*) Also hat er das für sich behalten und ist damit stillschweigend durch die Gegend gegangen?

Ingrid Streibl-Zarfl: Vielleicht liegt es auch daran, weil wir keine gemeinsamen Betriebsratssitzungen hatten, wo das ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das muss ja nicht eine Sitzung sein! Sie sind ja in einer Partei, genauso wie wir alle bei einer Partei sind. Da werden gewisse Auffälligkeiten besprochen, nicht ins Mikrofon, aber man spricht darüber. Man informiert den jeweiligen anderen. – Das hat es auch nie gegeben?

Ingrid Streibl-Zarfl: Zumindest mir nicht in Erinnerung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Harwanegg hat ja vom ÖGB – ich habe das ÖGB-Schreiben von Verzetnitsch und Weninger zitiert – **null Unterstützung** bekommen. Im Gegenteil: Wenn er um Unterstützung angesucht hat, hat man sie verweigert! Ich habe den Eindruck, dass man im ÖGB und auch in der Belegschaftsvertretung des Betriebsrates zwar sehr wohl gewusst hat, dass er da kämpft und rudert und „ruachelt“ und sich zur Wehr setzt, dass man ihn aber in Wirklichkeit als Querulanten abgestempelt hat – so nach dem Motto: Geh ...! – Wie es halt so ist.

Man kümmert sich ja. Wenn ein Zentralbetriebsratsobmann etwas sagt, er eine Aussendung macht, dann um 100 000 € Streitwert geklagt wird und noch ein Strafverfahren nach § 111 umgehängt bekommt, da brauche ich doch nicht zu warten, dass er sagt: Bitte, helft mir! – Im eigenen Konzern!

Wenn das die Auffassung ist, dann ist sie seltsam. In einem Konzern kann man ja sagen, den mag ich nicht oder sonst etwas. Da müssten sich doch die Betriebsräte in Summe wehren und nicht sagen, der hat sich nicht an uns gewendet und deswegen bekommt er keine Unterstützung – so nach dem Motto: Wenn der fristlos entlassen wird, schaut man auch weg.

Ist das Ihr Amtsverständnis als Betriebsrat in einem Konzern?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, aber Herr Harwanegg hat immer großen Wert auf eine Eigenständigkeit gelegt und hat sich in allen Fragen meine Mitwirkung und Unterstützung eher verbeten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Weil er wahrscheinlich erwartet hat, dass Sie ihn gegenteilig unterstützen, dass Sie auf der Seite des Unternehmers sind und nicht auf der Seite des Belegschaftsvertreters.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich stehe auf der Seite der Mitarbeiter, und ich glaube, dass ich in diesen Jahren durch die Regelungen, die wir für die Kolleginnen und Kollegen erreicht haben, bewiesen habe, dass wir wirklich bestmögliche Arbeit als Betriebsrat geleistet haben. Ich kann Ihnen gerne eine Liste der Dinge vorlegen, die allein in den fünf Jahren für die Kolleginnen und Kollegen nachhaltig umgesetzt worden sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie viele arbeitsgerichtliche Verfahren bei Kündigungsanfechtungen und Entlassungsanfechtungen hat es innerhalb der BAWAG gegeben?

Ingrid Streibel-Zarfl: In der BAWAG hat es bisher keine Kündigungen gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es nie gegeben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein; die haben wir als Betriebsrat im Vorfeld immer verhindert.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was Kollege Harwanegg gesagt hat. Es ist also offensichtlich gewesen, dass – sagen wir so – Herr Elsner auf Kritik sehr massiv reagiert hat und dass es eben die bereits erwähnten Klagen gegeben hat. Sie haben jetzt erklärt, dass Sie der Auffassung sind, dass sich Kollege Harwanegg eher dagegen verwahrt hätte, dass Sie ihn unterstützt hätten. Aber ich möchte die Frage jetzt ein bisschen anders drehen: Hat Ihnen das nicht zu denken gegeben, dass Herr Elsner in einer derart brutalen Weise gegen einen Betriebsrat vorgeht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Vielleicht darf ich hier klarstellen: Ich habe mich persönlich auch bei Elsner bemüht, ihn von dieser Klage auch wieder wegzubringen, weil ich das auch nicht in Ordnung gefunden habe.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Hat das irgendwie Zweifel an der Korrektheit des Herrn Elsner bei Ihnen erweckt beziehungsweise haben Ihnen die Vorwürfe, die gemacht worden sind, in irgendeiner Weise zu denken gegeben? Man kann ja annehmen, dass sich das Herr Harwanegg nicht aus den Fingern gesogen hat. Sind da bei Ihnen nicht Zweifel an der Gebarung des Herrn Elsner und dann auch des Herrn Zwettler entstanden? Ist Ihr Vertrauensverhältnis immer aufrecht geblieben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe mich in all diesen Jahren bei allen Generaldirektoren um ein professionelles Arbeitsverhältnis bemüht, das um Sachlichkeit und eine gute Gesprächsebene bemüht war, weil darum ging es: für die Kolleginnen und Kollegen Dinge umzusetzen. Trotzdem hat es bei jedem Generaldirektor Punkte gegeben, die wir als Betriebsrat massiv kritisiert und eingebracht haben.

Vielleicht darf ich auch noch ausführen: Das war die Phase, wo zwei Unternehmen fusioniert worden sind, die in keinem Betrieb reibungsfrei abgeht und die doch sehr stark auch über die Belegschaftsvertretungen gespielt wird, weil jede Gruppe ihre Kultur und ihre Dinge vertritt. Ich bin damals sehr stark für eine Konsenskultur eingetreten, nämlich beide Bereiche leben zu lassen, nicht die eine auf die andere. Ich musste mir hier den Vorwurf meiner eigenen BetriebsratskollegInnen, aber auch der Mitarbeiter gefallen lassen: Wer hätte da wen gekauft? Das sind alles so Dinge, die in einer Fusion und Zusammenführung ja eine Rolle spielen; genauso wie ich auch

großes Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen der P.S.K. gehabt habe, die ja durch die BAWAG auch gekauft worden sind. – Also ich glaube, das ist ein Teil.

Vielleicht darf man auch noch festhalten: Herr Harwanegg hat mit Herrn Elsner massive Konflikte gehabt – er hatte sie aber auch mit allen anderen Generaldirektoren; er hat mit Herrn Nösslinger einen massiven Konflikt gehabt, er hat mit Dr. Koren massive Konflikte gehabt. Ich glaube, wir haben eine sehr unterschiedliche Zugangskultur dazu gehabt, wie man sich mit Unternehmern auseinandersetzt. Mein Weg oder unser Weg als BAWAG-Betriebsrat war immer, mit Verhandlungen bestmögliche Ergebnisse für die Mitarbeiter zu erzielen.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Bleiben wir jetzt einmal beim Aufsichtsrat. Herr Harwanegg hat Kritik geäußert an den Geschäften – und Sie haben das ja selbst auch gesagt –, und er hat jedenfalls auch bei seiner Anhörung festgestellt, dass der Vertreter der Bayern sehr wohl auch die Geschäfte sehr kritisiert hat. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Haben Sie das nicht so erlebt ?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein! Herr Falthäuser war ja, glaube ich, hier in diesem Ausschuss, und – da kenne ich nur die Presseaussendung, die festgelegt worden ist – der hat gesagt, dass dieser Aufsichtsrat immer ordentlich funktioniert hat. Und gerade die Vertreter der Bayern – Herr Vorstandsvorsitzender Kahn war derjenige, der gesagt hat, Herr Elsner soll die Pension bekommen, er ist der erfolgreichste Generaldirektor eines österreichischen Unternehmens, der das 45 Jahre durchführt; Herr Falthäuser hat Herrn Elsner zur Verabschiedung eine Rede gehalten, die in Freundschaftlichkeit und Wertschätzung ihresgleichen sucht – haben in keinem Punkt irgendwo nur einen Teil erwähnt, wo die Bank nicht in Ordnung sei, sondern es hat immer auch einen starken Ausdruck gegeben für die Leistung und Wertschätzung dieser Bank.

Das sind nur die zwei Dinge, die mir einfach beispielhaft in Erinnerung sind. Also diese beiden haben sich, gerade was Elsner anlangt, ganz bewusst zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Das heißt, auch von den Bayern ist zu den Karibik-Geschäften nichts gesagt worden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. Ich habe heute schon einmal erwähnt, es hat 1996, als die Bayern in den Aufsichtsrat gekommen sind, meiner Erinnerung nach sogar eine ganz detaillierte Darstellung der Karibik-Geschäfte und der Beschlüsse gegeben, die dazu geführt haben, und die Bayern haben das goutiert und haben meiner Erinnerung nach keine Einwände erhoben.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Eine andere Frage. – Ich habe vor längerer Zeit mit einem langjährigen Mitarbeiter der BAWAG gesprochen, eben wie sich das alles entwickelt hat und wie das kommen konnte, weil das bei der Belegschaft natürlich große Erschütterung ausgelöst hat. Der hat mir gesagt, die Struktur der BAWAG war so klein-klein und sehr unübersichtlich, und er hat jetzt nachträglich das Gefühl, dass das durchaus beabsichtigt gewesen ist, um zu verhindern, dass mehr Mitarbeiter und auch leitende Mitarbeiter, die da nicht eingebunden sind, die Machenschaften durchschauen können. – Wie sehen Sie das?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Nachhinein kann ich viele dieser Überlegungen nur auch anstellen. Aber, und das sage ich ganz bewusst, im Nachhinein ist vieles anders oder denkt man plötzlich: Aha, das schaut so aus. – Aber das bitte im Nachhinein!

Man muss auch festhalten – ich meine, ich bin jetzt über 30 Jahre in diesem Unternehmen und viele andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch –: Das hat uns absolut ins Mark getroffen, was da passiert ist. Hier ist mit dem Vertrauen von Mitarbeitern gespielt worden, was beispiellos ist.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Wie war eigentlich der Aufsichtsrat an den Kreditgenehmigungen beteiligt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Kreditfälle sind im Aufsichtsrat. Die Unterlagen sind versendet worden, mit den Anträgen, und dann ist berichtet worden, und zwar von einzelnen Vorstandsmitgliedern, die die Kredite zugeordnet hatten, in deren Bereiche das gefallen ist, und dann ist darüber beraten und abgestimmt worden. Und es hat auch Kreditausschüsse gegeben, wo das auch der Fall war.

Abgeordnete Dr. Elisabeth Hlavac (SPÖ): Wie erklären Sie sich, dass bei Einzelkrediten sehr oft die Großveranlagungsgrenzen überschritten worden sind?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe jetzt einen in Erinnerung, da ist das aber deutlich dazugesagt und auch mit der Bedeckung des Geschäfts begründet worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine kurze Zwischenfrage: Herr Harwanegg ist von der P.S.K. und von der BAWAG gemäß Kreditschädigungsgesetz geklagt worden, weil er gesagt hat, die P.S.K. wird wie ein Christbaum abgeräumt und Elsner lügt. Und dann gibt es da noch die üble Nachrede, auch wegen des Vorwurfs, Elsner lügt.

Würden Sie jetzt, zumindest im Nachhinein, sagen, eigentlich ist Herr Harwanegg rehabilitiert? – Weil die P.S.K. ist abgeräumt worden und Elsner hat gelogen! Das ist das Mindeste, das man sagen kann: Elsner hat gelogen, denn wenn man Bilanzverschleierung macht und den Aufsichtsrat belügt ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Also im Nachhinein und unter Kenntnis aller dieser Dinge: Ja! – Im Nachhinein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und würden Sie nicht zumindest im Nachhinein sagen, vielleicht hätten wir Herrn Harwanegg ein bisschen mehr Unterstützung seitens des Konzernbetriebsrates, Zentralbetriebsrates, der Schwesternbetriebsräte, auch des ÖGB geben sollen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Noch einmal: Ich möchte festhalten, dass ich mich wirklich laufend bemüht habe, zu einer Zusammenarbeit und Unterstützung zu kommen. Aus meiner Sicht wollte sie auch Kollege Harwanegg nicht von mir annehmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jetzt sage ich einmal ganz überspitzt – ich möchte nicht, dass das Schule macht –, wenn ein Betriebsrat oder ein Personalvertreter mit solchen Klagen eingedeckt wird, könnte man sich in einem Konzern sogar zu einer „arbeitnehmerischen **Grundwaffe**“ verständigen, dass man sagt: Wenn der das nicht zurückzieht, dann streiken wir! (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) Aber wenn man natürlich keinen Streikfonds mehr hat, weil man den verpulvert hat, streikt man nicht so gern, oder? (*Abg. Mag. Kogler: Das haben sie ja noch nicht einmal gewusst zu der Zeit!*) – Ich weiß es nicht, aber für mich wäre das etwas Selbstverständliches – und ich komme **nicht** aus der Arbeiterbewegung. Ich habe Verständnis für so etwas.

Ingrid Streibel-Zarfl: Darf ich noch einmal festhalten: Dass die Bank abgeräumt worden ist wie ein Christbaum, das war für uns auf Grund der Spaltungsbilanz so nicht erkennbar und nachvollziehbar. Ich kann das gerne ein bisschen näher erläutern, und ich nehme an, Dr. Koren, der nach mir kommt, ist noch mehr in der Lage, das zu erläutern, weil dann hätte ja der Vorstand auch der P.S.K. einzuschreiten gehabt. Und dass Elsner lügt, war zu dem Zeitpunkt eine Behauptung, die ich nicht unterstützte. – Im Nachhinein ist es immer leichter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was glauben Sie, was die Länderbank-Mitarbeiter und die Belegschaftsvertreter bei der Fusion mit der Zentralsparkasse gesagt haben? Und was glauben Sie, was die CA-Betriebsräte bei der Fusion mit der Bank Austria **öffentlich** gesagt haben? Wissen Sie, was sich da abgespielt hat?! Und dort ist

niemand geklagt worden von den Belegschaftsvertretern oder sonst jemandem. Das alles muss man sich einmal vorstellen: Das ist ja etwas epochal Besonderes, wenn der Zentralbetriebsratsobmann der P.S.K. da mit solchen Klagen vom Generaldirektor eingedeckt wird und an seiner beruflichen und auch bürgerlichen Existenz massiv gekratzt wird! Wenn der nicht Landtagsabgeordneter wäre und daher nicht ausgeliefert wird, wäre er wahrscheinlich sogar verurteilt worden, sage ich, zu dem damaligen Zeitpunkt, weil man hätte ja Elsner geglaubt. 100 000 Entschädigung wurde in dem Punkt verlangt. (*Abg. Mag. Stadler: Privatkonkurs!*) Wahrscheinlich wäre dann das Kreditschädigungsverfahren auch anders ausgegangen.

Das heißt, nachdem er auch Beamter war, geht es, wenn er strafrechtlich verurteilt wird, auch um seine bürgerliche Existenz. – Und da schaut der Konzernbetriebsrat zu? Ich bin entsetzt! Die Solidarität gibt es da nicht – das ist jetzt eine Stellungnahme, die ich abgebe – oder wurde dort nur ganz klein geschrieben; sagen wir so. Für mich ist das entsetzlich. Und wenn ich mir denke, dass man beim nächsten Mal kandidiert und bekommt 75 Prozent, da verstehe ich die Welt nicht mehr. – Aber gut.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte anschließen an das, was Frau Dr. Hlavac auch gefragt hat. Überschrittene Kreditgrenzen sind im Aufsichtsrat immer wieder zur Kenntnis genommen worden, oder?

Ingrid Streibel-Zarfl: Meiner Erinnerung nach ist dort, wo überschritten worden ist, darüber berichtet worden und ist auch erklärt worden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was glauben Sie, welchen Sinn so eine Grenze hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Sie ist da, um beachtet zu werden. Und wenn es einmal einen Grund gibt, warum man darüber hinausgeht, waren das meiner Erinnerung nach immer Geschäfte, die das klar besichert gehabt haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben auf die Frage der Kollegin Hlavac geantwortet, dass Sie sich an einen Kredit besonders konkret erinnern. Welcher war das?

Ingrid Streibel-Zarfl: Da verletze ich jetzt, glaube ich, das Bankgeheimnis. Entschuldigung. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Sie brauchen ja nicht zu sagen, von wem! Nur die Höhe!*) Die Höhe ist mir nicht in Erinnerung; mir ist nur der Kunde in Erinnerung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Da habe ich jetzt Pech. – Zur Abwicklung der Karibik-Geschäfte ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie sich nicht erinnern können, können Sie auch kein Bankgeheimnis verletzen. Was war dann die Sorge? (*Abg. Amon: Das ist eigentlich wahr, ja!*)

Ingrid Streibel-Zarfl: Den Kunden darf ich nicht nennen. Entschuldigung!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: An den Kunden können Sie sich erinnern, aber an die Höhe nicht? Das ist ein Einzelfall gewesen, und an den können Sie sich nicht mehr erinnern?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber Sie wissen, dass die Grenze überschritten war? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Die Karibik-Geschäfte wurden operativ wo abgewickelt, in welcher Abteilung?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Karibik-Geschäfte? Das Handling über das Treasury, nehme ich an, und dann über die **BIF Dublin** sind die ja, wie berichtet, gelaufen, also über eine Tochter und damit in den Beteiligungen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer war zuständig für die Beteiligungen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Frau Mag. Winter-Reumann beziehungsweise davor Herr Zwettler.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und im Vorstand?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Vorstand der jeweilige Generaldirektor. (*Obmann Dr. Graf: Zwettler war zuständig für die Beteiligungen, oder? Vorher auch schon?*) – Ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Weil früher so ein bisschen durchgesickert ist, dass Herr Büttner da eine Hauptverantwortung hätte?

Ingrid Streibel-Zarfl: Büttner war als Vorstand für das Treasury zuständig.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Genau. Aber die Karibik-Geschäfte sind ja über das Beteiligungsmanagement abgelaufen, nicht? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) Ich wollte das nur noch einmal herausarbeiten.

Sie sind sehr lange Personalvertreterin. Wir haben jetzt, ich weiß nicht, wie viele Sitzungstage und daher ein bisschen auch die Kultur dieser Herren Generaldirektoren kennengelernt. Ist auf Sie jemals Druck ausgeübt worden von den Generaldirektoren in irgendeiner Form, von einem der Generaldirektoren? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Kein einziges Mal?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. Ich meine, wir haben gestritten und debattiert über ... Also ich kann mich erinnern, Herr Elsner hat sich mit uns einmal ein Riesenmatch bei einem Betriebsrätetreffen geliefert, wo wir eine unterschiedliche Auffassung hatten. Da wollten sie Schulungen einführen, ohne Überstunden zu zahlen, und da haben wir wirklich eine heftigste Auseinandersetzung mit ihm gehabt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber Sie sind *nie* unter Druck gesetzt worden? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Glauben Sie, lag das an Ihren sehr moderaten Forderungen gegenüber dem Vorstand?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, ich denke, dass wir gut verhandelt haben. „Unter Druck setzen“ – darunter verstehe ich, dass mich jemand bedroht. (*Abg. Amon: Ja, genau!*) – Nein!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber es mutet doch ein wenig eigenartig an, dass Herr Harwanegg ganz massiv unter Druck gesetzt worden ist; dass sogar ein Vorstand, der hier war, ausgesagt hat, dass er massiv unter Druck gesetzt worden ist; bei polizeilichen Ermittlungen wurde massiv Druck ausgeübt. Und Sie, die Sie eigentlich längst Dienende in diesem Haus sind, in einer wesentlichen Stelle, die sehr viel Konfliktpotenzial birgt, sind kein einziges Mal in diese Situation gekommen? – Ist schön, wenn es so ist, aber es erscheint ein wenig eigenartig.

Ingrid Streibel-Zarfl: Vielleicht erlebe ich das anders, weil ich denke, Druckpositionen gehören bei mir einfach dazu. Dass man schwer verhandelt, dass man alle Kraft zusammennimmt, um eine Forderung durchzubringen, dass man, bevor man reingeht, sagt: So, das will ich jetzt durchsetzen!, das gehört einfach dazu. Dass man einmal praktisch des Zimmers verwiesen wird – solche Dinge gehören dazu. Dann geht man halt wieder hin, dann geht man mit der Belegschaft hin und verhandelt weiter.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich verstehe schon. Ich verstehe auch, dass Sie darzustellen versuchen, dass Sie mit Leib und Seele Gewerkschafterin sind. (*Ingrid*

Streibel-Zarfl: Ja!) Darum bin ich ja so bass erstaunt, dass Sie überhaupt bei Spekulationsgeschäften im High-Risk-Bereich als Gewerkschafterin so problemlos immer Ihre Zustimmung gegeben haben.

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben sie nach eingehender Erläuterung des Geschäfts und nach eingehender Beratung, nicht problemlos gegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Auch bei der Wiederaufnahme?

Ingrid Streibel-Zarfl: Auch bei der Wiederaufnahme, weil hier das Geschäft als an sich gut besichert dargestellt worden ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und dass der eine Flöttl dem anderen Flöttl Aufträge erteilt, ist Ihnen auch nie eigenartig vorgekommen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist scheinbar bis heute manchen Banken nicht eigenartig vorgekommen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Mich interessieren die anderen nicht, mich interessieren **Sie** in diesem Zusammenhang.

Ingrid Streibel-Zarfl: In diesem Punkt nicht, nein, weil ich eher davon ausgegangen bin, dass der Sohn, der als hochangesehener Manager gehandelt worden ist, nichts tut, was dem Lebenswerk seines Vaters schaden würde.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): So gesehen müsste man ja die gesamte Familie in der Bank unterbringen, nicht? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Na ja, aber das wäre der Schluss daraus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frau Streibel-Zarfl, wer leitet denn derzeit das Beteiligungsmanagement?

Ingrid Streibel-Zarfl: Herr Mag. Spandl.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es Frau Legradi auch dort, stellvertretende Leiterin? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Finden Sie da etwas dabei, dass ihr Mann im Vorstand ist und sie in Führungsfunktion dort tätig ist?

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Konstellation hat sich jetzt ergeben, weil ja Legradi praktisch in die gemeinsame Fusion gekommen ist, also da hereingekommen ist. Ich denke, auch das obliegt primär einmal dem Vorstandsvorsitzenden, da klare Worte zu finden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wissen Sie, warum bei Wolfgang Flöttl wegen der Vorkommnisse rund um die Karibik-1-Geschäfte die auferlegten Investment-Beschränkungen weder vom Aufsichtsrat noch vom Vorstand exekutiert worden sind? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Darf ich Ihre Frage noch einmal hören?*)

Wissen Sie, warum die auferlegten Beschränkungen für Wolfgang Flöttl bei den Investment-Geschäften nach den Karibik-1-Vorkommnissen weder vom Vorstand noch vom Aufsichtsrat exekutiert worden sind? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ob ich das weiß?*) Ja, nachdem Sie Aufsichtsratsmitglied sind?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, weil diese Dinge ja im Aufsichtsrat nicht berichtet worden sind. (*Abg. Amon: Aber Sie haben ja zuvor ...*) – Nein. Im Aufsichtsrat zu den Karibik-Geschäften ist beschlossen worden, dass der Vorstand zu berichten hat. Aber da ist nie besprochen worden, was Flöttl für Auflagen ... Da geht es jetzt darum, was er dann, als die Karibik-Geschäfte schiefgegangen sind, für Auflagen gekriegt hat? (*Abg. Amon: Nein, ich ...*) – Ich verstehe jetzt die Frage nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ihnen ist ja bekannt, dass es für Flöttl Auflagen gegeben hat. Das war Ihnen damals auch bekannt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Zuge der Geschäfte (*Abg. Amon: Ja!*) ist berichtet worden, dass es bestimmte Auflagen gibt auf Grund der Geschäfte, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Genau. Und haben Sie als Aufsichtsrat nachgefragt, ob diese Auflagen eingehalten werden?

Ingrid Streibel-Zarfl: Bei einem Kreditfall mit Flöttl ist das ja gar nicht zustande gekommen, weil dann bestimmte Auflagen nicht eingehalten worden sind, und ich glaube, es ist auch immer wieder hinterfragt worden – ob ich etwas hinterfragt habe, weiß ich nicht mehr. (*Abg. Krainer: Diese Grenzen sind im Aufsichtsrat einmal beschlossen worden und dann erhöht worden! – Abg. Amon: Und dann noch einmal!*) – Nein, nie wieder erhöht worden. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Amon.*) Aber davon hat der Aufsichtsrat dann keine Kenntnis gehabt. (*Abg. Amon: Auch nicht nachgefragt? – Abg. Mag. Stadler: Es wurde ja nicht beschlossen, dass sie nachfragen soll!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Viele haben halt das Verständnis, dass der Aufsichtsrat ein Zuhörerklub ist. Was halt nicht erzählt wird, wird nicht erfragt. (*Abg. Mag. Stadler: Unterhalter: Elsner – und wenn der kein Programm geboten hat, haben die Zuschauer eben nichts gemacht!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Trotzdem, wenn ich jetzt schon am Fragen bin, man muss zwei Dinge auseinanderhalten: Aus Ihrer jetzigen Befragung ergibt sich ja – und das wollten Sie hier unterscheiden; ich weiß nicht, ob das so gelungen ist, dass alle es jetzt nachvollzogen haben –, dass einerseits eine Vereinbarung bei der Wiederaufnahme bestanden hat, was Auflagen an den Vorstand der BAWAG betrifft, der im Aufsichtsrat zu berichten hatte (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*); doch nicht Flöttl. Eben, da haben Sie ja sicher völlig recht.

Ich habe Sie aber schon gefragt, ob diese Berichtspflicht seitens Elsners und anderer eingehalten wurde, und da haben Sie gesagt: Ja, es ist dann schon ein-, zweimal im Jahr berichtet worden. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) So. Ihre jetzige Antwort war ja darauf bezogen, ob irgendwer Flöttl hinsichtlich dessen Auflagen kontrolliert hat. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Jetzt könnte sich aber eine Gesamtfrage daraus ergeben, nämlich wenn schon berichtet wird vom Vorstand ein- bis zweimal im Jahr, ob dann – da habe ich vorhin selbst nicht genau nachgefragt – entlang dieser Berichte, die es ja offensichtlich dann doch gegeben hat, kritische Nachfragen gestellt wurden. Denn die Antwort in der vorigen Runde von Ihnen war ja, dass das alles eigentlich nicht auf Verluste hingedeutet hat. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*)

Also die ergänzende Frage, dass das auch kombiniert wird mit dem Ganzen, was jetzt vorgehalten wurde, wäre doch: Ist dann nachgefragt worden, kritischer Art, ob und inwieweit dann Flöttl seine Auflagen wohl einhält? Ist das passiert?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Elsner ist ja nicht von sich aus gekommen und hat erzählt: Geschätzter Aufsichtsrat, ich berichte euch jetzt wie vereinbart, und im Übrigen, Flöttl hält auch von sich aus alle Auflagen ein, so sind wir nun einmal, wir Burschen! – Hat Elsner irgendeine Bemerkung gemacht, dass Flöttl sich vielleicht jetzt an irgendwelche Auflagen hält?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das ist mir nicht in Erinnerung (*Abg. Mag. Kogler: Okay!*), aber ich glaube, es ist auch sowohl durch Elsner als auch durch Zwettler immer wieder berichtet worden zu den Geschäften. Es war davon auszugehen, nachdem der Auftrag der Innenrevision war, auch die Geschäfte, die Auflagen laufend zu prüfen und die

Geschäfte positiv dargestellt waren, so war schlüssig, dass die Innenrevision auch geprüft hat – zumindest für mich als Aufsichtsrat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber das fordert ja geradezu die Frage heraus, was Ihr Eindruck war. Ich frage Sie ja gar nicht nach Ihren eigenen Wahrnehmungen oder Recherchen, aber was war denn Ihr Eindruck von den anderen Aufsichtsratsmitgliedern, was die für ein Bild von der Innenrevision gehabt haben?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist dort nicht hervorgekommen. Und was war Ihr Eindruck von der Innenrevision? Haben die öfter irgendwo einmal etwas kritisch rückgemeldet?

Ingrid Streibel-Zarfl: Aus dem internen Verlauf hat die Innenrevision ständig Dinge überprüft. Wir waren ja auch immer wieder in Berichte zur Prüfung des Hauses eingeschaltet, wenn wo Mitarbeiter zu überprüfen waren. Und daraus und aus dem Verhalten konnten wir davon ausgehen, dass die Innenrevision sehr genau und sehr kritisch prüft. (*Abg. Amon: Sie meinen diese drei Personen, die die Innenrevision ausgemacht haben?*) – Aber das waren nicht 3 Personen, ich schätze an die 20, aber das müsste ich nachschauen. (*Abg. Amon: Können wir das genau haben?*) – In welchem Jahr, denn das kann man über die Personalabteilung erfahren? (*Abg. Amon: 1990 bis heute!*) – Soll ich das einbringen, oder wollen Sie das dann Dr. Koren mitgeben? (*Abg. Mag. Kogler: Was ist das jetzt?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Auskunftsperson hat sich bereit erklärt, uns mitzuteilen, wie personalstark die Innenrevision in den Jahren 1990 bis dato ist.

Ingrid Streibel-Zarfl: Darf ich Sie nur ersuchen, Herr Vorsitzender, dass Sie diesen Auftrag auch bitte Dr. Koren geben, dass ich hier unterstützt werde, denn das muss ja die Personalabteilung recherchieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir können nur ersuchen, uns die Auskunft zu erteilen. Wir können die BAWAG nicht ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich werde mich bemühen, das hängt aber davon ab, inwieweit mir unsere Personalabteilung die Angaben gibt. An wen soll ich das richten?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: An den Ausschuss-Vorsitzenden, und der wird das dann weitergeben.

Ingrid Streibel-Zarfl: Die Anzahl der Beschäftigten der Innenrevision. (*Abg. Amon: Wann waren 20?*) – Jetzt, die letzten Jahre, durch die Zusammenführung BAWAG/P.S.K. (*Abg. Krainer: Ist es nicht leichter, wenn wir das den Vorstand fragen?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das werden wir auch fragen, ja, aber es ist jetzt aufgetaucht. Betriebsräte wissen ja in der Regel auch relativ viel über Innenrevisionsvorgänge, weil das immer mit Mitarbeiter-Themen auch zusammenspielt – oft mehr als ein Vorstand.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß nicht, ob die Personalabteilung die Aufzeichnungen noch hat. Bitte, fragen Sie das den Vorstand, denn der kann den klaren Rechercheauftrag geben, ich kann das nicht im Unternehmen. Und ich habe die Aufzeichnungen aus 1990 sicher nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Ihre Wahrnehmungen zur Innenrevision können ja nicht darauf gründen, dass die Innenrevision in den Aufsichtsrat berichtet hätte, denn das war ja anders konstruiert wie meistens. (*Ingrid*

Streibel-Zarfl: *Ja!*) Die ist ja berichtspflichtig zunächst dem Vorstand gegenüber gewesen.

Ingrid Streibel-Zarfl: Darf ich vielleicht ergänzen? (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*) Normalerweise ist davon auszugehen, dass die Innenrevision dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates berichtet. So ist das ja auch jetzt im Aufsichtsrat. Herr **Sellitsch**, der jetzt Aufsichtsratsvorsitzender ist, hat das nur ausgeweitet und gesagt: Gemäß Corporate Governance erfährt das der gesamte Aufsichtsrat. Und wir sind davon ausgegangen – auch nach den Geschäftsberichten, die ja von der KPMG vorliegen –, dass alle Prüfungen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Das wird ja da drinnen auch bestätigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist wieder eine andere Frage, die Wirtschaftsprüfer. Aber wie war das damals mit der internen Revision? – Damals ist dem Aufsichtsrat oder dem Vorsitzenden von der internen Revision wohl nichts bis wenig berichtet worden, oder?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ob der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Weninger, einen Bericht bekommen hat, weiß ich nicht. (*Abg. Mag. Kogler: Eben!*) – Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie es bei Tumpel?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat der Vorstand, also Elsner beispielsweise, bei seinen Berichten, die er offensichtlich an den Aufsichtsrat gemacht hat, die Innenrevision erwähnt, indem er das einfließen hat lassen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß das nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Keine Erwähnung. – Hat sich der Aufsichtsrat einmal (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß es nicht mehr!*) – nein, ich frage ja etwas anderes – um den Zustand und die Arbeitsweise und die wirkliche Verankerung quasi im lebendigen Organigramm der Bank gekümmert, bemüht? Es wäre ja vielleicht schon von aufsichtsrätlichem Interesse, wie das dort überhaupt ist. Noch dazu vor dem Hintergrund, wo die Innenrevision der BAWAG von außen oft genug kritisiert worden ist. Aber das ist ja offensichtlich nie bis zu Ihnen vorgedrungen, wie Sie vorher behauptet haben.

Aber hat sich der Aufsichtsrat einmal um den Zustand der internen Revision gekümmert?

Ingrid Streibel-Zarfl: Der Aufsichtsrat ist mir nicht in Erinnerung, aber als Betriebsrat haben wir uns sehr wohl auch mit der Innenrevision auseinandergesetzt. Und da hatte ich den Eindruck, dass die sehr genau prüfen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben Sie gesagt, genau. Aber aus dem Aufsichtsrat haben Sie keine Wahrnehmungen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Aus dem Aufsichtsrat nicht, aber in meiner Funktion als Betriebsrat habe ich mich sehr wohl mit der Innenrevision auseinandergesetzt und hatte da den Eindruck, dass die sehr korrekt und sehr ordentlich prüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die schon. Haben Sie einmal Beschwerden oder Ähnliches gehört, dass man seitens der Innenrevision beim Generaldirektor nicht vordringt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Bleiben wir beim Generaldirektor. Der hat im Jahr 2000 eine Leistungsprämie erhalten. – Ist das im Aufsichtsrat genehmigt worden? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Ist Ihnen nichts in Erinnerung. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Ist Ihnen sonst zu Ohren gekommen, dass es sich hier immerhin um eine Leistungsprämie von 581 000 € gehandelt haben soll,

wenn meine Unterlagen stimmen? (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Nein!*) – Sie wissen nichts dazu.

Ein ganz anderes, letztes Thema von meiner Seite. Es geht wieder um den Aufsichtsrat und Ihre Tätigkeit dort. Haben Sie im Rahmen Ihrer aufsichtsrätlichen Tätigkeit einmal einen Tagesordnungspunkt registriert, der sich mit Krediten an das Konsortium **Taus/Schlaff/Cordt** im Zusammenhang mit einer **MobilTel-Holding** befasst hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja. Da hat es Beschlüsse dazu im Aufsichtsrat gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da hat es Beschlüsse gegeben. (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Ja!*) – Aha. Wann hat es diese Beschlüsse gegeben? (*Zwischenruf des Abg. **Amon**.*) – Sie sind ja nicht gefragt, Herr Amon. (*Ingrid **Streibel-Zarfl**: Entschuldigung, der Herr Verfahrensanwalt ... – Abg. **Amon**: ... Verhandlungen durfte sie die Namen nicht nennen, jetzt nennen Sie ihn! Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie das Bankgeheimnis verletzen!*)

Es ist ja sowieso die Frage, ob das Bankgeheimnis schon verletzt ist, wenn man nur nach der Existenz eines Kredits fragt. Das habe ich vorhin vergessen nachzufragen, denn dann mache ich darauf aufmerksam, dass wir das schon hundert Mal hier herinnen gemacht haben. Denn wenn wir im Zusammenhang mit Atomic alle möglichen Cents hin- und herschummeln, dann ist das nicht konsistent. (*Obmann Dr. **Graf**: Das ist etwas anderes, denn da hat die ÖVP ein Interesse daran gehabt!*) – Möglich. (*Abg. Mag. **Stadler**: Ah so! Na dann!*)

Gut, es hat also eine aufsichtsrätliche Befassung mit einer Kreditvergabe an dieses Konsortium gegeben. So viel ist einmal zutreffend.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja. Nachdem da jetzt sehr viel in den Medien war, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wann war das?

Ingrid Streibel-Zarfl: Darf ich das jetzt noch beantworten, Herr Verfahrensanwalt? Ich bin jetzt wirklich verunsichert. Es tut mir leid, Entschuldigung. (*Abg. Mag. **Kogler**: Da haben wir aber eine unterschiedliche Auffassung ...! – Abg. Mag. **Stadler**: Das ist Untersuchungsgegenstand!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Grundsätzlich ist das Untersuchungsgegenstand.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben wir aber offensichtlich eine unterschiedliche Auffassung, was das Bankgeheimnis betrifft. Das müssen wir gesondert diskutieren. (*Abg. Mag. **Stadler**: Bitte, das ist Untersuchungsgegenstand! – Abg. Dr. **Hlavac**: Was sagt der Herr Verfahrensanwalt dazu?*)

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Schon die Anbahnung eines Kredites fällt unter das Bankgeheimnis. (*Abg. Mag. **Stadler**: Das werden wir extra noch diskutieren müssen, weil das ist der Untersuchungsgegenstand! ... Atomic so nicht handhabbar!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jedenfalls ist dann noch die Frage gewesen, ob der Herr Generaldirektor dem Aufsichtsrat Mitteilungen über die Bonität, respektive eigentlich über die wirtschaftliche Verfasstheit, respektive auch seine sonstige Unbescholtenheit, also eines Geschäftspartners dieses Konsortiums gemacht hat, der in Bulgarien die dort zu kaufende MobilTel zu dem Zeitpunkt noch besessen hat.

Ist Ihnen bekannt oder haben Sie noch eine Erinnerung daran, dass Generaldirektor Elsner die Aufsichtsräte auch mit einer Information versorgt hat, dass er, Elsner, bei der Wirtschaftspolizei eine Information eingeholt hätte, dass die potentiellen Geschäftspartner in Bulgarien – unter Führungszeichen – „in Ordnung“ wären?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nachdem das auch jetzt in den Medien immer wieder vorkommt, meine ich, mich erinnern zu können, dass das so war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dass er eine solche Information gegeben hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass es solche Information gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wann war diese Information?

Ingrid Streibel-Zarfl: Bei dem Bericht zu dem Kredit war das, glaube ich, auch eine bestimmte Auflage, die man hier gemacht hat, dass man ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erinnerung: Wer hat eine Auflage an den Gen... gemacht? Das klingt ja so, als ob er hätte berichten sollen oder müssen. Freiwillig hat es Herr Generaldirektor Elsner ja wahrscheinlich nicht gemacht.

Ingrid Streibel-Zarfl: O ja, ich glaube, das ist sogar von ihm selbst gekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also doch eine freiwillige Mitteilung. (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) Aber Sie erinnern sich jetzt nicht, wann das war?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das muss im Zuge des Kredits gewesen sein, ich weiß aber nicht, wann.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, Sie wissen das nicht. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dazu eine Frage: Wissen Sie zufälligerweise, für wen Herr **Taus** bei der MobilTel-Sache **Treuhänder** gespielt hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Wenn Sie es nicht wissen, verletzen Sie nix! Wenn Sie es wissen ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso? Ich sage ja nicht, dass das aus ... – Vielleicht weiß sie es aus anderer Quelle.

Können Sie sich vorstellen, dass er für Herrn Elsner den Treuhänder gemacht hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Frage noch zur Atomic-Geschichte. Als der Konkurs eröffnet worden ist, war diese Atomic-Geschichte beziehungsweise die Konkurseröffnung Thema im Aufsichtsrat? Können Sie sich daran erinnern, ob das Thema im Aufsichtsrat war?

Ingrid Streibel-Zarfl: Meiner Erinnerung nach war das Thema im Aufsichtsrat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist es richtig, dass Herr Flöttl berichtet hat im Aufsichtsrat, dass der Konkurs von Atomic keinen Wertberichtigungsbedarf für die BAWAG hervorruft?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht mehr. Bitte um Verständnis, das ist so lange her. Ich weiß es nicht mehr, und es kommt einem ja sukzessive alles durcheinander, weil seit dem Vorjahr sind ja durch die FMA ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, ich meine, einer der größten Konkurse (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, ich weiß es nicht mehr!*) eines internationalen Konzerns, weltmarktführende Position, an zweiter Stelle. Da könnte es ja sein, dass man sich bei so etwas länger erinnert, was da auch im Aufsichtsrat gesagt oder getan wurde. Aber ich nehme zur Kenntnis: Wir haben ein paar Auskunftspersonen, die sprudeln über, dort, wo man es gar nicht will; und dann gibt es auch Auskunftspersonen, die können sich an wenig bis gar nichts erinnern. Zur zweiten Kategorie zähle ich eher Sie.

Ich glaube, wenn man nachzählt, wie oft Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, das wissen Sie nicht mehr, dann werden Sie wahrscheinlich Herrn Mag. Winkler schlagen, davon bin ich überzeugt. (*Abg. Krainer: Sie ist auch länger da als er!*) Ja, er hat nur ein schmales Thema gehabt. Aber er kommt ja sicher noch einmal. (*Abg. Krainer: Die Befragungszeit ist länger!*) Da kann man mehr durcheinanderbringen oder vergessen. (*Abg. Krainer: Nein, das ist immer eine Frage! Das Verhältnis der Antworten ist, glaube ich, beim ... noch höher!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Streibel-Zarfl, ich frage Sie jetzt nach einer Wahrnehmung, die offensichtlich Ihre Mitarbeiter hatten, dass nämlich noch eineinhalb Monate nach der Suspendierung der Vorstandsdirektoren die Herren bei Ihnen im Haus aus- und eingegangen sind und Schachteln an Unterlagen aus dem Haus geschleppt haben. Haben Sie diesbezüglich etwas wahrgenommen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich selbst nicht, ich habe es dann auch aus der Erzählung der Mitarbeiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Mitarbeiter haben Ihnen das auch erzählt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Es ist darüber geredet worden, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Dass die Mitarbeiter sogar noch eingespannt wurden, für die Herren zu kopieren?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat da der Vorstand nicht eingegriffen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich auch nicht. (*Obmann Dr. Graf: Was haben Sie als Aufsichtsrat dagegen unternommen?*) – Mir ist das im Verlauf des Herbstes zu Ohren gekommen, nicht sofort zu dem Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ein Mitarbeiter entlassen oder gekündigt wird, hat er das Haus sofort zu verlassen. Es gibt sogar Fälle, wo man den Schreibtisch sofort verlassen musste. Es gibt Herrn Kommerzialrat Rohmoser, der das Unternehmen über Weisung der BAWAG nicht mehr betreten durfte. Und diese Herren marschieren aus und ein, stehen unter Strafverdacht, sind Gegenstand von Ermittlungen – bis auf Herrn Elsner, der sich nicht nach Österreich zurücktrauen wollte –, marschieren alle im Haus aus und ein und nehmen Unterlagen mit! Und kein Mensch regt sich darüber auf.

Ingrid Streibel-Zarfl: Mir ist das erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Kenntnis gebracht worden. Ich hätte nie angenommen, dass das zulässig ist von der Geschäftsleitung her. Ich bitte Sie, die Fragen an die Geschäftsleitung zu stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das werden wir tun, aber ich hätte mir von einem Mitglied des Aufsichtsrates – nicht in Ihrer Eigenschaft als Zentralbetriebsratsvorsitzende – erwartet, dagegen einzuschreiten. Sie haben ja auch das Gesamtunternehmen zu vertreten.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe das erst zu einem späteren Zeitpunkt erfahren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch das ist ja seltsam, weil Sie sind jeweils in der Information aus der Belegschaft so spät dran, das ist unglaublich. Ich habe so etwas noch nie erlebt.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe das auch nicht selbst gesehen, bitte.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, eh, aber die Mitarbeiter informieren Sie offensichtlich spät oder gar nicht über irgendwelche Vorgänge aus der Belegschaft, aber bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mitgestimmt, als die Firmenpensionsansprüche des Herrn Elsner abgelöst wurden? (*Obmann Dr. Graf: Hat sie schon beantwortet mit Ja!*)

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe das schon beantwortet. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da haben Sie mitgestimmt? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Die Vorgangsweise hat in Ihrer Belegschaft aber zu Unmut geführt?

Ingrid Streibel-Zarfl: Im Nachhinein dann ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will Ihnen hier ein ganz „romantisches“ Schreiben aus dem Jahr 1994 vorhalten, das die Direktion verfasst hat, wo Herr Flöttl über sich in der dritten Person schreibt. Ich zitiere es Ihnen auszugsweise – es gab mehrere solche Mitarbeiterinformationen der Direktionsebene; ein paar Passagen vorzulesen ist vielleicht ganz gut –:

17. Mai 1994. „Die als problematisch kritisierte Optik, daß die Firmen, bei denen der Sohn des Generaldirektors – schreibt Flöttl über sich – eine Geschäftsführertätigkeit ausübt, mit uns in Geschäftsverbindung standen, ist darauf zurückzuführen, daß die BAWAG selbst keinen Zutritt zu diesen ausländischen, besonders den amerikanischen, Kapitalmärkten und deren Innovationen hatte.“

Und weiters: „Diese Geschäfte finden ausschließlich im Fremdwährungsbereich statt, wir nehmen fremde Währung auf, legen fremde Währung an und bekommen fremde Währung zurück; zu Schillingen wird nur der Gewinn. Diese Fremdwährungsgeschäfte haben mit unseren Spareinlagen überhaupt nichts zu tun.“

Weiteres Zitat: „Diese Form des Geschäftes hat es nunmehr auch ermöglicht, diese Engagements in verhältnismäßig kurzer Zeit entscheidend zu reduzieren und mit 5. Mai 1994 zu beenden. Es sind alle Geschäfte zurückgeführt worden, wir haben dabei nur verdient und keinen einzigen Schilling verloren.“

„Um zu beweisen, daß die Geschäfte immer ordnungsgemäß waren, wurden diese Engagements auch unter ungünstigen Bedingungen, nämlich der vorzeitigen Rückführung, abgewickelt.“

Und jetzt die „Krönung“ – bevor ich sage, dass am 24.12. immer Weihnachten ist –:

„Durch unsere stets vorsichtige und verantwortungsvolle Geschäftspolitik ist die Bank für Arbeit und Wirtschaft AG ein kapitalstarkes, sicheres und gut fundiertes Unternehmen.“ – Ende des salbungsvollen Zitates.

Ich will Ihnen nur noch sagen: Es gab mehrere solcher Mitarbeiterinformationen. Diese Mitarbeiterinfo hätte bei mir zumindest Bedenken, wenn nicht sogar Lachsalven ausgelöst – angesichts der Medienberichte, die zuvor sogar noch zitiert werden.

Das kann ja nicht wahr sein! – Der schildert hier die blumigsten Traumgeschäfte: Phantastisch, aber wir müssen es leider beenden!

Wollen Sie mir wirklich weismachen, dass das niemanden bei Ihnen beschäftigt hat, dass da niemand stutzig geworden ist: Traumgeschäfte, supertoll, das rennt, 120-prozentige Bedeckungen, wir machen nur Gewinne, die Gewinne kommen alle in schönen Schilling hinein, aber wir haben es leider einstellen müssen!?

Wollen Sie mir wirklich erklären, dass diesen Schmarren, der da drinsteht, irgendjemand in Ihrer Bank ernsthaft geglaubt hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kenne diesen Brief nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann Ihnen den Brief vorhalten. Verstehen Sie mich, dass Herr Flöttl so einen Schmarren verzapft ... (Abg. **Krainer:** *Das ist 13 Jahre her!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht sollte man das tun und fragen, ob die Auskunftsperson den Brief kennt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen den Brief vor! Der ist an alle Mitarbeiter gegangen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Solche Briefe hat es laufend gegeben – laufend! –, nur von der Betriebsratsebene nicht. (Abg. **Krainer:** *Ja, aber bis vor 12 Jahren! Bis Flöttl gegangen ist, das ist auch schon 13 Jahre her!*) Der Brief ist noch gut in Erinnerung.

Ingrid Streibel-Zarfl: Es gibt auch jetzt viele Briefe. (Abg. Mag. **Stadler:** *Das stimmt!*) Die Flut der Informationen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber selten habe ich so einen lächerlichen Brief gesehen. Er wird nur noch übertroffen durch eine Inseratenkampagne, die die BAWAG geschaltet hat, wo sie hineingeschrieben hat, wie großartig die „Konsum“-Pleite abgewickelt werden konnte, wie großartig der Atomic-Konkurs läuft und wie großartig die Karibik-Geschäfte sind. Ich wundere mich, wieso die alle jetzt vor dem Strafrichter landen sollen, wenn alles so großartig war!

Kein Mensch bei Ihnen hat nachgefragt? (Obmann Dr. **Graf:** *Solche Briefe gibt es auch aus dem Jahre 2001, aber auch 2002!*) Es gibt laufend solche Briefe – und niemand hat irgendwann Zweifel daran gehabt, dass der Oberste Sowjet vielleicht das Volk belügt!

Haben Sie als Zentralbetriebsratsvorsitzende nicht eine Erklärung dazu?

Ingrid Streibel-Zarfl: Wir haben in diesen Jahren eines der höchsten Ratings einer österreichischen Bank gehabt. Es war jede Pressekonferenz öffentlich. Die Bank ist in diesen Jahren wirklich gefeiert worden. Wir haben das höchste Rating gehabt. Wir haben in all diesen Jahren jedes Jahr hohe Rücklagen gebildet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum haben Sie dann mit den Geschäften aufgehört? Wenn die alle so großartig waren, dann hätten sie doch jeder Überprüfung standgehalten, warum hat man dann damit aufgehört?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich habe ja die Geschäfte nicht selbst gemacht. Sie sind dann beendet worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie hätten ja geradezu auf den Vorstand eindringen müssen: Bitte weitermachen! – Wenn das alles wahr ist!

Ingrid Streibel-Zarfl: Das ist nicht die Aufgabe des Betriebsrates. (Abg. **Amon:** *Aber als Aufsichtsrat ...!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt mit einem Aufsichtsratsmitglied!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Herr Verfahrensanwalt wird schon ganz unruhig, weil schon keine Fragen mehr da sind.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Es steht sicher nicht in der Verfahrensordnung: Lächerliche Fragen sind verboten!, aber tun Sie es als Mensch nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich habe volles Verständnis dafür, nur: Wissen Sie, wenn mir eine Zentralbetriebsratsvorsitzende, die seit 20 Jahren im Aufsichtsrat sitzt, erklärt, dass sie nichts verstanden hat, über 20 Jahre von nichts weiß, dann muss sie damit rechnen, dass ich sie mit ein paar Dingen konfrontiere und ihr klarmache, dass nicht alle da herinnen so dumm sind, wie wir ausschauen!

Eine letzte Frage: Waren Sie bei den Bilanz-Pressekonferenzen des Herrn Flöttl und seiner Nachfolger dabei?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich, wir waren nie bei Pressekonferenzen dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei keiner Bilanz-Pressekonferenz? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) Aber die Bilanz-Pressekonferenz haben Sie mitbekommen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass sie stattfindet, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und was er dort gesagt hat?

Ingrid Streibel-Zarfl: Nein, weil ich ja nicht dabei war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, nicht einmal das haben Sie mitbekommen! Ich halte daher Fragen ...

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich glaube nicht, dass Betriebsräte bei Bilanz-Pressekonferenzen anwesend sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Seibersdorf sind alle Betriebsräte immer anwesend. Aber bitte, das ist Unternehmenskultur.

Ich habe eine Frage: Herr Generaldirektor Nowotny hat uns hier im Ausschuss gesagt, dass er einmal Herrn Zwettler gefragt hat, wie denn das Verhältnis zu Elsner war, und dieser habe ihm gesagt: Ich – also Zwettler – bin bei Elsner durch die Hölle gegangen! – Stimmt's? (*Abg. Krainer: Sinngemäß, ja!*) Sinngemäß ist das so gesagt worden.

Ist jemals irgendjemand anderem aufgefallen, dass der zumindest seine Vorstandskollegen so in Griff hat, dass sie selbst denken, sie gehen durch die Hölle, dass die Notariatsakte verfassen, um sich selbst abzusichern, aber dann neun oder zehn Jahre im Unternehmen bleiben und alle dann am Ende sagen: Da hat ja eh der Wirtschaftsprüfer geprüft!?

Wenn ich so etwas höre, frage ich mich immer: Wozu gibt es einen Aufsichtsrat? Dann schaffen wir das Instrument ab, dann gibt es nur mehr Wirtschaftsprüfer, denn die sind eh für alles verantwortlich! – Aber gut, das ist ein anderes Kapitel.

Ist Ihnen jemals aufgefallen, dass Herr Elsner Druck auf sehr viele in seinem unmittelbaren Umfeld nach außen, nach unten, nach links, nach rechts, nach oben, in die Politik hinein, überall hin gemacht hat, zum Beispiel bei Schlögl, dort und dort, ist Ihnen da jemals so etwas aufgefallen?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich kann nur zum Unternehmen antworten. Da hat er immer wieder versucht, Druck auszuüben, aber was die Vorstände anlangt, bin ich davon ausgegangen, dass die in der Lage sein müssen, diesem Druck nicht stattzugeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine Frage! Im Unternehmen ist Druck ausgeübt worden, sagen Sie?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ja, weil Elsner einen sehr harten Führungsstil, einen autoritären Führungsstil gehabt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wem gegenüber zum Beispiel hat er Druck ausgeübt? – Jetzt sind wir dort, wohin wir eigentlich wollten.

Ingrid Streibel-Zarfl: Er war ungeduldig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Allen gegenüber – oder manchen Personen gegenüber nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auch Ihnen gegenüber?

Ingrid Streibel-Zarfl: Natürlich war er mir gegenüber auch ungeduldig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was verstehen Sie dann unter **Druck?** – Zuerst haben Sie gesagt, er habe im Unternehmen **Druck** ausgeübt. Und jetzt sagen Sie, er sei **ungeduldig** gewesen. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer spricht mit der Auskunftsperson.*) – Herr Verfahrensanwalt, ich möchte gerne wissen, wie es die Frau Zentralbetriebsratsobfrau sieht, und nicht, wie Sie es ihr sagen!

Ungeduld ist bei Ihnen Druck? Oder was verstehen Sie unter Druck?

Ingrid Streibel-Zarfl: Dass Elsner einmal mit jemandem geschrien hat. Ja. – Aber ich weiß nicht, was der Druck ist, den Sie meinen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, das ist es schon: Wenn ein Generaldirektor schreit – ist das mit Mitarbeitern öfters vorgekommen oder nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe ja nur, nachdem Sie es gesagt haben, gefragt, ob es oft vorgekommen ist.

Ingrid Streibel-Zarfl: Ich weiß es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber es ist vorgekommen? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Ja!*) – Haben sich dann die Mitarbeiter an Sie gewandt und haben gesagt: Der schreit mit mir, das ist eigentlich unmenschlich, helfen Sie mir, Frau Zentralbetriebsratsobfrau!? (*Ingrid Streibel-Zarfl: Nein!*) – Und warum nicht?

Ingrid Streibel-Zarfl: Das müssen Sie, bitte, die Mitarbeiter fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Welchen Druck hat Elsner noch ausgeübt? Gegenüber wem? Er war ungeduldig, schreit – wie hat sich das noch geäußert? Hat er die Leute am Telefon „zusammengeputzt“? (*Abg. Mag. Stadler: Mit Ordnern geschmissen? Es gab mehrere, die das gemacht haben!*)

Ich sage es dazu: Wir würdigen auch Aussagen. Es geht ein bisschen dahin, wie die Glaubwürdigkeit ist. Das kann man durchaus auch abfragen. Da möchte ich mir schon ein Bild darüber machen können, wie die Auskunftsperson Fragen beantwortet. Sie sind dort ein Urgestein, wenn ich das so sagen darf, ohne dass Sie mir böse sind. Sie sind in den Gremien gesessen, sind Prokuristin, alles Mögliche. Daher interessiert uns, was Ihre Wahrnehmungen waren, wie der Führungsstil von Elsner war, wodurch er kennzeichnend war. Das war die allererste Frage von Herrn Krainer, der Sie dann ein bisschen in Ruhe gelassen hat. Hinsichtlich der Beantwortung hat er nicht nachgestoßen; jetzt am Ende holt Sie das wieder ein. Ich habe mir das nämlich aufgeschrieben, ich würde das gerne beschrieben haben.

Ingrid Streibel-Zarfl: Wie beschreibt man so etwas? – Elsner war jemand, der in kürzester Zeit Ergebnisse wollte, der sofort zum Hörer gegriffen hat, um quer

herumzutelefonieren. Wenn Mitarbeiter zu ihm bestellt worden sind, dann hat das schnellstens gehen müssen; er war nicht gewöhnt, dass er auf jemanden wartet. Das ist auch mir einige Male passiert, dass, wenn man zwei Minuten im Lift gebraucht hat, er schon wieder beim nächsten Termin war. Das heißt, er konnte sehr aufbrausend sein, hat sich aber fünf Minuten später auch wieder einmal entschuldigt. Das war so ein Hin und Her.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat Elsner Widerspruch geduldet?

Ingrid Streibl-Zarfl: Er hat immer wieder gesagt, er verlangt Widerspruch – es war aber sehr schwierig, ihm zu widersprechen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf dankt der Auskunftsperson, da keine Fragewünsche mehr bestehen, für ihr Erscheinen und verabschiedet diese.

*(Die Auskunftsperson Ingrid **Streibl-Zarfl** verlässt den Sitzungssaal.)*

22.44

Bevor die nächste Auskunftsperson Dr. Koren aufgerufen wird, entspinnt sich eine Diskussion darüber, für welchen Termin die Auskunftsperson Mag. Legradi, die zu so später Stunde nicht mehr angehört werden kann, geladen werden und wann die nächste Fraktionsführersitzung stattfinden soll.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) gibt zu bedenken, dass am 2. April vor Beginn der Ausschusssitzung eine Fraktionsführersitzung angesetzt ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf schlägt vor, die Fraktionsführersitzung an einem anderen Tag abzuhalten. Diese solle aber nicht an einem Plenartag stattfinden.

Man einigt sich schließlich darauf, die Fraktionsführersitzung entweder am 26. März, jedenfalls aber vor dem 2. April abzuhalten, Herrn Mag. Legradi für 2. April, 9 Uhr zu laden und sich bei diesem für sein vergebliches Warten zu entschuldigen.

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 22.48 Uhr **unterbrochen** und um 22.56 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

22.56

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 22.56 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als nächste **Auskunftsperson** Herrn **Dr. Stephan Koren** in den Sitzungssaal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dr. Stephan Koren** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Stephan Koren** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, entschuldigt sich für die große Verspätung, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Stephan Koren (BAWAG P.S.K.): Mein Name: Stephan Koren; geboren am 14.12.1957, wohnhaft in 1180 Wien, Beruf: Ökonom – würde ich einmal sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? Der Untersuchungszeitraum ist in etwa 1994 bis dato.

Dr. Stephan Koren: War ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Koren, über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden persönlichen Erklärung. – Wollen Sie davon Gebrauch machen oder sofort in die Befragung einsteigen?

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, angesichts der vorgeschrittenen Stunde ist es gescheiter, wir treten gleich in die Befragung ein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Koren, fürs Protokoll: Wann sind Sie in die BAWAG eingetreten?

Dr. Stephan Koren: Im Frühjahr 1998.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In welchen Funktionen waren Sie in der BAWAG beziehungsweise in den Tochterfirmen seitdem tätig?

Dr. Stephan Koren: Im Wesentlichen war der Aufgabenbereich Akquisitionen von anderen Banken in Österreich und Mitteleuropa. Es gab eine ganze Reihe von Projekten. Das größte war die heute, glaube ich, größte tschechische Bank, die **ČSOB**, wo wir in einem sehr intensiven Wettbewerb waren, eine Reihe österreichischer Banken, Hypo-Banken, wo wir im Wettbewerb, also im Ausscheidungsprozess des Erwerbs waren – Steirische Hypo, Oberösterreichische Hypo –, und schließlich dann auch der P.S.K.-Privatisierungsprozess. Daneben war ich zuständig für die öffentliche Hand, also in Kontakt zur Republik Österreich und zu den Kommunen in diesem Land.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auf welcher Ebene waren Sie tätig?

Dr. Stephan Koren: Zunächst nur auf Ebene einer Geschäftsführung auf Tochter-Ebene und zuletzt, ich glaube, das letzte halbe Jahr, als ordentlicher Direktor.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, das letzte halbe Jahr?

Dr. Stephan Koren: Oder das letzte Jahr, das müsste ich jetzt nachschauen. Ab Ende 2000 war ich dann in der P.S.K., also das hieße: das Jahr 2000.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In der P.S.K. hatten Sie welche Funktion?

Dr. Stephan Koren: Vorstandsvorsitzender. (*Abg. Krainer: Bis 2005, nehme ich an?*) Bis 2005, und ab 1. Oktober 2005 stellvertretender Vorsitzender der BAWAG P.S.K.-Gruppe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Inwieweit waren Sie über die Karibik-Geschäfte 2 informiert?

Dr. Stephan Koren: Über die Karibik-2-Geschäfte war ich gar nicht informiert und musste diese zu meiner Erschütterung im Oktober 2005, korrekt: Ende Oktober, am Weltspartag des Jahres 2005, entdecken.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie die „entdeckt“?

Dr. Stephan Koren: Durch einen Zufall. – Am Weltspartag des Jahres 2005, ich glaube, es war der 28.10., rief mich mein Vorstandskollege Jochen Bottermann an, dass er sich um 8 Uhr in der Früh mit unserem Geschäftsführer unserer slowakischen Tochter, der **Istrobanka**, trifft. Dieser Geschäftsführer unserer slowakischen Bank habe ihn einige Tage vorher auf eine unerklärliche Überweisung von 670 Millionen € aufmerksam gemacht, die über diese Tochterbank – ich komme dann darauf, wie das gelaufen ist – gezogen wurde. Die Überweisung trage Unterschriften von Vorständen der BAWAG, konkret von Hans Zwettler, Peter Nakowitz, eine Mitarbeiterin der Beteiligungen stand auch drauf. Er habe auf diese Überweisung – die deshalb aufgefallen ist, weil sie über eine Reihe von Konten gelaufen ist, unter anderem auch über ein Refco-Konto, und Refco zu dieser Zeit bereits unerwünschter Kunde war, darum ist das aufgefallen – Hans Zwettler als Unterzeichnenden angesprochen. Der hat gesagt, das sei nichts Besonderes, das sei alles in Ordnung, er brauche sich nicht darum zu kümmern. Daher hat er dann für diesen Weltspartag in der Früh den Geschäftsführer, den Vorstandsvorsitzenden unserer slowakischen Bank zu sich gebeten, um sich im Original die Dokumente anzusehen, und hat mich dazugebeten.

Nachdem das doch eine sehr ungewöhnliche Transaktion war und der Vorstandsvorsitzende gegenüber meinem Kollegen ganz offensichtlich nicht bereit war, Auskunft zu geben, habe ich den Aufsichtsratsvorsitzenden angerufen, ersucht, er möge in mein Büro kommen, habe den Chef der Innenrevision angerufen, gebeten, er möge ins Büro kommen, und ebenso die Dame, die als Dritunterzeichnende auf dem Revers stand.

Der Aufsichtsratsvorsitzende kam als Erster, darum saßen wir dann zu viert zusammen. Ich habe ihn auf die Überweisung aufmerksam gemacht, habe sie ihm gezeigt, und er sagte mir, er kenne diese Überweisung. Das sei die letzte große Transaktion, um einen großen Schaden in der Bank zu beheben. – Daraufhin war natürlich die Frage: Welcher Schaden ist in der Bank passiert? Er sagte, es gab Ende der neunziger Jahre einen Schaden von, wie ich glaube, 1,5 Milliarden €. Ich habe nur gesagt: Herr Präsident, ich denke, Sie meinen 1,5 Milliarden Schilling – weil ich die Summe nicht glauben konnte –, aber er sagte: Nein, es sind 1,5 Milliarden €.

Damit war ich ins Bild gesetzt, was offensichtlich acht Jahre vorher passiert ist. Das war, kann ich Ihnen sagen, ein Erlebnis der anderen Art.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie gewusst, dass überhaupt Karibik-Geschäfte von der BAWAG durchgeführt werden?

Dr. Stephan Koren: Ich habe so wie jeder Österreicher gewusst, dass es ein Karibik 1 gab; das ist ja einigermaßen „berühmt“ geworden. Dass es danach noch Karibik-Geschäfte gab, das wusste ich nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Bekannt und berüchtigt, „berühmt“ nicht!*) – Berüchtigt, gut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist aber auch in den Medien gestanden. Also die Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte war kein großes Geheimnis – gerade für jemanden, der im Bankbereich tätig ist, oder?

Dr. Stephan Koren: Ja, aber ich muss gestehen, dass ich erstens einmal zu diesem Zeitpunkt nicht in der Bank war, sondern außerhalb. Ich habe, ehrlich gestanden, nicht mitbekommen, dass es ein Karibik 2 gab. Das war nicht auf meinem Radar. Wie wir dann im Nachhinein im Zuge der Recherchen, die wir angelegt haben, draufkamen, sind die ja auch 1998 offiziell beendet worden. Aber Karibik 2 bis 1998 ist, ehrlich gestanden, auch nicht auf meinem Radarschirm aufgeschienen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In der Zeit, als Sie in der BAWAG Direktor waren, also 1. Juli 2000 bis 31.12.2000 zirka, waren ja zumindest in den letzten

Wochen die OeNB-Prüfer im Haus. – Haben Sie das mitbekommen? (*Dr. Koren: Nein!*) – Ist das so unauffällig, wenn die OeNB im Haus prüft? Bekommt das niemand mit?

Dr. Stephan Koren: Also ich habe es jedenfalls nicht mitbekommen, dass die OeNB im Haus ist. Aus heutiger Erinnerung könnte ich nicht sagen, dass ich es damals mitbekommen habe, dass die OeNB-Prüfer im Haus sind. Und ich bin, ehrlich gestanden, auch nie zu irgendetwas zugezogen worden, wo ich hätte merken können, dass OeNB-Prüfer im Haus sind. Ich weiß jetzt nicht mehr – das ist sehr lange her –, ob irgendjemand gesagt hat, es ist eine OeNB-Prüfung im Haus. Das ist nicht so ungewöhnlich in einer Bank, es finden immer wieder Prüfungen statt, aber ich war in keinsten Weise jemals damit konfrontiert, daher wüsste ich aus heutiger Sicht nicht zu sagen, dass mir das aufgefallen wäre.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie davon erfahren, dass es Jahreswende 2000/2001 eine OeNB-Prüfung gab?

Dr. Stephan Koren: Das ist eigentlich im Zuge auch unserer Aufarbeitungen, ich würde einmal sagen so um den Jahreswechsel 2005/2006, für uns transparent geworden. Ich könnte jetzt nicht mehr genau sagen, was der Anlass war, jedenfalls wurde zunehmend diskutiert über einen Notenbank-Bericht aus dem Jahr 2001, den es geben soll, in dem sich möglicherweise Hinweise darauf fänden, dass diese Karibik-Geschäfte durch alle möglichen Transaktionen versteckt worden sein sollten.

Ich weiß jetzt nicht genau, wie wir den ausfindig gemacht haben. Nach meinem Wissensstand war er jedenfalls nicht im Haus. Wir haben ihn, glaube ich, nicht im Haus gefunden, wir haben ihn irgendwo extern beschaffen müssen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Generaldirektor Nowotny hat gemeint, er hätte zirka eine Woche vor Weihnachten in der FMA vor Ort Einblick gehalten. (*Dr. Koren: Dann wird das genau das sein!*) Er hat aber nicht gesagt, dass er eine Kopie bekommen hat. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hat er gesagt, er hat ihn dort vor Ort gelesen, weil er im Haus nicht auffindbar war.

Dr. Stephan Koren: Wir hatten dann eine Kopie davon.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie diesen Bericht lesen, jetzt ex post, haben Sie den Eindruck, dass damals alle Alarmglocken der Republik hätten schrillen müssen?

Dr. Stephan Koren: Es ist ein bisschen schwierig. Ich meine, es macht immer einen Riesenunterschied, ob Sie Dinge ex ante oder ex post betrachten. Aus der heutigen Betrachtungsweise würde ich sagen, gibt der Bericht tatsächlich Indikationen dafür, dass man sich Dinge zumindest genauer anschauen sollte. Ob man das aus der damaligen Sicht auch so hätte sehen können, will ich jetzt nicht beurteilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben wahrscheinlich im Laufe Ihrer Karriere schon mehrere Prüfberichte gelesen? Ist das ein alltäglicher Bericht, ein haarsträubender Bericht oder ein kritischer Bericht. Wie würden Sie das einstufen?

Dr. Stephan Koren: Ich möchte ungern qualifizieren. Grundsätzlich muss uns klar sein, dass Prüfberichte der OeNB oder der FMA **immer** kritisch sind; das ist deren Aufgabe. Die haben ja nicht die Aufgabe, zu sagen, was gut funktioniert, sondern die haben die Aufgabe, zu sagen, was schlecht funktioniert. Daher: Die Berichte schauen immer kritisch aus.

Noch einmal: Aus heutiger Sicht würde ich sagen, das ist ein Bericht, wo ich sagen würde, da sollte man genau hinschauen. Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass – aus der Außensicht der BAWAG – diese Bank zu dem damaligen Zeitpunkt ja ein

hervorragendes Standing hatte. Sie war wirklich gut kapitalisiert, sie war auf dem Markt extrem gut etabliert, sie hatte einen staatstragenden Eigentümer und einen sehr starken ausländischen Eigentümer, sie hatte ein hervorragendes Rating. – Ich weiß nicht, aus der Sichtweise mag der Bericht ein bisschen anders ausschauen. Aus heutiger Sicht würde ich sagen, würde man zweimal hinschauen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also querlesen und einlegen ist so nicht, was man mit so einem Bericht machen sollte?

Dr. Stephan Koren: Aus heutiger Sicht würde ich sagen, würde ich das nicht tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich nehme einmal an, wurscht, welcher Bericht, man sollte Berichte der OeNB oder von Prüfinstanzen niemals querlesen und einlegen.

Dr. Stephan Koren: Man soll sie ernst nehmen, selbstverständlich, dazu sind sie ja da.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren dann in der BAWAG P.S.K. Vorstandsdirektor. Wie war da die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat?

Dr. Stephan Koren: Mit welchem jetzt, mit dem der P.S.K.?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mit dem der P.S.K., ja, natürlich!

Dr. Stephan Koren: Es war immer ein bisschen schwierig, obwohl das, glaube ich, auf der persönlichen Ebene gar nicht schlecht war. Wir haben uns sehr oft unterhalten. Es gab viele Themen, die bei uns Diskussionen ausgelöst haben, das beginnt mit der Auslagerung des Zahlungsverkehrs – da gab es sehr lange, sehr intensive Debatten –, Schließung von Ferienheimen, Restrukturierungen in der Bank, die wir vorgenommen haben. Da gab es regelmäßig intensive Diskussionen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat moniert, dass die Protokolle nicht mehr schriftlich ausgeschickt wurden. (*Obmann Dr. Graf: Aufsichtsratsprotokolle!*) – Aufsichtsratsprotokolle, Entschuldigung. (*Dr. Koren: Ja!*) – Wieso ist das passiert?

Dr. Stephan Koren: Wieso ist das passiert? – Das war primär, muss man ganz klar sagen, auch ein Wunsch des Aufsichtsrates.

Also wir waren eine Konzerntochter der BAWAG, und nachdem eine Reihe von Informationen aus dem Aufsichtsrat an die Öffentlichkeit gegangen sind und zum Teil schon faksimiliert abgedruckt waren, was natürlich für das Haus zum Teil auch geschäftsproblematisch werden kann, weil wir unter Umständen mit Klagen hätten konfrontiert werden können, war dann der Wunsch da, dass man diese Protokolle – dem Aktienrecht durchaus entsprechend – auflegt und 14 Tage, glaube ich, oder sogar länger Einsicht in diese Protokolle nehmen kann, abschreiben oder mitschreiben kann, was man dort besonders bemerkenswert findet, dass sie aber **nicht** ausgehändigt werden.

Das ist damals zumindest auch unter anderen Institutionen nachgefragt worden, das ist kein völlig ungewöhnliches Vorgehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat das dazu geführt, dass weniger Interna an die Öffentlichkeit gelangt sind?

Dr. Stephan Koren: Das glaube ich eigentlich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich halte das auch für ein untaugliches Mittel, sage ich Ihnen ehrlich, denn wenn jemand wo dabei ist, dann kann er gleich selbst

auch mitschreiben. Das ist der Unterschied! Man macht demjenigen, der es nach außen trägt, ein bisschen mehr Arbeit, aber wenn jemand will ...

Dr. Stephan Koren: Ja. Wir verschicken sie mittlerweile auch wieder.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stehen die jetzt auch wieder in der Zeitung?

Dr. Stephan Koren: Gelegentlich schon, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Betriebsrat war ja vorher hier, wie Sie wissen, und der hat hier auch jene Situationen geschildert, bei welchen er mit Ihnen wegen diverser Fragen gesprochen hat, und er hat gesagt, Sie hätten dann immer quasi darauf verwiesen, dass Sie das gar nicht entscheiden können, da müssten Sie erst Elsner fragen. (*Dr. Koren: Bei was?*) – Da ist es um Kleinigkeiten gegangen. (*Dr. Koren: Wie zum Beispiel?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Konkret war das bei der Einstellung einer Teilzeitkraft.

Dr. Stephan Koren: Also, das muss schon eine sehr ungewöhnliche Teilzeitkraft gewesen sein. Das ist mir jetzt, ehrlich gestanden, nicht erinnerlich. Das hielte ich jetzt auch für etwas übertrieben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Generaldirektor Elsner beschreiben?

Dr. Stephan Koren: Damals war es kein schlechtes Verhältnis, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Sie hatten ein gutes Verhältnis mit ihm?

Dr. Stephan Koren: Damals schon, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In der Zwischenzeit werden Sie gar keines mehr haben, nehme ich fast an.

Dr. Stephan Koren: So ist es! (*Abg. Mag. Stadler: Es ist momentan etwas schwierig, mit Elsner Kontakt zu haben!*) – Das außerdem.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber ich glaube, es gibt zwei Besuchstage in der Woche oder so. (*Obmann Dr. Graf: Er hat eh ein Handy, man kann ihn anrufen!* – *Abg. Mag. Stadler: Hast du die Nummer?* – *Abg. Rädler: Dann könnten wir ihn vorladen auch!*)

Stimmt es, dass Sie und Herr Elsner gemeinsam eine Klage gegen Herrn Harwanegg eingebracht oder die Klageeinbringung oder eine Anzeige unterschrieben haben?

Dr. Stephan Koren: Da müsste ich nachschauen, das weiß ich nicht. Nach meinem Verständnis gab es, glaube ich, zwei ...

Es gab auch eine Reihe von Klagen des Kollegen Harwanegg gegen die Bank. In diesem speziellen Fall, glaube ich, war es eine Klage von Elsner oder des BAWAG-Vorstandes, weil er irgendwann einmal den BAWAG-Vorstand der Lüge geziehen hat. Daraufhin haben die geklagt.

Das Zweite war aber, glaube ich, davon getrennt. Aber das könnte ich jetzt, ehrlich gestanden, auch nicht konkret sagen. Das war die Geschichte, nachdem durch eine Reihe von Meldungen ... Ich habe ein paar Mal mit dem Kollegen Harwanegg darüber gesprochen, dass es nicht sehr zweckdienlich ist, wenn man sich **sehr** negativ über das eigene Unternehmen in der Öffentlichkeit äußert, dann könne das geschäftsschädigend sein, und wir könnten das nicht einfach so hinnehmen und tolerieren. Daher hat dann, glaube ich, auch irgendwann einmal die P.S.K. wegen einer dieser Äußerungen geklagt.

Ich glaube aber nicht, dass die beiden Klagen zusammenhängen. Aber das müsste ich mir jetzt anschauen. Ich glaube, das waren zwei getrennte Klagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat sich Herr Harwanegg schlecht über die P.S.K. oder schlecht über die BAWAG geäußert?

Dr. Stephan Koren: Schlecht über die P.S.K.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was hat er da gesagt?

Dr. Stephan Koren: Sie sei wie ein Christbaum abgeräumt worden, zum Beispiel.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja keine schlechte Aussage über die P.S.K., das ist ja ...

Dr. Stephan Koren: Schon, schon, das macht den Eindruck, als ob diese Bank in einem extrem schlechten Zustand wäre, und das zu einer Zeit, wo sie eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent hatte. Das ist mit Abstand die höchste Eigenkapitalquote aller österreichischen Banken. Das ist schon bedenklich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Großbanken zumindest.

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, dass es auch nicht kleinere gibt, die eine solche Quote zusammenbringen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie ist dieses Verfahren ausgegangen?

Dr. Stephan Koren: Um ehrlich zu sein, so genau weiß ich es nicht – damit ich da nichts Falsches sage.

Ich glaube, die Klage der BAWAG hat er verloren – ich weiß es nicht genau –, und wir haben dann als P.S.K. irgendwann einmal gesagt: ewiges Ruhen, geben wir Ruh, eingestellt!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): „Ewiges Ruhen“ des Verfahrens?

Dr. Stephan Koren: Oder wie immer, keine Ahnung! War es so?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es war nicht ganz so: Das ist bis zum Obersten Gerichtshof gegangen. Es war eine gemeinsame Klage (*Dr. Koren: Ah so!*) von BAWAG und P.S.K. gegen den Zentralbetriebsratsobmann (*Dr. Koren: Dann war es doch gemeinsam! Ja!*) wegen Kreditschädigung, wo man zwei Urteilsbegehren wollte: das Erste war: „wie einen Christbaum abgeräumt“, und das Zweite war: Herr Elsner lügt. – Das hat man am Zivilrechtsweg als Kreditschädigung eingeklagt.

Daneben hat Herr Elsner gemäß § 111 StGB wegen des Vorwurfs der Lüge und auch Mediendelikte noch eine Privatklage eingebracht.

Aber da Harwanegg ja Landtagsabgeordneter war und die Immunität genoss, ist er nicht ausgeliefert worden, und daher ist bis dato nichts passiert, weil ja das ruht, bis er sein Landtagsmandat letztlich aufgibt. Dann lebt das nach dem Immunitätsgesetz wieder auf. Ich gehe davon aus, dass es dann eingestellt wird, weil ja jetzt offenkundig ist, dass Elsner gelogen hat. (*Heiterkeit.*) Er ist ja rehabilitiert. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Ja, aber selbst wenn dem so wäre, geht es ja um die Auslieferung.

Und hinsichtlich des Kreditschädigungsprozesses ist wegen der Aussage: „wie einen Christbaum abgeräumt“ und wegen des Vorwurfs der Lüge letztlich die Klage vom OGH zurückgewiesen worden.

Es ist noch eine dritte Kleinigkeit geblieben, da hat man sich vorher schon verglichen. So war das!

Dr. Stephan Koren: Also das offene Verfahren ist das private von Elsner, oder was?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja (*Abg. Mag. Stadler: Privatanklage, das ist etwas anderes!*), das ist Privatanklage gemäß § 111 StGB wegen übler Nachrede.

Das andere ist rechtskräftig erledigt, wobei Herr Harwanegg, nachdem jetzt die geänderten Umstände einiges erbracht haben, sich überlegen könnte, ob er den Teil, den er verloren hat, nicht (*Dr. Koren: Zurückklagt!*) durch Wiederaufnahme des Verfahrens auch auf dem Zivilrechtsweg wiederum mobilisiert. Aber das bleibt ihm überlassen. Ich glaube, da hat er es schon verfristet. Man ist ja oft nicht gut beraten. – Das war ein kleiner Exkurs.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, ich kenne den Ausgang des Verfahrens. Aber mir ist es sehr recht, wenn Sie das referieren. Außerdem hat es die Auskunftsperson vorher – zwar nicht so ausführlich, aber in groben Zügen – auch so dargestellt.

Ursprünglich ist, sofern ich mich recht entsinne, zumindest nach außen hin kommuniziert worden, dass P.S.K. und BAWAG als eigenständige Marken und als eigenständige Banken erhalten bleiben. Das ist in der Zwischenzeit nicht mehr der Fall. Wann kam dieser Beschluss?

Dr. Stephan Koren: Welchen Beschluss meinen Sie?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Den Beschluss, die beiden Institute zu verschmelzen.

Dr. Stephan Koren: Zu fusionieren: Wann dieser Beschluss in der BAWAG gefallen ist, das weiß ich nicht. Ich wurde, glaube ich, im April davon in Kenntnis gesetzt, dass man das vorhat. (*Abg. Krainer: Und das Jahr dazu?*) 2005.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie das befürwortet?

Dr. Stephan Koren: Da muss man jetzt ein bisschen weiter ausholen: Persönlich habe ich es natürlich nicht befürwortet, klarerweise. Aber man tut sich relativ schwer: Wenn ein Kreditinstitut ein anderes kauft und zu 100 Prozent besitzt, gibt es, glaube ich, keinen Fall – jedenfalls nicht in Österreich und auch im Ausland wahrscheinlich wenige –, wo nicht nach einiger Zeit die vollständige Fusion stattfindet, ob das jetzt die seinerzeitige Zentralsparkasse mit der Länderbank ist, ob das die Bank Austria mit der Creditanstalt ist, die Erste Bank mit der Girokredit.

Der heute zitierte Kollege Harwanegg, mit dem ich dann zusammengesessen bin, hat gesagt: Es gibt zwei Verlierer dieser Transaktion: der eine sind Sie – damit meinte er mich –, und der andere bin ich, damit meinte er sich.

Auf der persönlichen Ebene, kann man sagen, war es etwas, was wir natürlich bedauert haben, auf der sachlichen konnte man wohl schwerlich etwas dagegen sagen, weil es der normale Vorgang ist, der sich auch bei anderen Kreditinstituten abgespielt hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Technisch ist das, glaube ich, so gegangen, dass eine Tochterfirma der BAWAG, die Kapital & Wert, quasi zur BAWAG-P.S.K.-neu wurde. (*Dr. Koren: Ja!*) – Welche Funktion haben Sie dann dort übernommen?

Dr. Stephan Koren: Dort war ich dann ab 1. Oktober 2005 Stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, also der Zweite in Rom und nicht mehr der Erste in der Provinz quasi. (*Dr. Koren: Sozusagen!*) Ist immer die Frage, ob das unbedingt dann eine persönliche Verschlechterung ist.

Da gibt es ja diese berühmte Verschmelzungs- beziehungsweise Spaltungsbilanz. Waren Sie da beteiligt?

Dr. Stephan Koren: Soweit es den P.S.K.-Teil betrifft, natürlich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt das – ich gehe jetzt um einen Schritt zurück –, dass ein nicht unwesentlicher Teil des Kaufpreises, den die BAWAG für die P.S.K. bezahlt hat, über einen Kredit bei der P.S.K. finanziert wurde?

Dr. Stephan Koren: Das wüsste ich jetzt nicht, wie das gehen sollte. Wie stellen Sie sich das vor? Die BAWAG hat einen Kredit bei der P.S.K. genommen und hat damit den Kaufpreis finanziert?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war eine Frage, ja.

Dr. Stephan Koren: Nein, also das wäre mir völlig unbekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bei der Verschmelzungsbilanz, ist da ein Kredit bei der P.S.K. irgendwie dann bei der BAWAG-alt und dann AVB, glaube ich, heißt sie dann neu, gelandet?

Dr. Stephan Koren: Das ist das, gut. Das ist jetzt eine nicht ganz triviale Geschichte. Wenn Sie sagen, die AVB ist die BAWAG-alt, dann ändert sich ... Es gibt den ÖGB oder was immer, ÖGB-Einheiten, denen gehört zu 100 Prozent die BAWAG. Und unter der BAWAG hängt die P.S.K. – das war die alte Struktur.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, das war nicht 100 Prozent die BAWAG, aber direkt und indirekt, ja, ja.

Dr. Stephan Koren: Nein, ich sage, direkte und indirekte Eigentümer oder direkt und indirekt der ÖGB, ist ja Wurscht, wie man das dann ... – Stiftung und alles Mögliche. Die hielten 100 Prozent der BAWAG, und unter der BAWAG hing die P.S.K. Die beiden Häuser wurden verschmolzen, und die BAWAG wurde abgespalten, BAWAG-alt in BAWAG-neu, und ein Teil der BAWAG-alt sozusagen blieb zurück. Aus der Sicht des ÖGB ist die AVB genau das Gleiche wie vorher die BAWAG, da hat sich nichts geändert. Aus der Sicht des ÖGB hat sich nichts geändert.

Was sich geändert hat, ist, dass es drunter jetzt eine verschmolzene Bank gab, die eine bessere Eigenkapitalquote ausgewiesen hat als vorher die BAWAG-alt. Unter Einschluss der AVB hat sich gar nichts geändert, ist alles unverändert geblieben.

Warum man diese Konstruktion gewählt hat, weiß ich nicht, weil ich ja nicht eingebunden war in die Frage der Verschmelzung der beiden Häuser. Für jemanden, der sich das anschaut, betrachtet aus heutiger Sicht, würde ich sagen, kann es zwei Gründe geben: erstens Vorbereitungshandlung für einen Verkauf, dass dann die besser „geratete“ und besser ausgestattete Bank verkauft werden soll. Das würde ich für die plausibelste Variante halten. Das Zweite natürlich, dass ein Teil der Probleme der alten BAWAG oben bleiben sollte in der AVB. Die BAWAG-neu sollte quasi eine saubere Bank sein, die damit auch verkäuflich wird. Die wäre ohne das nicht verkäuflich gewesen. Es hat nur in Wahrheit nicht funktioniert, denn es sind – wir haben das dann ja alles minutiös recherchiert – zum Teil Teile unten geblieben, über die wäre sowieso irgendwann einmal wer gestolpert. Aber ich glaube, das war die Intention, das, glaube ich, sollte gemacht werden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was ist denn in der AVB verblieben, in der BAWAG-alt? Da sind ja Verbindlichkeiten, das war ja im Wesentlichen, glaube ich, ein Kredit bei der P.S.K.

Dr. Stephan Koren: Ja, das habe ich dann auch einmal recherchiert, weil ich das auch las, und da haben mir die Wirtschaftsprüfer gesagt, es müssen nur irgendwelche Verbindlichkeiten oben bleiben, völlig egal, welche.

In der Tat ist es dann in der Öffentlichkeit als eine Forderung der P.S.K. gegenüber der BAWAG rübergekommen, aber der Wirtschaftsprüfer sagt, es hätte jede Forderung sein können.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber es war eine Forderung der P.S.K. an die BAWAG?

Dr. Stephan Koren: Das müssen Sie einen Wirtschaftsprüfer fragen. Wie gesagt, ich war ja beim Erstellen dieses Prozesses nicht dabei. Mir haben sie im Nachhinein gesagt: Nein, das ist es nicht! Von der Darstellung her ist das die einfachste Form gewesen, die sie gehabt hätten, aber im Prinzip hätten sie jede andere auch nehmen können.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gerade gesagt, für den P.S.K.-Teil waren Sie zuständig.

Dr. Stephan Koren: Ja, aber das ist ja nicht die Abspaltung der BAWAG-alt aus der ..., also die Abspaltung der BAWAG-neu aus der BAWAG-alt und damit die AVB. Das war ja nicht bei uns im Vorstand.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber von den 1,5 Millionen an Verbindlichkeiten, die in der AVB verblieben sind, waren über 1,4 ein Kredit oder eine Verbindlichkeit, die die BAWAG bei der P.S.K. hatte. – Stimmt das?

Dr. Stephan Koren: Noch einmal, da müssen Sie einen Wirtschaftsprüfer fragen, welche Verbindlichkeiten die oben gelassen haben. Wenn Sie die Struktur so wollen: Es bleiben oben Forderungen und Verbindlichkeiten in der AVB, welche das in concreto sind, ich weiß nicht, ob die Wirtschaftsprüfer das damals 1 : 1 festgehalten haben. Uns ist nicht kommuniziert worden, dass da oben 1,5 – oder was auch immer – Milliarden Forderungen der P.S.K. gegenüber der BAWAG bleiben. Uns ist nicht gesagt worden, dass dort oben Forderungen der P.S.K. verbleiben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist für die P.S.K. eine Forderung in der Höhe von 1,5 Milliarden € eine kleine oder eine große Forderung oder eine sehr auffällige Forderung?

Dr. Stephan Koren: Das ist natürlich eine große Forderung bei einem Bilanzvolumen von 12 Milliarden €, sicher groß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das sind ja über 10 Prozent der Bilanzsumme.

Dr. Stephan Koren: Ja, aber die P.S.K. gab es ja in dem Augenblick, als das gemacht wurde, gar nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber bis zu dem Zeitpunkt waren Sie Generaldirektor der P.S.K. (*Dr. Koren: Genau!*), und ab diesem Zeitpunkt waren Sie stellvertretender Generaldirektor jener Bank ... Also nachdem die verschmolzen wurden, hat sich ja für Sie nichts geändert. Sie waren von der BAWAG-alt vorher und nachher in der Tochter das eine Mal Generaldirektor (*Dr. Koren: Genau!*), das andere Mal Stellvertreter (*Dr. Koren: Richtig!*), und von einem Obligo, das Ihnen quasi die Mutter schuldet, von 1,5 Milliarden € werden Sie doch wohl gewusst haben, dass die Ihnen das schulden. Das ist ja nicht so, wie wenn sich jemand ein Auto kauft oder eine Küche ausbaut.

Dr. Stephan Koren: Wie ich schon sagte, da oben sind 1,5 Milliarden Forderungen zurückgeblieben. Im Prinzip – noch einmal, aber da müsste man jetzt wirklich die damit

befassten Wirtschaftsprüfer fragen – sind dort oben 1,5 ... Wie gesagt, die sind zurückgeblieben. Dadurch ist das Eigenkapital der Tochter besser geworden, das war ja evident. Aber ob das jetzt welche aus der P.S.K. sind oder andere, ich verstehe nicht, was da die Relevanz daran ist. Das war die Konstruktion. Dort oben sind 1,5 Milliarden geblieben, ob das jetzt alte Forderungen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage: Hat die P.S.K. eine Forderung gegenüber der BAWAG vor Fusionierung in der Höhe von 1,5 Milliarden gehabt?

Dr. Stephan Koren: Selbstverständlich, sicher, in einem höheren Maß.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es gegeben?

Dr. Stephan Koren: Natürlich, sogar höher.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und woher kam das?

Dr. Stephan Koren: Das kam schließlich und einfach daher, dass die P.S.K. traditionell eine sehr einlagenstarke Bank ist, sprich einen Einlagenüberhang über den Kommerzkrediten und auch Privatkrediten hatte, und daher immer schon sehr stark auf dem Geldmarkt tätig war, sprich an Drittbanken Ausleihungen gemacht hat, und klarerweise im Zuge dieses Ankaufs der P.S.K. durch die BAWAG dann diese Geldmarktgeschäfte über das gemeinsame Treasuring der BAWAG gelaufen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt es, dass der Kaufpreis, den die BAWAG für die P.S.K. bezahlt hat, ziemlich genau diese 1,4 Milliarden € waren? 1,4 Milliarden und ein bisschen etwas?

Dr. Stephan Koren: Der Kaufpreis war, glaube ich, 17 Milliarden Schilling oder so.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja. Ich glaube, Sie waren ja zuständig für den Kauf.

Dr. Stephan Koren: Zuständig war ich nicht, ich war beratend tätig für die Bank, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als Direktor.

Dr. Stephan Koren: Ja. 17 Milliarden. Ich weiß es jetzt nicht auswendig. 17 Milliarden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind das 1,4 Milliarden €?

Dr. Stephan Koren: Das werden zirka 1,4 Milliarden € sein, ja, würde ich einmal annehmen. Aber das hat, glaube ich, damit nicht wirklich etwas zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist nur Zufall, dass der Kredit zu dem Zeitpunkt aufgenommen wurde, dass das ziemlich genau der Kaufpreis war, das ist nur zufällig gewesen?

Dr. Stephan Koren: Ich wüsste jetzt keine andere Erklärung als diese. Ich wüsste auch nicht, welchen Sinn das gehabt hätte, ob sie ihn jetzt bei der P.S.K. aufnehmen oder woanders, das ist ja völlig Wurscht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, all jene, die behaupten, die BAWAG hat den Kauf der P.S.K. quasi über einen Kredit finanziert, den sie bei der P.S.K. genommen hat – das ist nur zufällig gewesen, diese zeitliche und ...

Dr. Stephan Koren: Also, ich wüsste jetzt nicht, wie das funktionieren soll. Ich meine, normalerweise hat ja die kaufende Bank – das war auch in diesem Fall bei der BAWAG so – zunächst einmal das Problem, dass sie mehr zahlt als das Eigenkapital der neuen Bank. Also ihr eigenes Eigenkapital ist belastet.

Wie sie den Differenzbetrag finanziert, ob von Dritten oder vom Kaufobjekt oder sonst wie, da wüsste ich jetzt nicht, wo da der Unterschied liegt. Auf die Schnelle kann ich

das jetzt – das wird jetzt ein bisschen kompliziert –, ich würde das jetzt, ehrlich gestanden, nicht leicht nachvollziehen können. Ob sie ihn jetzt bei der P.S.K. aufnimmt oder woanders, ist doch völlig Wurscht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Für diese Verschmelzungsbilanz, haben Sie vorhin gesagt, waren Sie für den P.S.K.-Teil zuständig, aber Sie haben nicht gewusst, dass diese 1,4 Milliarden € Obligo ...

Dr. Stephan Koren: Dass das aus der P.S.K. kommen soll? – Nein. Das ist mir erst nachher ... Weil Zeitungen das geschrieben haben. Ich weiß auch nicht, woher sie es haben. Da habe ich extra mit den Wirtschaftsprüfern noch drüber gesprochen und habe gefragt: Ist es nicht völlig egal, woher diese Forderungen, die da oben geblieben sind, kommen? Da haben sie gesagt: Ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ganz verstehe ich das mit der Verschmelzung noch immer nicht. Ich meine, Wirtschaftsprüfer von der KPMG hat uns das mit dem Einlagenüberhang ähnlich erklärt, wie Sie das nun machen. Das ist also nicht ein Kredit, sondern diese Forderung resultiert sozusagen aus der Weiterleitung von Liquidität, die eben die P.S.K. hatte. – Ist das richtig so? (*Dr. Koren: Genau!*)

Aber trotzdem wundert es mich, dass hier in der AVB oben eine Position dieser Größenordnung übrig geblieben ist, um, wie Sie es formuliert haben, die BAWAG-P.S.K.-neu für den Verkauf „herzurichten“. Das verstehe ich nicht. (*Dr. Koren: Davon gehe ich aus! Das weiß ich nicht, aber davon gehe ich aus!*) Was heißt: „für den Verkauf herrichten“? Das ist überhaupt ein Argument, das ich jetzt zum ersten Mal höre. Wissen Sie von irgendwelchen Plänen, wonach die BAWAG-P.S.K.-neu verkauft werden sollte?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Anhörungsperson hat das beantwortet und hat gesagt, ihr fallen zwei Motivenlagen ein, warum man so etwas macht. (*Dr. Koren: So ist es!*) Sie hat nicht gesagt, dass man das deswegen macht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das ist aber meine Frage, die ich stelle.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber der Vorhalt war dann etwas ... (*Abg. Mag. Stadler: Das war spekulativ gemeint!*)

Dr. Stephan Koren: So ist es. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber ich stelle konkret die Frage, Herr Vorsitzender, ob er von solchen Plänen weiß. (*Dr. Koren: Nein!*) – Ich weiß schon, ich habe schon zugehört, dass es sich hier um Motive gehandelt haben kann. Aber: Hat es solche Pläne gegeben? – Das war meine Frage.

Dr. Stephan Koren: Da ich ja nicht der Eigentümer bin und, wie Sie sich denken können, auch nicht jemand, den der Eigentümer besonders intensiv um Rat gefragt hat, können Sie davon ausgehen, dass ich auch nicht gewusst hätte, wenn er es vorhat, aber die öffentlichen Erklärungen waren diametral entgegengesetzt: Man will nicht verkaufen.

Die Frage war in der Tat, so wie der Herr Vorsitzende sagt, spekulativ. Ich frage mich: Warum macht man eine solche Struktur? Diese beiden Begründungen sind mir dafür eingefallen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Steuerrechtliche Überlegungen haben da auch eine Rolle gespielt?

Dr. Stephan Koren: Also noch einmal: Da ich nicht in die Konfiguration dieser Sache eingebunden war, weiß ich es nicht. Mir ist aber bislang nichts bekannt geworden, dass das steuerlich eine große Rolle gespielt hätte. Nein.

Für mich ist es ziemlich evident, dass es nur die zwei Motive geben kann: Ich will die eigentliche Bank saubermachen. Ich will sozusagen alles, was darauf hindeutet, dass es jemals Karibik 2 gegeben hat und dass es in dieser Bank große Löcher gab, wegbringen. Und dafür war die Übung, schlicht und einfach – plus: Damit kann ich die Bank möglicherweise verkaufen. Aber, wie gesagt, spekulativ, denn ich weiß es nicht. Das hat mir keiner gesagt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Gut. Zu einem anderen Thema. Welche Wahrnehmungen haben Sie in Ihrer Funktion, seit Sie in der P.S.K. sind, über die Finanzmarktaufsicht gemacht? Ist Ihnen die Finanzmarktaufsicht jemals begegnet und in welcher Form? Ja oder nein?

Dr. Stephan Koren: Also, natürlich ist mir die Finanzmarktaufsicht begegnet, aber nicht rasend häufig. Warum? – Weil sie sich klarerweise ebenso, wie nebenbei externe Beobachter, sprich **Moody's**, nicht an das Tochterunternehmen, sondern an die Konzernmutter wendet. Die gehen nicht zur Tochter, sondern gehen hinauf zur Konzernspitze und fragen dort nach, sowohl Moody's, also die Rating-Agentur, als auch die FMA prüfen natürlich nicht die Töchter, sondern die Mutter.

Ich würde sagen, ich habe – ich kann es jetzt nicht sagen – vielleicht zwei, drei Mal bei der FMA zu tun gehabt. Ich glaube, das Primäre war einmal die ganze Frage – nachdem in der P.S.K. auch die Retail-Verantwortung angesiedelt war –, zum Beispiel war ein Thema die ganze Entwicklung Fremdwährungskredite, Problematik der Fremdwährungskredite. Es ging einmal um Schnittstellen zwischen den beiden Häusern, derartige Dinge. Ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich komme noch einmal zu dem zurück, was Sie anfangs berichtet haben, nämlich über den Refco-Deal, von dem Sie zum Weltspartag erfahren haben von einem ...

Dr. Stephan Koren: Nicht den Refco-Deal. Nein, nein. Karibik!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ach so, Karibik.

Dr. Stephan Koren: Ich erkläre das dann vielleicht noch einmal, denn das scheint offenbar verwirrend zu sein.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, vielleicht können Sie das noch einmal erklären.

Dr. Stephan Koren: Noch einmal: Das hatte in Wahrheit überhaupt nichts mit Refco zu tun. Nur deshalb sozusagen bin ich drübergestolpert, sonst wüsste ich es vielleicht heute noch nicht und wüssten wir das heute noch nicht.

Der Punkt war – und jetzt, wie gesagt, muss ich schauen, dass ich die Dinge korrekt zusammenbekomme –: Was war die Idee? Ich hoffe, Sie nageln mich jetzt nicht fest auf genau was, wo, wann.

Das, was wir entdeckt haben, oder das, was eigentlich unser Kollege in der Slowakei entdeckt hat, was über meinen Kollegen Bottermann dann auf mich kam, war eine Transaktion, in der die AVB – die damals schon existierende AVB – 670 Millionen Forderungen aus einer Stiftung, die unter der BAWAG angehängt war, herausgekauft hat. Da waren zum Teil auch schlechte, da waren zum Teil **bad debts** drinnen. Das waren zum Teil noch schlechte Forderungen aus den Karibik-Geschäften. Und die sind damit hinaufgewandert, damit ist um diese Problematik die Bank unten bereinigt

worden. Das hatte an sich mit Refco überhaupt nichts zu tun. Nur: Eines der Konten, über die diese Transaktion lief, ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Entschuldigung, darf ich Sie unterbrechen? (*Dr. Koren: Ja!*) Das sind jene 670 Millionen €, die in dieser Verschmelzung auf der Aktivseite als Wertpapiere verbucht sind. (*Dr. Koren: Genau!*) Genau das sind jene, oder?

Dr. Stephan Koren: Ja, das sind die. Und diese Transaktion, die über alle, wie gesagt, von der AVB über unsere slowakische Tochterbank lief, dort ist das dann eben aufgestoßen, lief über alle möglichen Konten in Liechtenstein, und dann auch über ein Konto von Refco; hat aber mit Refco an sich gar nichts zu tun gehabt, ist nur da drübergelaufen. Nur: Nachdem Refco aufschien, haben dort sozusagen die Systeme aufgejault und gesagt: Was ist da los? Da sind offenbar noch einmal 670 Millionen an Refco gegangen. Deshalb ist das System aufgesprungen und hat gesagt ... Das hatte an sich mit Refco gar nichts zu tun.

Unsere erste Vermutung war, da gab es noch einmal Zahlungen an Refco von 670 Millionen – war aber ein großer Irrtum, wie mich dann der Präsident des Aufsichtsrates aufgeklärt hat.

Ist diese Struktur jetzt klar? – Das hatte mit Refco gar nichts zu tun, sondern das hatte mit Bereinigung der Karibik in der Bank zu tun.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben gesagt – habe ich Sie da richtig verstanden? –, Sie haben die Information von einem Vorstandskollegen, und der hat sie wiederum von einem Vorstand, nämlich dem Vorstand der **Istrobanka** erhalten?

Dr. Stephan Koren: Ja. Richtig.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wieso wusste der Vorstandskollege in der Istrobanka darüber so genau Bescheid?

Dr. Stephan Koren: Der brauchte nicht genau Bescheid wissen. Ich weiß nicht, zwei Wochen vorher gab es einen Kredit an Refco, der schiefgegangen ist. Es sind klarerweise in den Systemen bestimmte Kunden als unerwünscht – oder was immer – eingestellt. Das System merkt das einfach an, dass da jetzt eine Transaktion drüberlief. Das gilt dann für den gesamten Konzern. Natürlich merkt er das dann auch, nicht?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber dann hätten Sie das auch merken können, oder?

Dr. Stephan Koren: Ich bin nicht in der Slowakei.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ach so, die Überweisung war in der Slowakei.

Eine andere Frage: Hatten Sie jemals irgendwelche Funktionen in irgendwelchen Stiftungen?

Dr. Stephan Koren: In solchen der BAWAG nicht, und in anderen, glaube ich, auch nicht, also in nicht inkriminierten außerhalb. Aber ich nehme an, Sie meinen nur die in der BAWAG. Und da kann ich sagen: Nein. (*Abg. Mag. Trunk: Nein, überhaupt!*) – Überhaupt?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nein, schon in der BAWAG gemeint, schon Bezug nehmend auf die BAWAG-Stiftungen.

Dr. Stephan Koren: Überhaupt, glaube ich, auch nicht. Ich glaube, auch in anderen nicht, ehrlich gestanden. Ich wüsste nicht, in welcher Stiftung ich je Funktionen gehabt haben sollte. Aber definitiv nicht in solchen der BAWAG.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Danke. Das war's fürs Erste.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ganz wenige einleitende Fragen meinerseits. Sind Ihnen Arbeitsgerichtsprozesse gegenüber BAWAG-Mitarbeitern in den letzten fünf Jahren bekannt? Gab es solche?

Dr. Stephan Koren: Gegenüber P.S.K.- oder BAWAG-Mitarbeitern? (*Obmann Dr. Graf: BAWAG!*)

BAWAG kann ich jetzt nur das letzte Jahr beurteilen. Ehrlich gestanden, ich weiß es nicht. Tut mir leid. Weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen die OeNB-Prüfung 2003, die **CAD-Prüfung** bekannt, die sich auch mit der Fusion P.S.K. und BAWAG beschäftigt hat?

Dr. Stephan Koren: Mittlerweile ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zum damaligen Zeitpunkt waren Sie Generaldirektor (*Dr. Koren: Der P.S.K.! Richtig! Ich habe nur ...!*) der P.S.K. Wussten Sie gar nicht, dass Sie geprüft werden? (*Abg. Krainer: Entschuldigung, das waren zwei verschiedene Prüfungen!*) Ich habe nach der CAD gefragt.

Dr. Stephan Koren: Was ist CAD? Helfen Sie mir! (*Obmann Dr. Graf: CAD-Prüfung!*) Das sagt mir jetzt überhaupt nichts, nein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie hat der Kollege in der Slowakei geheißen?

Dr. Stephan Koren: Volker Pichler. Er heißt noch so und ist auch noch dort.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vorläufig keine weitere Fragen. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, was haben Sie danach gemacht? Nachdem Sie mit Ihrem Kollegen Bottermann gesprochen haben, haben Sie gesagt, hatten Sie eine Besprechung mit Herrn Zwettler. – Ist das richtig?

Dr. Stephan Koren: Nein, nicht mit Zwettler. Nachdem Herr Bottermann gesagt hat, er hat schon zweimal versucht, mit Zwettler darüber zu sprechen, und dieser hat darauf nicht reagiert, habe ich den Aufsichtsrats**vorsitzenden** gebeten. Und der hat mir, wie gesagt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war zu diesem Zeitpunkt wer?

Dr. Stephan Koren: Weninger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit Weninger haben Sie das dann besprochen. (*Dr. Koren: Ja!*) – Und dann?

Dr. Stephan Koren: Es war immer Weltspartag, das war ein relativ aufregender Tag. Noch am gleichen Nachmittag hat der Präsident des Aufsichtsrates alle Vorstandsmitglieder zu sich gebeten. Dort haben alle anderen Vorstände ihre Motivenlage dargelegt, sich in der Regel entschuldigt, dass wir vermutlich viele Dinge anders entschieden hätten, wenn wir die Vergangenheit gekannt hätten und Ähnliches mehr, und im Übrigen gemeint, es sollten keine weiteren Schritte mehr unternommen werden, so quasi man soll das ruhen lassen, was zur Ruhe bestimmt ist. So ungefähr.

Ich habe mich dann mit Jochen Bottermann, dem Kollegen, mit dem wir das gemeinsam entdeckt haben, noch intensiv unterhalten, wie wir denn da vorgehen sollen. Denn Sie können sich vorstellen, das ist keine ganz heitere Erfahrung, die Sie

da machen. Und die erste Reaktion, die Sie haben, ist: Sie wollen natürlich davonrennen, alles hinschmeißen und sagen, das war's.

Da er Jurist ist, habe ich ihn zunächst gebeten, er möge sich einmal schlau machen, was denn eigentlich unsere Verantwortung in der Situation ist. Ich selbst habe dann auch gemeint, wir müssten uns – und das werde ich unternehmen – juristisch beraten mit einem Dritten. Ich habe dann kurz auch mit jemandem anderen darüber gesprochen, aber am Ende einen Jugendfreund von mir, Herrn **Dr. Kuhn**, einen renommierten Wirtschaftsanwalt, gebeten, sich diese Sache einmal anzusehen, sprich, mit mir darüber zu plaudern, was man tun muss.

Das juristische Urteil war ziemlich klar. Die Verantwortung, die man als Vorstand hat im Sinne des Unternehmens, der Mitarbeiter des Unternehmens – die haben nichts dafür können, die 4 000 oder mehr Leute – und natürlich auch im Hinblick von 1,3 Millionen Kunden, die uns ihr Geld anvertraut haben, die Stabilität und die Sicherung der Bank haben Vorrang. Das bedeutet aber wiederum, unsere allererste Pflicht ist es, die Sachlage aufzuklären.

Sie können sich vorstellen, dass wir keine großen Möglichkeiten sahen, die Sachlage aufzuklären. Wie soll ich die Sachlage gegen einen vermutlich nicht rasend aufklärungswilligen Vorstand einer Bank aufklären? Warum sollte uns der darüber aufklären, was passiert ist? Wie gesagt, die Forderungen, die da gestellt wurden, waren schon sehr hoch: volles Verständnis dessen, was passiert ist, in allen rechtlichen Aspekten – strafrechtlich, zivilrechtlich, steuerrechtlich. Das wird nicht leicht herauszubekommen sein, sodass wir eigentlich übereinkamen, dass wir trotz allem aus der Bank werden gehen müssen, dass uns nichts anderes übrig bleiben wird.

Dann ist aber relativ rasch auf Druck der FMA Hans Zwettler zurückgetreten, und es kam Ewald Nowotny. Ich habe ihn bei unserem ersten Zusammentreffen gefragt, ob er bei seinem Amtsantritt in gewisse dunkle Seiten der Vergangenheit dieser Bank eingeweiht worden wäre. Das war etwa Mitte November oder so. (*Abg. Mag. Stadler: Das haben Sie den Zwettler gefragt?*) – Nein, das habe ich Ewald Nowotny gefragt. Das war Ende November, glaube ich. Er war noch designiert. Das war unser erstes Zusammentreffen in seinem Status als designierter Generaldirektor. Das kannte er offensichtlich nicht, er war ähnlich blass, wie ich damals blass war, als ich es gehört habe. Da kamen wir überein, dass wir nur zwei Möglichkeiten haben: entweder zu gehen oder es gelingt uns, die Sachlage aufzuklären.

Dann begann ein wirklich mühsamster Prozess kleinster Recherchen, angefangen bei den Wirtschaftsprüfern, klarerweise hohe Unwilligkeit bei den involvierten Personen, immer über Umwege versuchen, was man trotzdem rausbekommt. Der Prozess hat dann Monate gedauert, würde ich einmal sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann sind Sie über das volle Schadensausmaß informiert worden? – Diese 670 Millionen sind ja nur ein Teilschadensausmaß.

Dr. Stephan Koren: Sagen wir: Dass der Betrag ein viel höherer ist, das hat eigentlich Weninger gleich zugegeben. Aber so quasi das Verständnis, was ist passiert, wo sind sozusagen die Löcher, oder wo waren sie und wo sind sie jetzt ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Das hat Weninger schon beim Gespräch am Weltspartag gesagt?

Dr. Stephan Koren: Weninger hat damals gesagt, es gab ein Riesenproblem von 1,5 Milliarden, und das ist mit dieser Überweisung, mit diesen 670 Millionen, endgültig erledigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das hat er schon am 30. Oktober 2005 zugegeben?

Dr. Stephan Koren: Ja; am 28., denn der Weltspartag war am 28. Oktober. Richtig. Aber das Verständnis darüber, was ist passiert – soweit wir das heute überhaupt wissen –, plus wie ist dann weiter damit verfahren worden und was sind die ganzen Implikationen, ich würde sagen, das hat sicherlich bis März gedauert. Das war sicher ein sehr langwieriger Prozess. Vielfach waren Dokumente gar nicht auffindbar, Dokumente waren extern, zufälligerweise sind die wieder aufgetaucht, und so weiter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie das Gefühl, dass Sie jetzt das volle Schadensausmaß und die vollen Vorgänge kennen?

Dr. Stephan Koren: Die vollen Vorgänge kennen wir sicher nicht, das volle Schadensausmaß, glaube ich, kennen wir, weil, ich würde einmal sagen, seit März nichts mehr aufgetaucht ist, wo ich nicht sagen würde, das haben wir schon gehört, haben wir schon gesehen, haben wir auch schon besprochen. Mittlerweile sind, wie Sie wissen, zehn Parteien in einem Datenraum der Bank gewesen, haben es sich angeschaut, externe Käufer, die uns kaufen wollten und die die Bank sehr genau angeschaut haben. Wir haben noch einmal zwei Prüfungen von Notenbank und FMA hinter uns, inklusive Kreditprüfung. Wir selbst haben ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede eigentlich gar nicht so sehr von den Konten, die Sie in der Bank führen, sondern von den Stiftungen, die in Liechtenstein vorhanden sind, die eventuell für die Banken noch ein Problem darstellen könnten.

Dr. Stephan Koren: Nein, das können wir ausschließen; die uns bekannten Stiftungen, das können wir ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was hat es mit diesen eigenartigen Formulierungen des Herrn Flöttl junior auf sich, die er im „profil“ verwendet hat, wo er berichtet hat, dass er Weisung bekommen hat, dass er telefonische Anweisungen bekommen hat, an bestimmte Privatinstitutionen, Privatpersonen, Vereinigungen Zahlungen durchzuführen?

Dr. Stephan Koren: Wir haben klarerweise auch da geschaut, ob wir in der Bank irgendwelche Hinweise darauf finden. – Die finden wir in der Bank **nicht**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dort könnte noch immer etwas auftauchen, was derzeit in der Bank noch nicht bekannt ist, aber für die Bank nicht unbedingt schlagend werden muss?

Dr. Stephan Koren: Unsere Vermutung ist eher, wenn es das gab, dass es außerhalb der Bank gelaufen ist. Diese Überweisungen müssen ja nicht aus der Bank heraus passiert sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das scheint mir plausibel zu sein. Dass es sich aber um Geld handelt, das ursprünglich aus der Bank stammt oder zumindest ...?

Dr. Stephan Koren: Ach so – nein. Was wir natürlich nicht ausschließen können, ist, dass es irgendwo noch Mittel gibt, die eigentlich der Bank gehören.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das meine ich.

Dr. Stephan Koren: Das können wir nicht ausschließen; da suchen wir auch nach wie vor danach; ob das Sicherheitenverwertungen von Bildern und sonstigem sind, bis hin zu ... Wo immer halt die Geldflüsse für uns enden, wird weitergegraben und gesucht; das allerdings.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie sich einmal bemüht, dass die österreichische Bundesregierung im Fürstentum Liechtenstein ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen stellt?

Dr. Stephan Koren: Ich bin mir nicht sicher; zumindest war die Staatsanwaltschaft nach meinem Wissensstand dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Staatsanwaltschaft recherchiert in einem sehr engen Segment. Ich bin ein bisschen erstaunt über die Eingrenzung des Ganzen. Wir haben heute von einem Aufsichtsratsmitglied gehört, Herr Hackl hat eine ganz traurige Rolle gespielt, der steht zum Beispiel nicht unter Anklage.

Jetzt habe ich von einem offiziellen Rechtshilfeersuchen, insbesondere von einem offiziellen Ersuchen, bestimmte Konten, vor allem Stiftungskonten, zu eröffnen, noch nichts gehört und noch nichts erfahren. Ich weiß aber umgekehrt – und das wissen Sie sicher auch –, dass bestimmte Regierungen ein Interesse daran haben, dass dieses System zerschlagen wird. Da ist aber ein offensives Vorgehen vonnöten, und wenn die Bank sich nicht dahinterklemmt, ist offensichtlich eine gewisse Unlust im Justizressort erkennbar, von sich aus nicht an Liechtenstein heranzutreten.

Um es noch deutlicher zu formulieren: Es ist zwar sehr interessant, zu wissen, wo das Geld weggeflossen ist, aber glauben Sie mir, für uns Politiker ist es noch viel interessanter, wo es hingeflossen ist, um das volle System kennenzulernen. Und hier gibt es offensichtlich eine gewisse erkennbare Unlust, jenen Kreis der Empfänger deutlicher zu erkennen. Das ist aber das eigentlich Interessante daran! Nur dann können Sie auch an Gelder herankommen, die unter Umständen der Bank noch gehören würden oder die in Wirklichkeit der Bank zurückzuleiten wären.

Dr. Stephan Koren: Wenn das eine Möglichkeit ist, Chancen zu eröffnen, dass wir Geld wiederbekommen, werden wir sie ergreifen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit Sie meinen Altruismus nicht überschätzen: Ein offizielles Rechtshilfeersuchen ist nach dem neuen Liechtensteinischen Rechtshilfegesetz **möglich**. Das wurde eingerichtet, sogar noch bevor sich in Deutschland die Geschichte mit den Parteispenden abgespielt hat. Diese Geschichte kam zustande über Druck der Amerikaner, weil die damit verhindern oder zumindest eine zusätzliche Ebene einziehen wollten, damit nicht dauernd ein kleines Fürstentum als Waschmaschine dient.

Mein Altruismus soll nicht überschätzt werden – das ist Gegenstand dieses Ausschusses, dass wir klären wollen, warum es bisher so lange keine Rechtshilfeersuchen der österreichischen Regierung gab, um herauszufinden, wer überhaupt die Nehmer sind. Wir haben ein Interesse, die **Nehmer** zu erkennen. *(Dr. Koren: Wir auch!)* Wenn Sie die Nehmer kennen, dann können Sie auch beurteilen, welches Geld Sie eventuell noch zurückholen können. Daher deckt sich unser Interesse, und daher kann ich Ihnen nur sagen, dass ich Ihre Bank ermutigen möchte, beim Justizministerium für ein derartiges Rechtshilfeersuchen zu sorgen.

Dr. Stephan Koren: Mir war das bis jetzt nicht bewusst, dass das Sinn machen kann. Wenn es das macht, machen wir das gern, wenn wir weiterkommen. Wir stehen klarerweise bei allen Liechtensteinischen oder Karibischen Stiftungen an; da kommen wir nicht drüber. Irgendwo endet das alles auf Konten, auf die wir nicht mehr zugreifen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie das Interview des Herrn Flöttl junior noch in Erinnerung?

Dr. Stephan Koren: Weiß ich jetzt nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe es, glaube ich, nicht gleich zur Hand. Er hat vor einigen Monaten im „profil“ ein Interview gegeben, wo er kryptische Andeutungen in Richtung Parteienfinanzierung gemacht hat, wo er angedeutet hat, dass er den Auftrag bekommen hat, Zahlungen international vorzunehmen – zum Teil über Liechtenstein, zum Teil über Zypern –, dass man ihm gesagt hat, die Bank habe eine politische Funktion und er solle sich nicht weiter darum kümmern, das gehe ihn nichts an. Das Bemerkenswerte war, dass wenige Tage, nachdem dieses Interview erschienen ist, die Anklagesumme bei ihm deutlich reduziert wurde, nämlich um nicht weniger als um 400 Millionen € – Ein Vorgang, der bis heute nicht aufgeklärt wurde, der aber jedenfalls die Annahme nicht ganz ausschließt, dass man kein wirkliches Interesse daran hat, den Kreis der Nehmer zu erkennen. Und der ist **nur** erkennbar, wenn Liechtenstein nach einem österreichischen Rechtshilfeersuchen daran geht, die Stiftungskonten zu öffnen. Das ist der zentrale Punkt überhaupt: Wenn diese Sache aufgeklärt werden kann, dann nur in Liechtenstein!

Dr. Stephan Koren: Wie gesagt, ich nehme das gerne auf, was immer es an Möglichkeiten gibt, dass wir noch weit über das, was wir bis jetzt gesehen haben, sehen können. Das würde wahrscheinlich heißen, dass wir vielleicht eine Chance haben, einen Teil dessen wieder zu kriegen, was wir verloren haben. Das tun wir gerne, wir gehen dem gerne nach – wenn es die Möglichkeit gibt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Staatsanwalt Krakow hat meiner Erinnerung nach gesagt, dass bereits von Seiten der Staatsanwaltschaft über das Justizministerium ein derartiges Rechtshilfeersuchen gestellt wurde, dass es aber noch kein Ergebnis darüber gibt. (*Dr. Koren: In Liechtenstein?*) Nicht nur Liechtenstein, sondern andere auch. (*Dr. Koren: Die Karibik ...!*)

Eine Zwischenfrage: Sie haben von dieser Sitzung erzählt, wo der Herr Aufsichtsratspräsident den Vorstand zu sich gerufen hat. Der Vorstand ist ein riesiges Gremium zu diesem Zeitpunkt gewesen, also relativ groß. (*Dr. Koren: Ja, acht Leute!*) Waren zu dem damaligen Zeitpunkt alle Vorstandsmitglieder anwesend, oder könnten Sie uns sagen, wer anwesend war?

Dr. Stephan Koren: Ich bin jetzt davon ausgegangen, dass alle anwesend waren. Ich glaube schon; ich meine, ich schwöre es nicht, aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie haben sich denn die Einzelnen verantwortet? – Sie haben mehr oder weniger summarisch kurz zusammengestellt, was so der Tenor war: Der Vorstand hat wenig Aufklärungsinteresse gehabt! – Aber Sie und der andere Kollege waren ja auch Vorstandsmitglieder? *Dr. Koren: Richtig, ja!*

Wie ist denn das Interesse von Herrn Legradi gewesen, von den jetzt noch Vorstandsmitgliedern in der BAWAG? Wer ist denn da noch übrig geblieben bis zum heutigen Tage? (*Dr. Koren: Von denen, die damals dabei waren?*) – Ja.

Dr. Stephan Koren: Nur Bottermann, Legradi und ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was sagt Herr Legradi? War das kein Verbündeter von Ihnen?

Dr. Stephan Koren: In der Situation waren, glaube ich, alle geschockt, würde ich sagen, alle miteinander.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Legradi hat ja auch eine Geschichte in der BAWAG gehabt. Er war zuerst Assistent von Herrn Elsner, ist dann aus dieser Funktion in den Vorstand berufen worden. Es ist ja anzunehmen, dass er doch Kenntnis hat; sage ich jetzt einmal.

Dr. Stephan Koren: Also zu diesem Zeitpunkt, in dieser Sitzung, haben sich die, die gesprochen haben, nicht nur bei Bottermann und mir entschuldigt, sondern auch bei ihm.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt „entschuldigt“? Geht das ein bisschen genauer?

Dr. Stephan Koren: „Entschuldigt“ heißt, dass sie ... Wie soll ich sagen? Sie waren ja nicht in einer wahnsinnig lustigen Situation, kann ich mir vorstellen – genauso wie wir. Da kommen drei Leute auf etwas drauf, was die seit Jahren verbergen wollen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer ist „die“? Wer wollte verbergen? Bitte, etwas konkreter werden?

Dr. Stephan Koren: Die Vorstände, die involviert waren. (*Obmann Dr. Graf: Wer war das?*) Nach unserem heutigen Wissensstand die Herren Schwarzecker, Kreuch, Büttner, Zwettler und der Vorsitzende Weninger natürlich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie haben sie sich den Kollegen gegenüber verantwortet?

Dr. Stephan Koren: Die haben sich verantwortet in sehr unterschiedlicher Weise. Und ich muss jetzt gestehen, nachdem das natürlich überlagert wird von all dem, was wir nachher recherchiert haben, bin ich mir nicht sicher, aber es vermischt sich wahrscheinlich einiges zwischen dem, was damals gesagt worden ist, und dem, was man im Nachhinein alles herausbekommen hat. Aber ich glaube, Weninger hat im Wesentlichen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie lange hat die Sitzung denn gedauert?

Dr. Stephan Koren: Die hat kurz gedauert, es war Weltspartag.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine halbe Stunde? Drei Stunden?

Dr. Stephan Koren: Eine halbe Stunde, länger nicht; das ganze Haus war voll von Gästen. (*Obmann Dr. Graf: ... kann ja nicht rasend lang gewesen sein!*)

Die Verantwortung war nicht sehr lang. Hans Zwettler hat gesagt, dass eben damals in der Elsner-Ära Probleme aufgetaucht sind, die mussten saniert werden – und die sind auf diese Art und Weise saniert worden.

Büttner, kann ich mich erinnern, hat damals – das, was man jetzt auch immer wieder von ihm liest – gesagt, er hat bei einer dieser Entscheidungen dagegengestimmt.

Alle haben darauf gepocht, dass es Gutachten gebe, die die Rechtmäßigkeit ihres Handelns zeigen würden, und es wäre so quasi im Interesse des Unternehmens, das, was sie getan haben, genau das war, was sie hätten machen sollen.

Die Frage, wie es zu dem Loch kam, wurde klarerweise nur sehr ungern angesprochen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es diese Gutachten wirklich?

Dr. Stephan Koren: Sagen wir es so: Wenn es sie gibt, halten sie offensichtlich nicht stand, sonst gäbe es die Anklagen nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn es sie nicht gibt, sind Sie auch dort wiederum angelogen worden, sage ich jetzt einmal. Wenn es sie gibt und sie sind schwach oder falsch, waren es Gefälligkeitsgutachten.

Jetzt frage ich Sie ... Wenn sich jemand auf ein Gutachten beruft, ist meine erste Reaktion: Kann ich das einmal sehen?

Dr. Stephan Koren: Ich weiß nicht, ob es die erste Reaktion war, aber wir haben sie später – viele dieser Dokumente waren, wie gesagt, nicht in der Bank und wurden uns auch nicht präsentiert – gesehen. Ich meine, ich bin kein Jurist, daher kann ich klarerweise nicht all diese Dokumente in ihrer Bedeutung beurteilen, aber ganz offensichtlich haben es dann unsere hausinternen Juristen nicht für stichhaltig erachtet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Man muss nicht Jurist sein, um ein Gutachten als Gutachten zu erkennen. Das schicke ich einmal voraus. Das kann jeder, der wirtschaftlich interessiert ist, weil in der Regel steht da „Stellungnahme“, „Gutachten“ oder sonst etwas als Überschrift. Dann gibt es eine Einleitung, eine Erzählung und am Schluss eine Executive Summary.

Dr. Stephan Koren: Das gab es schon.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, also das gab es, darauf hat man sich berufen. Wer hat denn diese Gutachten abgegeben?

Dr. Stephan Koren: Jenes, das ich kannte, war von Professor Frotz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zu welchem Thema wurde dieses Gutachten eingeholt?

Dr. Stephan Koren: Jetzt wird es schwierig; ich habe es nicht präsent. Der Hintergrund, glaube ich, war, und insofern hätte ich meine Bedenken gehabt, auf dieses Gutachten zu rekurrieren, als jemand, der davon betroffen ist ... – Ich glaube nicht, dass der Gutachtensersteller genau gewusst hat, was eigentlich die Intention der Auftraggeber ist. Es war sehr abstrakt gehalten: Was sind die Verpflichtungen? Ich glaube, es ging darum, welche Informationspflichten sozusagen der Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und gegenüber der Außenwelt hat? Und: Gibt es Fälle, in denen der Vorstand und der Aufsichtsratsvorsitzende quasi alle Themen bei sich konzentrieren können, ohne den übrigen Aufsichtsrat zu informieren und möglicherweise auch ohne der FMA und so weiter Informationen weiterzugeben? In die Richtung ging das.

Mein Eindruck war, als ich es gelesen habe – wie gesagt, auch als Nichtjurist –, das hatte schon Gutachtenscharakter, aber dass derjenige, der das geschrieben hat, nicht wirklich darüber informiert war, wofür es gebraucht wird, und dass daher dieses Gutachten wahrscheinlich ins Leere geht, wenn man es testet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War Herr Legradi bei der Gutachtenserstellung mit eingebunden?

Dr. Stephan Koren: Nein, nach allem, was ich weiß, nein. Das Gutachten muss irgendwann aus, ich weiß nicht, Ende der neunziger Jahre gewesen sein. (*Abg. Mag. Stadler: War das der Rechtsanwalt Frotz?*) – Nein, der Professor, der Universitätsprofessor, der Handelsrechtler.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: War da Herr Legradi Assistent vom ...?

Dr. Stephan Koren: 1999? Nein, ich glaube, nicht mehr. Ich glaube, er war bis 1996 oder so etwas. Ich war ja nicht in der Bank, aber nach dem, was ich weiß, 1996 oder 1997; 1999 ziemlich sicher nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was war er dann, nach der Assistenteneigenschaft?

Dr. Stephan Koren: Das weiß ich jetzt ehrlich gestanden auch nicht, aber ich glaube, er war im Marketing der Bank. Aber das müssen Sie ihn selber fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Frage noch: Können Sie uns zu Frau Ingrid Winter-Neumann (*Dr. Koren: Reumann!*), Winter-Reumann, Entschuldigung, und

deren Rolle und zur Auflösung von deren Dienstverhältnis etwas sagen? Was hat sie für eine Rolle in der Angelegenheit Karibik und Ähnliches eingenommen?

Dr. Stephan Koren: Welche Rolle Frau Mag. Reumann jetzt im Detail eingenommen hat, weiß ich nicht. Keine Frage ist, dass es auf der zweiten Ebene einige Personen gab, die relativ stark involviert waren in die Abwicklung, weil das kann ja der Vorstand nicht allein, dazu braucht er auch den einen oder anderen auf der zweiten Ebene, ohne das funktioniert es nicht, und ... (*Obmann Dr. Graf: Zwischenruf: Welche Personen waren das auf der zweiten Ebene?*) Es war in manchen Dingen, glaube ich, das Generalsekretariat, also natürlich der dann zum Vorstand aufgerückte Herr Nakowitz, der das relativ massiv betrieben hat. Es war das Frau Winter-Reumann, also sprich Beteiligungen. Ich glaube, Controlling war da auch involviert, eine Person daraus. Das war es im Wesentlichen. (*Obmann Dr. Graf: Wissen Sie den Namen noch vom Controlling?*) – Ich glaube, das ist Kollege Schatzer.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es den noch dort?

Dr. Stephan Koren: Wir sind gerade dabei, uns von ihm zu trennen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wieso dauert das dann so lang?

Dr. Stephan Koren: Das kann ich Ihnen sagen: Wenn wir uns von denen sofort getrennt hätten, dann hätten wir überhaupt keine Auskunftspersonen mehr gehabt. Wir hätten nichts mehr ausrecherchieren können. Wir haben klarerweise jemanden gebraucht, der die Sache kennt und bereit ist, mit uns zu kooperieren. Und dazu kam dann im Weiteren, dass wir im Zuge des Verkaufsprozesses auch ... Wenn ein neuer Eigentümer kommt, können Sie keinen Controller engagieren. Es kommt keiner, weil der sagen wird, jetzt warten wir einmal ab, bis der neue Eigentümer da ist. – Daher tun wir das jetzt.

Ich glaube, es gab gute Gründe, ein bisschen Zeit verstreichen zu lassen, sonst wären wir wirklich angestanden mit unseren Recherchen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber das waren Wissende, die drei, die Sie jetzt genannt haben?

Dr. Stephan Koren: Ich kann nicht sagen, was sie alles wussten, aber aus den Unterlagen geht hervor, dass sie ziemlich viel gewusst haben müssen, wenn nicht alles.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine andere Frage: Warum hat man sich einvernehmlich von Frau Reumann getrennt? Ich stelle eine noch überspitztere Frage: Hat man ihr zu der gesetzlichen noch eine freiwillige Abfindung draufgegeben?

Dr. Stephan Koren: Nachdem ich die Verhandlungen mit Frau Reumann nicht geführt habe, weiß ich das jetzt nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat sie geführt?

Dr. Stephan Koren: Ewald Nowotny, weil er der zuständige Vorstand und der Personalchef ist. (*Obmann Dr. Graf: Der hat sich auch nicht mehr so erinnern können!*)

Aber jetzt will ich einmal sagen, die Dame war ... Erstens einmal hat sie sehr mitgeholfen, dass wir überhaupt relativ rasch in der Lage waren, Dinge aufzuklären; das muss man fairerweise sagen. Und das war für uns in einer bestimmten Phase sehr wichtig, weil wir in der Tat in einem Blindflug waren, und das ist bei einer Bank nicht lustig. Die Dame ist dann auch ziemlich zusammengebrochen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ein Milderungsgrund, würde ich sagen, aber kein Entschuldigungsgrund; bestenfalls.

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, wir haben aber auf keinerlei Rechte verzichtet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Normalerweise, wenn ich mich recht entsinne, unterschreiben immer alle Vorstände gemeinsam eine Bilanz. Ist das auch bei Eröffnungsbilanzen der Fall? (*Dr. Koren: Bei Eröffnungsbilanzen?*) Na ja, neue Gesellschaft 1. Oktober 2005?

Dr. Stephan Koren: Nein, das war einer der, glaube ich, großen Irrtümer – also ich weiß nicht, Irrtümer oder auch nicht Irrtümer, das kann ich nicht beurteilen –, denen diejenigen, die die Fusion wollten, unterlegen sind. Die Stunde der Wahrheit kommt mit der ersten Bilanz der gemeinsamen Gesellschaft, das heißt, das war in Wahrheit die Bilanz zum 31.12.2005. Und das ist die erste, die wir auch gemeinsam unterschreiben mussten. Ich muss sagen, nach den Erklärungen, dass ja alles geregelt ist, war es etwas schockierend, dass mir, ich glaube, Kollege Nakowitz dann um die Weihnachtszeit herum ein ganzes Konvolut an Unterlagen gab, auf welche Forderungen die Bank verzichten muss, und dass es im Übrigen eine Weisung des Aufsichtsratsvorsitzenden gibt, dass über diese Dinge Stillschweigen zu bewahren ist.

Die Unterschrift musste unter die Bilanz zum 31.12.2005 erfolgen, und die Frage, wie kann man in einer solchen Situation eine Vollständigkeitserklärung unterschreiben – denn darum geht es ja; ich habe mich kundig gemacht und ich weiß ungefähr, was in der Bank ist –, kann man sich vorstellen, war ein bisschen schwierig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In diesem Konvolut, das Ihnen um die Weihnachtszeit überreicht worden ist, ist dringestanden, auf welche Forderungen die BAWAG für die Bilanz 2005 verzichten muss? (*Dr. Koren: Ja!*) Ich nehme an, da war die sogenannte Garantieerklärung des ÖGB dabei.

Dr. Stephan Koren: Die Garantien: Ich muss jetzt sagen, das letzte Jahr war etwas turbulent, daher war es sehr viel, was zu erledigen war. Jetzt kann ich es Ihnen technisch nicht im Detail sagen, aber implizit war damit verbunden, dass auch die Haftung des ÖGB erlischt – oder in dem Ausmaß, in dem wir diese Verzichtserklärungen unterschreiben, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie das unterschrieben?

Dr. Stephan Koren: Natürlich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso haben Sie es nicht unterschrieben?

Dr. Stephan Koren: Das wäre Untreue dem Unternehmen gegenüber – schlicht und einfach. Wie gesagt, ich war Gott sei Dank auch gut beraten, nachdem sich Dr. Kuhn das sehr genau angeschaut hat und gesagt hat: Darauf kann man nicht verzichten, das wäre sehr böse! Man kann auch keine – wie heißt das? – Befehle vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder Orders des Aufsichtsratsvorsitzenden entgegennehmen. Auch das nicht, Weisungen gibt es nicht im Aktienrecht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe das akustisch nicht verstanden.

Dr. Stephan Koren: Auch Weisungen gibt es nicht im Aktienrecht – Weisungen des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stillschweigen über diesen Vorgang zu bewahren, das meinen Sie?

Dr. Stephan Koren: Man kann Stillschweigen bewahren, aber man ist nicht exkulpiert, weil jemand sagt, er hat eine Weisung erteilt. Die Verantwortung des Vorstands verhindert es nicht oder durchbricht es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie irgendjemanden über diesen Vorgang informiert, dass Sie so ein Packerl hinübergeschoben haben, auf welche Forderungen die Bank verzichten muss zum 31. ...

Dr. Stephan Koren: Zunächst natürlich den Vorstandsvorsitzenden und dann auch die anderen Kollegen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie den Vorstandsvorsitzenden informiert?

Dr. Stephan Koren: Ich weiß es nicht. Unmittelbar darauf.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also noch im alten Jahr?

Dr. Stephan Koren: Ich kann jetzt nicht sagen, ob ... Ich glaube, es war gegen Ende des Jahres. Es kann auch sein, dass es kurz nach Jahresende im neuen Jahr war, das weiß ich nicht, aber das ist für die Sache nicht spielentscheidend.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Irgendwann zwischen Weihnachten und ...

Dr. Stephan Koren: In dem Zeitraum, wo man beginnt, die Bilanz zu erstellen, wo all die Unterlagen langsam wichtig werden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist jetzt ein leichter Widerspruch zur Aussage vom Herrn Generaldirektor hier. (*Dr. Koren: Und zwar?*) – Der Herr Generaldirektor hat hier nicht erwähnt, dass er von Ihnen darauf hingewiesen wurde. (*Obmann Dr. Graf: Er hat gesagt, Nakowitz wollte ihm das unterjubeln!*) Nakowitz hätte ihm eine derartige Unterschrift in der ersten Woche unterjubeln wollen.

Dr. Stephan Koren: Es kann sein, dass er es auch bekommen hat. Ich habe es jedenfalls bekommen und bin damit zu ihm gegangen. Ob unabhängig davon Nakowitz auch bei ihm war, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie gelten als Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers Schüssel. – Würden Sie das auch so einschätzen?

Dr. Stephan Koren: Dass ich ein Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers bin? – Ich weiß zwar nicht genau, was das jetzt hier damit zu tun hat, aber den Herrn Bundeskanzler habe ich im letzten Jahr, außer zu den offiziellen Anlässen, wo wir die Bundesregierung gebraucht haben, kaum gesehen. Aber ich kenne ihn lange. Er war schon hier im Parlament bei meinem Vater, das heißt, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber Sie wissen zumindest, welcher ehemalige Bundeskanzler gemeint ist?

Dr. Stephan Koren: Ja, so ist es. (*Abg. Mag. Stadler: Der Bruno Kreisky! – Heiterkeit.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe die Angewohnheit, auch die Sachen, die im Couloir gesagt werden, einfach Auskunftspersonen vorzuhalten und sie zu fragen, was sie dazu sagen. Und es wird da immer wieder erwähnt, dass Sie ein Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers wären.

Dr. Stephan Koren: Noch einmal: Ich kenne den Herrn Bundeskanzler a.D. und jetzigen Klubobmann Dr. Schüssel sehr lange, aber ich habe ihn im letzten Jahr ... – Ich weiß nicht, ob man dann ein „Vertrauter“ ist, wenn man jemanden vier Mal im Jahr gesehen hat – und das in einer Phase, in der man drei Mal davon wegen sehr großer Probleme dort war, wo man als Bankchef bei einem Bundeskanzler ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wird auch immer wieder gesagt, Sie wären – Entschuldigung, ich gebe das jetzt ein bisschen flapsig wieder; ich stelle es

jetzt als Gerücht dar, es wird nämlich auch gerüchtemäßig dargestellt –, wenn eine Vorstandssitzung oder eine Aufsichtsratssitzung oder irgendwelche wichtigen Sitzungen bei der Bank gewesen sind, hinausgegangen und hätten den Bundeskanzler schon informiert. Ich nehme einmal an, dass das nicht stimmt.

Dr. Stephan Koren: Entschuldigung, das ist ein schlechter Scherz! Das ist ein wirklich schlechter Scherz!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, das ist kein schlechter Scherz.

Dr. Stephan Koren: Das ist ein schlechter Scherz! O ja! (*Abg. Mag. Donnerbauer: Kann man die Quellen offenlegen?*) – Wer soll denn so etwas sagen, bitte? Das ist doch völlig absurd! (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) Das ist doch völlig absurd!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bitte? (*Abg. Amon: Ich glaube, da muss man Sie laden als Auskunftsperson!*) – Ja, gerne, bitte, laden Sie mich als Auskunftsperson! Dann laden wir Sie aber auch gleich. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Amon.*)

Entschuldigung, ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich das hier immer wieder mache, nämlich dass ich, wenn ich derartige Gerüchte höre, Auskunftspersonen ...

Dr. Stephan Koren: Darf ich sagen: Es ist absurd! Ich wüsste nicht eine einzige Aufsichtsratssitzung in all den Jahren und schon gar keine Vorstandssitzung, aus der heraus ich den Bundeskanzler der Republik angerufen hätte. – Das ist schon absurd! Was sollte ich ihm denn erzählen? Dass das Wetter schön ist?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schauen Sie, es gibt Mitglieder des Ausschusses, die machen es so: Die erzählen diese Gerüchte, die Sie hören, vor Fernsehkameras, aber nicht hier herinnen. Ich sage solche Gerüchte nicht vor Fernsehkameras, sondern ich sage sie hier herinnen.

Dr. Stephan Koren: Also die Antwort ist: Nein! Okay?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich bin von nichts anderem ausgegangen. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Es wäre hilfreich, wenn Sie dazusagen, von wem Sie das hören, dann können wir das gegenüberstellen!*) – Ja, sobald Herr Stummvoll seine Sachen hier darlegt, mache ich das auch gerne. (*Abg. Mag. Stadler: Wenn Stummvoll ..., sind Kameras da!*) – Ach so, auf diesen Zusammenhang bin ich noch nicht aufmerksam geworden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für die Auskunftsperson: Bei einem so langen Tag, da gibt es immer so Wellen, wo man beginnt, sich parlamentarisch ein bisschen mit Zwischenrufen anzuagieren. Das gehört einfach dazu. Das vergeht dann meistens nach ein paar Minuten.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ich denke, was wir Ihnen bisher nicht zugestanden haben und was wir Ihnen gerne zugestehen möchten, ist: Können Sie in aller Länge oder in aller Knappheit kurz formulieren, was Ihre Verantwortung und Ihr Wissen als Generaldirektor der P.S.K. war und was Ihre Verantwortung und Ihr Wissen als Vorstand ist, quasi als Pendant gleichwertig an der Seite des Herrn Elsner? (*Abg. Krainer: Da war er nicht! Zwettler!*) – Pardon, in diesem Sammelsurium habe ich jetzt den Namen Elsner mit Zwettler verwechselt; verzeihen Sie.

Dr. Stephan Koren: Korrigieren Sie mich, wenn ich es nicht genau verstanden habe. – Aber ich war der Vorstandsvorsitzende der P.S.K. (*Abg. Mag. Trunk: Ja!*) Und Sie wollen wissen, wofür ich dort verantwortlich war, oder wie?

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Ihre Verantwortung, Ihr Wissen, Ihre Beteiligung, nachdem Sie aus meiner Sicht – vielleicht habe ich nur schlampig

zugehört – weder bei der Verschmelzung noch bei anderen Aktionen sehr wissend und aktiv beteiligt waren. Aber Sie waren Generaldirektor!

Dr. Stephan Koren: Meine Verantwortung kann ich Ihnen relativ klar sagen. – Meine Verantwortung ist die des Vorstandsvorsitzenden der P.S.K. Das inkludiert natürlich die Repräsentanz der Bank nach außen, insbesondere die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Post AG, die ja ganz vital ist. Ich war außerdem verantwortlich, was auch klar ist, als Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Postsparkassa für das Geschäft mit der Republik Österreich und allen österreichischen Kommunen und nachgeordneten Gebietskörperschaften. Und ich war zuständig für Teile des Retail-Geschäftes, nicht für das gesamte, sprich das Privatkundengeschäft, das ja auch ein ganz starker Teil sowohl in der BAWAG als auch in der P.S.K. ist. – Das waren im Wesentlichen meine Verantwortungsgebiete.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Was war Ihre Verantwortung, Ihr Wissen, Ihre Beteiligung bei der Geschichte der Vorfinanzierung der Abfangjäger?

Dr. Stephan Koren: Was meinen Sie: Was da mein Beitrag war? (*Abg. Mag. Trunk: Ja! – Kampfgeräte, oder was immer Sie wissen, wovon ich spreche!*)

Die Republik Österreich ist meines Wissens – das weiß ich aber nicht im Detail; Sie sagen es mir dann, wenn ich stoppen muss, ich habe nicht vor, viel dazu zu sagen; es ist noch nichts passiert – an uns herangetreten über unser Treasury, ob wir uns an einer Finanzierung „Eurofighter“ beteiligen wollen, und das haben wir getan. Das habe ich auch als selbstverständlich gefunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich kurz unterbrechen, ohne dass ich Sie im Sinn störe? – Ich würde Sie bitten, wenn Sie sagen: die Republik Österreich, der Vorstand!, dass Sie die Namen der Personen nennen, die herangetreten sind, sonst glaubt man, dass es jedes Mal der Bundeskanzler war.

Dr. Stephan Koren: Ach so! Nein, das war er nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Republik Österreich wird nach außen vertreten durch den Bundespräsidenten, ...

Dr. Stephan Koren: Meines Wissens war es ein Mitarbeiter der Bundesfinanzierungsagentur, der an unseren Treasurer herangetreten ist. Ich weiß das nicht authentisch, aber so wurde es mir von Leuten, die dabei waren, geschildert.

So ist es auch der normale Vorgang: Die Bundesfinanzierungsagentur macht ja die Finanzierungen für die Republik Österreich, und die tritt an ihre Pendants in den Banken heran und fragt sie, ob sie sich bei einer bestimmten Finanzierung beteiligen wollen. Das ist in diesem Fall so passiert, und wir haben uns beteiligt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das nehme ich auch vorweg: Wie ist der Name des Treasurers?

Dr. Stephan Koren: Das ist Herr **Bösch** gewesen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Der zweite Partner, der an Herrn Bösch herangetreten ist – Stichwort: Bundesfinanzierungsagentur –, wie lautet sein Name?

Dr. Stephan Koren: Da bin ich jetzt sehr vorsichtig, weil ich es nicht genau weiß, aber ich nehme an, es war Herr **Mag. Kocher**. – Also einer der Vorstände. Mag. Kocher, nehme ich an.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kleiner Themenwechsel: Wann haben Sie von diesem Refco-Kredit in der Höhe von 350 Millionen €, sofern ich das jetzt richtig im Kopf habe, informiert?

Dr. Stephan Koren: Am Freitag am Abend in einem Telefonat mit Hans Zwettler.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was hat er Ihnen da mitgeteilt?

Dr. Stephan Koren: Es war in der Sache ein relativ kurzes Gespräch, weil es eigentlich ein privates Gespräch war. Ich habe eigentlich ihn angerufen, weil ich mit ihm über etwas ganz anderes reden wollte. – Ich habe im Wesentlichen über den Geburtstag meiner Frau, der an diesem Tag war, mit ihm gesprochen und darüber, warum ich noch im Büro sitze. Und bei dieser Gelegenheit hat er mir mitgeteilt, dass zu Mittag die Vorstände, die in der BAWAG waren – also eigentlich die alten BAWAG-Vorstände –, zusammengesessen seien, wobei es nicht alle waren, wie ich mittlerweile weiß, und einen Kredit an Refco beratschlagt haben. Refco sei gerade „upgeratet“ worden, sei in hervorragender Verfassung, gerade an die Börse gegangen, alle großen Investmenthäuser, und, und, und. – Diese Information hat er mir gegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wie ging es dann weiter?

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, die Sache ist relativ aktenkundig. Mehr von der Sache erfuhr ich erst im Nachhinein aus der Aufarbeitung der Dinge.

Dann hat es am Sonntag offensichtlich noch eine Vorstandssitzung gegeben, wo zwei Herren – einer telefonisch – oder drei Herren, das weiß ich jetzt nicht, anwesend waren. Dann wurde dieser Kredit offenbar am Montag ausgezahlt. Relativ rasch danach muss es dann zu der Mitteilung gekommen sein, dass Herr **Bennett** Hausverbot bekam und verhaftet wurde. Ich habe von der Sache wieder am Dienstag, glaube ich, erfahren, weil der Generalsekretär der P.S.K. – die gab es ja nicht mehr –, weil ein Mitarbeiter, der bei mir unmittelbar im Büro saß, dann Pressesprecher des Konzerns war, und Hans Zwettler wollte diesen zu sich rufen, aber klarerweise musste er mit mir vorher drüber reden, und dann waren wir beide dort, und er hat uns erzählt, dass es diese Schwierigkeiten mit Refco gab, eben Hausverbot, und, und, und, dass er zu diesem Zeitpunkt noch überzeugt ist, dass das Geld wieder zurückkomme und dass das nur vorübergehend sei und dass wir so viele Sicherheiten haben. – Die weitere Geschichte ist, glaube ich, bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da hat damals eine Vorstandssitzung der BAWAG stattgefunden, Sie waren auch im Vorstand, waren aber nicht eingeladen. (*Dr. Koren: Ja!*) – Ist es in einer Bank üblich, dass es eine Vorstandssitzung gibt, wo nur Teile der Vorstände eingeladen sind, oder war das keine echte Vorstandssitzung?

Dr. Stephan Koren: Es war zumindest, soviel ich das mitbekommen habe, die Hälfte der Vorstände anwesend.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso? – Ich weiß schon, die haben sich zusammengerufen, dass sie das machen, das ist mir schon klar. Haben die ...

Dr. Stephan Koren: Die Frage dürfen Sie ... Warum wir anderen nicht dabei waren, obwohl wir theoretisch verfügbar gewesen wären, dürfen Sie mich nicht fragen. (*Abg. Mag. Stadler: Sie wurden gar nicht eingeladen!* – *Abg. Dr. Hlavac: Das heißt, Sie waren nicht eingeladen!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren von diesem Termin gar nicht informiert? (*Dr. Koren: Nein!*) – Haben da zwei oder drei Vorstände unterschreiben müssen? Gab es einen technischen Grund, warum drei da waren?

Dr. Stephan Koren: Am Sonntag, meinen Sie? (*Abg. Krainer: Ja!*) – Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Geschäftsordnung der Bank werden Sie ja schon gekannt haben, also, ob es einen technischen Grund gab, dass bei einem Kredit in dieser Höhe zwei oder drei Vorstände unterschreiben müssen.

Dr. Stephan Koren: Das ist eine Frage, die man wahrscheinlich eher einem Spezialisten als mir stellen muss.

Das Erste ist: Es gab offensichtlich eine Vorstandssitzung am Freitag zu Mittag. Da kann man sagen, vielleicht ist dort ein Grundsatzbeschluss gefasst worden, den dann die anderen nur exekutiert haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war da aller dabei?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das am Freitag wird ja auch keine echte Vorstandssitzung gewesen sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer war am Freitag dabei?

Dr. Stephan Koren: Am Freitag waren es Zwettler, Nakowitz, Büttner, Kreuch, und am Sonntag waren es Nakowitz, Zwettler, Büttner.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jetzt eine „blöde“ Frage: Bei einer Vorstandssitzung gibt es in aller Regel ein Vorstandsprotokoll, oder? (*Dr. Koren: Ja!*) – Die haben Nummern (*Dr. Koren: Ja!*), zum Beispiel 3748. Vorstandssitzung, also extrem hohe Zahlen, zumindest ist das so bei dem, was wir hier im Datenraum haben. (*Dr. Koren: Ja!*) – Gibt es Protokolle über diese zwei Sitzungen?

Dr. Stephan Koren: Meines Wissens gibt es darüber keine Protokolle, und das ist, glaube ich, auch einer der Kritikpunkte der FMA damals bei der Kreditvergabe gewesen, sofern ich mich nicht sehr irre.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es hätte wahrscheinlich auch kaum ein Protokoll geben können, wenn nicht der ganze Vorstand eingeladen ist.

Dr. Stephan Koren: Ich meine, es war die Hälfte ... – Das kann ich jetzt, ehrlich gestanden, nicht beurteilen. Das weiß ich nicht. (*Obmann Dr. Graf: Wahrscheinlich ist dort gestanden, dass Sie unentschuldigt gefehlt haben!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie öfters unentschuldigt gefehlt? – Nein.

Die Geschäftsordnung werden Sie ja gekannt haben! Es gibt sicher eine Geschäftsordnung, wie zu derartigen Vorstandssitzungen einzuladen ist, wann man beschlussfähig ist ...

Dr. Stephan Koren: Das weiß ich jetzt nicht. Ich war gerade einmal seit fünf Tagen im Vorstand der gemeinsamen Bank, daher weiß ich nicht, was die Geschäftsordnung des Vorstandes dafür vorsah. Nach meinem Dafürhalten ist der Beschluss an sich korrekt zustande gekommen.

Was Sie natürlich immer machen können, was Sie im Geschäftsleben immer wieder haben, ist, dass Sie – vom Grundsatz her; ob es in diesem Fall so war, kann man seine Zweifel haben – bei Eilbeschlüssen, die sehr dringend sind, nicht nach den ganz formalen Regeln einladen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als Sie Herr Zwettler damals am Freitag am Rande eines eigentlich privaten Telefonats darüber informiert hat, haben Sie da nachgefragt, was das für eine Vorstandssitzung gewesen ist, zu der Sie gar nicht eingeladen waren? Oder war das da noch so: BAWAG-Vorstand, P.S.K.-Vorstand?

Dr. Stephan Koren: Das Gefühl hatte man, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, dass Sie zwar formell stellvertretender General von ihm waren, aber in der Praxis, weil Sie noch woanders gesessen sind, nicht?

Dr. Stephan Koren: Man hätte den Eindruck bekommen können, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War das Ihr Eindruck? – Wer irgendeinen Eindruck hätte haben können, ist uninteressant für uns hier. Ihr Eindruck zählt!

Dr. Stephan Koren: Ich weiß nicht, ob ich damals diesen Eindruck gehabt hätte oder gehabt habe. Aus der heutigen Sicht habe ich den, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und das war am 5. Oktober, weil Sie gesagt haben, erst fünf Tage waren Sie dort? War das nicht erst ein bisschen später?

Dr. Stephan Koren: Am 7. Oktober.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zunächst noch einmal, weil das so halb im Raum hängt wegen dieser Eurofighter-Geschichte: Die wirkliche Frage im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand hier herinnen wird wohl auch lauten müssen, inwieweit diese Vorfinanzierungsproduktionskredite – letztlich waren es solche – vom Vorstand der P.S.K. dem Aufsichtsrat vorgelegt wurden. – Ist das geschehen? (*Dr. Koren: Ja!*) – Unter welchem Titel sind die zur Genehmigung vorgelegt worden?

Dr. Stephan Koren: Eurofighter, nehme ich an.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich muss Ihnen vorhalten, dass eine andere Auskunftsperson heute gesagt hat, dass sich das unter dem Titel „Ausweitung des Treasury“ mit einer immensen Summe von 5,5 Milliarden € verborgen hätte – um diese Person korrekt wiederzugeben –, was sich dem Betreffenden auch erst im Nachhinein so dargestellt hätte, nachdem dann – vielleicht erinnern Sie sich jetzt – der Herr Zentralbetriebsratsobmann noch eine Sondersitzung des Aufsichtsrates urgirt hätte, dort gefragt hätte und Sie dann bestätigt hätten, dass sich unter diesem Titel „Ausweitung des Treasury“ die Vorfinanzierungskonstruktionen für die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH befinden. – Erinnern Sie sich an den Vorgang? (*Dr. Koren: Nein!*) – Woran erinnern Sie sich in dem Zusammenhang?

Dr. Stephan Koren: Das müsste ich mir jetzt wirklich im Detail anschauen und nachrecherchieren. – Punkt eins.

Eine Sondersitzung zum Thema Eurofighter, da müsste ich ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nicht nur. Es wurde eine Sitzung des Aufsichtsrates mit sechs Tagesordnungspunkten beantragt, wo unter Punkt 6 auf diese Vorfinanzierung zur Produktion der Eurofighter ausdrücklich verwiesen wurde. Er hat sogar dem Ausschuss ein diesbezügliches Schreiben vorgelegt. (*Dr. Koren: Und zwar?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gebe es der Auskunftsperson in Kopie.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Stephan Koren: Von wann ist denn das Schreiben? – Er wollte eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung. Ich kann jetzt ehrlich nicht sagen, erstens, ob die stattgefunden hat, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wäre die erste Frage. Wissen Sie auch nicht?

Dr. Stephan Koren: Das kann ich aber leicht recherchieren, das können Sie morgen haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es kommt Ihnen nicht seltsam vor, dass uns das jetzt seltsam vorkommt, dass Sie sich nicht erinnern, weil das ist ja ... Ist das ein gewöhnlicher Vorgang, dass solche Sitzungen auf diese Art und Weise angeregt werden?

Dr. Stephan Koren: Punkt eins: Ich glaube, Kollege Harwanegg hat öfter um Sondersitzungen des Aufsichtsrates ersucht. (*Abg. Mag. Kogler: Ah doch?*) – Ich weiß nicht, ob irgendeine davon stattgefunden hat. Wo ich mir ziemlich sicher bin, ist, dass der Eurofighter in einer ganz regulären Aufsichtsratssitzung abgehandelt wurde. (*Abg. Mag. Kogler: Na ja, die Divergenzen ...*) – Aber das kann man aufklären.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Divergenzen dürften darin liegen, dass jedenfalls die Auskunftsperson vorher behauptet hat, muss man wohl sagen, dass sich in einer Art Sammelposten, sage ich jetzt laienhaft, unter dem Titel „Ausweitung des Treasury“ das befunden hätte, aber nicht näher erkennbar. (*Dr. Koren: Nein! Nein! Nein!*) – Das kommt mir auch komisch vor, deshalb frage ich Sie ja. (*Dr. Koren: Nein!*) – Das ist ja keine Kreditgenehmigung, Ausweitung Treasury.

Dr. Stephan Koren: So ist es. Was ich jetzt nicht genau weiß, ist, wie weit ich da jetzt etwas sagen kann, ohne das Bankgeheimnis zu verletzen. Aber sicher gehört das in die Rubrik Bundesfinanzierungen und nicht in die Rubrik Treasury, eindeutig nicht – und dort ist es auch nicht gewesen. Definitiv nicht! Ich kann Ihnen aber gerne ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und warum glauben Sie, dass das unter die Rubrik Bundesfinanzierungen gehört? Weil Herr Kocher angerufen hat?

Dr. Stephan Koren: Nein, sondern weil das Geschäft ein Nullunterlegungsgeschäft ist. Aber noch einmal, das wäre ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind der Meinung, dass der Kreditnehmer der Bund war, oder wie soll ich das verstehen?

Dr. Stephan Koren: Ich glaube nicht, dass der Kreditnehmer der Bund ... Also noch einmal, wie gesagt, da werde ich jetzt langsam vorsichtig, da bin ich langsam vorsichtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment! (*Abg. Mag. Stadler: Darf ich nur beruhigen: Das ist alles bereits Thema auch im anderen Ausschuss, im Eurofighter-Untersuchungsausschuss! Das ist ein eigenes Kapital, wo es nur um die Finanzierung geht! Deswegen haben wir Herrn Mag. Kocher dort schon gehabt!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube aber auch, dass, wenn der Bund einen Kredit aufnimmt, wozu wir ohne weiteres beim Bund parlamentarische Anfragen stellen können, denn wir sind ja Parlamentarier, das Berufen auf das Bankgeheimnis, insbesondere bei Kreditvergaben an den Bund, relativ schwer sein wird. (*Abg. Krainer: Ich glaube, der Bund war nicht Kreditnehmer, sondern die Eurofighter GmbH!*) – *Abg. Mag. Stadler: Nein, das ist eindeutig durch! Wir haben gesagt, auch der Verfahrensanwalt im Eurofighter-Untersuchungsausschuss, alles, was mit Bund und öffentlicher Hand zu tun hat, kann nicht unter Bankgeheimnis subsumiert werden, weil das hier ist ein Organ des Bundes und hat Kontrollrechte! Diese Fragen unterliegen nämlich auch alle dem Interpellationsrecht des Abgeordneten! Wir könnten das alles mit parlamentarischen Anfragen auch vom zuständigen Finanzminister erfragen!*

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ich habe eine Frage dazu: Im anderen Ausschuss wurden ja keine Bankleute befragt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Doch! (*Abg. Mag. Stadler: Wir haben den Bundesfinanzierungsmenschen hier gehabt!*) – Der ist keine Bank, aber wir haben auch einen Bankbeamten der P.S.K., also nunmehr BAWAG P.S.K., befragt dazu, wo wir Teile im nichtöffentlichen Teil durchgeführt haben; das allerdings ist richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn der Kreditnehmer – sage ich jetzt, im weitesten Sinne, ich weiß, dass das falsch ist – zu seiner Bank geht und sagt: Jetzt sagen Sie mir bitte, wie viel habe ich an Kredit aushaftet?, und die Bank sagt zum Kreditnehmer: Das kann ich dir nicht sagen, weil ich berufe mich auf das Bankgeheimnis!, geht das nicht. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Nein, das nicht!*) – Wir sind Repräsentanten dieser Republik.

Ich sage, man kann alles verkomplizieren. Erst wenn man Dinge – diese Erfahrung machen wir in Ausschüssen auch – unnötigerweise verkompliziert, dann werden sie plötzlich zu einem Thema in der öffentlichen Darstellung. Das gilt es halt dann auch abzuwägen. Ich glaube, dass wir diese Informationen ohne weiteres über andere Wege ganz korrekt auch bekommen. Daher ist die Frage, wie es mit dem Bankgeheimnis da ist, glaube ich, ganz anders zu betrachten.

Was war die Frage? (*Abg. Mag. Stadler: Wie heißt ... von der Rechtsabteilung? – Dr. Koren: Maresch!*)

Ob das im Treasury abgewickelt wird oder im Beteiligungsmanagement, ist doch völlig irrelevant. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) Vielleicht hat sie sich da auch geirrt, nicht mehr richtig erinnert oder ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir wollen ja nur herauskriegen, was die nunmehrige Auskunftsperson – keine unwesentliche – daran für Erinnerungen oder Wahrnehmungen hat.

Wenn ich Sie richtig verstehe, sind Sie der Meinung, dass das eigentlich fast nicht möglich ist – ich will nicht gerade sagen, denkunmöglich –, dass ein derartiger Kreditgenehmigungsantrag an den Aufsichtsrat unter einem solchen Titel daherschneit.

Dr. Stephan Koren: Unter dem Titel „Treasury“?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, „Ausweitung des Treasury“. (*Dr. Koren: Nein!*) So wurde es gesagt. Das haben wir jetzt bei Protokoll. Jetzt ist es allen klar. Wie es aber genau gelaute hat, wissen Sie auch nicht mehr?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er hat gesagt, er glaubt „Eurofighter“.

Dr. Stephan Koren: In der Aufsichtsratssitzung habe ich sicher über Eurofighter gesprochen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Passt schon. Es ist nur hilfreich, wenn man irgendwo eine Protokollpassage hat, wo dann alles schön zusammenhängend da ist, und das gelingt immer weniger, je mehr jemand dazwischenkeppelt.

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, es war eine ganz normale Aufsichtsratssitzung, und dort war der Titel „Bundesfinanzierung Eurofighter“ oder irgend so etwas. Hat nichts mit Treasury zu tun.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind der Meinung, das ist ein Vorgang der Bundesfinanzierung?

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, das ist ein ... – Was ist bei uns eine Finanzierung öffentlicher Hand? – Finanzierung öffentlicher Hand heißt immer: Wir haben keine Kapitalunterlegungskosten. Wir müssen kein Kapital unterlegen.

Wie Sie wissen, gibt es Geschäfte, das sind normale Kreditgeschäfte, da müssen Sie 100 Prozent Kapital unterlegen, dann gibt es reduzierte mit 50, mit öffentlicher Hand null. (*Abg. Mag. Kogler: Genau!*) – So wie andere, ob das alte **EUROFIMA**-Finanzierungen waren der Bahn, ob das **FMIG**-Finanzierungen der alten **Telekom** waren, sind die alle als null unterlegungspflichtiges Geschäft letztlich Bundesrisiko gewesen. So würde ich das ähnlich sehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist Ihnen nicht in Erinnerung, dass dieser Antrag an den Aufsichtsrat eigentlich den Kreditnehmer Eurofighter Jagdflugzeug GmbH ausgewiesen hat und nicht den Bund selbst?

Dr. Stephan Koren: Zumindest war dort der Hinweis darauf, dass es sich um Eurofighter handelt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das schon, das ist anzunehmen, aber es gibt ja dann einen Kreditnehmer im Kreditvertrag, und Ihren Ausführungen nach muss man annehmen, Sie sind der Meinung, es sei der Bund der Kreditnehmer.

Dr. Stephan Koren: Der letztlich Obligierte aus dem Geschäft, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was letztlich obligiert ist, das ist eine Frage, aber ...

Dr. Stephan Koren: Das rollende Material der Bahn ist über Jahre hinweg als **EUROFIMA-Forfeiting** gemacht worden. Die Finanzierungen der Telekom sind jahrelang über FMIG-Finanzierungen gemacht worden. Das unterscheidet sich meiner Einschätzung nach nicht so wirklich. Das ist im Prinzip immer das gleiche Prinzip. – Entschuldigung, wenn es akustisch unverständlich war. Es ist zwar spät, aber ich möchte nicht zu bequem werden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen die Konstruktion bekannt, dass eigentlich Eurofighter GmbH der Kreditnehmer war und nur durch Forderungszession das Ganze nahe an eine Bundesfinanzierung mit null Unterlegung gebracht werden konnte?

Dr. Stephan Koren: Das haben natürlich unsere Juristen und Wirtschaftsprüfer angeschaut, na selbstverständlich. Also ich kenne jetzt nicht die Details des Vertrages, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Aber unser bisheriger Stand ist, dass formal Eurofighter GmbH der Kreditnehmer ist und dass das dann durch Zedierung im wirtschaftlichen Kern so nachgebildet wurde als ob. (*Dr. Koren: Ja.*) Das war im Übrigen deshalb von Interesse, weil man dann Bundesfinanzierung annehmen musste, was wieder dazu geführt hätte, dass es in Wahrheit – das nur für die anderen Kollegen hier – einen Bietersturz bei den Angeboten gegeben hätte – aber das ist wirklich für den anderen Untersuchungsausschuss (*Dr. Koren: Das weiß ich nicht!*) –, weil diese Finanzierungsvariante eigentlich den Gripen vorne gehabt hätte.

Dr. Stephan Koren: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das hilft hier nicht weiter. Vielen Dank trotzdem.

Eine andere Frage abschließend: Die Aussagen des Staatsanwaltes hier im Ausschuss zu der gesamten BAWAG-Causa haben eindeutig darauf hingewiesen – und das ist ja nur kurz angesprochen worden –, dass Flöttl mehrmals in verschiedenen Zusammenhängen „Anweisungen“ – unter Anführungszeichen – oder Zurufe bekommen hätte, dass er Überweisungen – an verschiedene Ebenen – zu tätigen hätte.

Unter anderem gehört in diese Liga auch die eine Million – damals noch Schilling – an Herrn Dr. Vranitzky.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung dazu – von damals nicht, aber ist irgendwo einmal darüber gesprochen worden?

Dr. Stephan Koren: Was meinen Sie jetzt: im Nachhinein? Jetzt, wo das ...? (*Abg. Mag. Kogler: Im Nachhinein!*) Damals, meinen Sie? (*Abg. Mag. Kogler: Nein, nicht damals, sondern ob Sie im Nachhinein davon Kenntnis bekommen haben und auf welche Art und Weise und von wem?*) – Aus der Zeitung. Ich habe aus der Zeitung Kenntnis davon erlangt. Und wir haben das recherchiert, wir haben aber in der Bank dazu nichts gefunden. (*Abg. Mag. Stadler: Ich lese es Ihnen vor! Das steht im „profil“ drinnen!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wissen Sie Näheres über eine Überweisung von Flöttl an Stiftungen, die letztlich in die Einflussphäre des Herrn Schlaff gehören, dass er dazu angehalten worden sei?

Dr. Stephan Koren: Glaube ich eigentlich nicht, aber das kann ich jetzt nicht hundertprozentig garantieren. Ich meine, wir haben alles, was in den Zeitungen stand – wurscht, ob das die Vranitzky-Sache war oder andere –, ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, Zeitungswahrnehmungen sind nicht von Interesse (*Dr. Koren: Ach so! Ob sonst!*), sondern ob Sie durch Gespräche mit Ihren Vorstandskollegen auf das aufmerksam gemacht worden sind, und wenn ja: von wem und wie? (*Dr. Koren: Nein!*) – Nichts? (*Dr. Koren: Nein!*) Okay. – Gut, das war's einstweilen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie, für wen Herr **Taus** treuhändig gehalten hat? Für wen Herr Taus in der Angelegenheit Kauf **MobilTel** in Bulgarien die Anteile treuhändig gehalten hat?

Dr. Stephan Koren: Also erstens weiß ich es nicht, aber zum Zweiten würde ich sagen: Das, glaube ich, darf ich wirklich nicht – selbst wenn ich es wüsste.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na ja, wenn Sie es eh nicht wissen, haben Sie es eh beantwortet. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bitte Sie, Herr Doktor, jetzt mitzuschreiben. – Es ist dies das Liechtensteinische Landesgesetzblatt Nummer 215 aus 2000. Artikel 50 regelt die Rechtshilfe für das Ausland. Und zwar heißt es in Artikel 50 Abs. 1:

„In Strafsachen einschließlich der Verfahren zur Anordnung vorbeugender Maßnahmen“

– und jetzt kommt das Entscheidende für Sie –

„und zum Ausspruch einer vermögensrechtlichen Anordnung sowie der Angelegenheiten der Tilgung und des Strafregisters, der Verfahren über die Entschädigung für strafgerichtliche Anhaltung und Verurteilung, der Gnadensachen und der Angelegenheiten des Straf- und Maßnahmenvollzuges kann nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auf Ersuchen einer ausländischen Behörde Rechtshilfe geleistet werden.“ – Und dann wird das also genau dargestellt.

Das heißt, es ist im Zusammenhang mit dem Strafverfahren – Sie werden sich dort als Privatbeteiligter ja angeschlossen haben, nehme ich an (*Dr. Koren: Haben wir, ja!*) –, sodass also Sie die Möglichkeit haben, über dieses Strafverfahren Rechtshilfe in Liechtenstein zu erlangen auf Grund dieser Bestimmung. (*Dr. Koren: Kann ich eine Kopie haben davon?*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stadler geht jetzt in die Anwaltei, aber er verlangt nichts dafür, für diese Rechtsfragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist nur der erste Hinweis, denn jetzt lese ich Ihnen diesen Vorgang vor. Das ist das „profil“ Nr. 39 vom 25. September 2006 – ich lese Ihnen die Passage vor, auf die nämlich auch Kollege Kogler gerade jetzt repliziert hat –:

„Flöttl: Bis Ende 2000 hat die BAWAG mein Unternehmen, die Ross Capital, dominiert. Danach ging es vor allem darum, dass ich meine Kunstsammlung verkaufe, um die Verluste der BAWAG auszugleichen. Die Gemälde wurden in Zürich gelagert. Sobald ein Bild verkauft worden war, habe ich die BAWAG verständigt.“

Das nimmt Bezug auf diesen Vorgang, der Ihnen sicher mittlerweile bekannt ist, den Herr Büttner beim Notar hinterlegt hat. – Ist Ihnen das bekannt? (*Dr. Koren: Ja!*) – Sie kennen das auch inhaltlich?

Dr. Stephan Koren: Das weiß ich jetzt nicht, aber dass Büttner das hinter ... – Jedenfalls das Haus kennt es, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Haus kennt das? (*Dr. Koren: Ja!*) – Hier sind nämlich drei Stiftungen erwähnt, das sind die **Bensor-Stiftung**, die **Biamo-Stiftung** und die (*Dr. Koren: Treval wahrscheinlich!*) **Treval-Stiftung**. (*Dr. Koren: Ja! – Okay!*)

Auf diesen Vorgang nimmt das Ganze Bezug. Man muss das also im Zusammenhang lesen. Dieses Interview ergibt erst Sinn, wenn man das von Büttner hier kennt.

„profil: Sie haben nach eigenen Angaben 240 Millionen Dollar aus den Gemäldeverkäufen an die Bawag überwiesen. Die Bank will aber nur 193 Millionen erhalten haben. Wurde der Rest unterschlagen?“

Flöttl: Es ist unverständlich. Die Kunstwerke wurden um ungefähr 200 Millionen Euro angeschafft und um etwa 240 Millionen verkauft. Ich habe der Staatsanwaltschaft einen sehr dicken Ordner übergeben, in dem penibel jeder Erlös aus den Verkäufen dokumentiert ist. 90 Prozent der Verkäufe wurden über Sotheby's abgewickelt. Die Erlöse haben wir der Bawag selbst oder auf Anweisung der Bawag anderen Institutionen, Firmen oder Personen überwiesen. Für diese Anweisungen liegen Faxe des Bawag-Vorstands vor. Ich kann jeden Verkauf und jede Überweisung dokumentieren.

profil: Dass die Bawag Sie aufforderte, das Geld nicht direkt auf ein bankeigenes Konto, sondern an Stiftungen zu überweisen, hat Sie nicht irritiert?

Flöttl: Es hat mich gewundert, und ich habe es nicht verstanden, weil ich zuvor von Stiftungen der Bawag nichts gewusst hatte.

profil: Aber Sie haben nicht nachgefragt.

Flöttl: Doch. Ich habe mich erkundigt, ob die Stiftungen der Bawag gehören. Es war eine lange Liste von Stiftungen. Tauchte ein neuer Stiftungsname auf, habe ich mich erneut erkundigt.

profil: Und im Zuge Ihrer Erkundigungen wurde Ihnen einmal angedeutet, dass es eine Verbindung zwischen der Bawag, den Stiftungen und der SPÖ gäbe?

Flöttl: Ich erhielt im Jahr 2005 per Fax eine Anweisung, einen bestimmten Betrag von den Bermudas nach Zypern zu überweisen. Doch mir war klar, dass es dabei Probleme mit den zypriotischen Behörden geben könnte. Überdies war mir die Stiftung nicht bekannt. Ich habe dem Bawag-Vorstand erklärt, ich könnte das Geld nicht

überweisen. Daraufhin wurde mir von einem Vorstandsmitglied mitgeteilt, dass die Bank eine politische Funktion habe, es langjährige Vereinbarungen gebe und dass ich das Geld gefälligst dorthin schicken soll. Am nächsten Tag habe ich ein Fax erhalten, auf dem die Währung geändert worden und statt Zypern Wien als Adresse angegeben war. Daraufhin habe ich das Geld überwiesen. Ich kann allerdings nur wiedergeben, was Bawag-Manager mir gegenüber erklärt haben. Darauf muss sich jeder selber einen Reim machen. Ich selbst habe nie behauptet, dass ich irgendetwas von Parteienfinanzierung weiß.“ – Zitatende.

Das ist jetzt nur auszugsweise zitiert. Das ist die meiner Ansicht nach interessanteste Passage dieses Interviews.

Nun frage ich Sie: Gibt es diese Faxe, die er hier erwähnt?

Dr. Stephan Koren: Also wir haben sie nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie müssen aber in diesem Ordner bei der Staatsanwaltschaft sein. Wenn Sie als Privatbeteiligte angeschlossen sind im Strafverfahren, haben Sie ja Akteneinsicht.

Dr. Stephan Koren: Wenn wir sie bekommen, ja. Also ich werde das einmal ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wäre natürlich hoch interessant, denn auf Grund dieser Faxe ...

Dr. Stephan Koren: Das sind jetzt Faxe aus 2000, nicht wahr?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das sind Faxe aus 2000 und bis 2005. Also er hat laufend Faxanweisungen bekommen, die muss er minutiös dokumentiert haben, und teilt hier mit, dass er diesen Ordner ... – Ich meine, deutlicher geht es ja gar nicht! Das sagt ja in Wirklichkeit alles, das ist ja der Wink mit dem Zaunpfahl! Er sagt klipp und klar, er hat das alles dokumentiert, er hat laufend Faxe bekommen, und diese Faxe hat er augenscheinlich in einem Ordner der Staatsanwaltschaft übergeben. – Das heißt, da lässt sich heraus eruieren, welche Anweisungen er bekommen hat, wohin er Geld zu transferieren hat!

Dr. Stephan Koren: Wir werden dem nachgehen. Kein Problem!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Verstehen Sie, ich bin entsetzt, dass man das nicht schon längst getan hat! Ich könnte geradezu die Wände hochgehen, wenn ich so etwas lese.

Dr. Stephan Koren: Also sowohl was die Offenlegung von Stiftungen betrifft, wenn ich das haben kann als Kopie, oder zumindest den Hinweis, was das ist, was das für ein Artikel ist – Artikel 50, habe ich jetzt mitgenommen, von Liechtenstein ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist Artikel 50 ff des Liechtensteinischen Landesgesetzblatts aus 2000 Nr. 215; das ist das sogenannte liechtensteinische Rechtshilfegesetz.

Dr. Stephan Koren: Gut. Dem gehen wir nach!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich an Sie die Bitte richten: Wenn Sie diese Faxe haben, wäre es möglich, sie dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen? Es ist ein deckungsgleiches Interesse ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: An sich müssten wir die von der Staatsanwaltschaft haben, wenn sie dort sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich behaupte, dass wir von der Staatsanwaltschaft noch *längst* nicht alles haben. Aber wenn ich höre, dass nicht

einmal die Bank diese Faxen bekommen hat, über die Herr Flöttl hier vor größtem Publikum referiert, dann weiß ich nicht, was hier wirklich das Aufklärungsinteresse ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht stimmt das ja auch nicht, was Herr Flöttl sagt. – Wollen wir nicht immer böse sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin davon überzeugt, dass das stimmt. Herr Flöttl hat hier jeden Satz genau überlegt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube auch, aber man muss dem nachgehen. Gibt es noch Fragen? – SPÖ, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein neuer Komplex, der noch nicht bearbeitet wurde, ist die Frage, wie es 2006 weiterging. Wann haben Sie von der Haftung des ÖGB erfahren?

Dr. Stephan Koren: Dem Grunde nach wahrscheinlich relativ bald, also ich nehme an noch irgendwann im Dezember 2005, dass es prinzipiell eine Haftung des ÖGB gibt. – Nehme ich mal an. Das muss ja relativ rasch gegangen sein. Es wird sich ja die Frage schon bei den ersten Gesprächen aufgedrängt haben, die wir dann mit den Wirtschaftsprüfern debattiert haben: Wie habt ihr das überhaupt bilanzieren können? Da wird die Haftung schon aufgetaucht sein, nehme ich an; relativ bald.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Gespräche mit den Wirtschaftsprüfern? Wann haben die stattgefunden?

Dr. Stephan Koren: Ich sage ja, dann laufend. Nach unseren ersten Gesprächen, sprich Ewald Nowotny und ich, haben wir klarerweise einen Fahrplan von Gesprächen – und da waren die ersten auch die Wirtschaftsprüfer – festgelegt, in denen wir uns darüber unterhalten, wie die Bilanzen 1998, 2000 und Folgende waren. Für uns war nicht so wichtig, was die Bilanz 1998 war, sondern, wenn dort irgendetwas war, wie das heute noch nachwirkt. Für uns war die Frage, was das für die Bilanz 2005 heißt, die wir im Jahr 2006 zu erstellen hatten. Daher haben wir diese Gespräche geführt – sehr intensiv, um zu verstehen, was passiert ist, und um zu verstehen, was das für die Bank in der aktuellen Situation bedeutet.

Da sind klarerweise die Haftungen aufgetaucht und, wie gesagt, kurz darauf – keine Ahnung –, Anfang Jänner oder Ende Dezember, auch dieses Konvolut an abzuschreibenden Forderungen und damit implizit auch Haftungsentlassungen des ÖGB.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Laut der Aussage von Nowotny hat es dann Verhandlungen darüber gegeben, dass es eine neue Haftung des ÖGB gibt, weil die alte gar nicht mehr richtig gegolten hat oder unklar war, ob sie überhaupt noch gilt. Dann gab es eine neue, die klar definiert und rechtlich einwandfrei war. Diese Verhandlungen waren dann aber schon in den März hinein und sind, glaube ich, im März ...

Dr. Stephan Koren: Diese Verhandlungen haben sicher früher begonnen, die haben nur relativ lange gedauert. Da war auch manchmal von meiner Seite Herr Christian Kuhn dabei, manchmal auch Herr Christian Nowotny, also wir haben das schon Anwälten anschauen lassen, dass das passt. Das hat natürlich länger gedauert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist klar. Und dann kam irgendwann die „Bombe Refco 2“, also diese Klage in den USA. (*Dr. Koren: Ja!*) – Wie hat sich das abgespielt?

Dr. Stephan Koren: Das war sinnigerweise so, dass an einem ... Also ehrlich gesagt, ich weiß jetzt nicht einmal das Datum, ich weiß nur, dass die amerikanischen Anwälte

da waren, die wir für diesen Rechtsfall mandatiert hatten, und ins Flugzeug gestiegen sind. Die waren gerade im Flugzeug zurück nach New York, und dann kam die Klage aus den USA daher. Dann wurde es natürlich turbulent, wie man sich vorstellen kann, weil es war für uns nicht so sehr das Problem, dass wir aus den USA geklagt werden, sondern dass dieses **Creditors' Committee** wie auch immer eine einstweilige Verfügung gegen die BAWAG erreicht hat und damit unser US-Dollar-Konto bei der **Wachovia Bank** blockiert war. Und jeden Tag sind dort hunderte Millionen hineingelaufen, und das hieß, irgendwann hält das die Bank nicht mehr aus. Wir waren auch nicht in der Lage, das umzurouten, denn das Dollar-Clearing läuft einfach über die USA, und das hätte sehr rasch letal werden können. Daher war es höchste Eisenbahn, daher sind wir dann sofort mit den Amerikanern verhandeln geflogen – zuerst Nächte durch und dann hingeflogen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist es in der Finanzwelt üblich, dass es derartige einstweilige Verfügungen gibt, die eine Bank ja fast nötigen?

Dr. Stephan Koren: Üblich scheint es nicht zu sein, und es scheint – höre ich, aber eher nur als Gerücht –, dass viele europäische Banken angesichts dieser Entwicklung sehr nachdenklich wurden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das habe ich auch gehört. Hat es Aktivitäten ... (*Dr. Koren: Da haben wir dasselbe Gerücht gehört!*) Ja, ich kann das auch noch einmal sagen. Wenn es Ihnen lieber ist, dass wir Sie hier mit Gerüchten konfrontieren, kann ich einfach in die Fernsehkamera reinschauen; ich bin ja, was das betrifft, immunisiert. Das machen viele hier. Ich glaube, in der Art und Weise, dass ich das hier vortrage, ist das eine etwas freundlichere Art. Sie können es sich aussuchen für die Zukunft. Wenn es Ihnen lieber ist, kann ich das nicht Ihnen sagen, sondern in die Kamera hinein. Ich halte das aber eher nicht für den Stil, den ich gewohnt bin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie es vorher ankündigen, sind Sie unter Umständen auf frischer Tat ertappt. Dann gibt es keine Immunität.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber die Gefahr, dass ich so etwas mache, ist enden wollend. Aber dafür bin ich im Ausschuss ohnehin bekannt, dass ich immer wieder solche Gerüchte hier einfach vortrage. Andere machen das ja direkt in Kameras hinein.

Hat es seitens der österreichischen Bundesregierung eine Hilfe gegen diese ungewöhnliche einstweilige Verfügung gegeben, die für die Bank hätte letal sein können?

Dr. Stephan Koren: Welcher Natur hätte die Hilfe sein sollen? Was meinen Sie?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Über die europäische Ebene, direkt über die Regierung, Außenamt, was auch immer. Keine Ahnung.

Dr. Stephan Koren: Ich persönlich habe das nie mit der Bundesregierung oder mit Vertretern der österreichischen Bundesregierung besprochen. Die Geschichte ist ja dann relativ schnell abgelaufen. Ich weiß jetzt nicht genau, wann diese einstweilige Verfügung war, da müsste man sich jetzt genau den Zeitablauf anschauen. Diese einstweilige Verfügung wurde ausgesprochen. Es begann also sofort eine schwere Vertrauenskrise in die Bank. Da tue ich mich jetzt schwer, da hätte ich die Unterlagen mithaben müssen: Wann ist was passiert? Wir sind ja sehr schnell dann bei der Bundesregierung gewesen, um sozusagen das Vertrauen in die Bank wiederherzustellen. Mit den USA selbst haben wir sie nicht konfrontiert. Ich glaube, es war sogar Einverständnis, dass die Bundesregierung gerne sehen wollte, dass wir ein Settlement mit den USA finden, ehe sie in die Haftung eintritt, weil eine Sorge da war, dass andernfalls die Haftung teurer würde.

Ich habe es gar nicht versucht. Ich habe kein Gespräch mit der Bundesregierung zu dem Thema geführt, weder mit Justiz, noch mit ... – Was es gab, war offensichtlich ein informeller sehr guter Draht zwischen unserer FMA und dem amerikanischen Staatsanwalt. Als wir dann mit denen verhandelt haben, muss ich sagen, war er derjenige, der uns am stärksten unterstützt hat. Und die FMA hat immer wieder den Draht dorthin gehalten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat es auf europäischer Ebene irgendeinen Versuch gegeben, das zu klären?

Dr. Stephan Koren: Nicht von mir. Ich glaube, auch nicht von Ewald Nowotny. Aber ich wüsste es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Am Ende hätte Traumüller die BAWAG gerettet. Da müssen wir die Strategie ändern, oder?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein. Das deckt sich mit der Aussage von Generaldirektor Nowotny, der hier gesagt hat, in dieser Phase, als dann der Run auf die Bank begonnen hat, als es wirklich eng wurde, gab es zwei; da war die OeNB hilfreich, hat auch die Struktur selbst – die P.S.K.-Struktur, viele Einlagen und so weiter – geholfen, weil dadurch die Liquiditätszuführung der OeNB darstellbar war, dass sie ausreichend besichert ist, aber die OeNB logistisch und auf der europäischen Ebene geholfen hat. Generaldirektor Nowotny hat hier auch bei seiner Befragung ausdrücklich erwähnt, dass er die Gespräche der FMA mit der Staatsanwaltschaft als sehr hilfreich empfunden hat. Das ist jetzt überhaupt nichts Neues gewesen. **Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe mir erlaubt, um 1 Uhr in der Früh einen Zwischenruf zu machen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann darf ich nicht mehr auf Zwischenrufe achten. Aber ich habe gedacht, das gehört zum lebendigen Parlamentarismus dazu, dass man auch auf Zwischenrufe eingeht. – Gut, ich werde ein bisschen weniger lebendig sein; ich meine, es ist schon so spät, dass man nicht mehr lebendig sein muss; 1 Uhr früh ist es.

Im Prinzip jetzt, wenn wir gegen Ende dieser Phase kommen, das war dann schon im April: Da gab es dann dieses Settlement und dann in weiterer Folge das Rettungspaket (*Dr. Koren: 1. Mai!*), das, glaube ich, von Gouverneur Liebscher eingefädelt wurde.

Dr. Stephan Koren: Also die Haftung vom Finanzministerium, sprich von der Bundesregierung, und das SPV, dieses Special Purpose Vehicle, von Notenbank, Liebscher, ja. Die 900 Millionen Haftung war Bundesregierung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, und die zweite Variante waren die Versicherungen der Tochtergesellschaft, also gemeinsame, und die Banken, die gemeinsame ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Misstrauen gegen Generaldirektor Nowotny ist sehr groß beim Kollegen Krainer, dass er alles das hinterfragt, was er selber schon beauskunftet hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist im Zusammenhang mit diesem Ausschuss auch die Causa „Stiefelkönig“ aufgetaucht; Nowotny hat jedenfalls einmal öffentlich Auskunft gegeben. Ist es richtig, dass der Vorstand der BAWAG erstens noch einmal Nachschau hält, wie sich das zugetragen hat (*Dr. Koren: Ja!*), zweitens, was das allfällige Schadensrisikopotenzial noch ist, und drittens, wie man sich halbwegs sanierend wegbewegt von dieser eher unerfreulichen Causa?

Dr. Stephan Koren: Es wird die Innenrevision darauf angesetzt, dass sie sich den Fall noch einmal anschaut; bei uns heißt das die M- und E-Leute, die das am besten beurteilen können. Die schauen sich das gerade an. Ich glaube, das ist auch im Abschluss begriffen; sollte sich dabei etwas ergeben, was erwähnenswert ist, werden wir das natürlich weitergeben. Was wir schon hoffen, ist, dass wir „Stiefelkönig“ einigermaßen vernünftig saniert verkaufen können, damit wir einen Schuhhändler und damit eine ganze Menge Arbeitsplätze drüberbringen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es liegen mir keine weiteren Fragen mehr vor. Damit ist Ihre Anhörung für heute beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen!

*(Die Auskunftsperson **Dr. Stephan Koren** verlässt den Sitzungssaal.)*

1.03

*(Fortsetzung: 1.04 Uhr bis 1.11 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*
